
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

187/188

Dezember 1989

● AUFTRAG

Dezember 1989

Heft 187/188 — 29. Jahrgang

3	Weihnachten 1989	<i>Helmut Fettweis</i>
8	Frauen im Advent	<i>Johannes Cofalka</i>
9	Heut ist euch geboren — Rußland 1946	<i>Helmut Richter</i>
15	Boudji, das Maskottchen	<i>Karl Breyer</i>
17	Diese Nacht	<i>Johannes Cofalka</i>
18	Heiliger Abend in der Kaserne	<i>Klaus Brandt</i>
19	Tief in uns...	<i>Hans Bahrs</i>
20	Kirche	
	Der göttliche Befehl	<i>Johannes Cofalka</i>
24	Gebet für unser liebes chinesisches Festland	<i>Wolfgang Altendorf</i>
25	Porta patet — cor magis	<i>Gernot Belch</i>
27	Stoßgebete	<i>H. F.</i>
28	Theresia von Lisieux	<i>Johannes Cofalka</i>
36	Staunen	<i>J. C.</i>
37	Soldat im Selbstverständnis	
	Erklärung der GKS	
38	Der empfindliche Richter	<i>H. F.</i>
39	„Wofür steht der Soldat heute?“	<i>Agnes Hürland-Büning</i>
47	Menschenbild und Selbstverständnis Katholischer Soldaten	<i>Paul Schulz</i>
56	Abrüstung in Europa	<i>Be.</i>
59	Leningrad, Leningrad...	<i>Bernhard Mroß</i>
68 2	Glasnost, Perestrojka und Spionage	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
77	Akademie Oberst Helmut Korn	<i>Helmut Fettweis</i>
82	Gesellschaft	
	Kleines Ökologie-Seminar III	<i>Johannes Cofalka</i>
84	Wegzehrung — ums tägliche Brot	<i>Anne Bahrs</i>
85	Landwirtschaft...	<i>Wolfgang Altendorf</i>
89	Ereignis der Ewigkeit	<i>Johannes Cofalka</i>
90	Die Sozialzyklen seit Papst Johannes XXIII. im Spiegelbild der neuen Gesellschaftsordnung	<i>Siegfried Granrath</i>
103	AMI	
	Toledo — Bericht des Auditors	<i>Willy Trost</i>
111	AMI-Konferenz	<i>Rolf M. Urrisk</i>
118 3	Aus der nahen und fernen Welt	
	Sowjetische Soldaten-Gewerkschaft	<i>Joachim G. Görlich</i>
114	Folter und Verbrechen im Namen der Freiheit	<i>Karl Breyer</i>
119	AKS-Österreich — Die Herbstkonferenz	<i>Michael Haubl</i>
121	Zwischen Chaos und Reform	<i>Karl Breyer</i>
124	AKS-Österreich — Wien	<i>Michael Haubl</i>
125	Südafrikas letzte weiße Wahlen	<i>Karl Breyer</i>
1 2 8	Geburt	<i>Johannes Cofalka</i>
129	Medien	
	Kommission 5 des ZdK	<i>Willy Trost</i>
130	Der Medienkampf gegen die Kirchen	<i>Lothar Groppe SJ</i>
136	Kurzbericht über den 15. Weltkongreß der UCIP	<i>Willy Trost</i>
139	XV. Weltkongreß der katholischen Presse	<i>Helmut Fettweis</i>

146	Aus GKS und PGR
	Poing
	Davos
148	Wehrbereich IV
149	Bonn
151	Regensburg
152	Das aktuelle Buch
174	Informationen aus Kirche und Welt

Arthur Schopf
Lothar Fischer
Richard Riffel
H. F.
Roland Stemmler

Weihnachten 1989

Was bedeutet uns Weihnachten heute — hat Weihnachten überhaupt noch einen Sinn?

Helmut Fettweis

Auftrag

hat in den vergangenen Jahren immer wieder die Frage nach dem Sinn des Weihnachtsfestes gestellt.

Es gab besinnliche Betrachtungen, die Meinungen zum Geschenk-Fest, zum Erinnern an arme Zeiten, zu den Auswüchsen vom Fest des Konsums bis zum Fest der Reise — der Flucht? — in den Schnee oder in die Sonne. Und nun zeigt der Kalender unbestechlich an — es weihnachtet!

Die Menschen hängen Adventskränze auf, und die Kerzenindustrie kann hohe Verkaufserwartungen hegen — bei uns!

Bei anderen Völkern ist es anders. Da ist Weihnachten ein Fest überschäumender Lebensfreude und zuweilen dem Karneval sehr nahe.

Heute

Was kann uns dieses Fest aber heute noch sagen?

Ist das nicht alles überlebt, ein wenig vergoldete Erinnerung an die Kinderzeit mit dem Hauch von Nostalgie?

Aber es gab Zeiten, da war dieses Fest von einem ergreifenden Inhalt (siehe S. 9 ff. u. 18). Haben wir uns entfernt? Hat der Wohlstand uns verbogen? Oder was ist der Anlaß, daß heute so viele Menschen mit Weihnachten nichts mehr anzufangen wissen? Zweifellos sind mitwirkende Ursachen, daß der Mensch sich aus der Geschichte herauszumogeln versucht, daß der Glanz der Güter der Welt ihm den Blick für die Ewigkeit, für die großen Zusammenhänge verstellt.

Dabei würde ein wenig erinnern schon so viel helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Damals

Geht man in die Geschichte zurück, dann findet man, daß die Geschichte des Weihnachtsfestes im 3. Jahrhundert beginnt. Weder die heilige Schrift noch die kirchliche Überlieferung geben uns genaue Kunde vom Tage der Geburt Christi. Nach dem Frieden der Kirche unter Konstantin d. Gr. (313) taucht bald im Festkalender der römischen Mutterkirche ein selbständiges Fest der Geburt unseres Herrn auf. Es wird auf den 25. Dezember gelegt.

Im Morgenland hatte man an einigen Orten den 6. Januar als den Geburtstag des Herrn

gefeiert. Man muß jedoch beachten, daß um die Zeit vor 2000 Jahren die kalendarischen Genauigkeiten noch nicht mit der heutigen Präzision festgelegt werden konnten.

In der heidnischen römischen Religion war der 25. Dezember der Tag, der mit der Sonnenwende dem „unbesiegten Sonnengott“ geweiht war.

Die Christen setzten demgegenüber die christlich-römische Weihnacht. Christus war die göttliche „Sonne der Gerechtigkeit“. Er war der Sieger über die Nacht der Sünde und des Todes. Um das Jahr 400 findet dieser Gedenktag auch Anerkennung im Morgenland.

Und in der Gottesdienstordnung Roms ist bereits unter Papst Gregor d. Gr. († 604) bezeugt, daß an diesem Tag des heiligen Weihnachtsfestes dreimal das heilige Opfer gefeiert wird.

Vor der Zeit

Die Adventszeit erinnert mit den vier Wochen der Vorbereitung auf das heilige Fest an die Sehnsucht der Menschheit. In den alten Prophetien des jüdischen Volkes — unseren älteren Brüdern im Glauben an den einen Gott — kommt zum Ausdruck, daß Gott seine Schöpfung, diese Welt, so sehr liebt, daß er sie durch sein Wort, das er in Menschengestalt in diese Welt senden wird, erlösen will. Er will durch seine Liebe alle Menschen in ein Leben berufen, das er von Anfang an bestimmt hat, ein Leben in der Glückseligkeit der Anschauung Gottes.

Mit Beginn der Zeit

Zum Zeitpunkt, da Gott es bestimmt hat, wählt er einen Menschen — eine Frau — Maria aus. Er konfrontiert sie mit einer unerhörten Forderung: Sie soll — gegen das Recht, Gewohnheit und Sitte — einen Sohn gebären. Nach anfänglichem Erschrecken gibt Maria dennoch ihre Zustimmung. In der heutigen Zeit der Freizügigkeit ein kaum in seiner ganzen Tiefe zu verstehender Akt. Doch damals bedeutete eine Mutterschaft außerhalb der gesetzlichen Regelungen den sicheren Untergang.

Es war der persönliche Ruin.

Dennoch, diese junge Frau — Forscher sind der Ansicht, daß Maria damals zwischen 14 und 16 Jahre alt war — glaubt an die Allmacht Gottes so sehr, daß sie dem Boten — dem Engel des Herrn — sagte: „Ich bin die Magd des Herrn; mir geschehe, wie du es gesagt hast.“ (Lk 1,38).

So wurde wahr, was bei Isaias (721-693 v. Chr.) steht: „Die Jungfrau wird empfangen und einen Sohn gebären und ihn Immanuel benennen — Gott mit uns“ (Is. 7,14).

Damals ist seit Tausenden von Jahren bezeugt, daß der große einzige Gott dem Geschöpf Mensch einen Weg in die ewige Heimat bei Gott weisen wird, die Heimat, die unsere Stammeltern einst durch die Sünde verloren.

Schauen wir uns um, dann müssen wir erkennen, daß der Mensch sündhaft ist. Das Ge-

heimnis der Sünde, das Warum und Wieso ist uns verborgen. Wir können nur das Vorhandensein feststellen.

Das Wunder der Erlösung

Es gibt Menschen, die an allem und jedem zweifeln. Ein herausragendes Beispiel ist der unglaubliche Thomas. Er glaubte erst, als er die Finger in die Wunden Jesu legen konnte.

So ist also auch die zweifelnde Frage zu verstehen: Mußte Gott die Erlösung seiner Schöpfung so — und dann so grausam — beginnen lassen?

Hätte Gott damals Jesus vom Himmel herabfallen lassen mit Trompetenschall, würden die Zweifler heute sagen: Wie kann der mitreden, der hat ja die Leiden dieser Welt überhaupt nicht gekannt. Der weiß ja gar nicht, was Krankheit, Grausamkeit und Todesfurcht sind.

Und die überlieferten Worte würden angezweifelt wie auch heute die Evangelien.

Diesen Zweiflern steht nun ein Mensch am Anfang der Erlösung gegenüber, der von ganz anderem Zuschnitt ist, eine Frau, Maria. Wir wissen sehr wenig von ihr. Dennoch sind einige Dinge überliefert, die zum Nachdenken auffordern.

Maria, dieses junge jüdische Mädchen hat sicherlich keine Schule besucht. Ausbildung war damals dem Manne vorbehalten. Auch in der Synagoge hat sie allenfalls zuhören dürfen. Wir wissen auch nicht, ob ihre Eltern oft mit ihr über den Glauben gesprochen haben.

Und dieses Mädchen ist — vermutlich wie damals üblich — als Kind mit einem Manne verlobt worden. Der Lebensweg war also vorgezeichnet. Arbeit im Hause, Verlobung, Ehe — unberührt, eine damals unerlässliche Voraussetzung —, Kinder, wenn nicht im Kindbett gestorben, dann mit etwa 30 Jahren Witwe, den Tod erwartend. Dazwischen liegen Mühe und Plage um das tägliche Brot.

Dennoch, etwas zeichnet diese junge Frau vor allen aus, das ist der Glaube an Jahwe, den einen Gott, den Schöpfer und Erhalter, den Retter des Volkes Israel.

An dieses einfache Mädchen geht der Ruf des Herrn.

Und was Gott verlangt, ist für menschliche Begriffe unerhört. Sie soll ein Kind bekommen, unverheiratet ein Kind — vom wem? Die Eiferer der damaligen Zeit, kaum weniger grausam als heute, werden sich entrüsten, werden mit Fingern auf sie zeigen, werden sie vielleicht aus dem Familienkreis verbannen. Sie hat ja Schande über das Geschlecht gebracht — weg damit. Damit bricht die Welt für eine junge Frau zusammen, die an der Seite des älteren Mannes Joseph eine bescheidene menschliche Existenz gefunden hätte.

Unvorstellbar! Und doch: diese stille junge Frau glaubt so fest — nach erstem begreiflichem Zögern — dem Wort ihres Gottes, daß sie das entscheidende Wort „fiat“ — mir geschehe es — sagt. So ist Maria der erste Mensch, der auf den Anruf Gottes eine positive Antwort auf das Erlösungsgeschenk gibt.

Daß sich dann alles zum Guten wendet, zeigt die nachfolgende Zeit. Joseph verläßt die junge Frau nicht, wie es ihm — nach der Logik der Welt — zugestanden hätte. Elisabeth die Verwandte, begrüßt sie mit Ehrerbietung, und die Schrift deutet an, daß hier etwas ungeheuer Großes geschieht.

Wenn auch von Maria wenig Äußerungen in der Bibel überliefert sind, so wird aber deutlich, daß die Mutter Jesu an den Brennpunkten des Erlösungsgeschehens dabei ist. Von der Geburt, der Wallfahrt nach Jerusalem, dem ersten Wunder (Kanaa) bis zum Tod am Kreuz. Maria weiß um die Bedeutung. So ist sie nach Jesu Tod und Auferstehung auch bei den Jüngern. Sie betet mit ihnen und erlebt das Kommen des Heiligen Geistes.

Die Kirche beginnt sich mit Leben zu füllen. Die deprimierten und verzagten Jünger wachsen nun über sich hinaus. Maria aber, das leuchtende Fanal des Glaubens, tritt in den Hintergrund.

Je mehr die Christen in das Geheimnis Jesu eindringen, um so mehr steigt die Achtung und das Ansehen der Gottesmutter.

Die ausdrückliche Verehrung Marias ist bereits im 3. Jahrhundert nachweisbar. Das Fest Maria Himmelfahrt wurde unter Kaiser Maurikios (582—602) eingeführt. Als Glauben des Volkes war dieser Begriff schon lange vorher bekannt. Das bezeugen auch Andreas von Kreta († 740) und Johannes von Damaskus (um 736).

So hat sich über die Jahrhunderte die Glaubensgewißheit durchgesetzt, daß Maria „nach Vollendung ihrer Lebensbahn mit Leib und Seele in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen wurde“ (Glaubenssatz am Allerheiligentag 1950 — verkündet durch Papst Pius XII.). Die Kirche verehrt sie, weil sie unerschütterlich an Gott geglaubt hat und diesen Glauben auf ihrem Lebensweg durchtragen konnte. Sie ist die sichere Hoffnung des Gottesvolkes, das sich auf der Wanderschaft der ewigen Heimat zubewegt.

Zugleich ist sie die Trösterin, die den Pilgerzug der Kirche begleitet und immer dann hilft, wenn die Not am größten ist.

Was bleibt uns?

Wir können heute — jeder für sich und in der Gemeinschaft der Glaubenden — helfen, daß Weihnachten noch Realität bleibt. Wir können und müssen feststellen, daß alle Erzählungen von der Selbsterlösungsfähigkeit des Menschen in die Irre führen. Und manche, die Sakramente und Kirche ablehnen, die progressiv gegen die Beichte — das Eingestehen der Sünd- und Schuldhaftigkeit — vorgehen, können als einzigen Ausweg die Couch des Psychiaters empfehlen. Sie setzen statt der verzeihenden Liebe Gottes — denn nur durch sie erbittet der Priester die Lösung von der Sündenschuld — die Herrschaft eines Menschen über einen anderen.

Notwendig ist allerdings, daß wir uns auf das besinnen, was das echte Geschenk der Weihnacht ist. „Gott hat ja gesagt zum Menschen, er hat den Menschen ernst genommen, er hat

ihn angenommen“. (Aus der Einführung: „In der Heiligen Nacht“, Der große Sonntags-Schott S. 34.)

Für uns wurde der allmächtige Gott Mensch in der Gestalt eines Kindes. Er will uns helfen, er sucht jeden, weil er seine Geschöpfe liebt. Die Kirche weist auf dieses Geheimnis in den Gebeten der Heiligen Nacht besonders hin.

Und mit dieser Geburt des kleinen Kindes kommt wieder Freude in die Welt.

Uns wird zur Tatsache der Erlösung, was im Psalm 96 (95) ausgesagt wird:

*Singet dem Herrn ein neues Lied,
singt es dem Herrn, alle Lande!
Singt dem Herrn und preist seinen Namen.*

*Kündet sein Heil von Tag zu Tag!
Erzählt bei den Völkern von seiner Herrlichkeit,
von seinen Wundertaten in allen Nationen!*

*Der Himmel freue sich, die Erde frohlocke,
es brause das Meer und was es erfüllt!
Es jauchze die Flur und was darauf wächst!*

*Jubeln sollen alle Bäume des Waldes
vor dem Herrn, wenn er kommt,
wenn er kommt, die Erde zu richten.
Er richtet den Erdkreis gerecht,
die Nationen nach seiner Treue.*

Und wir nun müssen uns von dieser Freude anstecken, mitreißen lassen. Wir müssen zeigen, daß wir an unser Erlöstsein, an die Verheißung eines ewigen Lebens glauben.

Und diese Freude müssen wir den Mitmenschen zeigen, durch unsere Taten der Liebe in den verschiedensten Gestalten — im Familienkreis, aber auch denen, die vor den hell erleuchteten Fenstern draußen stehen und sich gegen den Strom der Liebe noch sperren.

Gehen wir so an Weihnachten heran, lassen wir uns von dem tiefen Glauben Marias anstecken, hören wir auf die Stimmen in der Nacht von Bethlehem, auf die Hineinnahme Jesu in die Welt der Menschen, in den Tod und die Auferstehung, dann hat uns dieses Fest auch in dieser Zeit einiges zu sagen und kann uns viel bedeuten.

Frauen im Advent

Johannes Cofalka

Als Gottes Heilsgeschehen in der von ihm seit Ewigkeit erwählten Jungfrau Maria seinen Anfang nahm, erblühte, was das Alte Testament noch verhüllt angedeutet hatte.

Da die Zeit nur zögernd preisgibt, was sich still vorbereitet, wollte indessen das Danklied des greisen Simeon: „meine Augen haben das Heil geschaut“ bestätigen, daß aus geheimnisvollem Schweigen hervorgetreten ist, „was von Anfang an war“ (1. Joh).

Gottes behutsame Verkündigung an Maria war behütenden Händen und ihrem bergenden Herzen anvertraut worden. Sie bedachte, was nun geschah.

Advent: Es bedarf der schützenden Hände, die das Mysterium von Christi Geburt vor dem Lärm der Reklame und der lauten Wünsche bergend zu umfassen vermögen.

Bewahrende Hände vermitteln beides zugleich, das Beten und das Schenken. Hineinhören in das Leben und Bewahren, das sind Wesenszüge fraulicher Innerlichkeit, auch wenn Reklame und Zeitgeist ein anderes Bild der Frau zeichnen.

Alles wandelt sich in Vorbereitung auf die Ankunft des Erlösers. Alles ist anders. Nichts ist wie vorher, seitdem Gott sich selbst in diese Welt eingeborgen hat. (K. Rahner)

Mit Maria ist es aus verborgener Ewigkeit kommend Wirklichkeit geworden. Behutsames Warten und sehend das Ganze im Blick behalten, Werden und Geburt, wer wüßte besser darum als die Frauen?

Advent: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, alles klingt mit in diesem Wort.

Vier Kerzen sind aufgestellt: Gedächtnis, Erbarmen, Friede, Liebe. In die Melancholie der Zeit mischt sich ein neues Lied: das Lied von Weihnachten. Frauliches Warten, Hoffen und Schenken beseelt, weist auf die Innenseite der Dinge.

Zündet die erste Kerze an!

Ihr Licht wird nicht nur Finsternis durchbrechen, es verheißt auch Zuversicht und Frieden im rastlosen Fluß und in der großen Herbergssuche unserer Zeit.

Heut' ist euch geboren — Rußland 1946

Helmut Richter

Dezember 1946 im Kriegsgefangenenlager 7100/2 in Saporoschje am Dnjepr. Bei 30 Grad minus werden wir aufgefordert, draußen von Zeit zu Zeit in das Gesicht des Nebenmannes zu schauen. Weiße Stellen, zumal an Kinn und Nasenspitze, reiben wir dann mit den Händen. In der Schneiderei gibt man Stofflappen aus, die wir uns mit Hilfe der Pelzmützen vors Gesicht klemmen. Auch ergeht der Befehl, daß ab 25 Grad minus kein Gefangener mehr draußen arbeiten darf. Man fürchtet den Arbeitsausfall durch Erfrierungen. Die Kompanieführer setzen die Aufbaubrigaden innerhalb der Fabrikhallen ein. Hier zeigt das Thermometer zwar immer noch 27 Grad, aber der kalte Wind, der uns den Frost bis in die Knochen treibt, kann uns hier nicht erreichen. Länger als 10, höchstens 15 Minuten, hält es niemand an der Maschine aus. Dann sind die Hände steif, der Rücken ist eiskalt und die Füße brennen vor Schmerz. Im Aufwärmeraum herrscht Hochbetrieb. Russen und Deutsche stehen schwatzend zusammen, als hätte es die Worte „Faschismus“ und „Kommunismus“ nie gegeben. Die Nöte der Zivilisten und ihr Hunger unterscheiden sich nicht sehr von denen der Kriegsgefangenen. Die grausame Kälte läßt sie gemeinsam mit den Deutschen um einen Platz am warmen Ofen drängen. Nur vereinzelt macht jemand vom Recht der Sieger Gebrauch und drückt den Plenni zur Seite.

Der keineswegs große Raum wird von der einzigen Feuerstelle nicht derart temperiert, daß ein bloßer Aufenthalt zum Durchwärmen genügt. Somit ist der Ofen immer hart umkämpft. Die eiskalte Kleidung saugt die Hitze auf. In der zweiten Reihe spürt man schon nicht mehr viel Wärme. Und wer seine Füße wieder warm haben will, muß sie dicht an den Ofen halten. Jedoch nicht zu nah, denn plötzlich sind die Schuhe derart heiß, daß man sich ihrer hastig entledigen muß, wobei die Fußlappen mitunter dampfen. Mancher Landser brannte sich bereits ein Loch in das Leder.

Der Uhrzeiger scheint gar nicht mehr nach vorn rücken zu wollen. Deutsche und Russen erkundigen sich dauernd nach der Zeit. Hunger und Kälte lassen wenige Minuten wie eine ganze Stunde erscheinen. Auch die Gespräche der Zivilisten drehen sich um alles, was mit dem Essen zusammenhängt.

Die mit dem Boden gleichstehende Abtritt-Toilette französischen Stils wird weiterhin benutzt. Die gefrorenen Exkreme ließen inzwischen bis zu 40 Zentimeter hoch. Um bei der Notdurftverrichtung nicht im Kot zu stehen, legten die sowjetischen Arbeiter während der Spät- und Nachtschicht Holzbretter obenauf, die natürlich unter frischen Ausscheidungen verschwinden. Auch stellte man jeweils Laufbretter an den Kotberg, um bequem und sauberen Fußes nach oben zu gelangen. Tagsüber setzen nun die Plennis diese seltsame Bauweise fort. Als sich 2 Tage später der Kot in den Abortkammern über einen halben Meter türmt, nagelt man die Toilettentür der Holzverarbeitungshalle einfach zu. So müssen wir unsere Notdurft unter freiem Himmel verrichten. Das geschieht in einer niederen Mulde, zwischen Bahngleis und Gebäudewand. Hierbei fegt uns der eiskalte

Wind am entblößten Körper entlang. Die Finger sind alsbald derart steifgefroren, daß man hernach nur mühevoll die Kleidung schließen kann.

Der nächste Tag beschert uns 32 Grad Kälte. In der Halle kommt die Organisation zum Erliegen. Für die kurze Zeit, wo die Maschinen bedient werden können, fehlt das zu bearbeitende Material. Meister Zarabanow, der eine dicke Pelzjacke trägt und darüber noch einen Mantel hängt, schickt uns jeweils nach wenigen Minuten in den Wärmeraum. Wir empfinden es als väterliche Geste und rechnen es dem Russen hoch an.

Wir betrachten es als ein Geschenk des Himmels, als wir am folgenden Morgen auf der Pritsche liegenbleiben können. Der Einfachheit halber erhalten wir bei der Brotausgabe auch die Mittagsration. Da uns infolge des Arbeitsausfalles sehr feiertäglich zumute ist, schmeckt das frische, nasse Doppelstück wie Kuchen. Willi Kowalzik spricht es bestätigend aus, als er mit der rechten Hand genießerisch ein Kantenstück zum Munde führt, während er mit dem Daumen der Linken eine Wanze zerdrückt und „altes Aas“ murmelt. Nach dem Essen spüren wir erst recht den wühlenden Hunger. „Man könnte vor Kohlpf weinen!“, kommentiert Herman Pfeil.

Zwei Tage später wird in der linken Fabrikhälfte wieder gearbeitet. Fast alle Brigaden der „rechten Fabrik“ (die beiden Teile sind durch eine Straße getrennt) bleiben weiterhin im Lager. Die Kälte ließ um 5 Grad nach, was wir allerdings nicht verspüren. Das, was wir schaffen, ist auf jeden Fall mehr, als wenn wir nicht hergekommen wären.

Im Laufe des Nachmittags zieht die Kälte wieder an. Wir frieren mehr denn je. Bei der Nachricht, daß wir morgen nicht in die Fabrik müssen, wird unsere Freude alsbald gewaltig gedämpft, als wir erfahren, statt dessen bei einem Arbeitseinsatz am Dnjepr-Staudamm mitzuwirken. Nach sowjetischer Ansicht, mit einem großen Aufgebot auch viel schaffen zu können, soll ein Großeinsatz aller Saporoschjer Lagerabteilungen durchgeführt werden. Sämtliche Landser zeigen heute Abend beklommene Gesichter.

Dann ist der folgende Morgen da! Unser Kamerad Jupp Stuke, ein katholischer Priester, der von draußen zurück in die Baracke kommt, äußert mit betonter Stimme: „Sonntag, achter Dezember 1946, Mariä Empfängnis, 36 Grad minus!“ Ein scharfer, stechend kalter Wind veranlaßt uns zu der von Bangen getragenen Hoffnung, daß man bei solch einem Wetter den Einsatz abblasen wird! Die Parolen hinsichtlich des Für und Widers überschlagen sich. Von der Schreibstube kommend, tritt Hans Obersteller in die Stube und sagt mit ernster, trauriger Stimme: „Macht euch fertig, Leute!“

„Mensch, Hans — sag' bloß, die wollen uns bei solch einer Hundekälte losjagen?“, wendet sich Karl Hirz empört an den Brigadier.

„Ja, es geht los. Ich kann auch nichts dafür, wenn die Russen verrückt spielen. Sobald die Lastwagen da sind, müssen wir raustreten.“

Wir warten auf die LKW und hoffen heimlich, daß sie nicht kommen. Die Kumpel fluchen und schimpfen in allen Tonarten!

Kompanieführer Deutschmann betritt die Unterkunft und gibt bekannt, daß jeder Brigadier einige schwache Leute zurücklassen kann. Hans schaut sich daraufhin im Kreise um — dann nennt er die Namen: „Schneider, Matteier, Scholl, Stuke, Richter!“

Ich wage kaum zu atmen, und den vier anderen ergeht es ebenso. Mein Freund Bernhard Schröder klopft mir auf die Schulter. Er freut sich für mich. Ich könnte dem älteren Kameraden ebenso um den Hals fallen wie Hans Obersteller, derart überwältigt mich mein Glück! Doch Bernhards Gesicht und die Mienen der anderen Gefährten sind todernt in Anbetracht dessen, was ihnen bevorsteht.

„Seht zu, daß ihr heute abend die Bude schön warm habt, wenn wir zurückkommen“, wendet sich der Brigadier an uns. Dann fährt er fort: „Und du, Richter, hast heute Zeit, deinen Christbaum fertig zu basteln!“

Dann verlassen die Plennis ihre Stuben. Der scharfe Ostwind trägt den Lärm der Automotoren zu uns herüber. Unser Mitgefühl gilt denen, die an diesem bitterkalten Tag auf den offenen Lastkraftwagen hocken und ohne Schutz den durch die Fahrtgeschwindigkeit verstärkten Wind ertragen müssen.

„Männer, was können wir Gott danken, daß wir nicht am Staudamm sind“, sagt August Semmet, der Barackenälteste. Die zurückgebliebenen Landser der vier Brigaden, die die zwei Räume mit dem gleichen Eingang bewohnen, versammeln sich bei uns am Ofen. Jupp Stuke und Karl Matteier helfen mir beim Basteln des Weihnachtsbaumes. Der Stamm besteht aus einem Holzstiel, in den wir Löcher für die „Äste“ bohrten. Dicke Drähte wurden mit dünnem Draht und viel Geduld zu Zweigen verarbeitet. Das Zementtütenpapier bestrich ich vor einigen Tagen beidseitig mit grüner Farbe. Sepp Wenig und Heinz Raschke halfen dabei. Nun schneiden wir mit den selbstgefertigten Messern lange Papierstreifen, die wir mit viel Liebe und Ausdauer auf beiden Seiten einritzten. So entsteht das Nadelkleid, das wir hernach um die Zweige wickeln und kleben. Immer wieder findet sich jemand, der zeitweise mitmacht; das bevorstehende Weihnachtsfest, fern der Heimat, übt einen inneren Zwang aus. August besichtigt ab und zu unsere Werk. Hierbei erzählt der Barackenälteste von den Christfesten daheim, und eine stille Träne stiehlt sich in seine Augenwinkel.

Als man uns nach dem Mittagessen in das neben dem Lager liegende Verpflegungsmagazin beordert, binden wir uns eine Schlafdecke um die Schultern und hängen den Mantel darüber. Drei Stunden hocken wir im keineswegs warmen Erdbunker, um angefaulte Kartoffeln auszusortieren. Diese werden jedoch nicht fortgeworfen, sondern wandern als nächste in den Suppenkessel.

Uns bietet sich die Gelegenheit, gefrorene Möhren und Rüben zu essen. Allerdings darf der kräftige Magazinverwalter niemanden dabei erwischen. Richard besitzt ein loses Handgelenk. Seine heftigen Schläge sind allgemein bekannt. Wer einen seiner gefürchteten Boxhiebe auf den unterernährten Brustkorb bekommt, dem bleibt sofort die Luft weg. So schneiden wir nur einige wenige Kartoffeln zu Scheiben und verstecken diese auf

dem Leib. Ich fülle auch meine kleine selbstgefertigte Zuckerdose mit einem Stückchen Kartoffel. Und wir haben Glück, der scharfe, kalte Wind erweist sich diesmal als Bundesgenosse. Man tastet uns schnell und keineswegs gründlich ab. Als hierbei der vor mir stehende Jupp Stuke kontrolliert wird, muß ich ein Grinsen unterdrücken, um den Franziskanerpater nicht zu verraten. Der Priester verharret mit erhobenen, weit ausgebreiteten Armen und hält in seinen großen, nach hinten gerichteten Handflächen jeweils eine dicke Kartoffel. Hernach lachen wir fröhlich gemeinsam über den gelungenen Streich.

Nun werden in den Baracken alle Öfen tüchtig geheizt, um den Gefährten eine warme Unterkunft zu bereiten. Bei dieser Gelegenheit kochen wir die erbeuteten Kartoffeln.

Eine Stunde später hören wir die Lastwagen zurückkehren. Die bedauernswerten Kameraden stürzen in die Stuben; sie trampeln und schlagen vor Kälte. Allen laufen durch den Frost hervorgerufene Tränen über die Wangen. Auch Bernhard Schröders zusammengekrümmte Gestalt macht einen jämmerlichen Eindruck. Ein Wehklagen kommt über die Lippen des Freundes.

„So etwas habe ich noch nicht erlebt“, flüstert der Osnabrücker. „Das war der schlimmste Tag in meinem Leben. — Freu’ dich, daß du nicht mit mußt. Ich glaube, du wärest erfroren!“

Die Männer sind nicht in der Lage, sich ihrer Mäntel zu entledigen, noch weniger können sie die Schuhbänder lösen. Wir Zurückgebliebenen haben alle Hände voll zu tun. Dann liegen die Kameraden, die die Wärme des Ofens gar nicht spüren und uns wegen unseres vermeintlichen schlechten Heizens zunächst Vorwürfe machen, erschöpft auf den zwei- und dreistöckigen Pritschen.

„Was habt ihr denn gearbeitet?“ wende ich mich an Bernhard. „Ach, wir konnten kaum etwas machen; wir haben nur gefroren. Solch ein Wahnsinn! Der Tag hat soviel wie nichts eingebracht. Es waren derart viele Plennis da und es gab eine solche Desorganisation, daß alles durcheinanderlief. Wir wären schon längst wieder hier, wenn nicht bei der Zählung ein Mann gefehlt hätte. Er war bei einem anderen Haufen gelandet. Die Russen spielten verrückt. Sie hatten den ganzen Tag über Schnaps getrunken. Sie brüllten wie die Irren auf die Kompanieführer und Dolmetscher ein, und einer fuchtelte mit einer Pistole herum. Plötzlich krachte ein Schuß und traf Brigadier Smuda ins Knie. Den haben sie dann schließlich ins Hospitallager geschafft.“

Am übernächsten Tag läßt die starke Kälte nach. Zwanzig Grad minus zeigt das Thermometer. Schnee gibt es wieder in Mengen.

Der magere Inhalt unserer Suppen besteht nun überwiegend aus eingesalzenen unreifen Melonen. Diese „Bombenverpflegung“, wie Rudi Kodym mit Galgenhumor sagt, spiegelt sich in den hohlwangigen, graubraunen Gesichtern wider. Zum Erbarmen abgemagert sind die Körper. Wir stellen es mit Entsetzen fest, als wir endlich den Baderaum aufsuchen dürfen. Eineinhalb Liter Wasser, serviert im rostigen Blechnapf, reicht neben der Körperreinigung sogar noch für das auch als Halstuch benutzte Handtuch, für den Lappen, der unser Taschentuch darstellt, sowie für die Fußlappen.

Das Christfest rückt immer näher. Die Post aus der Heimat stimmt uns dieserhalb traurig. Wir selbst dürfen ja nur selten und dann nur 25 Worte schreiben, so daß das Fest kaum Erwähnung findet. Viele Kameraden, zumal diejenigen, deren Familien aus der Heimat vertrieben wurden, erhielten immer noch keine Nachricht.

Von sowjetischer Seite haben wir zu Weihnachten keinerlei Vergünstigung zu erwarten. Doch innerhalb des Lagers trifft man Festtagsvorbereitungen. Alle Landser erklärten sich einverstanden, daß deutscherseits — mit russischer Bewilligung — in der Vorweihnachtszeit eine Verpflegungseinsparung vorgenommen wird. Zu Heiligabend soll es einen halben Liter Kartoffelbrei geben. Statt der Suppe wird ein halber Liter Buchweizenbrei verabreicht. Ferner erhält jeder 400 Gramm eingespartes Brot. Am Weihnachtstag will man 300 Gramm schwarzen Streuselkuchen zur Verteilung bringen.

Neben der allgemeinen Maßnahme hungern sich etliche Landser noch ein Stück Brot ab, welches man täglich auswechselt, damit es nicht schimmelt. Auch Bernhard Schröder und ich schließen uns dieser Aktion an und nehmen das Brot tagsüber mit in die Fabrik, da es im Lager gestohlen wird. Mancher Plenni gibt das begonnene Vorhaben jedoch eines Tages auf, der Hunger ist zu groß und der Anblick des Brotes zu verlockend!

Tag und Nacht denken wir nur noch daran, was das bevorstehende Fest für unseren hungerigen Magen bringen wird. Der Gedanke, einmal wieder für einige Stunden satt zu sein, läßt uns nicht mehr los. Unsere Gespräche drehen sich fast ausschließlich nur noch um das Essen an diesem hochheiligen Tag!

Und dann ist der so sehnlichst erwartete Tag da! Nie zuvor marschierten wir derart beflügelten Schrittes den langen, glatten Weg zum Lager hoch wie heute, am Heiligabend. Als dann drei Kameraden der Musikkapelle ein „Stille Nacht, heilige Nacht“ durch den dunklen Winterabend erklingen lassen, ist es mit unserer Beherrschung vorbei. Ehemalige rauhe Soldaten, sture, abgestumpfte Gefangene werden weich wie nie zuvor. Fast alle Landser weinen, und niemand schämt sich der Tränen. Aus mancher Brust kommt ein stöhnendes Schluchzen.

Nur langsam weicht die Ergriffenheit von uns. Dann taucht August, der Barackenälteste, auf und wünscht tränenden Auges: „Ein gesegnetes Fest, ihr Männer! Und nun geht’s an die Küch’ und holt’s eure Sach ab!“

Wir genießen das Festessen und sind des Irdischen entrückt. Hernach spricht unser Brigadekamerad Jupp Stuke, in seiner Eigenschaft als Priester, einige kurze, ergreifende Worte, die uns in der Schwere des Schicksals Trost und Zuversicht geben.

Bei den Liedern unter dem Weihnachtsbaum — für uns ist es der bisher schönste — kommen uns abermals die Tränen. Mancher Gefährte liegt still, überwältigt vom Schmerz der Trennung, auf der Pritsche. Der alte Vater Schneider läßt seinen Gefühlen freien Lauf. Sein lautes Schluchzen veranlaßt uns, nach Beendigung der letzten Strophe nicht weiterzusingen.

„Doch — doch, singt!“ bittet uns der Kumpel eindringlich mit leiser, bebender Stimme.

Der Tannenbaum, wenn auch ohne Kerzen, dünkt uns prachtvoll, und immer wieder wandern die Augen der Landser zu ihm zurück. Beim trüben Lampenlicht fällt es gar nicht auf, daß der mit Blechsternen, bunten Holzfiguren und Watte behangene Baum aus Papier und Draht besteht. Im Gegensatz zum Sowjetstern sind diese Sterne sechszackig. Als ich sie fertigte, trat mancher Gefährt heimlich zu mir und stellte die bange Frage: „Du machst doch sicher keine Sowjetsterne?“

Dann beschenken sich die Brigaden gegenseitig. Es sind Sachen, die an den jeweiligen Arbeitsplätzen gefertigt werden konnten. Wir erhalten Eimer und Dreckschippe, was wir gut gebrauchen können.

Einige unserer sowjetischen Bewacher betreten die Stuben und schauen sich unser bescheidenes Weihnachtsfest an. Sie zeigen sich freundlich und voller Anteilnahme. Obwohl ihr Erscheinen bei einigen wenigen Landsern Mißfallen auslöst, freuen wir uns über den Besuch. Diese einfachen Menschen sind nicht verantwortlich für unser Los. Auch ihr Leben ist von Hitler und Stalin bestimmt worden.

Einer der Kameraden von den vier hier auf engstem Raum untergebrachten Brigaden stellt sich in den als Durchgang dienenden Türrahmen, der die beiden länglichen Stuben verbindet und trägt mit erhobener Stimme einen Weihnachtsvers vor. Es ist eigentlich ein Lied, auch bei mir daheim wurde es in der Kirche gesungen. Dieser tiefgläubige Landser suchte jedoch in dieser traurigen Zeit und Umgebung genau das für uns Passende heraus, um an diesem Heiligabend 1946 etwas Trost und Hoffnung zu vermitteln. Und so hören wir seine Worte:

„O selige Nacht! In himmlischer Pracht
erscheint auf der Weide ein Bote der Freude
den Hirten, die nächtlich die Herde bewacht.

Wie tröstlich er spricht: ,O fürchtet euch nicht!
Ihr waret verloren, heut' ist euch geboren
der Heiland, der allen das Leben verspricht!“

Anmerkung:

Plenni=Gefangener. Die genannten Kameraden Karl Scholl und Karl Matteier verstarben im Jahre 1947 in Saporoschje, Lager 7100/3 und Hospital-Lager 1149.

Boudji, das Maskottchen

Ein fast weihnachtliches Erlebnis aus Algerien

Karl Breyer

Es war kurz nach Weihnachten. Zum zweiten Mal innerhalb einer Spanne von sechs Monaten trug mich eine Maschine der Air France vom europäischen Kontinent hinüber nach Nordafrika, wo seit Jahren ein schmutziger Krieg tobte. Greuel und Verbrechen, ein sinnloser Haß waren dabei, die Söhne zweier Völker zugrunde zu richten. Während die Stewardess mit einem charmanten Lächeln das Essen servierte, zogen an meinem Auge noch einmal die Erlebnisse meiner ersten Algerienreise vorbei. Da fiel mir plötzlich Boudji ein.

Meine erste Begegnung mit Boudji fand unter fast dramatischen Umständen statt. Es war in der Nähe von Tebessa, wo eine Gruppe der Aufständischen nachts in einem Pinienwald Rast gemacht hatte und mehrere Tage lang auf den Angriff französischer Streitkräfte wartete. Es war der Krieg der Flöhe. Im diesigen Zwielicht der Spätnachmittage hatten wir uns (ich befand mich damals als Foto-Reporter bei den Rebellen) fast lautlos durch Täler und Flußläufe dem Angriffsziel genähert. Nächtelang zogen sich diese Märsche hin. Sie forderten vor mir fast Unmögliches, und manchmal verfluchte ich den Augenblick, daß ich mich überhaupt entschlossen hatte, über diesen Kolonialkrieg zu berichten.

In der Nacht griffen die Aufständischen einen französischen Armeeposten an. Es war eines jener Geplänkel, wie sie damals an der Tagesordnung waren. Blitzschnell und heimtückisch wie die Katzen schlugen die Algerier zu, töteten, wo sie konnten, rafften erbeutete Waffen und Munition zusammen und verschwanden dann wieder in den nahegelegenen Wäldern und Djebels, um den Gegenangriff der Franzosen abzuwarten. Eine Weile hörte ich das Jammern der französischen Verwundeten, dann war alles wieder still. Eine lautlose, unheimliche Stille. Nur die Hunde, von denen es in Afrika unzählige gibt, kläfften den strahlenden Sternenhimmel an. Rundum im Kreis. „Alle Hunde Arabiens geben heute Nacht ihr Konzert“, sagte Ahmed lachend zu mir.

Am nächsten Morgen brannte das Dorf in der Ferne. Wir hörten das Rasseln der französischen Panzerketten, Schreie und sahen dann das Feuer. „Siehst du, Almani!“, sagten die Algerier zu mir. Mit glitzernden, nervösen Augen beobachteten sie die Vergeltungsaktion der Franzosen und ballten in ohnmächtiger Wut die Fäuste. Gegen Abend schickten sie eine Patrouille los, um die Gegend zu erkunden. Sie blieb mehr als fünf Stunden weg, und als die acht Mann erschöpft und mit dem süchtigen Wunsch nach einer Zigarette wiederkehrten, brachten sie Boudji mit. In jener Nacht war es sehr schwül, und wir saßen noch lange am Feuer und erzählten. Ein paarmal weinte Boudji, aber dann schlief er doch fest in den Armen eines Algeriers ein.

Ich schätze, daß Boudji damals etwa vier Jahre alt war. In den nächsten Tagen weinte er sehr oft und rief nach seiner Mutter. Aber niemand konnte ihm erklären, daß sie nicht mehr lebte. Man hatte ihn in den rauchenden Resten des Douars gefunden und mitgenommen. Die harten, manchmal wilden und unbeherrschten Männer verwöhnten ihn wie ihr

leibliches Kind. Sie gaben ihm die wenigen Bonbons, die sie hatten, fütterten es mit den schönsten Fleischstücken aus der Hammelkeule. Als man eine Hühnersuppe bereitete, weil ich plötzlich Malaria und hohes Fieber hatte, bekamen nur Boudji und ich davon. Die Algerier standen um uns herum und freuten sich, weil wir zufrieden waren. Wenige Tage später kehrte ich nach Tunesien zurück. Boudji war wohl auf. Vielleicht hatte er den Schmerz über den Verlust seiner Mutter bereits vergessen, obwohl man ja nie weiß, was ein Kind in seinem kleinen Herzen alles behält. . .

Mein zweiter Flug nach Tunis verlief ebenso glatt wie der erste, und schon nach zwei Tagen überschritt ich erneut die algerische Grenze, diesmal bei dem Flecken Sakiet Sidi Youssef. Es regnete, und als ich nach stundenlanger Fahrt mit einem erbeuteten französischen Jeep den ersten Posten der Algerier in den Bergen erreichte, fielen dicke Schneeflocken, und ein kalter Wind jagte über die Ausläufer des Aurésgebirges. Mit mir fuhren einige Offiziere und ein libyscher Journalist, mit dem ich zusammen in Tunis bei den verschiedenen diplomatischen Vertretungen Gelder und Geschenke zusammengebettelt hatte, um damit eine Paketaktion zu starten. Ein zweites Fahrzeug – ein Landrover – folgte uns. Er war vollgeladen mit Zahnpasta, Rasierklingen, Seife, Wollsocken, Handschuhen und anderen Utensilien, die jedem Guerilla, der irgendwo im Dreck liegt, das Herz ein wenig höher schlagen lassen.

Und dann sah ich Boudji wieder. Wir hatten eine dieser Erdhöhlen erreicht, in denen die Algerier im Winter hausen. Boudji sauste gerade über den vom Matsch aufgeweichten Platz, der davor lag. Vor ihm ein Fußball und hinter ihm zwei, drei algerische Soldaten. Sie lachten und Boudji kreischte vor Vergnügen am lautesten. Er trug eine Windjacke mit Reißverschluß, eine Skihose und einen dicken Wollschal. Er tummelte sich mit den Soldaten herum, stieß den Ball vor sich her und genoß das Spiel so sehr, daß er alles andere über-sah.

Ich war überrascht, denn ich vermutete Boudji nicht hier, sondern weiter südlich bei den Aufständischen, die ihn damals gefunden hatten. Darum befand sich in dem Landrover praktisch nichts, was man ihm hätte schenken können. Aber Boudji fragte auch nicht danach. Ein wenig verlegen gab er mir die Hand und salutierte dann. Mit dem Kaugummi und der Schokolade, die wir aus unseren Taschen hervorkramten, wußte er zunächst nichts anzufangen. Man mußte es ihm erst zeigen.

Aus meiner Fototasche holte ich ein paar Bilder hervor, die ich im Sommer von Boudji gemacht hatte. Einen Augenblick lang schien er zu überlegen, aber dann erkannte er sich und stammelte nur: „Boudji, Boudji!“ Und wieder kreischte er laut auf vor Freude, hopste auf einem Fuß herum und sauste von einem Soldaten zum anderen, um ihnen die Aufnahmen zu zeigen. „Boudji, Boudji!“ erklärte er jedem und zeigte mit dem Finger auf sein Bild. Die Algerier standen herum, lächelten verlegen und wußten vor lauter Tolpatschigkeit gegenüber diesem kleinen Kerl nicht, was sie sagen sollten. Aber daß sie Boudji ganz fest in ihr Herz geschlossen hatten, erkannte ich daran, daß ein paar von ihnen sich verlegen über die Augen wischten. Meine Hand drückten sie ganz fest, so als seien sie mir dankbar, daß ich dem kleinen Boudji eine Freude bereitet hatte.

Einige Tage später kam es zwischen den algerischen Aufständischen und einer französischen Patrouille zu einem Feuergefecht. Es war ein kalter Wintermorgen. Das Schneetreiben hatte aufgehört, aber die Kälte war so bitter, daß sie einem die Tränen in die Augen trieb. Nach wenigen Stunden eines erbitterten Schußwechsels war das Ganze vorbei. Von der französischen Patrouille fielen vierzehn Mann, vier junge Soldaten wurden gefangen genommen. Am Abend desselben Tages brachte man sie in das Hauptquartier, in eine der Erdhöhlen, in denen auch Boudji lebte. Sie wurden verhört, während sie vor Angst und Erschöpfung zitterten. Die Spuren des grausamen Kampfes standen noch in ihren Gesichtern. Ich war der einzige Augenzeuge.

Nacheinander kamen die Algerier herein, um die Gefangenen zu sehen. Mit kaltem Blick gaben sie den Franzosen die Hand, ohne eigentlich unfreundlich zu sein. Dann tauchte Boudji auf. Am Eingang der Höhle stützte er einen Augenblick, die fremden Gesichter verwirrten ihn. Aber dann ging er auf die Franzosen zu, die Augen der Freunde folgten ihm, und kramte in seiner kleinen Hosentasche. Plötzlich zückte er ein Päckchen Kaugummi und gab jedem der vier einen davon. Da lachten die Algerier, und Hauptmann Tahar, der nicht lesen und nicht schreiben und meinen Namen nie richtig aussprechen konnte, meinte in gebrochenem Französisch: „Wir sind keine Mörder. Für euch ist der Krieg zu Ende...“

Diese Nacht

Diese Nacht trägt
ein königliches Gewand;
denn ein Königtum
ist aufgebrochen
mitten unter uns.

In dieser Nacht
ist alle Zeit geheiligt
und deine Ankunft
füllt jeden Augenblick
mit deiner Ewigkeit.

Johannes Cofalka

Heiliger Abend in der Kaserne

Klaus Brandt

Weihnachten 1962 — Die Mauer in Berlin stand gerade 16 Monate. Sie und die Sperranlagen an der Zonengrenze bedeuteten zusammen mit dem Schießbefehl für die DDR-Grenzsoldaten Lebensgefahr für jeden aus der DDR Flüchtenden.

Genau zwei Monate war es her, daß sich die Kuba-Krise im Zusammenhang mit der sowjetischen Raketenstationierung vor der Haustür der USA zu einem Weltkonflikt auszuweiten drohte. Dies ließ uns junge Soldaten um den Weltfrieden zittern, ich diente damals erst 13 Monate in der Bundeswehr. Wir erlebten erstmals echte Alarmaußnahmen einschließlich der Aufmunitionierung unserer Kampffahrzeuge sowie das Herstellen der Abmarschbereitschaft. Und das nur 17 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, dessen Schrecken und Grausamkeiten viele von uns noch als Kinder erleiden mußten.

Weihnachten 1962 — ich gehörte damals zum Offizieranwärterzug des Panzeraufklärungs(Lehr)bataillons 11 in Munster/Lüneburger Heide, der über Weihnachten zur Bereitschaft eingeteilt war. Für mich bedeutete dies, 700 Kilometer von zu Hause entfernt das Christfest in der Kaserne „eingesperrt“ zu feiern.

Bis zum Mittag des Heiligen Abends, solange hatten wir Dienst, empfand ich alles als ganz normal. Aber am Nachmittag bemächtigte sich uns langsam eine nachdenklichere Stimmung. Und denjenigen von uns, die bereits telefonisch mit ihren Lieben Weihnachtsgrüße ausgetauscht hatten, war anzumerken, daß Gefühle sie bewegten, auch wenn sie es nicht zu erkennen geben wollten.

Nach dem gemeinsamen Essen am frühen Abend mit unserem Kompaniechef, Zugführer und dem Kompaniefeldwebel „Wat nu?“ — das war sein Spitzname — gingen wir wieder auf unsere Stuben. Meine Stubenkameraden — wir waren neun Mann — aus Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen und dem Rheinland — alles Protestanten — sowie ich als bayerischer „Bazi“ und einziger Katholik hatten unseren Stubentisch mit Tannen- bzw. Fichtengestecken und Kerzen sowie einem Tischtuch geschmückt. Die Weihnachtsstimmung unterstrich ein für die Lüneburger Heide um diese Zeit seltenes Ereignis, es lag Schnee und war kalt seit Mitte Dezember. Gegen 18.00 Uhr besuchte uns der Chef zusammen mit dem Kompaniefeldwebel. Sie sprachen jedem von uns ihre Weihnachtswünsche aus und überreichten eine Weihnachtstüte.

Danach waren wir uns auf den Stuben selbst überlassen. Es wurde auf einmal still. Jeder versuchte nun — fast wie abgesprochen — auf seine Weise in dieser Gemeinschaft mit den Kameraden besinnlich die nächste Stunde zu begehen. Dieser vertiefte sich in ein Buch, jener las den Weihnachtsbrief der Eltern, wieder ein anderer weilte mit seinen Gedanken bei leiser Weihnachtsmusik und Glockengläut aus dem Radio bei seinen Angehörigen, so auch ich. Der eine oder andere wischte sich auch verstohlen eine Träne aus dem Gesicht. Es gab aber auch den Kameraden, der als Atheist von Weihnachten und der Geburt Jesus

nichts hielt. Trotzdem störte er uns nicht in den Gedanken — er hielt ein Nickerchen auf seinem Bett.

Ich tröstete mich damit, daß auch andere Menschen nicht daheim feiern konnten, sei es, daß sie krank waren, auch Dienst hatten oder für andere sorgen mußten. Ich dachte aber auch an die armen Menschen in Vietnam, sowohl bei der Bevölkerung auch bei den Soldaten, die auch am Heiligen Abend die Schrecken dieses heimtückischen und brutalen Krieges erdulden mußten. Ich dankte deshalb unserem Herrgott, daß wir trotz der Kuba-Krise das Christfest in Frieden feiern durften.

Gegen 20.00 Uhr wurde es dann wieder lebhafter in unserer Unterkunft und wir „genossen“ den von der Truppenküche zubereiteten Punsch mit ca. 0,5% Alkoholgehalt — wir waren ja im Dienst! Etwas später gesellte sich dann noch unser „Kurzer“ — so nannten wir unseren Zugführer — zu uns. Und um 22.00 Uhr hieß es dann Zapfenstreich und ab in die Betten. Der Besuch der Christmette war leider aus Gründen der Bereitschaft nicht genehmigt worden. Er hätte diesen besonderen Heiligen Abend schön abgerundet.

Tief in uns . . .

Tief in uns muß Weihnacht sein.

Nur im Herzen kann sie werden

Und von hier als Licht der Erden

Dauerhafte Botschaft sein.

Nicht das Wort, das sich bekennt,

Laut und prahlend vor der Menge,

Sprengt des Herzens dumpfe Enge,

Daß es still sein Heil erkennt.

Laß die Weihnacht in dich ein,

Daß ihr Licht dich ganz erfülle,

Und du darfst Gelaß und Hülle

Ihrem ew'gen Wunder sein.

Hans Bahrs

Kirche

Der göttliche Befehl

Formel, Lehrbeispiel oder Lebenswirklichkeit aus Gehorsam

Johannes Cofalka

Die Anordnungen Jesu, die den Fortbestand seiner Lehre und deren Verwirklichung betreffen, sind Befehle, keine Empfehlungen. Wenn man einmal den Aufbau einiger dieser Forderungen betrachtet, werden überraschende Zusammenhänge sichtbar.

In dem umfassenden Missionsauftrag (Mt 28,18–20) weist Jesus zunächst seine Autorität, Identität und Wirkungsbreite aus:

„Mir ist alle Macht gegeben im Himmel und auf Erden“.

In dem „mir“ sind alle Charakter- und Wesenszüge sowie Wort und Tun Jesu, vor allem aber sein vom Vater übertragener Sendungsauftrag enthalten, die mit diesem einleitenden Satz aufleuchten.

Der Auftrag lautet:

„Geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern, tauft sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehrt sie alles zu befolgen, was ich euch geboten habe.“

Hier hat jedes Wort seine Bedeutung. Am Ende dieser unabänderlichen Beauftragung fügt Jesus noch einmal den Hinweis auf sich hinzu und versichert, daß, wo immer diesem Befehl entsprochen wird, er der Mittragende ist und die von ihm Beauftragten niemals allein stehen:

„Seid gewiß, ich bin bei euch alle Tage bis zum Ende der Welt.“

Bevor Jesus an den aus dem Kreis der Apostel ausgewählten Petrus (mit dem Auftrag hat er auch den Namen verbunden) seine Absicht überträgt: (Mt 16,14–20)

„Du bist Petrus, und auf diesem Feld werde ich meine Kirche bauen. . .“

stellt er an alle die Frage, die mit dem nachfolgenden Auftrag alle angeht:

„Für wen haltet ihr mich?“

Simon (Petrus) antwortet und identifiziert den Herrn mit dem, als was sich Jesus durch Wort, Tat und Zeugnis des Vaters und des Heiligen Geistes bereits ausgewiesen hat:

„Du bist der Messias, der Sohn des lebendigen Gottes.“

Auch hier, wie bei (Mt 28,18) die Klarstellung, wer da etwas verlangt und befiehlt. Darauf folgt das Bekenntnis des Petrus zur Sendung Jesu. Erst dann nennt Jesus seine Absicht und den von ihr abgeleiteten Auftrag, der zu diesem Zeitpunkt von den Aposteln noch gar nicht einzuschätzen war:

„Du bist Petrus, und auf diesem Felsen werde ich meine Kirche bauen und die Mächte der Unterwelt werden sie nicht überwältigen.“

Im darauffolgenden Satz wird mit dem Wort „Ich“ die folgenschwere Bürde des Auftrags angekündigt:

„Ich werde dir die Schlüssel des Himmelreiches geben. Was du auf Erden binden wirst, das wird auch im Himmel gebunden sein, und was du auf Erden lösen wirst, das wird auch im Himmel gelöst sein.“

Dieser Auftrag hat Konsequenzen und ist in seiner Tragweite zunächst nur auf den Kreis der Apostel beschränkt. Denn dann folgt noch einmal der Hinweis Jesu auf sich selbst in einer negativen Formulierung, die bekräftigen will, daß dieser Auftrag zwar an einen unter ihnen gerichtet ist, aber alle betrifft und von Außenstehenden nicht verstanden würde:

„Er befahl den Jüngern, niemand zu sagen, daß er der Messias sei.“

Eine weitere Szene, in deren Mitte der die Kirche mitbegründende Auftrag steht, findet sich im Johannesevangelium (21,15–18).

Als Jesus, an Petrus gewandt, diesen mit seiner Absicht identifiziert, stellt er zuvor, seinen Auftrag unterbrechend, dreimal die Frage:

„... liebst du mich mehr als diese... , liebst du mich... , liebst du mich?“

Als Petrus, betroffen, daß Jesus dreimal nach seiner Treue fragt, antwortet: „Herr, du weißt alles, du weißt auch, daß ich dich liebe“, ist es wie eine Vereidigung, die selbstverständlich in die Treue den Tod mit einschließt.

Der göttliche Befehl Jesu ist für Petrus zu diesem Zeitpunkt schwer zu verstehen. Aber es ist nicht nur der Auftrag, der hier schwer wiegt, sondern auch die damit verbundene Verantwortung, die in ihrer Last erst später offenkundig werden wird:

„Weide meine Lämmer, weide meine Schafe, weide meine Schafe.“

In dem abschließenden Satz läßt der Herr den Petrus nicht darüber im unklaren, daß seine Nachfolge gewaltsam enden wird, weil mit den Forderungen Jesu, wenn es notwendig ist, das Ganze des Lebens einzusetzen ist:

„Amen, das sage ich dir: Als du noch jung warst, hast du dich selbst gegürtet und konntest gehen, wohin du wolltest. Wenn du aber alt geworden bist, wirst du deine Hände ausstrecken, und ein anderer wird dich gürtet und dich führen, wohin du nicht willst.“

Der Evangelist Johannes kommentiert, daß Petrus mit seinem späteren Tod Gott verherrlichen würde (Joh 21,19).

Das Verständnis des Christlichen umfaßt einen Lebensvollzug, der in der Annahme der Lehre konsequent verwirklichtes Dasein verlangt, das sich des absoluten Anspruchs Gottes jederzeit im Ganzen des Glaubens bewußt ist.

Noch vor dem Beginn der Missionstätigkeit der Apostel läßt Jesus keinen Zweifel daran, daß es so ist. Die Frage die (nach Joh 6,66) an die Apostel gerichtet ist:

„Wollt auch ihr gehen?“

verlangt im Anschluß an die zu diesem Zeitpunkt unbegreifliche Rede über das Essen seines Fleisches und Trinken seines Blutes (Joh 6,48–59), daß auch das Unbegreifliche im Zusammenhang des noch gar nicht erkennbaren Mysteriums Christi angenommen werden muß, ob es durchschaubar ist oder nicht, weil die Autorität Gottes im Wort und Tun nur Wahrheit ist.

In seiner Rede über das Essen von Fleisch und Blut des Menschensohnes (6,52 ff.) stellt Jesus folgende Worte voran:

„Ich bin nicht vom Himmel herabgekommen, um meinen Willen zu tun, sondern den Willen dessen, der mich gesandt hat. . . .“

Diese Einleitungen wollen nicht sprachliches Schema sein, sondern wollen versichern, welche Bedeutung Gott seinen Anordnungen beimißt, daß das von ihm ausgehende Wort mit ihm selbst identisch ist.

Dann erst folgen die vor Tod und Auferstehung noch nicht verstehbaren Worte:

„Wenn ihr das Fleisch des Menschensohnes nicht eßt und sein Blut nicht trinkt, habt ihr das Leben nicht in euch. Wer mein Fleisch ißt und mein Blut trinkt, hat das ewige Leben. . . .“

Am Ende verklingt die eucharistische Rede mit den Worten:

„Wie mich der lebendige Vater gesandt hat und wie ich durch den Vater lebe, so wird jeder der mich ißt, durch mich leben.“

Ist es nicht auch so, daß Gott, bevor Moses die Zehn Gebote übergab, mit dem Hinweis auf sich selbst beginnt:

„Bin ich nicht der Herr, dein Gott, der dich aus Ägypten, aus dem Lande der Herrschaft geführt hat!“ (Ex 20,2).

Nach der Übergabe der Gebote aber beauftragt Gott den Moses, ihm einen Altar zu bauen.

Formel, Lehrbeispiel oder Lebenswirklichkeit aus dem Glauben, Petrus gibt uns in seinem ersten Brief eine Erklärung dafür, welche Konsequenzen sich aus dem Zusammenhang des auf sich selbst verweisenden, menschengewordenen Gottes und des von ihm ausgehenden Wortes ergeben: „Gehorsamsbereitschaft“ und „Standfestigkeit“ aus der Gnade inmitten der Welt. Zwischen diesen Polen verwirklichen sich Glaube, Hoffnung, Liebe, Wort Gottes und Lehre der Kirche im Heranwachsen von Gottes heiligem Volk (1. Petr 1,13–2,10).

Wenn man die o. a. Beispiele für ein Resümee heranzieht, lassen sich einige Kriterien ablesen:

- Person, Legitimation und Sendungsauftrag Jesu bilden eine Einheit. Das Wort steht für die Person und die Person für das Wort.

- Die Person des Empfangenden wird bewußt herausgehoben in die Einmaligkeit des Auftrags und der Verkündigung.
- Inhalt, Umfang und Ziel des Auftrags sind unabänderlich an das Königtum Gottes, an die Gottesherrschaft gebunden.
- Die Wirkungen aus dem Auftrag bleiben verborgen in der Wahrhaftigkeit Gottes.
- Die Beauftragten werden nicht im unklaren darüber gelassen, welche Konsequenzen ihr Eintreten für die angebrochene Königsherrschaft Gottes haben wird.
- Die nach dem göttlichen Auftrag erfolgte Rückbesinnung auf den Ursprung dessen, der da spricht, hebt noch einmal die Bedeutung von Gott und seinem Wort hervor.

Auch die Form, wie Jesus seine Worte und Befehle faßt, scheinen von Bedeutung für die Verkündigung zu sein.

IN DER KRIPPE
 IST SCHON
 VERBORGEN,
 WOHER WIR NOCH
 UNTERWEGS
 SIND.

Gebet für unser liebes chinesisches Festland

Du großer Heiliger Gott, wir bitten dich, hör auf unser Gebet. Laß durch deine gütige Vorsehung in dem großen chinesischen Volk bald Männer erstehen, die mit Weisheit und Klugheit, mit Mut und Kraft die Geschicke des Landes in die Hand nehmen können.

Du weißt die Herzen der Menschen zu lenken. Du kannst durch den Heiligen Geist den Verstand solcher Menschen erleuchten.

Du kannst sie zu mutigem Einsatz anregen, kannst ihre seelischen Kräfte steigern, kannst ihren Einfluß auf die Volksmassen stärken gegen allen Widerstand falscher Ideologien.

Du kannst ihren Worten machtvolle Überzeugungskraft und das Feuer der Begeisterung geben.

Ja, du großer und Heiliger Gott, du Geber alles Guten! Schenke dem chinesischen Volk solche Leute, die es verstehen, in diesem Aufruhr und Aufbegehren des Volkes richtige Wege zu finden und zu zeigen:

*Wege zu gesunder politischer Führung,
Wege zu wirksamer wirtschaftlicher Entwicklung,
Wege zu ehrlicher Gerechtigkeit für alle,
Wege zu echter Freiheit und dauerndem Frieden.
Amen.*

Gebet, verfaßt von Pater Professor Dr. Franz Giet, Taipei auf Taiwan (Formosa) im Juni 1989

Eingesandt von Prof. Dr. Wolfgang Altendorf

Porta patet — cor magis (Unsere Tür steht offen — unser Herz noch mehr)

Bericht über die Stefanus-Gemeinschaft und ihre Bildungsstätte im Kloster Heiligkreuztal

Gernot Belch

Der Besucher des Klosters Heiligkreuztal, im südlichen Baden-Württemberg bei Altheim gelegen, findet dieses Motto als Sinnspruch für die Arbeit der Bildungsstätte der Stefanus-Gemeinschaft, einer Laienorganisation, die hier im Dienste der Glaubensvermittlung eine wichtige Bildungsarbeit betreibt.

Die Stefanus-Gemeinschaft ist im Jahre 1948 von Alfred Lange als Bildungs- und Freundes-Gemeinschaft der Laienbewegung der katholischen Kirche gegründet worden. Sie vermittelt dem Einzelnen, und dies auf das jeweilige Bildungsniveau und Allgemeinwissen abgestimmt, im Rahmen bestehender Gruppen und Freundeskreise der Stefanus-Gemeinschaft, vielfältige Kenntnisse über alle Fragen des Glaubens, die Grundlagen sozialen Lernens und unterweist ihn in der katholischen Soziallehre.

Im Rahmen der Freundeskreise der Stefanus-Gemeinschaft und innerhalb des umfangreichen Bildungsprogramms der Kurse und Seminare der Bildungsstätte im Kloster Heiligkreuztal soll der Laie befähigt werden, sein Wissen um den Glauben zu vertiefen, es anderen vermitteln zu können und sein Christsein glaubhaft vorzuleben.

Die Bildungsstätte leistet eine moderne Bildungsarbeit mit den Schwerpunkten auf folgenden Gebieten:

- Vertiefung der Religiosität durch Gespräche über den Glauben, Referate, Exerzitien und Besinnungstage,
- Weiterbildungsveranstaltungen zu allen Fragen der aktuellen Tagespolitik, zu kulturellen Fragen und zu geschichtlichen Problemen,
- Grundlagen der katholischen Soziallehre,
- Methodische und didaktische Seminare und Übungen zur Befähigung zur Diskussion, zum Gespräch und zum Vortrag,
- Allgemeine Kurse zur Verbesserung der Arbeits- und Lerntechniken; dies auch mit dem Ziel, Selbstvertrauen und Persönlichkeit der Teilnehmer zu stärken.

Die Leitung der Stefanus-Gemeinschaft hat kürzlich gewechselt. Nach 25jähriger Tätigkeit als Leiter der Stefanus-Gemeinschaft übergab Direktor Alfons Bacher die Dienstgeschäfte an Prof. Gottfried Juen, Diözesanobmann im Bistum Innsbruck/Tirol. Herr Bacher wird aber weiterhin als Leiter der Bildungsstätte im Kloster Heiligkreuztal tätig sein.

Die Stefanus-Gemeinschaft versteht sich als ein Kreis von Freunden, die eine lebenslange Freundschaft verbindet. Die Freundeskreise sind Kennzeichen dieser Gemeinschaft, die in Deutschland, im Fürstentum Liechtenstein, Österreich und in der Schweiz Arbeitskreise gebildet wurden.

Die Kontakte der Militärseelsorge mit der Bildungsstätte der Stefanus-Gemeinschaft im Kloster Heiligkreuztal sind vielfältig. Eine Vielzahl von Veranstaltungen der verschiedenen Militärseelsorgebezirke und der GKS, Arbeitskonferenzen des Wehrbereichsdekans V und Familien- und Werkwochen sowie Erholungsmaßnahmen des KMBA Bonn werden im Kloster regelmäßig durchgeführt.

Darüber hinaus werden seit vielen Jahren die Baumaßnahmen und Renovierungsarbeiten im Kloster aus den Militärseelsorgebezirken unterstützt. So zum Beispiel führt der katholische Standortpfarrer Mannheim und die GKS Mannheim/Heidelberg seit mehreren Jahren Arbeitseinsätze im Kloster Heiligkreuztal durch, die unter dem Motto „Ora et labora“ stehen.

Eine Vielzahl von Projekten für das Kloster konnte so entsprechend der Bauplanung der Leitung der Bildungsstätte durch Aktivitäten von Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr verbilligt und beschleunigt werden.

Nach dem Bericht der Informationsschrift des Stefanuswerks e. V. konnte zum Beispiel in diesem Jahr die ehemalige Brauerei des Klosters auch dank der „Laienarbeit“ aus den verschiedenen Militärseelsorgebezirken umgebaut und renoviert werden, so daß sie jetzt als Haus St. Raphael für die zusätzliche Unterbringung von Klarissen-Eremitinnen aus Schruns/Vorarlberg genutzt werden können. Die Klarissen-Eremitinnen werden künftig an der Seite der Stefanus-Gemeinschaft im Kloster Heiligkreuztal arbeiten und beten.

Wir als Soldaten haben eine besondere Beziehung zur Stefanus-Gemeinschaft und seiner Bildungsstätte in Heiligkreuztal entwickelt. So ist neben dem Heiligen Stefanus als zweiter Patron der Friedensheilige Bruder Klaus von der Flüe gewählt worden, der als Bauer, Soldat, Politiker und Richter Spuren in der Geschichte hinterlassen hat.

Die Stefanus-Gemeinschaft freut sich über jede Unterstützung und tätige Mithilfe bei ihrer großen Aufgabe, sei es durch die Belegung von Kursen oder Seminaren, die Planung von Gemeinschaftsveranstaltungen oder durch eine finanzielle Zuwendung in Form von Spenden oder die Übernahme von Patenschaften für neu einzurichtende Zimmer in den Unterkünften, die für den weiteren Ausbau der Bildungsstätte benötigt werden.

Zusätzliches Informationsmaterial kann kostenlos bei folgender Adresse angefordert werden:

Kloster Heiligkreuztal, Bildungsstätte der Stefanus-Gemeinschaft, D-7940 Altheim-Heiligkreuztal

Stoßgebete

Auch Menschen, die nicht mehr beten, wissen meist, was ein Gebet ist. Es gibt in der Kirche Gebete für viele Gelegenheiten. Aber die Kritiker, die der Kirche vorwerfen, sie tue zuviel des Guten mit ihren Gebetsanregungen, sind zahlreich. Es gibt sogar Christen, die bestreiten den Wert der Gebete. Wenn alle diese Kritiker in die Bibel schauen würden, dann müßten sie feststellen, daß Christus selbst zum Gebet aufgefordert hat. Das bekannteste Gebet ist seitdem das Vaterunser (Mt 6,5–15). Aber nicht nur der Text wird vorgegeben, sondern auch die Mahnung, zu Gott zu beten.

In Mt 7,7–11 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß man Vertrauen beim Beten haben kann.

Jesus selbst hat mehr als einmal gebetet, zum Dank (vergl. Mt 1,25–27, Lk 10,21f. usw.) oder in der Not (Mt 26,39). Der Heiland hat auch Bitten — „Hab Erbarmen mit mir...“ — erhört.

In seiner Todesstunde hat der Gekreuzigte nach Gott gerufen.

Wer die Evangelien liest, wird immer wieder auf die Worte stoßen, „er sprach den Lobpreis“ (vergl. Lk 24,31) oder „er dankte Gott“. Kurz, Christi Mahnung zum Beten hat er selbst deutlich erkennbar erfüllt. Deshalb sollte der, der sich durch die Bezeichnung „Christ“ auf Christus bezieht, beten.

Leider besteht heute auch ein Mangel an Kenntnis von Gebetstexten. Da das Beten ohne „Vorlage“ nicht so einfach ist, und jeder, der ehrlich zu sich selbst ist, muß das bestätigen, hat die Kirche für viele Fälle einen Gebetstext entworfen. Sie sind in jedem einschlägigen Gebetsbuch zu finden. Man braucht solche festgefügt Texte vom Morgen- bis zum Abendgebet letztlich in allen Lebenslagen.

Eine besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang auch die Gebete in Notlagen. In solchen Augenblicken ist meist schnellstes Handeln notwendig. Da sollte man sich an kurze Texte erinnern können. Sie geben nicht nur Zuversicht und Kraft, sondern sie stellen auch das Handeln in die Gnade Gottes. Und da Gott unser Schöpfer und Erhalter ist, wird er den, der sich in der Not an ihn wendet, nicht aus seinen Händen gleiten lassen.

Um nur wenige zu nennen, sei hier aufgeführt:

„Himmlicher Vater, erbarme Dich meiner.“

„Jesus, sei mir gnädig.“

„Mein Herr und mein Gott.“

„Mein Jesus, Barmherzigkeit.“

„Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für mich armen Sünder.“

„Mutter der Barmherzigkeit, bitte für mich.“

„Heiliger Erzengel Raphael, geleite mich.“

Diese Auswahl mag genügen. Aber es stehen noch viel mehr gedankenreicher und hilfrei-

cher Gebete zur Verfügung. Man sollte einige kennen und der Kirche für das Angebot an inhaltsreichen Texten danken.

Man sollte aber auch immer bedenken, daß Gebet die Hineingabe in den Willen Gottes bedeutet.

Damit darf ein Gebet kein Egoismus sein. Der einzige Egoismus, der erlaubt ist, kann heißen, Herr mache mich zum Werkzeug Deines Wollens.

Es ist gut, einen Rettungsring zu haben, auch wenn man ein vermeintlich sicheres Schiff hat.

H.F.

Theresia von Lisieux

Religiöses Abenteuer oder Lebensfülle durch Gehorsam

Soldatische Ausdauer und Hingabebereitschaft einer jungen Heiligen

Johannes Cofalka

Wer in der nichtssagenden Leere des Belanglosen, in der Banalität oder Alltäglichkeit, in der Flucht der Vergänglichkeit oder in der Anonymität der Begegnung den Augenblick mit Ewigkeit zu füllen, damit aber schöpferisch das Neue menschlicher Wärme und zuverlässiger Herzlichkeit zu geben vermag, lebt aus Tiefen, die sich erst dem Beter und ehrlich Suchenden erschließen.

Da entdeckt ein junges Mädchen hinter Klostermauern die Bergpredigt für sich und erfindet einen Weg zu ihrer Verwirklichung, der nicht ein Weg der Nonnen und Mönche ist, sondern Lebensvollzug eines jeden Christen sein sollte.

Wenn man Plüsch, Rüschchen, Nippesfiguren, tausend Küsse und allerliebstes Gehabe, fromme Seufzer, zuckersüße Aufdringlichkeit, zärtliches Verwöhntwerden und eine überschäumende Begeisterung auf sich beruhen läßt und als das versteht, was sie sind: Ausdruck einer Zeit, die in jedem Lande noch dazu ihre eigene Ausformung erhält, kommt Theresia von Lisieux als ein Kind in den Blick, aus dem nach neun Jahren in Karmel eine große Heilige hervorgeht. Wer sich zudem von dem aufgemachten Heiligenbild der Jahrhundertwende löst, entdeckt ein Mädchen, eine junge Frau und Nonne, die zunächst sprachlos macht, dann aber überzeugt, daß das Gebet und Leben aus Gott und auf ihn hin zu einem Lebensprogramm werden kann.

1873 geboren, mit vier Schwestern, die alle einem Orden beitreten, in einer frommen Familie im Frankreich der gehobenen bürgerlichen Existenz und Idylle aufgewachsen, mit 15 Jahren nach Papstaudienz in den Karmel von Lisieux eingetreten und 1897 mit 24 Jahren nach schwerem Leiden an der Tuberkulose gestorben, diese wenigen Daten umreißen ein Leben, das in seiner Art unvergleichlich und wohl einmalig in seiner Ausstrahlung in die Geschichte der Kirche eingegangen ist.

Was ist das Faszinierende an dieser jungen Frau, was ist das, was dieses Leben letztlich kennzeichnet und warum spüren gerade Soldaten und Priester eine so starke Bezogenheit zu dieser so überaus nüchternen und doch so mitreißenden Heiligen.

Wenn schon ganze Regale kluger Bücher kaum dieses kurze Leben zu würdigen oder gar zu erklären vermögen, darf eine Skizze auf engem Raum nur einige wesentliche Aspekte aufzeigen. Was die Heilige Theresia — sie erhält auf ihren Wunsch den Namenszusatz „vom Kinde Jesu und vom Heiligsten Antlitz“ — uns mit ihrem Leben und Sterben sagen möchte, paßt in jedes Leben und in jede menschliche Existenz, in der das Fragen nach Gott noch nicht bewußt ertötet worden ist, aber auch da ragt es in geheimnisvoller Weise hinein.

Was uns jeden Tag zugänglich ist, was sich gewollt oder ungewollt aufdrängt, was geliebt oder ungeliebt unseren Weg kreuzt, was den zermürbenden Alltag kennzeichnet, das Kleine, Unscheinbare, lästig Unwichtige, jedes menschliche Darniederliegen will hineingenommen sein in den von Jesus Christus erschlossenen Sinn des Lebens. Alles das kann bedeutsamer sein als die großen Dinge, die Anerkennung und öffentliches Lob finden.

Theresia kennt die Borniertheit, Verstellung und Unaufrichtigkeit ihrer Zeit. Kaum den Kinderjahren entwachsen, spürt sie bereits den Ekel, der von Geltungssucht und Macht in der Welt ausgeht. Sie wird feststellen, daß der Karmel dagegen keine Mauern hat.

Sie selbst ist ein Kind ihrer Zeit und Landschaft. Das Kleinbürgerliche, Provinzhafte, wird ihr bleibend anhaften und gelegentlich wird sie mit der fast unerträglichen Oberflächlichkeit und Banalität damaliger Geisteshaltung konfrontiert werden. Da, wo ihre Worte z. B. in den Selbstbiographischen Schriften (SbS) vor dem Unausprechlichen, das Gott betrifft, versagen, bedeuten ihre Aufzeichnungen ein im Gehorsam gesungenes Lied der Dankbarkeit und Gottesnähe.

Aus eigenen Bekenntnissen in den SbS, aus Gedichten, Dokumenten der Selig- und Heiligsprechung, aus Gesprächsnotizen, Gebeten und Berichten ihrer Schwestern, aus ihren Briefen wie aus dem Ganzen ihres Lebens lassen sich einige Folgerungen ableiten:

- Die Liebe Gottes zu den Menschen ist mit nichts vergleichbar und durch nichts zu überbieten;
- Die stellvertretende Liebe zu Gott und das Apostolat des Gebetes sind eingeborgen im Geheimnis des in der Kirche gegenwärtigen Christus;
- Jede mitmenschliche Begegnung und Beziehung trägt in sich die Chance, die Menschenfreundlichkeit Gottes transparent zu machen und selbstlose Güte weiterzugeben;
- Die Eucharistie ist ihr der Anfangs- und Endpunkt umfassender Anbetung des dreifaltigen Geheimnisses von Vater, Sohn und Heiligem Geist;

Ihre Vorstellung von Gott als Person kann nicht weit genug gesehen werden, da der sprachliche Begriff „Person“ nur die menschliche Vorstellungsdimension erfaßt. Gott

liebt unendlich und will unendlich, das heißt grenzenlos geliebt werden. Nicht weil Gott theologisch gesehen unserer Liebe bedarf, sondern weil Liebe sich in den anderen hinein verströmen will, weil Liebe im Dasein Gottes und seines Willens eine schöpferische Dimension ist, die auch in seiner Menschwerdung und dem endgültigen Ziel menschlichen Daseins zum Ausdruck kommt. Daß Gott verlangt, Ihn und den Nächsten wie sich selbst zu lieben, bleibt letztlich Geheimnis zwischen den von ihm geschaffenen Menschen und ihm selbst. Die Liebe selbst gibt die Antwort: Man muß sich auf sie einlassen, um zu begreifen, was sie ist.

- Die Anbetung der Dreifaltigkeit und das christliche Welt- und Lebensverständnis aus ihr ist der religiöse Grund ihres Denkens, Handelns und Betens. Der Vater im Himmel ist durch Jesus Christus im Heiligen Geist Ziel der Sehnsucht und Liebe;
- Ihr Gottesbild ist nüchtern, aber voll von den Bildern, die das Alte und Neue Testament vermitteln. Es ist der Gott, der das Martyrium als Selbstverständnis voraussetzt, wenn Zeit und Umstände es erfordern, das auch als geistiges Martyrium möglich und notwendig ist in einer Umwelt, die nicht wiederliebt, die Güte mit Haß, Freundlichkeit mit Abweisung und Treue mit Mißgunst beantwortet. Es ist der Gott, der sich aus einem unergründlichen Geheimnis hineinopfert in diese Welt durch Jesus Christus, durch Leiden und Tod hindurch zur Auferstehung und damit in sein Königtum gelangt. Theresia sieht in Gott keine Märchengestalt. Wohl aber erkennt sie ohne Illusion, daß der Weg der Heiligung kein anderer sein kann als der Weg Jesu.

Zwischen den Worten dieser jungen Nonne: „Ich muß meine Eigenliebe dorthin stellen, wo sie hingehört, unter meine Schuhsohlen“ (SbS, S. 165) und: „ich will eine Heilige werden“ (SbS, S. 214) vollzieht sich ein Leben, das nach österlicher Auferstehungsfreude einem Dasein in der Dunkelheit der Seele und des Geistes,¹⁾ das keinen anderen Horizont kennt als den des Todes, Raum geben muß. In dieser Spannung entwickelt sich eine Zwiesprache zwischen ihr selbst und Gott, wobei von seiten Gottes keine andere Antwort kommt als die Antwort des Schweigens und von ihrer Seite eine Kette unaufhörlicher Gesten der Liebe, Erduldungen, Demütigungen, wortlos ertragene Härten und Ungerechtigkeiten, ertragen aus der Berufung, ewig Liebende zu sein:²⁾ „Ich habe keine großen Wünsche mehr außer diesem: zu lieben, bis ich vor Liebe sterbe“ (SbS, S. 223). Die Dunkelheit des Nichtglaubenskönnens schließt sie ein wie eine Mauer: „Die Stimme der Sünder annehmend, scheint die Finsternis mich zu verhöhnen und mir zuzurufen: . . . ,Nur zu, nur zu, freu dich über den Tod, der dir geben wird, nicht, was du erhoffst, sondern eine noch tiefere Nacht, die Nacht des Nichts““ (SbS, S. 221). Auf diese Finsternis eingehend sagt Theresia an anderer Stelle: „Wenn ich das Glück des Himmels . . . besinge, so empfinde ich dabei keinerlei Freude, denn ich besinge einfach, was ich glauben will“ (SbS, S. 223). Hier spürt die Heilige wohl den Sinn ihrer früher gesprochenen Worte, deren Sinn sich erst im Tode enthüllt: „Ich möchte Gott bis zum Wahnsinn lieben“ (SbS, S. 207).

Aus diesem Willen erwächst ihr ein Gehorsam, der über das Gefühl der Liebe, des Trostes, der Hoffnung hinausgeht und sich dem Worte Jesu am Beginn seiner Sendung ver-

einigt: „einen Leib hast du mir gegeben . . . , o Herr, ich komme, deinen Willen zu erfüllen“ (Hebr. 10,7). So gehorsam kann man nur sein, wenn man sich mit dem Auftrag Gottes und nicht mit dem eigenen Gefühl identifiziert.

Wer vermöchte in scheinbar auswegloser Lage, im Dunkel der Unausweichlichkeit besser verstehen, was Gehorsam bedeutet, als der Soldat und der Priester, die den Einsatz ihres Lebens zum Beruf gemacht haben. Man muß hier vielleicht auch an den Piloten denken, der täglich, auch in Friedenszeiten, zu einem Dienst in seinem Düsenjäger aufbricht, der ihm alles abverlangt, auch das Risiko des Lebens, der unverstanden bleibt, Mißverständnissen ausgesetzt ist, als ein Ärgernis gilt und damit fertig werden muß. Es ist wohl auch der Gehorsam derer in den Blick zu nehmen, die Gesundheit und Leben für andere einsetzen, Krankenschwestern und -pfleger, Feuerwehr, Männer und Frauen der Rettungstaffeln auf See oder in den Bergwerken oder bei der Polizei.

Gehorsam gegen Gott aus einem selbst erwählten Beruf wird eben derjenige am besten verstehen, der selbst bereit ist, Gehorsam im Ganzen seines Lebens zu leisten. Für Theresia von Lisieux verbindet sich dieser Gehorsam mit einem Verzicht auf die Liebe zur Welt und mit dem Verzicht auf die Hoffnung, von der Welt geliebt und verstanden zu werden. Eigenartigerweise wird aber der Verzicht auf die Welt um ihrer selbst willen, von einem jeden Christen verlangt. Wie sollte sonst jenes Petruswort verstanden werden: „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, eine königliche Priesterschaft, ein Gott zugeeignetes Volk, damit ihr die Taten dessen verkündet, der euch aus Finsternis berufen hat in sein wunderbares Licht“ (1. Petr. 2,9).

Der Blick dieser Frau ist nicht durch ihre enge Zelle eingeengt. Ihr Blick geht über die Klostermauern hinweg nach draußen und umfaßt das Ganze des Glaubens, das Ganze der Kirche, das Ganze der Welt, das Ganze des Menschen mit Leib, Seele und Geist, vor allem derjenigen, die ihre Heilsszuversicht verloren haben, die in Gefahr sind, Gott in ihrem Leben und in Ewigkeit zu verfehlen. Ihr Blick geht zu den Priestern in aller Welt, um sie durch ihr Gebet zu stützen. Nicht zufällig wurde die Heilige 1930 zur Patronin der Missionen erwählt.

Die Kälte ihrer auch im Winter ungeheizten Zelle empfindet sie wie die Kälte dieser Welt gegenüber Gott, wie die Kälte der Menschen untereinander. Der Ruf Jesu am Kreuz: „Mich dürstet“, wertet Theresia als einen Ruf an sie persönlich, um für Jesus Seelen zu retten, wie auch immer sie diesen Gedanken in ihr Beten hineinnimmt.³⁾

In Gott erkennt sie den Ausgangspunkt für Anbetung und Dienst, für die Kraft ihres Tuns, dessen innerliche Beseelung sie selbst überrascht. Nichts ist zu klein und geringfügig, nichts zu lästig und demütigend, das nicht umgeprägt werden könnte in einen Akt der Dankbarkeit und des stellvertretenden Gebetes.

Das Verhältnis der Heiligen zu Maria sollte weniger von einem Kindheitserlebnis als von ihrer Christusfrömmigkeit und ihrer Hingabe an das Geheimnis der Dreifaltigkeit her gesehen werden. Als sie ihre selbstbiographischen Aufzeichnungen beginnt, gilt ihr erster Gedanke der Gottesmutter.

Nicht der Aktivismus erfüllt dieses kurze Leben, sondern die bräutliche Liebe des ersten du mit Gott, die nie abgegriffen ist??, nie verstaubt, nie ermüdet. Wieviel Einsamkeit steht dahinter!

Ihr Lächeln ist nicht eingeübte Pose, sondern Ausdruck der Betroffenheit, daß Gott ihr täglich neue Gelegenheit gibt, ihm wissentlich dienen zu dürfen. Ihre Tränen besiegeln das Wissen um eine Endgültigkeit, die ihr „niemand mehr abnehmen kann“ (SbS, S. 199).

Wer gegen das eigene Leben liebt, weil Gott die einzige Autorität ist und jede andere, gegebene Autorität als Bekundung seines Willens angesehen wird, spürt irgendwann, was jenes Wort bedeutet: „Er muß leben, ich aber abnehmen“ (Joh. 3,30).

Das Gebet der Heiligen wird man auch von hierher sehen müssen: Als sie gefragt wird, „was sagen Sie Gott, wenn sie zu ihm sprechen“, antwortet sie: „nichts, ich liebe ihn.“ (Leonie Martin, Meine Schwester Theresia). Sie weiß sich als die auf die Erde „Wiederkommende“,⁴⁾ als diejenige, die Rosen regnen lassen wird.⁵⁾

„Ich will meinen Himmel damit verbringen, auf Erden Gutes zu tun“ (Briefe). „Ich weiß, daß Gott tun wird, was ich will, weil ich stets getan habe, was er will“ (Briefe), diese Worte haben nicht Vermessenheit zum Ursprung, sondern eine Gnadenfülle, die gegeben sein muß, und gedanklich nicht nachzuvollziehen ist, weil das Faszinosum, das Gott in einem Menschen zu wecken vermag, das Ergriffensein, nur aus dem Erlebnis der Nähe Gottes selbst hervorgeht. Das religiöse Erlebnis, das ihr gelegentlich zuteil wurde, entzieht sich auch der sprachlichen Möglichkeit. Selbst die besten Zeugnisse der Mystik bleiben letztlich ein Stammeln gegenüber dem, was Gott in einem Herzen zu erschaffen vermag.

Beim Lesen der selbstbiographischen Aufzeichnungen darf eigentlich nicht das Anmutige, Schöngestige, religiös Erbauliche das Blickfeld einnehmen, sondern erst das umrißhaft Angedeutete, das durch die Sprache Verborgene, führt zum Wesenskern und läßt dennoch den Schmelz zarter Farben unberührt.

Anmutig kann auch der Kitsch sein und ein erbauliches Buch ohne christliche Lebenspraxis bleibt nur Druckerschwärze.

Wo Theresia von Liebe spricht und Liebe als Mittelpunkt ihres Denkens erscheint, löst sich der so strahlende Begriff in ein Spektrum von Lebensäußerungen auf, wie sie sich z. B. im Hohen Lied der Liebe im 1. Korintherbrief (13,4f) erschließen:

Die Liebe ist langmütig
die Liebe ist gütig
die Liebe ist nicht eifersüchtig
sie prahlt nicht
sie bläht sich nicht auf
sie handelt nicht taktlos
sie sucht nicht das Ihre
sie läßt sich nicht erbittern
sie trägt das Böse nicht nach

sie freut sich nicht über das Unrecht
sie freut sich vielmehr mit der Wahrheit
sie erträgt alles, sie glaubt alles,
sie hält alles aus
die Liebe hört nie auf

Diese Aspekte sind nicht Aufzählung, sie sind vielmehr Bestandteile eines Ganzen, nämlich der Geisteshaltung des Christlichen, aus der heraus das Leben seine christliche Gestalt annehmen kann.

So gesehen erkennt man sofort, daß der Schlüsselbegriff Liebe bei Theresia von Lisieux ein zentraler Leitgedanke im Sinne einer das Ganze des Charakters, des Leibes, Geistes und der Seele fordernden Ordnungsvorstellung ist, die göttlichen Ursprungs, das Leben mit seinen Begegnungen, Gefährdungen und Chancen im Denken und Tun auf Gott hin orientieren möchte.

Das Gleiche gilt für die Verwirklichung der Bergpredigt in den tausend Gelegenheiten des Alltags. In diesem Orientierungsrahmen läßt sich ein Lebensprogramm aufbauen, der für eine klösterliche Gemeinschaft genauso maßgeblich sein kann, wie für das Leben „draußen“, mitten in der Welt.

Die Antwort der Heiligen auf die Frage, „Was sagen sie Gott, wenn sie beten“: „Nichts, ich liebe ihn“, erhält aus dieser Perspektive ihren tiefsten Sinn. Weil sie alles getan hat, was der Gnade entgegenkommt, braucht es nicht mehr als den „Blick der Liebe“.

(Schwester Theresia liebt aus einer Bewußtseinstiefe, die nur wenigen zugänglich ist: „Ich weiß es, wem weniger vergeben wird, der liebt weniger (Lk. 7,47), ich weiß aber auch, daß Jesus mir mehr vergeben hat als der Hl. Magdalena, denn er hat mir im voraus vergeben, indem er mich vor dem Fallen bewahrte... So will ich ihn jetzt bis zum Wahnsinn lieben“ (SbS. S. 81)).

Sie liebt wie eine Liebende, aber in der Dimension des Heiligen, für das es kein Mittelmaß mehr gibt.

Theresia hat eines als Ausgangspunkt ihres christlichen Daseins klar erfaßt: Das Hören auf das Wort Gottes in seinem Zusammenhang mit der Lehre der Kirche ist ein schöpferischer Vorgang, der Grundlage, Triebkraft und Zielerkenntnis beinhaltet.

Wo das Christliche in dieser Weise gesehen und verwirklicht wird, bedarf es heute z.B. keiner „New Age“-Strategie, weil das Christliche aus Wort, Lehre der Kirche und sakramentalem Leben das Alte zu bewahren und das Neue richtig zu deuten vermag. Das Psalmwort aus der alten Liturgie „Introibo ad altare dei, ad deum, qui laetificat juventutem meam“ (Zum Altare Gottes will ich treten, zu Gott, der mich erfreut von Jugend auf), wies an den Stufen des Altares auf das nie alternde, schöpferisch Neue hin, das aus dem Mysterium Christi hervorgeht.

Die soldatische Hingabe- und „Stetsbereitschaft“ des Christen, die Paulus in 2. Tim. 2,3 so

profiliert herausstellt, hat Theresia von Lisieux täglich neu vorgelebt, indem sie im Alltäglichen die leise Sprache Gottes vernehmbar machte.

Wenn sie von ihrer „Mutter Kirche“ spricht, dann klingt darin eine Unmittelbarkeit mit, die keine Theorie vermitteln kann. Sie spricht immer im Namen aller, vor allem derer, die des Lichtes bedürfen: „erbarme dich unser, o Herr, denn wir sind arme Sünder“ (SbS, S. 220). Sie fühlt sich immer als eine von denen, die ihr Gebet umschließt (Briefe).

Fünf Jahre nach ihrem Eintritt in den Karmel wird Theresia 1893 mitverantwortlich an der Seite der Novizenmeisterin eingesetzt. Aus dem Reichtum ihrer Seele und aus den Erfahrungen ihres Klosterlebens, die ihrer strengen Selbstkritik standhielten, kann sie pädagogisch wirken. Außerdem ist aus ihrer Lebenshaltung ablesbar, was Worte nicht zu sagen vermögen.

Ganz am Anfang ihres Klosterlebens — diesen Eindruck gewinnt man beim Lesen ihrer Selbstbiographischen Schriften — hatte vermutlich ihre erste Oberin die Vorstellung, diesem Mädchen die Flausen und Wunschträume klösterlichen Lebens auszutreiben. Sie wußte aber nicht, daß die Kleine Demütigungen, Verweise, Zumutungen als Goldadern zu nutzen verstand, mit denen sie unaufhörlich und unversiegbar Gott ihre Dankbarkeit und Liebe vorweisen konnte und zwar in einer Verborgenheit, die bis in die Tage ihrer schweren Erkrankung, die den Weg in den Tod kennzeichnete, unerkannt blieb. Als man die ganze Schwere der Schwindsucht erkannte, war es zu spät. Das Herumprobieren an einer fast ein Jahr lang Sterbenden ruft heute Empörung hervor. Dennoch trägt Theresia alles, auch in der Verzweiflung unerträglicher Schmerzen, in dem Wissen: „Meine Berufung ist die Liebe“.

Theresia stirbt mit den Worten: „Je vous aime, mon Dieu, je vous aime!“⁽⁶⁾

Theresia von Lisieux wird 1923 selig- und 1925 heiliggesprochen.

Was Theresia von Lisieux wollte, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Sie wollte das Ganze des Lebens für alle Menschen, auch in der Endgültigkeit ihres letzten, ihnen von Gott zugedachten Zieles.

In dem kurzen Leben von Theresia Martin, so lautet ihr bürgerlicher Name, schwingt ein frischer, schalkhafter Humor, der auch unter Tränen lacht und auch in ihren letzten Aufzeichnungen mitklingt.

Ihre Selbstbiographischen Schriften, die durch Pater François de Sainte-Marie O.C.D. erstmals aus dem Urtext erarbeitet wurden, vermitteln den ursprünglichen Flair eines Mädchens, das zu einem Abenteuer der Liebe aufbricht, die nur Gott und nur ihm allein gilt, und dabei alles in diese Liebe einbezieht und mitreißt, von dem sie wünscht, daß es Gott gehört: alles und das Ganze!

Eine junge Frau, die weiß, was sie will, erteilt uns, auch ohne emanzipatorische Selbstverwirklichung, eine Lektion in Theorie und Praxis: Wer täglich neu vom Ziel her lebt, kommt auch an!

Lebensgestaltung hinter Klostermauern oder inmitten der Welt, beide Bereiche haben eines gemeinsam: die Antwort der Menschen auf die liebende Selbsthingabe Gottes in diese Welt und für die Menschen aller Zeiten.

Theresia von Lisieux hat ihre gültige Antwort ohne Illusionen gefunden; nicht das eigene Bemühen heiligt den Weg, sondern die Gnade, die immer vor uns da ist:

„Es ist notwendig, wenn wir alles getan haben, was wir glaubten tun zu müssen, daß wir uns dann als unnütze Knechte bekennen, zugleich hoffend, daß Gott uns aus Gnade alles geben wird, wessen wir bedürfen.“⁵⁾

Aus der Freiheit, wie sie nur der Christ haben kann, vollzieht sich in Theresia von Lisieux der Durchbruch zu einem persönlichen Glauben an einen Gott, der „Person“ ist und durch Jesus Christus im Heiligen Geist „erfahrbar“ wird. Nun ist sie nicht mehr der Eingeschlossenheit in ihr Selbstsein verhaftet, sondern geht zum kreuztragenden Jesus hinaus, um sich dort mit der Not, der Sorge, dem Leid, dem Unvermögen und oft so schwer ertragbaren Menschlichkeit derer zu identifizieren, die ihr Tag für Tag in der klösterlichen Gemeinschaft begegnen, und die sie in ihren Gebeten umschließt.

Ihre Geistigkeit vereinigt das Kind in der Krippe mit dem kreuztragenden Jesus durch Glaubenswirklichkeit, Ausdauer und Mühsal, die sie jeden Tag neu aufbringt. Sie lebt in einer Gottzugewandtheit, die für sie schon begonnen hat und doch noch so sehnlich erwartet wird.

So führt ihr „kleiner Weg“ in den „Frieden des Herzens“ und zur Heiligung. Die Distanz zwischen dem scheinbar Belanglosen und der Nähe Gottes schwindet mit der Liebe, die zwischen beiden wirksam wird. Wie in einer Parabel neigen sich Anbetung und Dienst vor Gott bis zum Grund, um dann in die Ewigkeit hinein emporgehoben zu werden.

Wie die priesterliche Existenz bezeugt Theresia ein Leben, das nicht an irgendwelchen Geschlechterreihen orientiert ist (1. Tim 1,4), sondern allein dem Heilsplan Gottes dient (1. Tim 1,4), in der Kirche, die das Fundament der Wahrheit ist (1. Tim 3,15).⁶⁾

Anmerkungen

- 1a) Johannes vom Kreuz, Die dunkle Nacht. Einsiedeln 1962. Dem Trost der Seele steht die absolute Trockenheit entgegen, eine Leere, in die kein Licht göttlicher Zuversicht hineinstrahlt als die verborgene Gnade und „die Hoffnung, ohne zu hoffen, was man erhofft“ (Theresia von Avila)
- 1b) Reinhold Schneider, Die dunkle Nacht, Herder 1947
- 2) Selbstbiographische Schriften, Einsiedeln 1958, S. 200. Theresia von Lisieux schreibt hierzu: „Ich begriff, daß die Liebe alle Berufungen in sich schließt, daß sie alle Zeiten und Orte umspannt ... mit einem Wort, daß sie ewig ist. ...“
„Da rief ich im Übermaß meiner überschäumenden Freude: O Jesus, meine Liebe ... endlich habe ich meine Berufung gefunden, meine Berufung ist die Liebe!“
- 3) dgl. S. 193: „mehr denn je fühle ich, Jesus dürstet. Er trifft nur auf Undankbare und Gleichgültige unter den Jüngern der Welt, und unter seinen eigenen Jüngern findet er, ach! so wenig Herzen, die sich ihm ohne Rückhalt hingeben, die die ganze Zärtlichkeit seiner unendlichen Liebe verstehen“
- 4) Briefe, in: Soeur Thérèse de l'Enfant Jesus. ..., Lisieux 1911, (Lettres/Fragments)

- 5) Celine Martin, Schwester Theresia vom Kinde Jesu, Schlußkapitel, Einsiedeln, 1986 und Leonie Martin, Meine Schwester Theresia, Paris/Altötting, 1968.
- 6) Johannes Cofalka, Priestertum zwischen Welt und Geheimnis, in: Auftrag, Bonn, Organ der GKS, H. 137/138, Juni/August 1984, S. 35—54.

Literatur

Therese vom Kinde Jesu, Selbstbiographische Schriften, Erstmals im Urtext, P. François de Sainte-Marie O.C.D., Einsiedeln 1958
 zum Vergleich: Histoire d'une Ame, écrite par elle même, Lisieux 1911
 Soeur Thérèse de l'Enfant Jesus et de la Sainte Face, morte en odeur de Sainteté au Carmel de Lisieux, le 30 Septembre 1897, Lisieux 1911, (Sammelband)
 Les Annales de St. Thérèse de Lisieux, Lisieux, Zeitschrift seit 1926 bis 1935
 Therese von Lisieux, Geschichte einer Seele, Übers. v. Otto Karrer, München 1948
 Geschichte einer Seele. Selbstbiographie der heiligen Theresia vom Kinde Jesu, Lizenzausgabe, Trier 1948
 Geschichte einer Familie. Trier 1949
 Geschichte einer Seele, Therese Martin erzählt ihr Leben, Leutesdorf 1967
 Briefe der Therese Martin, Leutesdorf 1966 und 1976
 Mutter Agnes von Jesus, Die letzten Worte der Therese Martin, Leutesdorf 1963
 Mutter Agnes von Jesus, Die Schwester der heiligen Therese vom Kinde Jesu, aus dem Französischen von Oda Schneider, Leutesdorf 1962
 Ida Friederike Görres, Das verborgene Antlitz, Herder, Freiburg 1949
 R.P. Henri Petitot, Sainte Thérèse de Lisieux, Une renaissance spirituelle, Paris 1925
 Das Leben der heiligen Theresia vom Kinde Jesu. Nach den offiziellen Urkunden des Karmel in Lisieux, Msgr. Laveille, Pronotar b. Apost. Stuhl, Generalvik. v. Meaux; D. von Prof. Dr. Weiß, Kirnach/Villingen, Baden 1926.
 Darin: die zitierten Beatifikations- und Kanonisationsakten.

Staunen

Aufgebrochen ist,
 was von Anfang an war
 und uns
 noch erdgebunden
 schon hineinführt
 in sprachloses Staunen.

Johannes Cofalka

Soldat im Selbstverständnis

Erklärung

des Bundesvorstandes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zum Urteil des Frankfurter Landgerichts vom 20.10.89:

Die GKS anerkennt, daß ein Gericht in richterlicher Unabhängigkeit versucht hat, eine absichtlich überspitzt und kränkend formulierte Äußerung unter den Schutz der von Art. 5 GG garantierten freien Meinungsäußerung zu stellen.

Wegen der Folgen, die dieses Urteil auf die Kultur der politischen Auseinandersetzung in unserem Land haben wird, kann die GKS weder die Rechtfertigungsgründe noch das Urteil selbst akzeptieren.

Die GKS ist der Auffassung, daß das Freiheitsrecht des Art. 5 dem in Art. 1 definierten vorrangigen Grundrecht und Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland — „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ — nachgeordnet ist.

Soldaten haben keine andere Ehre, aber auch keine andere Würde als jeder andere Bürger auch. Deshalb trifft die Äußerung, „alle Soldaten sind potentielle Mörder“, nicht nur die Soldaten als Staatsbürger, sondern vielmehr das Volk und den Staat selbst, da diese die verantwortlichen Auftraggeber der Soldaten sind. Hier werden das Menschenbild unseres Grundgesetzes und das Selbstverständnis des Staates unmittelbar in Frage gestellt.

Wenn darüber hinaus die Ausbildung der Soldaten auf einen „fünfzehnmönatigen Drill zum Töten“ reduziert wird, bedeutet dies die totale Infragestellung der seit mehr als 30 Jahren als Führungsprinzip bewährten Inneren Führung.

Innere Führung ist das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrages. Danach duldet die demokratische Gesellschaft hierarchisch strukturierte und nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktionierende Streitkräfte. Dafür garantiert der Staat den Primat der Politik und stellt durch parlamentarische Kontrolle sicher, daß innerhalb der Streitkräfte die Würde des Menschen auch unter den Bedingungen des soldatischen Dienstes geachtet und geschützt wird.

Im Gegensatz zu früheren deutschen Armeen dient die Bundeswehr ausschließlich dem Schutz einer menschenwürdigen Rechts- und Lebensordnung. Durch die Bindung an die Normen des Grundgesetzes ist Wehrdienst Friedensdienst.

Der Bundesvorstand der GKS fordert alle Bürger in Uniform und in Zivil auf, zwar unmißverständlich ihre Meinung in dieser Sache zu äußern, aber die Regeln des politischen Streitens zu achten und Gelassenheit zu wahren. Als katholische Soldaten erinnern wir an die Rechtfertigung des soldatischen Dienstes durch die kirchliche Friedenslehre und an die Ermahnung der gemeinsamen Synode der Bistümer Deutschlands, einander nicht abzuwerten.

Der empfindliche Richter

In einer Sendung des Südwestfunks wurde am 26.10.89 auch ein Interview mit jenem Richter in Frankfurt durchgeführt, dessen Kammer das Urteil über die „Soldaten als potentielle Mörder“ bestätigt hat.

Nun zeigte er sich empört, daß er und seine Familie beschimpft und bedroht würden. Der Mann hat recht. Beschimpfungen und Bedrohungen für abweichende Meinung sind kein Mittel in einer vernünftigen demokratischen Auseinandersetzung.

Aber andererseits spürt er nun, was durch seinen mißverständlichen Richterspruch Tausende von Soldaten und Soldatenfamilien zu leiden haben. Denn die juristisch verklausulierte Begründung ist im Bericht der Medien und in den sonstigen Berichten zunächst untergegangen.

Es muß aber auch festgestellt werden, daß jeder in verantwortlicher Stellung sich bewußt sein muß, was er mit einer Erklärung verursachen kann.

Auf jeden Fall steht auch nach diesem Urteil fest, daß die Soldaten beleidigt worden sind. Nur wurde hier, da in einer Diskussion diese Äußerung gefallen ist, der Wert der freien Meinungsäußerung höher bewertet.

Das zeigt aber nun erst recht den Verfall demokratischer Gesittung. Nach diesem Urteil wäre es also denkbar, daß in einer Diskussion ein Naturheilkundler von einem Chirurgen als von einem „Massenverstümmler“ oder von einem Arzt, der auf Chemotherapie setzt von einem „Volksvergifter“ als persönliche Meinung sprechen könnte, ohne daß er fürchten müßte, belangt zu werden. Und was einem dann über die Richter im 3. Reich einfallen könnte, soll gar nicht aufgeführt werden.

Dieses Urteil liegt damit in jener Linie, in der eine blasphemische Darstellung des Papstes in einer Studentenzeitung — auf dem Bild wurde der Papst mit erhobenem Kelch — Blut Christi — gezeigt und darunter eine Einladung einer Alkoholwerbung — auch auf Antrag nicht verfolgt wurde.

Der Verfall der Kultur ist so eindeutig gekennzeichnet. Dem muß Einhalt geboten werden. Man darf auch in einer Diskussion den Partner nicht beleidigen.

Heißt es doch schon in Mt 5,22:

„Ich aber sage euch: Jeder, der seinem Bruder auch nur zürnt, soll dem Gericht verfallen sein; und wer zu seinem Bruder sagt: Du Dummkopf!, soll dem Spruch des Hohen Rates verfallen sein; wer aber sagt: Du (gottloser) Narr!, soll dem Feuer der Hölle verfallen sein.“

Ihnen, liebe Leser obliegt es zu entscheiden, in welche Kategorie der einzuordnen ist, der zu seinem Bruder sagt „potentieller Mörder“. Es ist — wegen der Kultur der Menschen — hoch an der Zeit, auf die Worte Christi wieder mehr zu hören.

H.F.

„Wofür steht der Soldat heute?“

Agnes Hürland-Büning*)

Ich freue mich und bin dankbar dafür, bei der diesjährigen „Akademie Oberst Helmut Korn“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten einige Worte ausführen zu können, zum Thema „Wofür steht der Soldat heute?“ und — das füge ich gleich hinzu — welche Herausforderungen sich für ihn als Christen, ich will nicht sagen als Katholik, in den 90er Jahren stellen.

Zunächst haben wir zu fragen, wie sich die Entwicklungen zwischen Ost und West, die ja ganz offensichtlich in einer kaum erwarteten Weise in Fluß gekommen sind, auf den soldatischen Auftrag und auf die öffentliche Meinung auswirken werden;

dann ist zu klären, welche Position die Streitkräfte in den kommenden Jahrzehnten in unserem Land einnehmen werden. Dabei sollten wir überlegen, wie weit der militärische Auftrag letztendlich seine Erfüllung im Dienst an einer neuen, gerechteren Ordnung dieser Welt finden kann, einer Weltfriedensordnung, die wir zumindest als Ziel und Aufforderung vor Augen haben sollten;

drittens ist nach Mitteln und Methoden zu fragen, mit denen unsere Streitkräfte ihre Aufgaben in der Zukunft erfüllen können — und wo die Grenzen hierfür liegen; wobei ich mich auf das Problem des Einsatzes von Nuklearwaffen beschränke.

Nun zur ersten Frage:

Wenn wir die Herausforderungen an den Soldaten in den 90er Jahren betrachten, so geht dies nicht, ohne dabei den gegenwärtigen dramatischen politischen Wandel mit einzubeziehen, einen Wandel sowohl in den nationalen Politiken als auch in den internationalen Beziehungen. Wir erleben einen tiefgreifenden Umbruch, dessen Bedeutung wir nur ahnen, sicher aber heute noch nicht abschätzen können.

Denn wer will bestreiten, daß sich in der Sowjetunion und in den Ländern Osteuropas Grundsätzliches ändert? Wir sind über Ausmaß und Vielfalt der verkündeten Reformen sowie über das Tempo verblüfft, mit denen sie veröffentlicht werden. Die Sowjetunion unter Generalsekretär Gorbatschow bestimmt ihr innenpolitisches und außenpolitisches Verhalten neu und verweigert sich auch nicht mehr der vom Westen seit langem auf allen Gebieten geforderten Abrüstung. In diese Entwicklung werden die anderen Staaten des Warschauer Paktes mehr oder weniger mit hineingezogen. Was sich in der DDR gegenwärtig abspielt, läßt uns fast fassungslos bleiben. Dies geht nicht ohne innere Erschütterungen. Eine der wesentlichen Folgen ist das Aufbrechen der Nationalitätenfrage, und zweifellos werden die nationalen Unruhen sich nicht von allein legen.

Die Reformbewegungen, „Glasnost“ und „Perestrojka“ in der Sowjetunion vollziehen sich vor dem Hintergrund eines großen Vertrauensverlustes in die kommunistische Ideo-

*) Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung Agnes Hürland-Büning bei der Akademie Oberst Helmut Korn am 2. November 1989 in Fulda

logie, vor allem aber vor dem Hintergrund einer zerrütteten Wirtschaft. Das „Neue Denken“ ist eine Reaktion auf die Probleme der sowjetischen Wirtschaft, die von Gesamtstagnation gekennzeichnet ist, von der wachsenden Gefahr einer Rezession und der mangelnden Fähigkeit, sich auf die geänderten Bedingungen im internationalen Wettbewerb sowie auf die eingespielten Regeln des internationalen Handels und Technologietransfers einzustellen.

Das Ziel des Neuen Denkens ist also nicht, uns im Westen entgegenzukommen und uns einen Gefallen zu tun, sondern es geht darum, die eigene Macht- und Vormachtpolitik aufrechtzuerhalten.

Doch der Erfolg von Perestrojka kann nur eintreten, wenn neue Kräfte mobilisiert werden, die sich allerdings nur dann mobilisieren lassen, wenn den Menschenrechten mehr Geltung verschafft wird und die Bürger sich ernst genommen fühlen. Vereinfacht und verkürzt könnte man dies auf die Formel bringen: Modernisierung, Industrialisierung im westlichen Sinne bedeutet immer auch Demokratisierung.

Diese Entwicklung gibt uns die Chance, die Beziehungen zu verbessern und mehr Stabilität zu erreichen. Wir wollen die friedliche Veränderung zur Freiheit und Menschenrechten in ganz Europa fördern und gleichzeitig den Versuch machen, zu einem militärpolitischen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau von Rüstung und Waffen zu kommen.

Wir haben gute Hoffnung, daß schon in relativ kurzer Zeit Vereinbarungen über eine deutliche Verringerung der konventionellen Waffen erzielt werden. Dies wäre sicherlich ein entscheidender Schritt für mehr Stabilität in Europa.

Noch wissen wir aber nicht, wohin die Entwicklung in Osteuropa letzten Endes führt. Das Beispiel China hat nur allzu deutlich gemacht, wie schnell ein angeblicher Reformkurs sich in sein Gegenteil verwandeln kann. Und ob der Kommunismus endgültig überwunden wird, wie heute manche im Westen hoffen, erscheint zumindest im Augenblick noch fraglich. Ausdrücklich hat Staatspräsident Gorbatschow darauf hingewiesen, daß die Entwicklung in der Sowjetunion keine Entwicklung weg vom Kommunismus und zur Demokratie im westlichen Sinne sei; sie diene dazu, das kommunistische System effektiver und wirksamer zu machen.

Deshalb bleiben die Bündnisse von Bedeutung und werden nicht überflüssig. Deshalb brauchen wir auch weiterhin unsere westliche Strategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit. Nur auf dieser Basis ist es möglich, Erfolge in Rüstungskontrolle und Entspannung zu erreichen. Verteidigungsfähigkeit ist unsere Rückversicherung gegen nicht kalkulierbare politische Gefahren.

Viele Bürger in unserem Land sehen dies nicht mehr so. Nur noch geringe Teile unserer Bevölkerung fühlen sich durch den Osten bedroht. Eine große Mehrheit sieht jetzt und in Zukunft keine Gefahr für unsere freiheitliche Lebensordnung und den Frieden. Dies ist sicher ein Erfolg unserer Sicherheitspolitik in den vergangenen Jahren. Wir haben unsere Verteidigungsbereitschaft und unsere Entschlossenheit demonstriert. Die konkrete Bedro-

hung ist tatsächlich geringer geworden. Gerade weil die westlichen Staaten so erfolgreich bei der Lösung der Sicherheitsprobleme waren, gerade weil die Abschreckung funktioniert, fühlt sich die breite Öffentlichkeit nicht mehr unmittelbar bedroht. Je länger die äußere Sicherheit gewährleistet ist, um so selbstverständlicher wird dieses Ergebnis einer erfolgreichen Politik in Anspruch genommen, bis schließlich der Erfolg der Politik allein gesehen wird, nicht mehr die Voraussetzungen und Bedingungen.

Was uns beunruhigen muß, ist also nicht die abnehmende Angst vor Bedrohung — wir begrüßen dies —, sondern es sind die falschen Folgerungen, die daraus gezogen werden. Wenn es Folge unserer Sicherheitspolitik und unserer Standhaftigkeit war, daß die Bedrohung nachließ, dann wäre es geradezu paradox, nun eben auf diese Verteidigungsbereitschaft, auf unsere militärische Stärke zu verzichten und dann die gerade überwundene Bedrohung wieder anwachsen zu lassen.

Die Bundeswehr und damit die Bereitschaft und Fähigkeit, die eigene Unabhängigkeit zu bewahren und die eigene Freiheit zu schützen, sind die Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt mit der Sowjetunion Politik machen können. Mit „wir“ meine ich natürlich nicht die Bundesrepublik Deutschland allein, sondern ich meine „wir“ im Westen, im atlantischen Bündnis, in dem der deutsche Beitrag zur Unabhängigkeit und zum Freiheitsschutz tragend und im europäischen Bereich entscheidend ist. Mit anderen Worten: Wenn uns wirklich ernsthaft an einer Entspannungs- und damit auch Abrüstungspolitik gelegen ist, dann brauchen wir genau dafür die Streitkräfte, mit deren Hilfe wir unsere Freiheit schützen und unsere Unabhängigkeit unter Beweis stellen können.

Dies führt direkt zu meiner zweiten Frage, nämlich nach der Aufgabe unserer Streitkräfte für unser Land. Angesichts der Hoffnung auf Verringerung der Spannungen zwischen Ost und West und auf wesentliche Verringerung der Rüstung zwischen den beiden Bündnissen NATO und Warschauer Pakt stellen manche unserer Mitbürger die Notwendigkeit militärischer Verteidigung in Frage. Hier scheint sich ein grundsätzlicher politischer Fehler zu rächen, der gemacht wurde, als man Streitkräfte nicht nach dem Motto „Wofür“, sondern nach dem Prinzip „Wogegen“ begründete. Denn wer keine Bedrohung mehr wahrnimmt, sieht dann auch keine Existenzberechtigung von Streitkräften mehr.

So gilt es heute unseren Bürgern und uns selbst wieder klarzumachen, daß sich die Existenz von Streitkräften nur aus dem Zweck des Staates begründen und rechtfertigen läßt. Wenn der Staat das Ergebnis und zugleich die Verwirklichung des Willens der Bürger ist, sich im Innern die Möglichkeit der freien Entfaltung und Weiterentwicklung und sich nach außen Unabhängigkeit und Sicherheit zu wahren, dann müssen diesem Staat auch die dafür erforderlichen Mittel an die Hand gegeben werden. Dieses Mittel sind die Streitkräfte. Sie garantieren die Souveränität unseres Staates nach innen wie nach außen. Sie wäre als die Fähigkeit zu definieren, die eigenen Angelegenheiten im Innern unabhängig zu gestalten und die staatliche Unabhängigkeit nach außen zu wahren.

Ein Blick in die Geschichte und die Gegenwart zeigt, wie sehr staatliche Souveränität gefährdet war und ist. Die Tatsache, daß hier Macht nicht nur gebraucht, sondern auch miß-

braucht werden kann, ist eben nicht aus der Welt zu schaffen. Allzuoft hat das Völkerrecht versagt, denn Recht ohne Macht ist — ich zitiere — „wie ein Hund, der den Mond anbellt“. Und Professor Brakelmann führt dazu aus: „Es zeigt sich deutlich, daß gute Absichten und programmatische Sätze nicht ausreichen und daß Recht ohne Macht in harten Konfliktfällen zwischen Staaten oder Staatengruppen ohnmächtig ist. Ein ohnmächtiges Recht reicht nicht aus, um in einer Welt gegensätzlicher Interessen und Ziele Frieden zu ermöglichen oder Frieden wiederherzustellen.“

Das 2. Vatikanische Konzil ist hierzu eindeutig: „Solange die Gefahr von Krieg besteht und solange es noch keine zuständige internationale Autorität gibt, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist, kann man, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind, einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen. Die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, sind verpflichtet, das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen. Der Einsatz militärischer Mittel, um ein Volk rechtmäßig zu verteidigen, hat jedoch nichts zu tun mit dem Bestreben, andere Nationen zu unterjochen.“ Es hat auch nichts mit einem Feindbild zu tun. Wir brauchen kein Feindbild. Im übrigen — dies sei am Rande bemerkt — bedeutet christliche Feindesliebe nicht, daß man sich einreden soll, es gebe keine Feinde und man brauche sein Leben nicht vor potentiellen Feinden zu schützen. Sie verlangt vielmehr, daß man selbst im Feind noch den Menschen sehen muß.

Wenn also ein demokratischer Rechtsstaat die Wehrpflicht als eine allgemeine Bürgerpflicht eingeführt hat, dann bedarf es nicht einer ständigen Gewissensentscheidung des einzelnen, um diesen Dienst zu leisten. Dann ist es legitim, Soldat zu sein, einfach deswegen, weil es in diesem demokratischen Rechtsstaat vorgesehen ist, daß der Bürger einen Teil der Verantwortung für den Staat auf diese Weise mit übernimmt.

„Die sittliche Beweislast“, so unser Militärbischof Dr. Elmar Maria Kredel, „für das im Gesetz Geforderte tragen der demokratische Staat und die ihn kontrollierende Öffentlichkeit. Der Bürger darf darauf vertrauen, daß ihm nichts Unzulässiges als Pflicht auferlegt wird.“

Einer Gewissensentscheidung bedarf es aber wohl, wenn sich der einzelne Bürger dieser Verantwortung für die Gemeinschaft nicht stellen will. Auch hier hat das 2. Vatikanische Konzil eine weise und noch heute gültige Formulierung gewählt: „Ferner scheint es angebracht, daß Gesetze für diejenigen in humaner Weise Vorsorge treffen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind.“ Es handelt sich bei der Kriegsdienstverweigerung eindeutig um eine Ausnahmeentscheidung. Die Achtung vor dem Gewissen als höchstem Wert gebietet es aber sowohl der politischen als auch der christlichen Ethik, den einzelnen nicht in einen für ihn unlösbaren Konflikt zu verstricken.

Dem Übel nicht zu wehren heißt aber auch, das Übel gewähren zu lassen. Bereits für den einzelnen Christen stellt sich damit die Frage, ob er seinen Nächsten schutzlos dem Übel

und der Gewalt preisgeben darf. Für den Politiker kann dies bereits keine Frage mehr sein. Für ihn wird die Verantwortung für alle und das Ganze zur Entscheidungs- und Handlungspflicht. Dies allerdings bedeutet gerade nicht, daß das politische Handeln von der Bindung an ethische Normen befreit ist. Im Gegenteil, der Politiker darf sich nicht nur an seiner Gesinnung orientieren, er hat seine Entscheidungen und Handlungen unter das zusätzliche ethische Prinzip der Verantwortung für andere, für die Gesamtheit des Staates zu stellen. Jeder einzelne Pazifist mag sich auf sein Gewissen berufen — verantwortungsbewußte Sicherheitspolitik aber muß heute den Weg weisen, wie im nuklearen Zeitalter ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden kann. Sie muß Frieden und Freiheit gleichermaßen zu erhalten suchen.

Wenn auch vom Soldaten nicht zu fordern ist, daß er eine spezielle Gewissensentscheidung für den geforderten legitimen Dienst trifft, so ist es doch zu wünschen, daß gerade Christen den soldatischen Dienst und seine Notwendigkeit vor sich selbst und vor anderen legitimieren.

Zwei Aspekte halte ich dabei für wesentlich. Zum einen den bereits erläuterten politischen Aspekt: Der Dienst des Soldaten ist vorrangig im Zusammenhang mit dem Frieden zu sehen, der erhalten oder erstrebt werden soll. Der soldatische Dienst ist diesem Bereich des Friedens als wichtigstem Element menschlichen Zusammenlebens in den und zwischen den Staaten zugeordnet. Das ist die politische Dimension.

Zum anderen der ethische Aspekt: Die katholische Kirche akzeptiert Soldaten und Streitkräfte nur im Zusammenhang mit der Verteidigung. Einzige Begründung für die Aufstellung und den Einsatz von Armeen kann es sein, das Recht und legitime Interessen der Bürger eines Staates dagegen zu schützen, zu verteidigen, daß ihnen ein fremder Wille mit Gewalt aufgezwungen wird. Die Bürger eines Landes gegen die Absolutheitsansprüche irgendeiner Weltanschauung und ihre zwangweise Verbreitung zu verteidigen — das ist im Sinne der kirchlichen Friedenslehre der einzig legitime Grund für die Existenz von Streitkräften.

Die ethische Begründung des soldatischen Dienstes hat Papst Johannes Paul II. bei einer Rede vor italienischen Soldaten am 2. Juni dieses Jahres deutlich gemacht: „Gewiß besteht keine grundlegende Schwierigkeit . . . , die christliche Berufung und die Berufung zum Militärdienst miteinander in Einklang zu bringen. Der eigentliche Kern der Berufung zum Soldaten ist nichts anderes als die Verteidigung des Guten, der Wahrheit und vor allem jener, die zu Unrecht angegriffen werden. Und hier finden wir das Prinzip, das erklärt, in welcher Lage der Krieg gerechtfertigt werden kann: Wenn er Verteidigung des angegriffenen Vaterlandes ist, Verteidigung derjenigen, die verfolgt werden, die unschuldig sind; eine Verteidigung auch, die ein Risiko für das eigene Leben bedeutet.“

Grundsätzlich also wird es in der Zukunft vermehrt darauf ankommen, uns selbst wie auch unseren Mitbürgern den untrennbaren inneren Zusammenhang zwischen gewissenhaft geleistetem soldatischem Dienst und dem Erhalt von Frieden, Freiheit und Sicherheit für das eigene Land wie für die Menschheitsfamilie klarzumachen, und deutlich zu

machen, daß wir als Christen dabei zum Engagement aufgerufen sind. Denn auch in einer säkularen, pluralistischen Demokratie gibt es deutliche und unübersehbare Berührungspunkte zwischen christlichem Menschenbild und demokratischem Freiheitsverständnis.

Wir dürfen die Friedensdiskussion nicht auf Waffen verengen. Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte bilden zentrale Voraussetzungen für eine friedvolle Zukunft. Hierfür treten wir ein, für diese Werte dient der Soldat — gerade der Soldat, der Christ ist. Damit aber verhindert er nicht nur den Krieg, sondern fördert einen Frieden im wahren Sinne des Wortes, denn, wie Papst Johannes Paul II. in seinem Wort zum Weltfriedenstag 1986 sagt, „Aussöhnung, Gerechtigkeit und Friede zwischen einzelnen und zwischen Nationen ... (sind) eine Bedingung für das Überleben des Menschen selbst“.

Der Weg dorthin ist sicher noch lang und bedarf eines langen Atems. Aber ich denke, es gibt Schritte, die Soldaten, gerade christliche Soldaten, in diese Richtung gehen können:

- Wenn Soldaten an friedenserhaltenden Einsätzen der Vereinten Nationen teilnehmen,
- wenn Soldaten weltweit Natur- und Hungerkatastrophen bekämpfen,
- wenn Soldaten daran mitarbeiten, die Zerstörung der Umwelt — eine, wenn nicht die größte Gefahr für die Zukunft unserer gesamten Welt — zu verhindern oder rückgängig zu machen,

dann sind all dies kleine Schritte hin zu mehr Frieden zwischen den Menschen und zwischen den Völkern.

Es muß jeden Soldaten, der seinen Dienst aus dieser Intention leistet, zutiefst treffen, daß jetzt ein Frankfurter Gericht es zugelassen hat, daß Soldaten ungestraft als „Mörder“ bezeichnet werden können. Damit wird nicht nur die Menschenwürde aller unserer Soldaten, der aktiven wie der Millionen von Reservisten, angegriffen. Mord ist nach juristischer Definition bekanntlich absichtliche Tötung aus niedrigen Beweggründen. Auch Pazifismus, Eifer und emotionales Engagement rechtfertigen eine solche Entgleisung nicht. Das ist nicht „Wertung“, wie die Kammer meint, sondern Abwertung. Das ist Spalten statt Versöhnen. Das ist die Ausgrenzung oder Kriminalisierung von Soldaten. Es geht nicht darum, der Meinungsfreiheit einen Maulkorb umhängen zu wollen. Aber es geht um die Grenzen der politischen Kultur — und damit um Maßstäbe für den inneren Frieden. Ich weise dieses Urteil aufs schärfste zurück. Unsere Soldaten stehen für die Sicherheit, den Frieden und den Schutz des Lebens aller Bürger; dafür verdienen sie Achtung und Anerkennung.

Ich gehe nun kurz auf einen Problemkreis ein, in dem sich die Frage der ethischen Berechtigung militärischer Verteidigung gleichsam wie auf einen Punkt konzentriert. Es geht um den möglichen Einsatz nuklearer Waffen oder die Drohung mit ihrem Einsatz.

Eine Strategie ist dann vertretbar, wenn sie den genannten Zielen der Friedenssicherung und Kriegsverhinderung dient. Dies gilt für die Strategie der Abschreckung, der flexiblen Antwort, mit der es im Bereich von Westeuropa und Nordamerika bisher gelungen ist, je-

dem möglichen Gegner die Unerreichbarkeit seiner Kriegsziele klarzumachen, ihm ein unkalkulierbares Risiko für sich selbst aufzuerlegen und ihn damit von einem Angriff abzuhalten.

Abschreckung, die dem Ziel der Kriegsverhütung dient, haben die deutschen katholischen Bischöfe 1983 unter drei Kriterien gestellt, die ich voll unterschreibe: Zum ersten dürfen bereits bestehende oder geplante militärische Mittel den Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen.

Zweitens dürfen nur solche und so viele militärische Mittel bereitgestellt werden, wie zum Zweck der an Kriegsverhütung orientierten Abschreckung gerade noch erforderlich sind.

Drittens müssen alle militärischen Mittel mit wirksamer beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungsminderung und Abrüstung vereinbar sein.

Diesen Kriterien entsprechen Verteidigungspolitik und Strategie des Westens. Nuklearwaffen sind dabei von ihrem Zweck her politische Waffen, die in erster Linie in den Köpfen wirken sollen, in denen sie gerade durch die Schrecklichkeit ihrer Wirkung den Gedanken an einen Angriff ad absurdum führen.

Erst seit der Existenz und dem Vorhandensein von Atomwaffen in Ost und West leben wir in einer langen Zeit des Friedens — und zwar eines durchaus stabilen und nicht etwa labilen Friedens. Ein völliger Verzicht auf Atomwaffen würde in der derzeitigen Lage nicht zur Festigung, sondern zur Gefährdung des Friedens führen. Auch sind Waffen, die einmal erfunden worden sind, nicht wieder hinwegzuerfinden. Auch wenn wir Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, so werden wir doch immer noch wissen, wie man aus diesen Pflugscharen wieder Schwerter machen kann. Dasselbe gilt für Atomwaffen. Selbst ihre völlige Abschaffung würde das Wissen um diese Waffen nicht aus den Köpfen der Menschen und aus den Bibliotheken der Welt tilgen können. Würde nicht bei einem dann ausbrechenden Krieg jede kriegführende Nation versuchen, als erste wieder Atomwaffen herzustellen und damit die Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen? Und was wäre, wenn NATO und Warschauer Pakt heute tatsächlich alle Atomwaffen vernichten würden, wo wir doch wissen, daß andere Länder — wie beispielsweise China, Indien, Israel, Länder Afrikas oder Südamerikas — wahrscheinlich schon im Besitz dieser Waffen sind? Können es sich das hochentwickelte und hochindustrialisierte Europa und Nordamerika wirklich erlauben, sich dann wehrlos der Bedrohung mit diesen Waffen durch solche Staaten, durch politische Wirkköpfe, durch Verzweifelte, durch Fanatiker auszusetzen?

Ich denke, wir müssen den Mut haben, zu sagen, daß es eine Friedenssicherung ohne Atomwaffen auf absehbare Zeit nicht mehr geben wird; daß wir nicht nur mit diesen Waffen leben, sondern sie weiterhin bestmöglich zur Erhaltung des Friedens und zur Verhinderung des Krieges nützen müssen. Wenn heute gesagt wird, die Abschreckung sei „noch“ moralisch tolerierbar, dann kann ich dieses „Noch“ weniger zeitlich noch konditional verstehen — es hat in der derzeitigen und absehbaren Weltlage, solange es keine Weltregie-

rung gibt, eher eine eschatologische Komponente. Wir können nicht auf Atomwaffen verzichten. Wir müssen aber alles daran setzen, durch ausgewogene und kontrollierte Abrüstungsmaßnahmen die Zahl dieser Waffen so drastisch zu verringern, daß auf beiden Seiten nur noch das für die Abschreckung unabdingbar Notwendige vorhanden bleibt.

Einen letzten Gedanken möchte ich gerade in der Diskussion mit Christen gern ansprechen: Bei allem friedenspolitischen Reden und Handeln erstaunt mich immer wieder, wie sehr das Nachdenken über den ausgeblendet bleibt, der im Mittelpunkt dieser Reflexion steht: den Menschen selbst, den Menschen in all seiner Widersprüchlichkeit.

Wir müssen uns doch fragen, welche Voraussetzungen in der menschlichen Natur zur Friedensfähigkeit gegeben sind. Viele sind der Meinung, man müsse den Frieden nur wollen, dann könne man ihn auch schaffen, und sind überzeugt von der grundsätzlichen Friedensfähigkeit des Menschen. Dabei übersehen sie, daß der Mensch sowohl Kräfte für den Frieden als auch zum Krieg entfalten kann. Denn der Mensch ist als Geschöpf Gottes sein Ebenbild, zugleich aber ein Mängelwesen mit dem Hang zum Bösen. Wer diese Ambivalenz sieht, weiß, daß alle unsere Anstrengungen zur Vervollkommenheit der Welt und für einen ewigen Frieden unzulänglich bleiben werden. Der Mensch wird dies von ihm Angestrebte immer nur annähernd verwirklichen können.

So wird er immer wieder Fragen stellen, auf die er keine Antworten erhält; so wird er immer wieder in Konflikte geraten, aus denen er keinen Ausweg findet. So wird er auch in Zukunft Humanes hervorbringen und zerstören, zum Tod für andere bereit sein und selbst andere töten. Seine Gebrochenheit wird keiner aus der Welt schaffen.

„So ist“, ich zitiere Prof. Brakelmann, „das Bessere nur in seiner komparativen Verwirklichung eine realistische Möglichkeit.“ Das heißt konkret: es geht nicht um die absolute Freiheit, sondern um das Freiheitlichere, um mehr Freiheit; es geht nicht um die absolute Gerechtigkeit, sondern um das Gerechtere, um mehr Gerechtigkeit. „Der Weg bleibt für den Menschen das Ziel“, wie ein chinesisches Sprichwort sagt.

Wer weiß dies besser als wir Christen. „Wofür steht der Soldat?“ war die Ausgangsfrage. Meine Antwort: Er steht für diesen Staat, weil dieser Staat ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und den Frieden zwischen den Völkern fordert und fördert. Dies ist sein, des Soldaten, Beitrag zur politischen Friedensgestaltung.

Der Soldat als Christ bleibt aufgefordert, sich zu engagieren, seinen Dienst zu leisten, denn „der wahre christliche Friedenswille“, so Papst Pius XII. 1948, „ist Stärke, nicht Schwäche oder müde Resignation. Er ist ganz eins mit dem Friedenswillen des ewigen und allmächtigen Gottes.“

Ich danke Ihnen.

Menschenbild und Selbstverständnis katholischer Soldaten

Paul Schulz*

Vorbemerkung

Der Leitgedanke für die Jahresarbeit 1989 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) lautet: „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“. Der Grund, weshalb katholische Soldaten in diesem Jahr Antworten auf die Fragen nach dem Menschenbild der Verfassung und ihrem eigenen Selbstverständnis als Soldaten finden wollen, ist in den Erinnerungstagen dieses Jahres zu finden:

- 1. August 1914 Ausbruch des 1. Weltkrieges,
- 1. September 1939 Ausbruch des 2. Weltkrieges,
- 4. April 1949 Gründung der NATO, dem erfolgreichsten Militärbündnis der neueren Zeit,
- 23. Mai 1949 Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der freiheitlichsten und stabilsten Verfassung in der Geschichte des deutschen Volkes.

Hierdurch angeregt, wollten katholische Soldaten prüfen, welches Menschenbild das Grundgesetz (GG) vorgibt, ob es Eingang in die Wirklichkeit des soldatischen Dienstes gefunden hat und ob dieses Menschenbild das Selbstverständnis von Christen und Staatsbürgern in Uniform geprägt hat.

Das Menschenbild des Grundgesetzes

Festlegung auf ein Menschenbild durch Art. 1 GG

Der Entwurf eines Menschenbildes ist eng mit der Frage nach dem Wesen und dem Sinn des Menschen, seinem Lebensweg und seiner Stellung in der Welt und in der Geschichte verknüpft.

In einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.75 heißt es:

„Dem Grundgesetz liegen Prinzipien der Staatsgestaltung zugrunde, die sich nur aus der geschichtlichen Erfahrung und der geistig-sittlichen Auseinandersetzung mit dem vorausgegangenen System des Nationalsozialismus erklären lassen. Gegenüber der Allmacht des totalitären Staates, der schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens für sich beanspruchte und dem bei der Verfolgung seiner Staatsziele die Rücksicht auch auf das Leben des einzelnen nichts bedeutete, hat das Grundgesetz eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet, die den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt aller seiner Regelungen stellt. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, daß der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt.“⁽¹⁾

Diese Gesamtsicht, die zusätzlich genutzten besonderen geschichtlichen Erfahrungen und die konkrete Chance des Neuanfangs, wird besonders deutlich im Art. 1 GG:

*) Der Bundesvorsitzende der GKS, OTL i.G. Paul Schulz hielt diesen Vortrag anläßliche des Patroziniums der Soldatengemeinde im Seelsorgebezirk des Kath. Standortpfarrers Bonn am 3. 10. 1989.

1) *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*

2) *Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.*

3) *Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.*

Hier wird an herausragender Stelle das Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland, die Achtung und der Schutz der Menschenwürde, definiert, das in den Art. 2 bis 19 durch die anderen Grundrechte spezifiziert wird. Obwohl durch diese Freiheitsrechte das Ziel keine neue und höhere Qualität erhält, wird doch deutlich, daß Menschenwürde/Personenwürde zu ihrer Entfaltung in besonderem Maße der Freiheit bedarf. Und „Freiheit bedeutet dabei nicht bloß Schutz vor der Staatsgewalt, sondern auch Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung für jeden Bürger als weiteres wesentliches Element des demokratischen Rechtsstaats.“²⁾

Der Ursprung des Menschenbildes

Das in dem zentralen Grundwert Personenwürde zum Ausdruck kommende Menschenbild des Grundgesetzes ist zutiefst von den Wertvorstellungen und Normen des europäischen Kulturkreises, besonders durch die christliche Lehre vom Menschen geprägt.

Allerdings läßt sich die Würde der Person auch unabhängig vom Christentum und ohne daß das Menschenbild an Substanz verliert, vom Naturrecht her erklären. Nach diesem ergibt sich die Würde des Menschen aus der Fähigkeit, als einziges Lebewesen sich selbst steuern und damit sowohl planvoll als auch verantwortlich handeln zu können. Würde ist unabhängig von Rasse, Volk, Herkunft, Bildung und Klasse.

„Menschenwürde kommt jedermann zu, ohne Rücksicht auf seine persönlichen, körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenschaften und auf seine sonstigen Verhältnisse, nach vorherrschender Ansicht auch dem Nasciturus (Ungeborenen) und dem Toten.“³⁾

Sie ist auch unabhängig von der Stellung der Person in einer Gruppe, einer Hierarchie oder von ihrem militärischen Rang.

Das Christentum bietet diesem individualistischen Menschenbild ein zusätzliches ethisches Fundament. Erst durch die Botschaft Jesu wurden Würde und Freiheit der Person als das Eigentümliche des menschlichen Daseins erkannt. Nach unserem Glauben erhält der Mensch unverwechselbar und unveräußerlich seine Würde durch die Gottesebenbildlichkeit: Gott ruft einen jeden bei seinem Namen, jeder Mensch ist Geschöpf Gottes, Bruder Jesu Christi und Tempel des Heiligen Geistes.

Aus dem Naturrecht wie aus dem christlichen Glauben ergibt sich übereinstimmend, daß die Würde jedem Menschen in gleicher Weise zukommt, niemand kann sie für sich allein oder mit einem Vorrang beanspruchen, sie kann auch nicht zur Disposition gestellt wer-

den. Im Gegenteil, sie bedarf der Achtung und Pflege durch den einzelnen wie des Schutzes durch jegliche staatliche Gewalt.

Personalität und Sozialbindung

Der Mensch des Grundgesetzes ist kein isoliertes Individuum;

„das Grundgesetz hat vielmehr die Spannung Individuum — Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden, ohne dabei deren Eigenwert anzutasten.“⁴⁴⁾

Da jede Freiheit dazu neigt, sich mit dem Freiheitsraum eines anderen zu überschneiden, bzw. andere Werte und Güter einzuengen, muß die freie Entfaltung der Einzelpersonlichkeit im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit begrenzt werden, damit sie nicht zu Lasten der Freiheit der Mitbürger geht.

Der Bürger darf auch nicht alle Forderungen des Staates an seinen eigenen egoistischen Zielen messen und der Beliebigkeit unterwerfen. Auch wenn der demokratische Rechtsstaat statt des Untertans den mündigen und freien Bürger will, so steht und fällt dieser Staat mit dem notwendigen Anspruch auf Gesetzesbefolgung durch den Bürger und die Durchsetzung dieses Anspruchs.

Schließlich stellt der Staat eine Solidargemeinschaft dar; und als Sozialwesen hat der Mensch auch Pflichten für das Gemeinwohl zu übernehmen. Dafür stellen die Prinzipien des Grundgesetzes sicher, daß er nicht Objekt staatlichen Handelns wird und nicht von der Willkür staatlicher Organe und eines Kollektivs abhängt.

So sieht das GG den Menschen in einem Spannungsverhältnis aus Einzel- und Gemeinschaftswesen. Ziel dieses Menschenbildes ist es, unter Wahrung des innergesellschaftlichen Friedens nicht nur dem einzelnen die Würde und Freiheit der eigenen Person zu sichern, sondern ihn anzuhalten, das Menschsein in den anderen Menschen zu achten.

Ein erweitertes Menschenbild

Nach dem Menschenbild des Grundgesetzes ist also der Mensch ein zur freien Selbstbestimmung berufenes Individuum, das mit der vollen und unverfügbaren Würde der Person und dem Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ausgestattet ist. Jedoch wird die persönliche Freiheit des einzelnen begrenzt durch die Rechte anderer, die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz. Toleranz, Loyalität und sittliche Haltung erfordern verantwortliches Handeln. Das heißt, der Mensch ist in seinem Handeln nicht nur seinem Gewissen, sondern wegen seiner Gemeinschaftsgebundenheit auch den Mitmenschen und nach christlichem Glaubensverständnis Gott gegenüber verantwortlich.

Betrachten wir die Gegensätze in der Welt — Gut und Böse, Reichtum und Armut, Überfluß und Mangel, West und Ost, Nord und Süd — gerade unter dem Aspekt der Verantwortlichkeit, wird deutlich, daß das menschliche Dasein nicht nur in der Polarität zwischen Personalität und Sozialität steht.

So forderte angesichts der Ungerechtigkeiten und Spannungen in der Welt sowie der die Grenzen überschreitenden ökologischen Krisen die Europäische Ökumenische Versammlung im Mai 1989 in Basel, daß „die in den letzten Jahrhunderten vorherrschende Ethik neu durchdacht werden muß, die — im Gegensatz zur wahren Bedeutung des Wortes Gottes — der Menschheit gestattet, sich die Schöpfung für die eigenen Zwecke ‚untertan‘ zu machen. Statt dessen sollten die Menschen Haushalter im Dienste Gottes und der Schöpfung sein. Deshalb sind wir im Gehorsam gegenüber Gott zur Erhaltung und Förderung der Integrität der Schöpfung zum Wohle zukünftiger Generationen verpflichtet.“⁵⁾

Vielleicht ist es heute an der Zeit, daß wir uns in Ergänzung eines durch Personalität und Sozialität geprägten Menschenbildes des GG auf eine alte jüdisch-christliche Tradition besinnen und wegen der Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur dem GG als dritte Dimension die Naturalität des Menschen hinzufügen.

Naturalität verlangt vom Individuum wie von der Gesellschaft, der es angehört, sich dem Ganzen, d.h. der Schöpfung und den gerechten Lebensbedingungen überall auf der Erde verpflichtet zu fühlen. Egoismen, nationalstaatliches und Block-Denken müssen zugunsten einer Solidarität mit den Problemen der ganzen Welt, vor allen mit den Unterdrückten, Schwachen und Schutzlosen überwunden werden.

Dieses Ziel ist nur langfristig und im Rahmen einer Weltfriedensordnung zu erreichen.

Das Selbstverständnis des Soldaten

Wenn das Grundgesetz ein besonderes Menschenbild garantiert und in Art. 1 Abs. 1 die Achtung und den Schutz der Personenwürde zur Verpflichtung aller staatlichen Gewalt erhebt, dann ist es geradezu von fundamentaler Bedeutung für den Pflichtdienst der Bürger, daß seine Würde und seine Freiheitsrechte auch unter den erschwerten Bedingungen des Wehrdienstes Gültigkeit haben und nicht außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung der Beliebigkeit anheimgestellt werden.

Das Bild des Soldaten

Es sind doch freie Bürger, die in der Bundeswehr Wehrdienst leisten.

Diese Aussage gilt nicht nur für den Wehrpflichtigen, sondern in gleicher Weise für den Zeit- wie den Berufssoldaten. Unabhängig von seinem Status, ist der Soldat zuerst Mensch, dann Deutscher, Angehöriger einer Religions-, Volks- oder sonstigen Gruppe, Familienmitglied u.a.m. Deshalb kann in einer Grundordnung, die Achtung und Schutz der Personenwürde als Staatsziel definiert, der Soldat zunächst nur Bürger wie jeder andere sein. Er ist weder Mensch höheren noch minderen Rechts. Wenn diese Rechtsordnung eine Unterscheidung zwischen dem Bürger in Zivil und dem Bürger in Uniform zuläßt, dann nicht, weil dem Soldaten Privilegien zukommen, sondern weil er in einem Treue- und Abhängigkeitsverhältnis zum Staat steht, das besonderer Regelungen und Schutzbestimmungen bedarf. Auch die Extremsituation Krieg erfordert eine auf das unbedingt notwendige Maß

begrenzte Einschränkung der Grundrechte zugunsten besonderer, durch Gesetze definierter Pflichten.

Weil das Grundgesetz den Bundesbürger allgemein vor der Staatsgewalt schützt, müssen auch dem Soldaten grundsätzlich alle Rechte belassen werden, deren Schutz ihm aufgegeben ist.⁶⁾ Deshalb ist in den Streitkräften die Menschenwürde so zu schützen, daß der Soldat nicht „in persönlichkeitsbrechender oder kränkender Weise zum Objekt, zum bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird.“⁶⁾

Dieser Auffassung trägt das Wehrrecht der Bundesrepublik Deutschland Rechnung. In ihm ist ein Bild des Soldaten verankert, das dem „Bild des dienenden Staatsbürgers (entspricht), der dem demokratischen Gemeinwesen nicht entzogen wird, sondern an allen Rechten, die er verteidigen soll, selber Anteil hat.“⁷⁾

Dieses sind die Grundideen der Inneren Führung:

Sie will

„die in den Streitkräften zwangsläufig auftretenden Spannungen zwischen Freiheit und Ordnung einer den dienstlichen Erfordernissen gerecht werdenden, aber zugleich den Grundsätzen der Verfassung gemäßen Lösung zuführen. Aus der Erkenntnis, daß die Demokratie nicht nur eine äußere Staatsform, sondern auch eine Lebensordnung ist, ergab sich die Forderung, daß der demokratische Geist und die demokratische Gesinnung gerade auch in der Truppe lebendig sein müsse.

Der Soldat soll nicht allein wegen des Soldes die Verteidigung der staatlichen Ordnung gewährleisten, sondern aus innerer Überzeugung für diese Ordnung eintreten. Das setzt voraus, daß der soldatische Gehorsam nicht mehr als letzter Wert begriffen werden darf, dem Menschenwürde und Rechtssicherheit fraglos nachgeordnet werden können.“⁸⁾

Bezogen auf die Berufs- und Arbeitswelt, hat der Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Klaus Murmann, in einem Vortrag auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 14. 12. 88 dargelegt, was auch für die Menschenführung in den Streitkräften gilt:

„Der einzelne fühlt sich nicht mehr als ein Rädchen im Getriebe, sondern schätzt sein Können selbstbewußt ein und erwartet, anerkannt und ernstgenommen, richtig und umfassend informiert sowie partnerschaftlich und kooperativ geführt zu werden. . . . In der modernen Arbeitswelt mit ihren hohen Anforderungen kann man nur noch durch Überzeugung motivieren, nicht mehr durch Anweisung verfügen.“

Eine Armee, die in der Konzeption der Inneren Führung Achtung und Schutz der Menschenwürde zur Leitidee ihrer Führungslehre erhebt, kann diese Wertvorstellungen sich nur zu eigen machen — wie es im übrigen durch die „Leitsätze für Vorgesetzte“⁹⁾ in der Theorie hervorragend geschehen ist.

Der jährliche Bericht des Wehrbeauftragten zeigt aber leider deutlich, daß in der Alltagspraxis der Streitkräfte Anspruch und Wirklichkeit immer noch auseinanderklaffen. Trotz

guter Hilfen und anschaulicher Beispiele für eine zweckmäßige Menschenführung werden die Grundsätze der Inneren Führung immer wieder verletzt oder gar mißachtet. Wenn oft auch keine Absicht hinter den Verfehlungen steht und die Bundeswehr genauso wie andere Organisationen von Menschen mit all ihren Schwächen, Mängeln und Unzulänglichkeiten abhängig ist, darf dies nicht hingenommen werden. Denn Verstöße gegen die Grundsätze der Inneren Führung sind auch immer eine Verletzung der Personenwürde des betroffenen Soldaten.

Hier sehe ich eine Aufgabe für die in der GKS zusammengeschlossenen Soldaten; wenn sie im täglichen Dienst unabhängig von Sachzwängen und Dienstzeitbelastung aktiv für die Durchsetzung der Grundsätze der Menschenführung und Fürsorge eintreten. Katholische Soldaten können so zur Verwirklichung des Grundrechts „Menschenwürde“ innerhalb der Bundeswehr beitragen.

Bild und Selbstverständnis des Soldaten

Trotz des Auseinanderklaffens von Anspruch und Wirklichkeit der Inneren Führung sowie zahlreicher subtiler Grundrechtsverletzungen, die niemand unter den Teppich kehren will, kann man folgende Feststellung treffen:

Die dem Menschenbild des Grundgesetzes verpflichtete Wehrgesetzgebung der Bundesrepublik macht Soldaten zu einer rechtlich umfassend und bestens abgesicherten Berufsgruppe innerhalb der Gesellschaft unseres Staates. Die praktische Durchsetzbarkeit der durch den Souverän eingeräumten Rechtspositionen ist verfahrensmäßig sichergestellt. Alle staatsbürgerlichen Rechte werden im Rahmen besonderer gesetzlicher Regelungen nur insoweit durch spezielle Pflichten eingeschränkt, wie dies in erster Linie durch den Einsatz im Kriege erforderlich ist. Weil aber nach Art. 1 GG alles staatliche und somit auch „militärische“ Tun sich an den Normen des Rechtsstaates und des Völkerrechts orientieren muß, erhalten die Pflichten des Soldaten — Treue, Tapferkeit, Gehorsam, Kameradschaft, Verschwiegenheit sowie beispielhaftes und fürsorgliches Verhalten der Vorgesetzten — in unserer Zeit sittlichen Rang durch die Bindung an das Grundgesetz.“¹⁰⁾

Somit ist nach dem Menschenbild unserer Verfassung, nach dem mit dem Grundgesetz in Einklang stehenden Soldatengesetz und dem Konzept der Inneren Führung der Soldat der Bundeswehr nicht mehr das Urbild eines Kriegers und Kämpfers, nicht mehr ein Mittel der Machtpolitik und Instrument der Kriegsführung, mit denen Herrscher oder Staatsapparate Hegemonial- und Territorialforderungen durchsetzen. Militärische Leistungen werden heute im Frieden erbracht. Die Bundeswehr schützt die friedensstiftende Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. „Die Bundeswehr dient dem Frieden. Der Auftrag der Streitkräfte, den Frieden in Freiheit zu sichern, fordert Bereitschaft und Fähigkeit, für die Bewahrung des Friedens treu zu dienen und im Verteidigungsfall für seine Wiederherstellung tapfer zu kämpfen. Die Verpflichtung auf den Frieden verleiht dem Dienst des Soldaten eine neue politische und ethische Dimension.“¹¹⁾

Aus diesem — von der kritikfreudigen und um Friedensfragen so besorgten Öffentlichkeit

oft übersehenen bzw. nicht verstandenen — neuen Ethos des Soldaten schöpft der Soldat der Bundeswehr sein Selbstverständnis. Auch ist für das freiheitliche, demokratische Selbstverständnis der „Streitkräfte von Bedeutung, daß die Bundeswehr

- die erste Wehrpflichtarmee in einem demokratischen deutschen Staatswesen ist;
- ausschließlich der Verteidigung dient;
- in ein Bündnis von Staaten integriert ist, die sich zur Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts bekennen“.¹²⁾

Es stimmt einfach nicht, was in den Medien, in offiziellen oder privaten Verlautbarungen, in wohlmeinenden oder kritischen Äußerungen wieder- und wiederholt wird. Der Soldat befindet sich weder in einem Dilemma noch in einem Aufgabenkonflikt, wenn er einerseits die Erfüllung seines Auftrages in der Friedenssicherung sieht und andererseits bereit und in der Lage sein muß, den Verteidigungskampf zu führen, wenn die Politik bei dem Bemühen, den Frieden zu wahren, gescheitert ist. Fähig und bereit sein zu kämpfen, um nicht kämpfen zu müssen, kann nur für den ein Problem sein, der die Ursachen für Gegensätze und Spannungen in der Welt erkennt, der zwar die Gefahr der Selbstvernichtung sieht, die Gefahr der Selbstunterwerfung aber verneint¹⁴⁾ und dem der Mut zum Handeln fehlt.

Soldaten sind Realisten, keine Träumer und Abenteurer, Krieg wird nicht durch Abenteuerlust oder Karrieredenken von Militärs ausgelöst. Krieg ist das Ergebnis falscher Politik, ein Verbrechen und ein Anschlag auf die Menschlichkeit.¹⁵⁾ Wie jeder andere Bürger lieben und schätzen Soldaten ein Leben in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand, wohlwissend, daß dieser Zustand nicht zum Nulltarif zu erhalten ist. Frieden ist eine Rechtsordnung, die nicht durch Rechtsverzicht verwirklicht werden kann, wie das nicht nur für Hamburg geltende Beispiel Hafenstraße zeigt. Rechtsverzicht ist auch immer Verzicht auf ein Stück Menschenwürde. Deshalb verteidigen Soldaten Recht und Freiheit des deutschen Volkes.

Weil der Soldat der Bundeswehr unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung schützt, braucht er zu seinem Selbstverständnis auch kein Feindbild. Es stellt sich nicht die Frage, wogegen, sondern wofür er die Bundesrepublik verteidigt. Es ist boshaft und zeugt davon, wo das Denken in Feindbildern steckt, wenn dem Soldaten unterstellt wird, er wolle die persönliche Bewährung im Kriege und sein Metier sei das Töten. Richtig ist vielmehr, daß der Soldat, um die Problematik verantwortlichen Handelns im Kriege weiß:

Verteidigen heißt kämpfen, und kämpfen bedeutet

- Leben einsetzen (töten und getötet werden),
- Güter einsetzen (beschädigen, zerstören und vernichten).

„In einem Kriege wären Soldaten Mittel und Opfer zugleich.“¹⁵⁾ Dieter Clauß hat als Generalmajor und Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr sein Selbstverständnis in folgender Aussage zusammengefaßt: „Ich bin Soldat, damit es nicht zur Gewaltanwendung kommt und damit niemand getötet wird.“¹⁶⁾

„Natürlich muß das Entstehen für nukleare Abschreckung auch zu Selbstzweifeln führen — (der Soldat ist sich) ja über die Wirkung von Nuklearwaffen und aller damit zusammenhängenden Gefahren im klaren. Nur, solange alle angebotenen Alternativen die Wahrscheinlichkeit von Krieg oder Unfreiheit vergrößern, kann er eher mit seinen Selbstzweifeln leben“⁽¹⁷⁾ als mit unsicheren Gegenmodellen.

Der Soldat dem Gemeinwohl verpflichtet

Gerade weil der Beruf des Soldaten den Werten des GG, insbesondere seinem Menschenbild und seiner friedensstiftenden Kraft verpflichtet ist, trägt der Soldat Mitverantwortung an den Angelegenheiten des Staates und der Erhaltung des Gemeinwesens. Deshalb muß der Soldat auch ein der Politik verpflichteter Bürger sein. Er sollte politisch — nicht im Sinne der Parteilichkeit, sondern der Verantwortung für das öffentliche Wohl — tätig werden.

„Staat, Gesellschaft und auch die Kirchen vertrauen darauf, daß die Soldaten mit fachlicher Kompetenz und persönlichem Mut ihren Dienst erfüllen. Der Soldat trägt selbst durch ein waches Bewußtsein seiner moralischen Verantwortung zum Dienst am Frieden bei. Die Teilnahme an der politischen und ethischen Meinungs- und Urteilsbildung ist Ausdruck seines Verantwortungsbewußtseins.“⁽¹⁸⁾

Hierzu gehört auch, daß Soldaten sich am Entwurf und der Gestaltung einer soliden Sicherheits- und Friedenspolitik beteiligen. Soldaten sind nicht Selbstzweck; sie müssen sich zugunsten besserer Lösungen auch in Frage stellen lassen. Das Militärische darf nicht übergewichtig zu anderen politischen Faktoren sein. Denn die militärische Sicherheit deckt nur einen Teil des allgemeinen Sicherheitsbedürfnisses der Bürger ab. Auftrag, Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Einsatzgrundsätze der Streitkräfte ergeben sich aus einer soliden Lagebeurteilung. Ändern sich die Ergebnisse einer Bedrohungsanalyse, können diese Faktoren im Rahmen ausgewogener Abrüstungsvereinbarungen zur Disposition stehen. Aber „die Bundeswehr kann nicht Thermostat von Abrüstungsverhandlungen sein: Unter den Vorzeichen von Perestrojka und Glasnost brauchen wir z. B. nur 300 000 Soldaten. Sollten die Reformversuche scheitern, müssen wir aber ggf. wieder auf 500 000 erhöhen.“⁽¹⁹⁾

Deshalb gilt es, nicht Friedensutopien zu entwickeln, sondern für ein nüchternes Selbstverständnis der Streitkräfte realistische Ziele zu setzen.

Hierzu zählen als Zwischenziele:⁽²⁰⁾

1. Kriegsverhinderung
2. Friedenssicherung
3. Kooperative Sicherheitspolitik
 - Abrüstungsschritte, die Überlegenheit abbauen, Gleichheit auf niedrigem Niveau
 - Qualitative Veränderung der Strukturen von Streitkräften

- Weltweites Krisenmanagement
- Vertrauensbildende Maßnahmen
- Multinationale Rüstungskontrollvereinbarungen mit universeller Geltung
- Abbau von Feindbildern
- Zusammenarbeit in allen Bereichen und

4. als langfristiges Ziel die Schaffung einer Weltfriedensordnung, d.h. einer internationalen Ordnung, in der ein umfassender Völkerrechtskonsens wächst und internationale Institutionen dieses Recht auch durchzusetzen vermögen.²¹⁾

Katholische Soldaten bekennen sich zu einer Weltfriedensordnung als dem langfristigen Ziel einer ehrlichen Friedenspolitik, für die der Dienst des Soldaten eine Bedingung für den Erfolg ist. Damit schließt sich der Kreis zu den drei eingangs erwähnten fundamentalen Dimensionen menschlichen Daseins.

Personalität, Sozialität und Naturalität des Menschen verpflichten den Soldaten als Träger der Staatsgewalt im besonderen zur Verantwortung für das Ganze, für die Möglichkeiten menschenwürdigen Lebens nicht nur in unserem Land, sondern überall auf der Welt.

So wird durch die Wahl des Menschenbildes des Grundgesetzes entscheidend das Bild des Soldaten und sein Selbstverständnis geprägt.

Nach diesem Selbstverständnis hat sich das Bild vom Soldaten der Bundeswehr vom Krieger zum Schützer gewandelt; zu einem Schützer, der nicht nur die Sicherheit seines eigenen Volkes bewahren hilft, sondern der, „indem er im Dienst seines Vaterlandes steht, sich als Diener der Sicherheit und Freiheit aller Völker betrachten kann“ (GS Nr. 79).

Daraus ergibt sich nach meiner Meinung eine logische Folgerung, daß der Bundeswehrosoldat schon aus moralischen Gründen und um dem friedensfördernden Auftrag des Grundgesetzes gerecht werden zu können, bereit sein muß, dem Schutz der Schwachen, Rechtlosen und Angegriffenen zu dienen. Sicher kann dies nicht im eigenen nationalen politischen Ermessen liegen, sondern muß internationalem Konsens und Recht entsprechen. Ich vermag die verfassungsrechtlichen und außenpolitischen Rücksichtnahmen der Regierung im einzelnen nicht zu beurteilen, aber vom Berufsethos, vom internationalem Recht und von der katholischen Friedenslehre gibt es keinen moralischen Grund, warum keine Bundeswehr-Kontingente für Einsätze im Rahmen einer UN-Friedenstruppe zur Verfügung gestellt werden.

Anmerkungen

- 1) BVerfGUrteil vom 25.2.75 in Vbdg. mit BVerfGE 2,1 (12) und BVerfGE 39,67; zit. nach Günther Maluschke: Das Menschenbild und das Problem der „Werte“ in der Sicht der politischen Philosophie; aus: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 28/1987, S. 11.
- 2) Benda, Maihofer, Vogel: Handbuch des Verfassungsrechts; Berlin 1983; S. 113.
- 3) BVerfGE 1, 173; zit nach: Benda, Maihofer, Vogel: a.a.O., S. 111.
- 4) BVerfGE 4,7 (15f.); Nach Benda u.a., a.a.O., S. 109.
- 5) Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit, Basel Mai 89; das Dokument, Nr. 34.
- 6) Riehl, Klaus; a.a.O., S. 90.

- 7) ebd. S. 37.
- 8) ebd. S. 34 f.
- 9) ZDv 10/1 „Hilfen für die Innere Führung“, Aug. 1972, Kap. 3.
- 10) BMVg-Fü S I 3 — Az 35-08-07 vom 20. 9. 82 „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“, S. 2, Ziff. 7.
- 11) ebd. S. 2, Ziff. 8.
- 12) ebd. S. 2, Ziff. 9.
- 14) Vgl. Steinbuch, Karl; Der Zeitgeist in der Hexenschaukel — Unser Schicksal ist unsere Vernunft; Herford 1988, S. 98.
- 15) Vgl. GM Clausß, Dieter in einem KNA-Interview vom 4. 10. 84, abgedruckt in: NIMM Nr. 33 vom 25. 10. 84; S. 4.
- 15) Sude, Gertmann, Oberstleutnant i. G.; „Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen in militärischer Sicht“, Referat, gehalten auf der XII. Ökum. Studientagung, Bossey, 22. 9. 88; veröffl. in: edp Dokumentation Nr. 51/88; S. 49 ff.
- 16) ebd.
- 17) Sude, G.; a.a.O., S. 51.
- 18) Dt. Bischofskonferenz; „Gerechtigkeit schafft Frieden; Ziffer 5.3.3.
- 19) Linn, Gottfried; „Ist nun endlich Frieden?“, in: Schriftreihe AkPSVBw Nr. 03/88; S. 20.
- 20) Vgl. Nagel, Ernst J.: „Frieden fördern — Frieden sichern“, in: Sicherung des Friedens; Briefdienst Nr. 4/88; S. 1 ff. Das durch Prof. Nagel mit „Abrüstung“ bezeichnete dritte, intermediäre Ziel wurde von mir durch den durch Außenminister Hans-Dietrich Genscher gewählten Begriff der „kooperativen Sicherheitspolitik“ ersetzt, der mit den ebenfalls von Genscher verwendeten Unterpunkten deutlicher das politische Ziel der Abrüstungsbemühungen zum Ausdruck bringt.
- 21) Nagel, Ernst-J., a.a.O.

Abrüstung in Europa

Die Wiener Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung

Einen umfassenden Vertragsentwurf über die konventionelle Abrüstung in Europa — VKSE — hat die Nato in die Wiener Verhandlungsrunde eingebracht, die am 9. November dieses Jahres begonnen hat. Hierzu erklärte der Bundesminister der Verteidigung Dr. Gerhard Stoltenberg kürzlich in einem Informationsgespräch in Bonn, daß diese Verhandlungen ein besonders wichtiges Thema seiner Gespräche mit führenden Politikern und Sachverständigen der USA bei seinem soeben beendeten Besuch in Amerika waren. Diese Gespräche hätten in eindrucksvoller Weise das hohe Maß an Einvernehmen zwischen den Regierungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland für die weitere Verhandlungsführung in Wien verdeutlicht. Diese Verhandlungen haben in den wenigen Monaten ihres Bestehens eine Dynamik gewonnen, wie sie vorher von niemand erwartet wurde und wie sie für Rüstungskontrollverhandlungen beispiellos ist.

Die Nato hat ihren Verhandlungsvorschlag, der erstmals am 9. März 1989 in Wien vorgelegt wurde, durch zwei ergänzende Vorschläge vom 13. Juli und 21. September nunmehr vervollständigt. Das westliche Vorschlagspaket enthält damit ein vollständiges Regelwerk, das zur Begrenzung konventioneller Kräfte in Europa für erforderlich gehalten wird. Das Ziel ist die Beseitigung von Ungleichgewichten, die nachteilig für Stabilität und Sicherheit sind. Schwerpunkt ist die Beseitigung der Fähigkeit des Warschauer Paktes zu Überraschungsangriffen und groß angelegten offensiven Handlungen. Der Warschauer Pakt hat

im Laufe der Wiener Verhandlungen seinen zunächst sehr allgemein gehaltenen Verhandlungsvorschlag Stück für Stück präzisiert. Dabei ist bemerkenswert, daß er dies in den meisten Fällen in Anlehnung an das westliche Konzept getan hat und ebenfalls Gesamt-obergrenzen für den Raum vom Atlantik bis zum Ural sowie Teilobergrenzen für einzelne Regionen vorgeschlagen hat. Auch die von der Nato eingebrachte Stationierungsregel und die Hinlänglichkeitsregel wurden aufgenommen. Insgesamt gesehen besteht zwischen den Verhandlungsvorschlägen beider Seiten ein hohes Maß an konzeptioneller Übereinstimmung. Es sind in dieser dritten Verhandlungsrunde beachtliche Fortschritte erzielt worden. Auch der Warschauer Pakt hat seinen ernsthaften Willen betont, zu baldigen positiven Ergebnissen zu kommen. Dennoch gibt es auch weiterhin eine Reihe von offenen Fragen, deren Lösung erhebliche Anstrengungen in den kommenden Runden erfordert.

Hierzu gehört u. a., daß der Warschauer Pakt entgegen den Nato-Vorstellungen Flugzeuge, die der Luftverteidigung dienen, landgestützte Marineflieger und Schulflugzeuge von einer Regelung ausnehmen will. Eine Reduzierung unserer Flugzeuge aber unter Herausnahme von mehr als 3 000 WP-Flugzeugen ist für die Nato nicht hinnehmbar. Eine solche Vereinbarung würde für den Westen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bedeuten und wäre die vertragliche Festlegung eines Ungleichgewichtes in einem Vertrag, dessen Ziel der Abbau von Ungleichgewichten in Europa ist. Gemessen an den beträchtlichen Fortschritten in den bisherigen sieben Monaten der Konferenz in Wien, ist aber insgesamt die Zuversicht begründet, die der Westen hegt. Der bisherige Verhandlungsverlauf wird begünstigt durch das derzeitige Klima in den Ost-West-Beziehungen. Rüstungskontrolle und Abrüstungs- sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sind wesentliche Instrumente des Ost-West-Dialogs geworden. Die Aussichten auf einen Abbau der östlichen Invasionsfähigkeit waren noch nie günstiger als heute. Die im Frühjahr von Präsident Bush geäußerte Einschätzung, es werde 1990 zu einem Vertragsabschluß kommen, entspricht jetzt der durch den Verhandlungsverlauf begründeten vorherrschenden Erwartung. Der Förderung von Vertrauen zwischen den Bündnissen und Teilnehmerstaaten durch mehr Transparenz und Offenheit kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. Dem dienen insbesondere die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen — VSBM —, deren Wichtigkeit der Bundesminister der Verteidigung auf dem Informationsgespräch in Bonn ganz besonders hervorgehoben hat.

Im Mittelpunkt des erweiterten Nato-Vorschlags vom Juni dieses Jahres steht vor allem ein umfangreicher Informationsaustausch zwischen den 35 Teilnehmerstaaten dieser Konferenz. Dazu gehören: Organisation, Personal und Ausrüstung der Streitkräfte in der Anwendungszone; Änderung von Stationierungsorten größerer Verbände; Einberufung von Reservisten in größerem Umfang sowie eine umfangreiche Beschränkung für Großübungen. Die östlichen Vorschläge dazu enthalten zwar in allgemeiner Form auch Elemente des westlichen Konzepts, weichen jedoch in einigen Punkten davon ab. Dies gilt auch für die vom Osten vorgeschlagenen sog. „Zonen des Vertrauens“ in Mitteleuropa. Sie würden einen Teil dieser Staaten einem besonderen Rüstungskontrollregime unterwerfen und damit Zonen unterschiedlicher Sicherheit schaffen. Im Interesse einer Konzentration der

Wiener Verhandlungen auf die wichtigsten Bereiche hat der Westen die Einbeziehung unabhängiger Seeaktivitäten und der dazugehörigen Seestreitkräfte abgelehnt. Der Osten scheint dies nach den jüngsten Erörterungen zu akzeptieren.

Die Nato würde es außerordentlich begrüßen, wenn noch in dieser Runde ein Beschluß über die Durchführung eines Seminars über Militärdoktrinen und -strategien gefaßt würde. Das Seminar, das auf einen Vorschlag des Westens zurückgeht, soll im Januar 1990 innerhalb der Verhandlungen durchgeführt werden. Es wird erstmalig die Gelegenheit bieten, auf offizieller Ebene zwischen den 35 Teilnehmerstaaten über militärstrategische Konzepte mit konkretem Bezug zu den vorhandenen konventionellen Streitkräftepotentialen und ihren Strukturen zu diskutieren. Von besonderem Interesse ist für uns dabei die Bereitschaft der Sowjetunion, ihre Streitkräftestrukturen und -potentiale schnell und überzeugend auf eine rein defensive Zielsetzung umzustellen.

Das Wiener Abkommen geht in seiner Bedeutung jedoch weit über den engeren rüstungskontrollpolitischen Bezug hinaus. Ein Erfolg der Verhandlungen hätte für Europa und weltweit politische Auswirkungen, die erheblich über den engeren Sicherheitsbezug hinaus geeignet wären, tiefgehende politische Änderungen zu bewirken. Er würde regional das Ungleichgewicht beseitigen, das durch die sowjetische Überrüstung erzeugt wurde. Damit würde eine Voraussetzung geschaffen, Konfrontationen abzubauen und sie trotz des Fortbestehens mancher Gegensätze durch Kooperation zu ersetzen. Somit wäre ein solches Abkommen auch ein bedeutsamer Beitrag, um die bestehenden politischen Gegensätze zu verringern und auf allen Feldern zu einer breiteren Zusammenarbeit zu gelangen. Der dauerhafte Erfolg der Reformbewegung in Osteuropa und damit die Überwindung der politischen Teilung unseres Kontinents beruht im wesentlichen auf zwei Voraussetzungen: Der demokratische Rechtsstaat muß sich allmählich in allen Staaten des Warschauer Paktes durchsetzen; durch überzeugende Wirtschaftsreformen muß die schwere soziale Krise überwunden werden. Zur gemeinsamen Politik der Staaten des Atlantischen Bündnisses gehört, diese Entwicklung nach Kräften zu fördern. Man sollte dabei jedoch nicht übersehen, daß die inneren Spannungen in der Sowjetunion in jüngster Zeit immer größer geworden sind. Rückschläge auf dem Weg der Reformen können auch heute noch nicht ausgeschlossen werden. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß wir auch in Zukunft gesicherte Verteidigungsfähigkeit brauchen. Die Bundeswehr ist gemeinsam mit unseren Verbündeten aus Europa und Nordamerika ein Garant dafür, daß wir diese Politik der Öffnung wagen können und damit einen Prozeß einleiten, an dessen Ende eine neue Friedensordnung in Europa geschaffen werden kann. Darum ist die Bundeswehr auch in Zukunft unverzichtbar.

Be.

Leningrad, Leningrad...

Bernhard Mroß*

So besingt die russische Sängerin Alla Pugatschowa (Konzerte mit Udo Lindenberg) die wunderschöne Stadt an der Newa. Eine Stadt, die man zu recht als das Venedig des Nordens bezeichnen kann, ist sie doch von unzähligen Kanälen durchzogen, an deren Ufern viele historische Gebäude liegen. Dieser Stadt soll unser Flottenbesuch gelten, der vom 13.—16. 10. 1989 dann auch stattfand. Es war für uns alle (Ost und West) ein gemeinsames historisches Ereignis, denn der letzte deutsche Flottenbesuch fand im Jahre 1912 statt, also es vergingen 77 Jahren bis wieder deutsche Kriegsschiffe zu einem Freundschaftsbesuch in den Hafen an der Newa einliefen. Zu unserem Verband, der durch Flottillenadmiral Boehmer befehligt wurde, zählten die Fregatte „Niedersachsen“ (Flagggschiff) aus Wilhelmshaven, der Zerstörer „Rommel“ und das Troßschiff „Coburg“ aus Kiel. An Bord der Schiffe befanden sich ca. 650 Mann Besatzung. Um bei der Überwindung der Sprachbarriere zu helfen, wurden insgesamt 12 Dolmetscher eingeschifft, 2 auf die „Niedersachsen“, 9 auf die „Coburg“ und ich selbst auf die „Rommel“. Die Besatzungen hatten sich bereits Wochen vorher auf dieses Ereignis vorbereitet, d. h. es gab Unterricht, Filme wurden vorgeführt, die die tragischen Ereignisse, die mit der 900tägigen Belagerung und Blockade Leningrads durch deutsche Truppen im 2. Weltkrieg zusammenhingen, zum Thema hatten. Mit dem Wissen, daß wir, die Vertreter der neuen deutschen Generation, mit diesen Ereignissen aus unserer jüngsten Geschichte konfrontiert werden würden, traten wir diese Reise an. Jeder Mann fragte sich: „Wie wird man uns empfangen?“

Am 12. 10. 1989 kamen wir auf Reede Kronstadt an, wo wir noch eine Nacht ankerten. Am folgenden Tage, Freitag, dem 13. 10. 1989, liefen wir an der Festung Kronstadt vorbei, unsere Schiffsbatterien gaben 21 Schuß Salut ab, den die Kronstädter Batterien erwiderten, in Richtung Leningrad, im Top die sowjetische Seekriegsflagge, als Reminiszenz an unsere Gastgeber, darunter unsere eigene deutsche Flagge. Der Empfang am Leningrader Seebahnhof war bescheiden, es spielte lediglich eine Marinemilitärkapelle. Wir liefen mit Paradeaufstellung (Besatzungen an Oberdeck angetreten), die Mützen schwenkend und dem „Begrüßungshurra“ in Leningrad ein. Als erster Besucher kam der sowjetische Admiral Tulin mit Begleitung an Bord. Von da an rollte das dreitägige Besuchsprogramm, angefüllt mit vielen offiziellen aber auch persönlichen Begegnungen ab. Obwohl unser Besuch von der Presse nicht angekündigt war, kamen an den beiden folgenden Tagen ca. 12 000 Besucher zum „open ship“ auf unsere Schiffe. Viel Staunen über die Technik, glänzende Augen wenn kleine Gastgeschenke wie Prospekte, Kugelschreiber, Mode- und Technikzeitschriften, Aufkleber und bedruckte Plastiktüten überreicht wurden. Ich selbst führte Gespräche mit alten Leningradern, die die Blockade und den Krieg als Soldaten erlebt hatten. Die Veteranen kamen mit ordengeschmückten Jackets, zeigten alte, vergilbte Kriegsphotographien, aber es gab keine Vorwürfe oder Haßäußerungen, man wollte die Versöhnung. Immer wieder wurde gesagt: „Der Krieg ist die Vergangenheit, so etwas darf sich nicht wie-

* Bernhard Mroß ist Oberleutnant zur See und in Flensburg-Mürwik stationiert.

derholen, ihr seid die neue Generation, wir müssen alle gemeinsam in die Zukunft schauen, darum kommt öfter zu uns — warum seid ihr nicht schon früher gekommen?

Mit wem man auch sprach, die Herzlichkeit war überall zu spüren. Die sowjetischen Marinesoldaten und auch die Zivilbevölkerung sagten immer wieder: „Ihr seid doch ganz anders, nicht so, wie man Euch uns immer über viele Jahre hinweg geschildert hatte, das war Propaganda.“ Die sowjetischen Marineangehörigen, Admirale, Offiziere, Fähnriche, Matrosen waren von der Offenheit unserer Soldaten überrascht. Bei einem Gespräch zwischen dem sowjetischen Admiral Samoylov, Befehlshaber Militärbasis Leningrad und einigen unserer Matrosen, das ich dolmetschte, kam auch die Frage der Besoldung auf. Als der Admiral von ca. 1700 DM hörte, die ein Obergefreiter nannte, meinte er nach kurzer Überlegung, „Nicht schlecht, nicht schlecht.“

Im Rahmen des offiziellen Programms wurden Kränze auf dem Piskarevskiy-Gedenkfriedhof und am Denkmal für die „Heldenhaften Verteidiger Leningrads“ niedergelegt. In Leningrad starben in Folge der Belagerung und Blockade ca. 1 000 000 Menschen. Besuche gab es an der Frunze-Militärakademie, auf dem Kreuzer „Aurora“, der den Schuß zum Beginn der Oktoberrevolution abgab, in Puschkin (dem ehemaligen Zarskoye Selo — Sommerresidenz des Zaren), es fanden Stadtrundfahrten, Besichtigungen der Eremitage und anderer Sehenswürdigkeiten statt. Dazu gab es die vielen kleinen Begegnungen zwischen den sowjetischen und deutschen Marineangehörigen aber auch mit den Einwohnern Leningrads. Wir alle waren von der Herzlichkeit der Russen überwältigt, ja geradezu erschlagen.

Großes Erstaunen löste immer wieder die Tatsache aus, daß wir Militärpfarrer an Bord hatten und davon gleich zwei. Dieses bedurfte einer genauen Erklärung. Ich dolmetschte ein sehr interessantes Gespräch zwischen Admiral Samoylov und dem evangelischen Flottendekan Barth zum Thema Militärseelsorge und der Tätigkeit von Militärgeistlichen an Bord. Die Strukturen der Militärseelsorge in der Bundeswehr fanden starkes Interesse bei dem sowjetischen Admiral. Flottendekan Barth umschrieb die Tätigkeit der Militärpfarrer an Bord als Sorge um die Seelen der Soldaten aller Dienstgrade, die geistlichen beider Konfessionen unterliegen dem Beichtgeheimnis und somit der Schweigepflicht, d.h. sie sprechen über die ihnen durch die Soldaten anvertrauten Dinge nicht ohne deren Einwilligung mit dem Kommandanten. Diese Aufgaben würden in der sowjetischen Marine die Politoffiziere übernehmen, die aber eng mit den Kommandanten zusammenarbeiten, entgegen der sowjetische Admiral. Der Unterschied war hier offensichtlich. Der sowjetische Admiral stellte fest, daß so eine Einrichtung auch für „seine“ Marine gut wäre, würde sie doch helfen, Werte wie Moral, Pflichterfüllung, Arbeitsmoral und andere wieder zur Geltung zu bringen. Voraussetzung wäre hier allerdings die „Ökologie“ der Seele. Der Admiral bemerkte auch, daß man in der Sowjetunion beginne, den Dialog mit der Kirche aufzunehmen. Man wünschte sich gegenseitig viel Erfolg bei der Arbeit am Menschen. Die Gespräche über die Militärseelsorge wurden weitgehend vom evangelischen Flottendekan geführt, da dieser durch seine Marineuniform, mit den Kreuzen auf den Ärmeln und dem Kreuz der evangelischen Militärseelsorge auf der Brust, als Militärgeistlicher gut

zu erkennen war. Unser katholischer Militärfarrer bei der Zerstörerflottille Siebertz, trat immer im dunklen Anzug, am Revers das kleine Kreuz der katholischen Seelsorge auf. Durch diesen Anzug unterschied er sich schon von seinen Marinekameraden und wurde auch deshalb nicht immer als katholischer Militärfarrer erkannt. Ich persönlich hätte mir gewünscht, daß er auch in unserer blauen Uniform, mit den Insignien unserer Militärkirche, aufgetreten wäre. Ich meine, ein Bordpfarrer sollte auch als solcher zu erkennen sein.

Am Sonntag, dem 15. 10. 1989, fanden auf der „Coburg“ der katholische und auf der „Niedersachsen“ der evangelische Gottesdienst statt. Am Abend gab es auf der „Niedersachsen“ den Abschiedsempfang. Ich konnte viele interessante Gespräche dolmetschen. Die Damen bekamen von Admiral Boehmer Rosen überreicht. Der Abend klang mit dem „Hängemattenwalzer“ aus. Wir standen schunkelnd mit den Sowjets in bunter Reihenfolge im Kreise, der Bordchor intonierte das Lied und wir alle sangen mit. Die Melodie traf die Seele der Russen, ist sie doch getragen und gefühlvoll. Die Gespräche wurden anschließend in den Messen bis spät in die Nacht fortgesetzt.

Am nächsten Tag, Montag, dem 16. 10. 1989, verließ der Verband Leningrad, zum Abschied waren viele Leningrader gekommen, wurden doch in den drei Tagen manche Freundschaften geschlossen. Um 14.00 Uhr, noch in sowjetischen Hoheitsgewässern, stoppte der Verband auf Befehl des Verbandsführers Admiral Boehmer auf, und es fand, mit der sowjetischen Seite vorher abgesprochen, eine schlichte Gedenkfeier für alle im 2. Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten statt, denn in Leningrad gab es keinen Platz, wo man unsere gefallenen Soldaten hätte ehren können. Die Bundesdienstflagge wurde auf Halbmast gesetzt, der Wimpel „Gottesdienst an Bord“ wurde gesetzt, die Besatzungen waren an Oberdeck angetreten, die Kommandanten hielten eine kurze Ansprache, die mit einem gemeinsam gesprochenen „Vater unser . . .“ endete. Der Trompeter auf der „Coburg“ spielte das Lied vom „Guten Kameraden“. Wir waren alle tief bewegt und gingen anschließend schweigend unter Deck. Das war der würdige Abschluß eines wirklichen Freundschaftsbesuchs, der, wie wir meinten, auch erfolgreich war. An die Tage in Leningrad werden wir alle noch lange zurückdenken, sie werden unvergeßlich bleiben. Hoffentlich war es der Beginn einer freundschaftlichen Beziehung, denn wenn Soldaten miteinander reden, lernen sie voneinander, Feindbilder werden abgebaut und man dient gemeinsam der Erhaltung des Friedens.

Glasnost, Perestrojka und Spionage

Überlegungen und Tätigkeit der östlichen Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland

Karl-Wilhelm Becker

Trotz Glasnost und Perestrojka ist die Spionagetätigkeit der östlichen Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland unverändert groß. Diese Bedrohung unseres Staates durch östliche Nachrichtendienste — im letzten Jahr ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt, als sich mehrere Ost-Agenten aus der Bundesrepublik in die DDR absetzen — hält weiter an. Dies belegen die neuesten Zahlen. Allein im Jahre 1988 sind etwa 370 Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Spionage zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet worden. Im Jahre 1987 waren es 390 Ermittlungsverfahren. Von diesen Verfahren mußten ca. 190 wieder eingestellt werden, weil die Täter unbekannt, d. h. nicht zu identifizieren waren — im Vergleich hierzu gab es 1987 ca. 200 Einstellungen. In den meisten dieser Fälle handelt es sich um nicht zu identifizierende Agenten, die unter Decknamen auf dem Gebiet der DDR arbeiten und dort Besucher aus dem Westen anzuwerben versuchen. Gegen 32 Personen wurde im Jahre 1988 Haftbefehl erlassen. Im gleichen Zeitraum verurteilten die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 21 Personen rechtskräftig wegen Spionage.

Im Jahre 1988 ging die überwiegende Mehrzahl der Verfahren — wie bereits in den vorangegangenen Jahren — auf Hinweise aus der Bevölkerung zurück. Dies zeigt, daß die Verfolgung von Agenten östlicher Nachrichtendienste ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bürger mit den Sicherheitsbehörden unseres Staates nicht denkbar ist. Häufig waren Hinweisgeber gerade die Personen, die selbst von einem östlichen Geheimdienst angeworben werden sollten. Hinweise wurden vielfach auch dann gegeben, wenn sich der Hinweisgeber zunächst zur Mitarbeit mit dem gegnerischen Geheimdienst bereit erklärt hatte. Hierzu sagte Bundesjustizminister Hans A. Engelhard kürzlich in Bonn: „Diese Zahlen belegen die Wachsamkeit der Bevölkerung und ihr Vertrauen in die Tätigkeit unserer Ermittlungsbehörden. Es ist aber zu befürchten, daß insbesondere die Dunkelziffer von Anwerbungsversuchen noch sehr hoch ist. Ich appelliere an alle Bürger, die mit östlichen Geheimdiensten in Berührung gekommen sind, sich im eigenen Interesse an die Ermittlungsbehörden zu wenden. Zivilcourage und Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden lohnen sich. Selbst wenn jemand schon für einen gegnerischen Geheimdienst tätig geworden ist, sieht unser Recht bei tätiger Reue Mittel und Wege vor, auf eine Strafe zu verzichten. So besteht die gesetzliche Möglichkeit, das Ermittlungsverfahren nach der Offenbarung einzustellen. Viele schon haben dies goldene Brücke beschritten, ihr Gewissen entlastet und sich so Straffreiheit erworben. Unsere Sicherheitsbehörden sind bei der Bekämpfung der Bedrohung durch Ost-Agenten auf die Mithilfe der Bürger angewiesen.“

Eine besondere Problematik sind in diesem Zusammenhang die DDR-Flüchtlinge. Man sollte im Westen nicht dem Wahn erliegen, daß die östlichen Geheimdienste diese Fluchtbewegung von Tausenden von Menschen nicht für das Einschleusen eigener Agenten nutzen würden — trotz Glasnost und Perestrojka. Jeder Geheimdienst in Ost und West wür-

de eine derartige Gelegenheit nutzen. So ist es einfach zwangsläufig — wenn man der östlichen Spionage nicht Tür und Tor öffnen will —, daß unser Verfassungsschutz nachforschen muß, ob bei diesen Flüchtlingen nicht Kontakte zu östlichen Geheimdiensten bestehen. Zuständig hierfür ist das Bundesamt für Verfassungsschutz — BfV — in Köln. Diesem dem Bundesministerium des Innern nachgeordnete Bundesamt ist die Zentralstelle zur Sammlung von Nachrichten über sicherheitsgefährdende und verfassungsfeindliche Bestrebungen. Ebenso wie die Landesbehörden in den einzelnen Bundesländern hat das Amt keine polizeilichen Befugnisse. In Wahrnehmung seiner Aufgaben kann es nachrichtendienstliche Mittel anwenden: z.B. Beobachtung verdächtiger Personen, Anwerbung und Führung von Vertrauensleuten, Post- und Telephonkontrolle in den Grenzen des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Der jährliche Verfassungsschutzbericht informiert die Öffentlichkeit über die Gefahren, die aus den Beobachtungsfeldern des Verfassungsschutzes unsere demokratisch-rechtsstaatlichen Freiheiten bedrohen können. Er soll und kann keinen erschöpfenden Überblick über sämtliche festgestellten extremistischen Bestrebungen geben. Er weist aber auf wichtige Entwicklungen und Zusammenhänge hin und leistet damit einen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung; er soll Demokraten diese Auseinandersetzungen erleichtern. In diesem Zusammenhang kann festgestellt werden, daß sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland über 40 Jahre lang als stabil gegen innere und äußere Feinde erwiesen hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat auch die Spionagetätigkeit östlicher Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen. Spionage ist — so Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 22, Bibliographisches Institut, Mannheim-Wien-Zürich, 1978 — „das Auskundschaften von — vor allem — militärischen Einrichtungen und Vorgängen, die von Bedeutung für die äußere Sicherheit eines Staates sind, im Auftrage oder Interesse einer fremden Macht; wird hauptsächlich von Nachrichtendiensten durchgeführt. Im weiteren Sinne versteht man unter Spionage die rechtswidrige Erkundung von Geheimnissen jeder Art (Wirtschaftsspionage).“ Die Bemühungen der Staaten des kommunistischen Machtbereichs, durch Spionage einen Informationsvorsprung zu erlangen, um das gewonnene Wissen in der Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu nutzen, haben eine lange Tradition. Während früher die militärische und politische Spionage den weitaus größten Stellenwert innehatte, liegt heute ein weiteres Schwergewicht in der Ausforschung von Wirtschaft und Wissenschaft. Die Bundesrepublik Deutschland an der Nahtstelle zwischen Ost und West ist aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur westlichen Allianz sowie ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ein bevorzugtes Zielgebiet östlicher Nachrichtendienste. Diese Bedrohung durch Spionage bleibt trotz aller politischen Entspannung auch weiterhin bestehen. Eine besonders starke Einwirkung geht dabei von den Nachrichtendiensten der DDR aus, die schon durch die gemeinsame Grenze, gemeinsame Sprache und die Vielfalt grenzübergreifender Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands über günstige Ausgangspositionen verfügen. Aber auch die übrigen Nachrichtendienste der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, stehen mit ihrer Spionagetätigkeit dem kaum nach. Die vorstehend bereits erwähnte Enttarnung und Festnahme einer Reihe sowjetischer Agenten im Frühjahr 1988 ist ein eindeutiger Beleg

für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die Aufgabe unserer Verfassungsschutzbehörden ist es, alle Erkenntnisse über die Vorgehensweise gegnerischer Nachrichtendienste zu sammeln, auszuwerten und in Maßnahmen der Spionageabwehr umzusetzen. Hierzu sind ihr Befugnisse eingeräumt, die sich von denen der Polizei unterscheiden. So haben die Verfassungsschutzbehörden z. B. das Recht, zum Erkennen geheimdienstlicher Agententätigkeit nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen, d. h. solche Mittel und Methoden, die der geheimen, vom Gegner nicht wahrnehmbaren Beobachtung dienen, da einem konspirativ gegen die Bundesrepublik arbeitenden Gegner häufig nur durch spezifisch nachrichtendienstliche Abwehrmethoden zu begegnen ist. Anders als die Strafverfolgungsbehörden, deren Tätigwerden zumindest den Verdacht einer strafbaren Handlung voraussetzt, setzen die Verfassungsschutzbehörden bei ihrer Arbeit bereits im Vorfeld der Staatsschutzkriminalität an. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben ist es, Erkenntnisse über die Vorgehensweise gegnerischer Nachrichtendienste daraufhin zu prüfen, ob ein methodisches Muster sichtbar wird. Gelingt dieses, so versucht die Spionageabwehr, zu diesem Typus gehörende Fälle aufzuklären. Der Weg von der methodischen Grundlagenarbeit bis hin zur Vermutung eines Spionagefalles und der Erhärtung dieses Verdachts verlangt meistens eine mühevollen und aufwendige Ermittlungsarbeit. Die Abgabe eines Verdachtfalles an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden ist daher meistens ein Schritt, der oft erst am Ende umfassender Vorarbeiten der nachrichtendienstlichen Spionageabwehr steht. Die Tätigkeit der Spionageabwehr ist aber nicht ausschließlich auf die Festnahme von Agenten ausgerichtet. Es ist ebenso wichtig, die Strukturen und Arbeitsweise gegnerischer Nachrichtendienste zu erkennen und zu analysieren. Die hierbei erzielten Ergebnisse sind eine erfolgversprechende Grundlage zur Enttarnung von Agenten, ebenso aber auch eine Basis für eine vorbeugende Beratung spionagegefährdeter Behörden und Wirtschaftsunternehmen. Es wäre daher falsch anzunehmen, daß sich die Erfolge der Spionageabwehr allein in der Zahl der festgenommenen Agenten ausdrückt.

Der Einsatz von Agenten ist — trotz aller moderner Hilfsmittel — für ein von den gegnerischen Nachrichtendiensten angestrebtes umfassendes Erkenntnisbild unverzichtbar. Leider ist diese Tatsache in der bundesdeutschen Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, und auch die Argumentation gegen den Verfassungsschutz ist m. E. völlig falsch angesetzt. Es geht hierbei nicht um die Überwachung der Bürger — wie manche Politiker behaupten —, sondern um die Aufdeckung von Entwicklungen, die die äußere Sicherheit unseres Staates ernsthaft gefährden. Dies dient dem Interesse und der Sicherheit aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Die Anwerbung und die Steuerung dieser Agenten wird mit größter Sorgfalt geplant, insbesondere dann, wenn sie Zugang zu geschützten und geheimgehaltenen Informationen erschließen. Die gegnerischen Nachrichtendienste nutzen bei ihren Werbungsbemühungen ganz unterschiedliche Ansätze. Besonderes Interesse finden private oder geschäftliche Aufenthalte von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland im kommunistischen Machtbereich. Hier bieten die erforderlichen Reiseformalitäten, wie die Beantragung und die Erteilung eines Visums oder die Anmeldung des Besuchers bei den örtlichen Behörden, gute

Anknüpfungsmöglichkeiten für die im Verwaltungsapparat dieser Länder allgegenwärtigen Vertreter der „Staatssicherheit“. Das gilt insbesondere für die DDR und deren „Ministerium für Staatssicherheit“ — MfS —, das die Besucher aus der Bundesrepublik primär unter dem Gesichtspunkt der nachrichtendienstlichen Nutzbarkeit betrachtet. In diesem Ministerium bündeln sich politische Überwachungs-, Sicherungs- und Unterdrückungsfunktionen im Innern der DDR mit Offensivfunktionen nach außen in einem Ausmaß, das ohne Beispiel in der deutschen Geschichte ist. Sein Selbstverständnis als „spezielles Organ der Diktatur des Proletariats“ trifft den Kern der Sache ebenso wie seine Charakterisierung als „zuverlässiges Machtinstrument der Partei und des Arbeiter- und Bauern-Staats“. Das MfS will Schild und Schwert der SED zugleich sein. Die aggressive Gefährlichkeit des Ministeriums für Staatssicherheit wird durch die Konzentration seiner parlamentarisch unkontrollierten und gesetzlich nicht definierten Kompetenzen als politische Geheimpolizei, als Untersuchungsorgan bei sogenannten Staatsverbrechen und als geheimer Aufklärungsdienst begründet. Dem MfS-Wachregiment „Felix Dzierzynski“ sind spezifische Aufgaben als Verfügungstruppe zugewiesen. In dem Ministerium selbst ist die Hauptverwaltung Aufklärung — deren sagenumwobener Chef Generaloberst Markus (Micha) Wolf den Dienst quittiert hat — konkret für die Spionage zuständig.

Aber auch in den anderen Ländern des kommunistischen Machtbereichs besteht auch heute immer noch die Gefahr einer nachrichtendienstlichen Ansprache, besonders dann, wenn die Zielperson im Hinblick auf ihren beruflichen und persönlichen Hintergrund für einen Anwerbeversuch interessant ist. So vielfältig wie die Kontakthanke und -möglichkeiten sind auch die Werbungsverfahren. Sie reichen von der offenen Ansprache, bei der die Zugehörigkeit des Anbahnens zu einem Nachrichtendienst kaum verdeckt wird, über die Ansprache unter „Legende“, d.h. mit einer vorgeschobenen Begründung und unter Verschleierung der tatsächlichen Absicht, bis hin zur Ausnutzung einer echten oder vermeintlichen Zwangssituation, etwa wenn der Betroffene mit dem Vorwurf eines Gesetzesverstosses konfrontiert wird und ihm als Ausweg nur die sofortige Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit angeboten wird. Nicht selten sind es Verkehrsdelikte, die den gegnerischen Nachrichtendiensten Ansätze für einen Werbungsversuch geben. Das wird z.B. in dem nachstehend geschilderten Fall sehr deutlich:

Ein Mann aus Westberlin — ein Verkäufer — befuhr die Transitstrecke. Auf einem Parkplatz nahm er eine große Menge Alkohol zu sich. Bei der Kontrolle am DDR-Grenzübergang wurde er dann wegen Trunkenheit im Straßenverkehr festgenommen. Während der sich anschließenden Haft versuchten MfS-Angehörige, ihn für eine geheimdienstliche Agententätigkeit anzuwerben. Als Anreiz diente das Angebot einer Haftentlassung ohne Gerichtsverfahren, angeblich im Zuge einer vom Staatsrat der DDR verkündeten Amnestie. Der Verkäufer, der mit einer Freiheitsstrafe rechnete, war vor diesem Hintergrund zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit bereit und erklärte sein Einverständnis zu einem späteren nachrichtendienstlichen Treffen. Zusätzlich mußte er versprechen, bei der nach seiner Entlassung zu erwartenden kriminalpolizeilichen Anhörung in Westberlin über seine Bereitschaft zur Mitarbeit und die eingegangene Treffvereinbarung Stillschweigen zu

bewahren. Er hielt sich jedoch nicht an diese Vereinbarung und ging auch nicht zu diesem vereinbarten Treffen.

Es gibt auch immer wieder bei den Verfassungsschutzbehörden Hinweise darauf, daß Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs versuchen, Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei Verkaufsausstellungen und Industriemessen für eine Spionagetätigkeit anzuwerben. Der Inhaber eines kleinen Industrieunternehmens aus Norddeutschland unterhielt seit Jahren geschäftliche Kontakte in die DDR und war mit seinem Betrieb bereits mehrfach auf der Leipziger Frühjahrs- wie auch Herbstmesse vertreten. Im März 1988 reiste er erneut nach Leipzig, um auf der Frühjahrsmesse auszustellen. Dort wurde er von einem Unbekannten angesprochen und in ein Gespräch über allgemeine Themen verwickelt. Es kam zu weiteren Gesprächen, bei denen sich der Gesprächspartner aus der DDR nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen erkundigte und unter Vortäuschung geschäftlicher Interessen die Möglichkeit einer Bevorzugung durchblicken ließ, wenn bestimmte Gegenleistungen erbracht würden. Aus den Gesamtumständen wurde dem Bürger der Bundesrepublik Deutschland bald deutlich, daß es sich hierbei um einen nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuch handelte. Im Hinblick auf seine insgesamt zögernden und ausweichenden Reaktionen erhielt er schließlich den Rat, er solle seine ablehnende Haltung noch einmal überdenken. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik berichtete der Geschäftsmann unverzüglich den zuständigen Behörden über seine Erfahrungen bei der Leipziger Messe.

In diesem Zusammenhang werden auch sowjetische Nachrichtendienste vom Gebiet der DDR aus tätig. Sie verfügen über eine eigene Zentrale in Berlin-Karlshorst und werden durch Nachrichtendiensteinheiten der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen unterstützt. Mit ihren Anwerbungsbemühungen setzen sie ebenfalls bevorzugt beim innerdeutschen Reiseverkehr an, wobei sie sich auch gelegentlich auf die Mithilfe von DDR-Bürgern stützen, die für solche Dienste gesondert angeworben werden. Diese Erfahrungen machte ein Chemotechniker aus der Bundesrepublik Deutschland, den wir hier W. nennen. Er war mehrmals mit seinem Freund nach Leipzig gereist. Bei der Erledigung der Reiseformalitäten — z. B. Beschaffung der Visa und der Reservierung der Hotelzimmer — war ein Mann namens K. behilflich, der in Leipzig wohnte und den der Freund von W. bereits von früheren Aufenthalten in der DDR kannte. K., der die beiden Besucher immer schon bei ihrer Ankunft erwartete und auch deren Geld zu einem Kurs von 1:4 in DDR-Währung umtauschte, veranlaßte W., sich im Hotel unter einem falschen Namen anzumelden, und machte ihn mit dem Sowjet-Bürger „Anatol“ bekannt, der sich an einem Produkt aus der Beschäftigungsfirma des W. interessiert zeigte und hierzu nähere Informationen erbat. Anlässlich einer weiteren Begegnung zahlte „Anatol“ an W. gegen Quittung 400 DM als „Auslagenersatz“ und nannte ihm für eine spätere Verbindungsaufnahme eine Telefonnummer in Leipzig. W. gab jedoch zu verstehen, daß er nicht der Lage sei, die gewünschten Unterlagen zu besorgen. Dieses Vorgehen zeigt deutlich, daß es sich bei „Anatol“ um den Mitarbeiter eines sowjetischen Nachrichtendienstes handelte, der W. durch die Mithilfe von K. nachrichtendienstlich verstricken wollte. K. wurde deshalb bei einem Gegen-

besuch in der Bundesrepublik im August 1988 unter dem Vorwurf der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen und im November 1988 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Ganz besonders sind aber auch Flüchtlinge, Aussiedler, Asylsuchende und Übersiedler aus dem kommunistischen Machtbereich nachrichtendienstlich gefährdet. Die Zahl der Menschen, die aus den Ländern des kommunistischen Machtbereichs in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt oder übergesiedelt sind bzw. hier Asyl beantragt haben, ist in den vergangenen Jahren sehr stark gestiegen. Allein aus der DDR wechselten 1988 rund 40000 Übersiedler in das Bundesgebiet. Davon verließen etwa 9700 Personen die DDR auf „illegale“ Weise, indem sie z.B. als „Sperrbrecher“ über die innerdeutsche Grenze flüchteten, sich als sogenannte Reisekader bei Dienstreisen in die Bundesrepublik Deutschland absetzten oder von privaten Besuchen nicht mehr in die DDR zurückkehrten. Hinzu kommen in diesem Jahr die Übersiedler aus der DDR, die den Weg über Ungarn nehmen. Erheblich gewachsen ist auch die Zahl der Aussiedler und Asylsuchenden aus den übrigen Ländern des kommunistischen Machtbereichs — 103700 im Jahre 1987 und 259300 im Jahre 1988. Sie kommen insbesondere aus Polen und der Sowjetunion. Dieser Personenkreis ist für die gegnerischen Nachrichtendienste in mehrfacher Hinsicht interessant. So können — wie vorstehend bereits erwähnt — im Strom der Aussiedler und Übersiedler auch Agenten unter falscher Identität — sogenannte Illegale — in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden. Bei einem solchen Agententyp handelt es sich meist um Mitarbeiter gegnerischer Nachrichtendienste, die in nachrichtendienstlichen Methoden und Techniken systematisch geschult und ideologisch fest im Kommunismus verwurzelt sind. Die Tarnung als Ausiedler oder Übersiedler, der den Ostblock angeblich aus Unzufriedenheit mit den dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen verläßt, kann andere, zum Teil aufwendigere Einschleusungsverfahren überflüssig machen und den tatsächlichen Hintergrund des Agenten mit einer plausiblen Erklärung verschleiern helfen. Fälle dieser Art, bei denen der Aussiedler oder Übersiedler in den Westen nur fingiert ist, sind nach den bisherigen Beobachtungen der Verfassungsschutzbehörden bis jetzt jedoch noch Einzelfälle. Viel häufiger setzen die gegnerischen Nachrichtendienste bei Personen an, die die Erlaubnis ihrer Ausreise in die Bundesrepublik von sich aus beantragt haben. Dabei macht es grundsätzlich keinen Unterschied, ob der betreffende sein bisheriges Aufenthaltsland wegen seiner deutschen Volkszugehörigkeit oder mit dem Ziel der Familienzusammenführung verlassen will oder ob er nur für eine kurze Zeit in den Westen reisen will. Das Jahr 1988 hat erneut gezeigt, daß z.B. ausreisewillige Bürger der DDR für die dortigen Nachrichtendienste ein gern genutztes Zielpotential darstellen. Insbesondere das MfS ist aufgrund seiner systematischen Einbindung in das Ausreisegenehmigungsverfahren — sei es im Rahmen der Übersiedlung oder des innerdeutschen Reiseverkehrs — zu jeder Zeit in der Lage, die sich dabei bietenden Werbungsmöglichkeiten zu nutzen. Besonders ist es an solchen Ausreisenden interessiert, die aufgrund persönlicher Bindungen in der Bundesrepublik über nachrichtendienstlich nutzbare „Westkontakte“ verfügen. Ähnliche Erfahrungen machen auch Aussiedler aus anderen Staaten des kommunistischen Machtbereichs.

Der rumänische Nachrichtendienst Securitate nutzt z.B. die besondere Zwangslage der deutschstämmigen Aussiedlungswilligen, die sich aus vielerlei Gründen in Rumänien eingeeignet und beeinträchtigt fühlen, rigoros aus. Volksdeutsche, die in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln wollen, wurden bereits in einem früheren Stadium ihrer Ausreisebemühungen von Securitate-Offizieren für Spitzeldienste, zunächst innerhalb Rumäniens, angeworben. Ihnen wurde unmißverständlich bedeutet, daß ohne diese „Vorleistungen“ und eine spätere Spionagetätigkeit im Westen mit einer Ausreisegenehmigung nicht oder nur nach einer sehr langen Wartezeit zu rechnen sei. In anderen Fällen mußten sich die Ausreisewilligen noch kurz vor der Aushändigung ihres Passes als „Gegenleistung“ zur späteren Mitarbeit verpflichten. Sie erhielten kleinere Aufträge wie z.B. im Bundesgebiet wohnende, ehemalige rumänische Staatsbürger auszuforschen, Publikationen zu beschaffen oder Kontakte zu Emigrantenkreisen aufzunehmen und über deren Tätigkeit den rumänischen Sicherheitsdienst zu informieren. Als generelle Leitlinie erhalten die Aussiedler aus Rumänien im Zuge ihrer nachrichtendienstlichen Verstrickung meist die Vorgabe, sich in der Bundesrepublik zunächst zu etablieren und bei Besuchsreisen in ihr Herkunftsland wieder Kontakte zu ihrem Führungsoffizier aufzunehmen. Der Aussiedler S. wurde einige Monate vor seiner Ausreise zur Securitate-Dienststelle seiner Heimatstadt gerufen und dort von Offizieren vernommen. Er mußte seinen Lebenslauf niederschreiben und ihn um die Bitte ergänzen, die Securitate möge seine Ausreise beschleunigen. Sehr interessiert zeigten sich die Offiziere an seinen weiteren beruflichen Plänen, in welcher Stadt er sich niederlassen wolle und wann er Rumänien wieder besuchen werde. Die Besuchsreise sollte er vorher bei der Securitate-Dienststelle anmelden. S. offenbarte sich nach seiner Übersiedlung den zuständigen bundesdeutschen Behörden und nahm keine weiteren Kontakte mit der Securitate auf.

Auch Aussiedler und Asylsuchende aus Polen — kaum zu glauben bei der derzeitigen politischen Entwicklung — berichten von Zwangssituationen, denen sie sich im Zusammenhang mit ihren Ausreisebemühungen ausgesetzt sahen. Häufig gaben in der Vergangenheit — neben den wirtschaftlichen Verhältnissen im Heimatland — gerade die Anbahnungsversuche der Nachrichtendienste den letzten Anstoß, Polen zu verlassen. Der Asylbewerber B. berichtete der zuständigen bundesdeutschen Dienststelle, daß er vor einigen Jahren an seinem Wohnort einen Angehörigen eines polnischen Nachrichtendienstes kennengelernt habe. Aufgrund dieser Bekanntschaft sei es ihm gelungen, ohne Schwierigkeiten einen Reisepaß für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und hier einer kurzzeitigen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Vor seiner letzten Reise sei er jedoch aufgefordert worden, während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik nachrichtendienstliche Aufträge zu erledigen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit richten die gegnerischen Nachrichtendienste auf Personen, die eine Eheschließung mit einem Partner oder einer Partnerin aus dem Westen beabsichtigen und aus diesem Grund die Aus- oder Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland beantragen. Hier setzt seit Jahren auch der tschechoslowakische Nachrichtendienst an, der in solchen Fällen überwiegend den tschechoslowakischen Staatsangehö-

rigen zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit auffordert. Bekannt sind aber auch Fälle, in denen der in Deutschland wohnende Partner, oder auch beide, nachrichtendienstlich angesprochen wurden. Von der Antragstellung bis zur Aussiedlung des tschechoslowakischen Partners in das Bundesgebiet können bis zu 12 Monate vergehen. Dies gibt den Nachrichtendiensten der CSSR genügend Gelegenheit, in ihrem Sinne auf die Heiratswilligen einzuwirken. Die Palette der hierbei eingesetzten Werbungs mittel ist breit und bedeutet für die Betroffenen meist ein Wechselbad zwischen Hoffen und Bangen. So wird ihnen während der Anwerbungsphase zunächst Hilfe bei der Abwicklung der bürokratischen Formalitäten zugesagt. Lehnen sie aber die als Gegenleistung geforderte Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit ab, so bereitet man ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit Schwierigkeiten, wie etwa bei der Genehmigung gegenseitiger Besuchsreisen. Hier sind insbesondere Ein- und Ausreiseverbote ein beliebtes Druckmittel. Ferner wird dem tschechoslowakischen Partner für den Fall, daß er nach erfolgter Aussiedlung seine Verwandten in der CSSR besuchen möchte, häufig ein künftiges Einreiseverbot angedroht. Andere müssen bis zur Aussiedlung berufliche Nachteile hinnehmen. Angesichts dieses ausgeübten starken Drucks ist es verständlich, wenn die nachrichtendienstlich angesprochenen Heiratswilligen zum Teil pro forma — nur zum Schein — ihre Mitarbeit zugesagen. Wie massiv der tschechoslowakische Nachrichtendienst im Einzelfall vorgeht, zeigt der Fall der tschechoslowakischen Staatsangehörigen A., die zu ihrem Ehemann in die Bundesrepublik Deutschland aussiedelte. Sie wurde aufgrund ihrer Westreisen und der Absicht, einen Bürger der Bundesrepublik zu heiraten, zur örtlichen Polizeidienststelle vorgeladen. Dort sei sie von mutmaßlichen Angehörigen eines tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, die bereits umfassende Informationen über sie besessen hätten, zunächst über ihre Westkontakte befragt worden. Anschließend sei ihr für den Fall der Zusammenarbeit großzügige Hilfe bei der Erledigung der Formalitäten und für weitere Westreisen zugesagt worden. Sie habe sich, um die Eheschließung nicht zu gefährden, die Entscheidung offengehalten, bei einem nachfolgenden Gespräch jedoch ihre Mitarbeit abgelehnt. In der Folgezeit sei sie zahlreichen Schikanen des CSSR-Geheimdienstes ausgesetzt gewesen, u. a. der Drohung, sie könne durch einen „zufälligen“ Verkehrsunfall ihres Mannes frühzeitig Witwe werden. Schließlich sei ihr dann nach längerer Wartezeit doch noch die Heiratsgenehmigung und Bewilligung der Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland erteilt worden. Meist wiederholt sich das Muster der nachrichtendienstlichen Anbahnung und Nutzung, gleichgültig, ob im Hintergrund polnische, rumänische, sowjetische oder andere Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs stehen. Der großen Zahl von Werbungsversuchen steht aber letztlich nur ein relativ geringer Teil von Aussiedlern und Umsiedlern gegenüber, die eine nachrichtendienstliche Verpflichtung tatsächlich eingehen oder ihr auch nach der Ausreise noch nachgehen. Überwiegend offenbaren sich die Betroffenen in der Bundesrepublik, sobald sie dem auf sie ausgeübten Druck entkommen sind. Dies ist der einzig richtige Weg, um einer Bestrafung zu entgehen.

Die nachrichtendienstliche Gefährdung besteht aber auch dann noch, wenn Aussiedler oder Übersiedler aus der früheren Staatsbürgerschaft entlassen sind, sich in der Bundesre-

publik Deutschland etabliert haben und einen bundesdeutschen Reisepaß besitzen. Wenn sie z.B. nach Jahren ein Visum beantragen, um ihre alte Heimat wiederzusehen oder Verwandte zu besuchen, können die Staatssicherheitsdienste des Herkunftslandes erneut aktiv werden. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich dann insbesondere auf Personen, die im Westen inzwischen eine nachrichtendienstlich interessante Tätigkeit ausüben. So wird z.B. der eine bei seiner polizeilichen Anmeldung an eine früher eingegangene Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit erinnert, der andere etwa an die von der „sozialistischen Gemeinschaft“ erbrachte Leistung für seine Ausbildung, die ihm erst den Weg in die jetzige Position im Westen eröffnet habe. Verhalten sich die Angesprochenen ablehnend, so sehen sie sich häufig der Drohung ausgesetzt, künftige Sichtvermerksanträge nicht mehr genehmigt zu erhalten. In den seltensten Fällen wird diese Drohung allerdings wahrgemacht. Die Verfassungsschutzbehörden registrieren aber auch Versuche des MfS, Bürger der DDR, die anläßlich einer Besuchsreise im Bundesgebiet verblieben sind, zur Rückkehr zu bewegen. Dazu wurden Verwandte, etwa die in der DDR wohnende Ehefrau, oder frühere Arbeitskollegen eingeschaltet. Sie erhielten vom MfS den Auftrag, mit dem Betroffenen telefonisch oder schriftlich, sehr oft aber auch durch persönliche Kontaktaufnahme im Bundesgebiet in Verbindung zu treten.

Anläßlich eines Verwandtenbesuches — um nur ein Beispiel zu erwähnen — war ein verheirateter Bürger der DDR im Bundesgebiet geblieben. Das MfS betrieb daraufhin die üblichen Nachforschungen bei seiner Ehefrau und veranlaßte seine Mutter, ihn im Rahmen einer Besuchsreise an seinem neuen Wohnort aufzusuchen und ihn unter der Zusage von Straffreiheit und Wiederbeschäftigung an seinem alten Arbeitsplatz zur Rückkehr aufzufordern. Der Sohn kam diesem Angebot des MfS jedoch nicht nach.

Die Intensität der östlichen Nachrichtendienste und der östlichen Spionage in der Bundesrepublik Deutschland hat auch 1989 in keiner Weise nachgelassen. Das Interesse gegnerischer Nachrichtendienste ist mehr als umfassend. Die offenen Gesellschaftssysteme der westlichen Demokratien bieten eine Fülle von Informationsmöglichkeiten, die von jedermann — und damit auch von den gegnerischen Nachrichtendiensten — ohne große Anstrengungen genutzt werden können. Bereits eine gründliche Auswertung der Medien und offen zugänglicher Publikationen vermitteln Einblicke in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge. Schon auf diese Weise gewonnene Erkenntnisse können für gegnerische Nachrichtendienste von großem Wert sein. Durch den Einsatz von Agenten versuchen sie darüber hinaus, ihr Bild von der politischen Stabilität, der Wirtschaftskraft und dem militärischen Potential der Bundesrepublik Deutschland zu vervollständigen und zu ergänzen. Seit Jahren schon zielen die Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste aber auch auf Flüchtlinge, Aussiedler und Asylsuchende aus dem Ostblock. Dies gilt auch für die DDR-Fluchtlinge, die über Ungarn in die Bundesrepublik gelangt sind. Hier bei uns sind zur Zeit erhebliche Bemühungen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit zu beobachten, um diese Flüchtlinge in seinem Sinne zu beeinflussen. Hier ist ganz besondere Vorsicht geboten. In diesem Zusammenhang werden Anschriften und Arbeitgeber der Flüchtlinge und Aussiedler durch den Verfassungsschutz in einer eigenen

Datei gespeichert. Hierzu erklärte der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Burkhard Hirsch am 14. Juli 1989 in Bonn: „Zu diesem Vorgang wird der Innenminister unmittelbar nach der Sommerpause eine Reihe von Fragen beantworten müssen. Anscheinend handelt es sich unter der Überschrift ‚vorbeugende Spionagebekämpfung‘ um die systematische Speicherung von Menschen, die völlig unbescholten sind, weder der Spionage verdächtig noch sonst irgendeiner Straftat. Mit demselben Recht könnten alle deutschen Staatsbürger mit Namen, Anschrift und Arbeitgeber in einer Verfassungsschutzdatei landen, obwohl sie weder einem konkreten Verdacht unterliegen noch sich sonstigend einen Vorwurf zugezogen haben. Was der Staatsanwaltschaft nach der Strafprozeßordnung und der Polizei nach den Polizeirechten untersagt ist, wird hier vom Verfassungsschutz in großem Umfang betrieben. Wer hat die Datei angeordnet, seit wann besteht sie, wieviel Menschen sind erfaßt, wer hat zu ihr Zugang, welche Löschungsvorschriften bestehen, ist sie mit den Innenministern und den Verfassungsschutzämtern der Länder abgestimmt, wird nur die erste Anschrift und der erste Arbeitgeber gespeichert oder wie lange werden Änderungen verfolgt, sind die Aussiedler von der Speicherung unterrichtet worden, bezieht sich die Datei nur auf Aussiedler oder auch auf Übersiedler aus der DDR, seit wann, bezieht sie sich auf sonstige Zuzüge aus dem Ausland? Und schließlich: Wenn die Datei schon seit geraumer Zeit betrieben wird, mit welchem Erfolg, wie und unter welchen Umständen wird sie ausgewertet? Wenn das Schule macht, dann könnte man jeden Zureisenden — zumindestens wenn er aus dem Ostblock oder aus der DDR kommt — verdaten. Wir würden von uns aus damit Deutsche von zweierlei Kategorien schaffen. Einwandfreie und solche, bei denen man sich auf Straftaten gefaßt machen muß, weil sie aus dem Osten kommen.“ Es ist schon für den Zuschauer mehr als interessant, wenn Dr. Hirsch auf diese Problematik eingeht. Es ist aber m.E. nicht sehr seriös, wenn er dabei nicht auf die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes eingeht, die ihm als innenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion besser als jedem anderen Bewohner dieser Republik bekannt sein dürften. Der Verfassungsschutzbericht des Jahres 1988 befaßt sich auch sehr eingehend mit der Spionageabwehr und den neuesten Erkenntnissen über die immer noch sehr große Spionagetätigkeit der kommunistischen Sicherheitsdienste in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Präsident der Verfassungsschutzbehörde Gerhard Boeden sagte am 5. Oktober dieses Jahres in einem Rundfunkinterview, daß das DDR-Ministerium für Staatssicherheit — MfS — „ganz sicherlich“ die Massenflucht „für Zwecke der Nachrichtenbeschaffung nutzen“ wolle. Nach den bisherigen Erfahrungen könne es daran keinen Zweifel geben. „Nichts wäre verkehrter, als diese Staatsbürger der DDR, die nun zu uns in die Bundesrepublik kommen, alle mit Verdacht zu belegen“, erklärte Boeden. Die Flüchtlinge seien keine Objekte des Verfassungsschutzes. Es komme darauf an, aus dem Strom der „sicherlich nicht in die Verstrickung Geratenen jene herauszufinden, die im Auftrag des MfS zu uns gekommen sind und diese Kontakte weiter pflegen wollen.“ Boeden appellierte an alle betroffenen DDR-Bürger, „im Interesse eines unbelasteten Anfangs sich bei uns zu offenbaren. Sie werden sicher in ein oder zwei Jahren an solche Verpflichtungen erinnert wer-

den“, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Dies sollte auch der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion beachten. Dr. Burkhard Hirsch hat in diesem Zusammenhang weiter darauf hingewiesen, „daß allein das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Etat von über 200 Millionen DM und über 2000 Mitarbeiter hat. Es ist also im Vergleich zu den Anfangsjahren seiner Existenz zu einer beachtlichen Größe angewachsen, die dem Bundeskriminalamt nicht nachsteht. Ich halte es für wichtig“ — so Dr. Hirsch in seinen Ausführungen — „die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle zu überprüfen und durch eine Veröffentlichung bestimmter Strukturdaten den Anfang zu machen, das Amt und seine Tätigkeit aus der Atmosphäre des Geheimnisvollen und deswegen auch des Mißtrauens herauszuholen. In der Anhörung des Innenausschusses vom 23. 6. 1989 hat der Präsident Boeden des Bundesamts für Verfassungsschutz auf meine Frage“ — von Dr. Hirsch an Präsident Boeden — „ausdrücklich erklärt, man solle wirklich darüber nachdenken, und er stimmte zu, daß durchaus das eine oder andere veröffentlicht werden könnte. Er habe sich selber schon bei Amtsantritt darum bemüht, die Verfassungsschutzämter der Länder dafür zu gewinnen, die Personalstärke, das Gesamtvolumen der Haushaltsmittel oder anderes zu veröffentlichen. Er habe dafür bei den Ländern keine Zustimmung gefunden und könne allein nicht über die Daten verfügen. So ganz abwegig“ — so die Schlußfolgerung von Dr. Hirsch — „ist die Forderung nach mehr Publizität also offenbar nicht.“ Man muß jedoch auch darauf aufmerksam machen, daß die Veröffentlichungen derartiger Strukturdaten auch Hinweise auf den Arbeitsumfang dieser Behörden vermitteln. Auch hierdurch könnten östliche Nachrichtendienste Einblick in die Tätigkeit der bundesdeutschen Nachrichtendienste gewinnen. Eine derartige Entwicklung könnte ihre Tätigkeit u. U. ganz erheblich behindern.

Außer dem Bundesamt für Verfassungsschutz gehören auf Bundesebene auch der Bundesnachrichtendienst und das Amt für den Militärischen Abschirmdienst zu diesen Institutionen. Der Bundesnachrichtendienst mit dem Sitz in Pullach bei München ist durch Beschluß der Bundesregierung vom 11. Juli 1955 als eine dem Bundeskanzleramt angegliederte Dienststelle eingerichtet und durch Beschluß der Bundesregierung vom 2. Oktober 1963 dem Bundeskanzleramt unterstellt worden. Dabei wurde die 1946 unter amerikanischer Treuhandschaft aufgebaute „Organisation Gehlen“ — hervorgegangen aus der 12. Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des deutschen Heeres unter General Reinhard Gehlen — in den Bundesnachrichtendienst übernommen. Der Bundesnachrichtendienst — BND — nahm seine Arbeit am 1. April 1956 auf. Die Aufgaben des BND sind in der Allgemeinen Dienstanweisung des Chefs des Bundeskanzleramtes für den BND vom 4. Dezember 1968 näher umschrieben. Danach hat er Auslandsinformationen auf politischem, wirtschaftlichem, rüstungstechnischem und militärischem Gebiet mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beschaffen und auszuwerten. Auf innenpolitischem Gebiet darf der BND nicht tätig werden. Exekutivbefugnisse hat er nur, soweit sie ihm für besondere Aufgaben durch Bundesgesetz übertragen werden. Die Informationen des BND sollen das Lagebild der Bundesregierung ergänzen und möglichst vervollständigen. Damit nimmt der BND eine zur Wahrung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland notwendige

Funktion wahr. Das Amt für den Militärischen Abschirmdienst — mit dem Sitz in Köln — befaßt sich mit der Sicherheit der Bundeswehr gegenüber gegnerischen Spionageversuchen bei der Truppe. Die Beschaffung von Informationen ist für die gegnerischen Nachrichtendienste erschwert, wenn die Zielländer weiter entfernt sind und die Anbindung der Agenten an die Zentrale im Ostblock allein schon infolge räumlicher Distanz Probleme aufwirft. Daher unterhalten die meisten gegnerischen Nachrichtendienste getarnte Stützpunkte — sogenannte Residenturen — „vor Ort“. Solche nachrichtendienstliche Organisationseinheiten befinden sich häufig in den amtlichen bzw. halbamtlichen Auslandsvertretungen der Entsendestaaten und werden wegen ihrer Tarnung — nach außen hin offizielle Einrichtungen mit legalen Aufgaben — als „legale Residenturen“ bezeichnet. Da, wo sie Teil einer diplomatischen Vertretung sind, nutzen sie den Schutz durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen. Dies bedeutet, daß die dort tätigen Personen in der Regel vor einem Zugriff durch die Behörden des Gastgeberlandes sicher sein können. Solche Voraussetzungen bieten eine gute Ausgangsposition für nachrichtendienstliche Aktivitäten, z. B. wenn Führungsoffiziere der legalen Residenturen Agenten werben, bei konspirativen Treffen Informationen entgegennehmen und diese — im Diplomatengepäck — sicher an die Zentrale ihres Dienstes senden können. Die legalen Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich voneinander in erster Linie durch ihre personelle Stärke, weniger in ihrer Aufgabenstellung oder in den nachrichtendienstlichen Methoden ihrer Führungsoffiziere. Während einige Staaten des kommunistischen Machtbereichs an ihren relativ kleinen Vertretungen auch nur eine entsprechend geringe Zahl von Nachrichtendienst-Offizieren (ND-Offiziere) beschäftigen, leisten sich Polen, die CSSR und vor allem die Sowjetunion Residenturen von beachtlicher Größe. So unterhalten allein die sowjetischen Nachrichtendienste — das KGB und der militärische Dienst GRU — neben ihren Hauptresidenturen in der sowjetischen Botschaft in Bonn weitere Unterresidenturen in der sowjetischen Handelsvertretung in Köln und im sowjetischen Generalkonsulat in Hamburg. Die Zahl der in den legalen Residenturen tätigen ND-Offiziere der Sowjetunion ist auch 1988 unverändert hoch geblieben. Sie kann insgesamt auf mehrere hundert geschätzt werden. Jeder dieser Führungsoffiziere hat innerhalb seiner Residentur eine besondere, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Aufgabe. So gibt es Spezialisten für fast alle Aufklärungsschwerpunkte. Innerhalb der KGB-Residentur z. B. befaßt sich eine Gruppe von Führungsoffizieren ausschließlich mit der Beschaffung von Informationen aus den Bereichen von Politik — einschließlich Verteidigungspolitik — und Wirtschaft. Sie sind in der sogenannten „Linie PR“ zusammengefaßt. Andere Organisationseinheiten sind für die Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Informationen zuständig — z. B. die Linie X der KGB-Residenturen — oder für die Aufklärung der Emigrantenszene in der Bundesrepublik Deutschland. Dies macht insbesondere die Linie KR der KGB-Residenturen in Bonn, Köln und Hamburg. Hier wird sehr deutlich sichtbar, daß trotz Perestrojka und Glasnost unverändert auf dem Gebiet der Bundesrepublik, völlig unberührt von dieser Entspannungspolitik, Spionage betrieben wird, und dies zu einem Zeitpunkt, wo in Ost und West vom gemeinsamen europäischen Haus gesprochen wird. Diese auch 1989 fortdauernde Entwicklung bedeutet für mich ein schwe-

rer Schlag gegen Entspannung und Sicherheit in Europa. Ein neues Feld der Spionage eröffnet der Computer. Die Generalbundesanwaltschaft hat im August dieses Jahres Anklage gegen drei Angehörige der „Hacker“-Szene erhoben, denen es 1986/87 gelungen sein soll, in industrielle Großrechner einzudringen. Ihnen soll es gelungen sein, über Telefonleitungen von Karlsruhe und Hannover aus in die Computer amerikanischer Rüstungsunternehmen, der amerikanischen Armee und Luftwaffe sowie des US-Geheimdienstes CIA einzudringen, Daten abzurufen und in diese Anlagen sogar eigene Programme anzulegen. Der Anklage zufolge sollen die Täter für den sowjetischen Geheimdienst KGB gearbeitet haben. Der Hauptschaden liege darin, daß sie mit Zugangsmöglichkeiten wie Benutzernamen und Paßwörtern gehandelt hätten. Wie die Karlsruher Behörde mitteilt, stehen damit zum ersten Mal Computerfans nicht wegen Straftaten des Computermißbrauchs, sondern wegen einer Straftat gegen die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland vor Gericht. Angeklagt vor dem Dritten Strafsenat des Oberlandesgerichtes Celle sind der 1954 geborene Croupier Peter C. aus Hannover, der 1959 geborene Computerfachmann Dirk B. aus Berlin und der 1961 geborene Programmierer Markus H. aus Hannover.

Man muß aber auch bedenken, daß Angehörige fremder Staaten, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder im deutschsprachigen Raum Westeuropas tätig sind, in die Fänge der osteuropäischen Spionagedienste geraten können. Neueste Beispiele hierfür sind die beiden Spionagefälle des US-Gesandten in Wien, Bloch, und des 33jährigen US-Luftwaffenhauptmannes John Wladimir Hirsch. Im Air-Force-Stützpunkt Kelly in der Nähe der texanischen Stadt San Antonio wurde der 33jährige Luftwaffenhauptmann festgehalten, und zwar unter dem Verdacht, er habe als geheim klassifizierte Dokumente an den Ostblock verkauft. Hirsch war seit 1988 als Chef einer Abteilung für elektronische Installationen im Air-Force-Stützpunkt Berlin-Tempelhof tätig. Nachdem er im Rahmen einer Routineuntersuchung einen Lügendetektortest nicht bestanden und sich daraufhin geweigert hatte, einen zweiten zu absolvieren, wurde eine Durchsuchung der Wohnung Hirschs angeordnet, bei der uneingelöste Lohnschecks der Air-Force, Unterlagen über verschiedene Bankkonten mit über 120 000 Dollar Einzahlungen, Photographien von Nato-Einrichtungen und weitere militärische Verschlusssachen gefunden wurden. Hirsch soll zudem laut Angaben der Sonderermittlungsgruppe der Air-Force eine beträchtliche Anzahl von Reisen in westeuropäische Länder gemacht haben; vor allem seine häufigen Abstecher nach Wien, dem Zentrum der Agententätigkeit in Europa, sollen den Verdacht der Untersuchungsbehörden geweckt haben. Hirschs Tätigkeit als Chef einer Abteilung, welche Maschinen zu installieren und zu reparieren hatte, mit dem der Funk- und Telephonverkehr zwischen Amerikanern und Luftwaffenstützpunkten anderer Nato-Staaten aufrechterhalten wurde, verschaffte Hirsch Zugang zu Codeschlüsseln für den Air-Force-Funkverkehr zwischen den Nato-Staaten. Laut Angabe von Spezialisten der Spionageabwehr wäre der Verlust solcher Schlüssel geeignet, dem Nato-Sicherheitsdispositiv „bedeutende“ Schäden zuzufügen. Die Tragweite des Falles vergrößern könnte der Umstand, daß Hirschs Abteilung gleichzeitig auch in den sowjetischen Luftraum hineinzuhorchen hatte, um Signale von Flugzeugen, Radaranlagen und Kommunikationseinrichtungen aufzufangen. Es ist

deshalb denkbar, daß die militärischen Geheimdienste des Ostblocks nicht nur über Absprachen der Nato-Mitglieder untereinander unterrichtet waren, sondern auch darüber, was man im Westen über militärische Kommunikation im Ostblock wußte. Auch der Spionagefall des US-Diplomaten Bloch spielte sich in Wien ab.

Deutschland und Westeuropas sind ein besonderer Schwerpunkt der östlichen Spionagetätigkeit und werden es auch in Zukunft sein. Daran ändert auch die Entspannung zwischen Ost und West nichts. Spionage hat es schon immer gegeben — im Kriege wie im Frieden. Das zeigt sehr deutlich der Spionagefall Guillaume, der als Referent enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Willy Brandt war, als dieser seine neue Ost- und Entspannungspolitik entwickelte. Heute noch unaufgeklärt ist ein Spionagefall aus dem OKW/OKH der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Dort saß an oberster Stelle ein Spion, der seit Frühjahr 1942 die sowjetische Führung laufend mit hervorragenden Informationen versorgte. Es waren Informationen über die geheimsten Dinge der deutschen Kriegsführung gegen die UdSSR, die er nach Moskau weiterleitete. Hierzu sagte Generaloberst Halder, Chef des Generalstabes des Heeres bis Herbst 1942, im Jahre 1955 als Zeuge in einem Prozeß aus: „Nahezu alle deutschen Angriffshandlungen wurden unmittelbar nach ihrer Planung im Oberkommando der Wehrmacht, noch ehe sie auf meinem Schreibtisch landeten, dem Feinde durch Verrat eines Angehörigen des OKW bekannt. Diese Quelle zu stopfen ist während des ganze Krieges nicht gelungen.“ Sein Deckname war „Werther“. Er ist bis zum heutigen Tage unentdeckt geblieben. Der Spion Dr. Sorge in Tokio gewann die Schlacht um Moskau, wie die Sowjets heute selber bekennen. „Werther“ hat den Ausgang der Schlacht von Kursk wesentlich beeinflußt und damit die Wende des Krieges an der Ostfront herbeigeführt. Was war das für ein Mensch, der sich für sein lebensgefährliches Geschäft, das er mitten in der Höhle des Löwen, im damaligen Führerhauptquartier, betrieb, den Namen eines tragischen Helden der deutschen Literatur zulegte? Goethe hat die „Leiden des jungen Werther“ vor mehr als 150 Jahren geschrieben. Die Geschichte jenes anderthalb Jahrhunderte jüngeren „Werthers“ hingegen, der in den Kulissen des Führerhauptquartiers sein großes Spiel trieb, ist bis heute noch nicht geschrieben. Er ist unbekannt geblieben. Der Deckname könnte eine Anspielung auf literarische Interessen oder auf wissenschaftliche Leistungen in der Goethe-Forschung hinweisen. Er blieb jedoch unsichtbar, und sein Deckname ist nur dadurch bekannt geworden, daß man ihn auf den von der Abwehr entschlüsselten Telegrammen fand, die direkt aus dem Führerhauptquartier über eine Deckadresse in der Schweiz nach Moskau gelangten.

Spionage ist mit das älteste Geschäft dieser Erde. Dies zeigt ein Auszug aus den „Regeln für die politisch-psychologische Subversion“ die der Chinese Sun Tsu vor 2500 Jahren aufstellte: „Die höchste Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf auf dem Schlachtfeld zu brechen. Nur auf dem Schlachtfeld ist die direkte Methode des Kieges notwendig; nur die indirekte kann aber einen wirklichen Sieg herbeiführen und festigen. Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist! Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmen; unterhöhlt auch sonst ihre Stellung und ihr Ansehen; gebt sie der öffentlichen Schande vor ihren Mitbürgern preis! Nutzt die Ar-

beit der niedrigsten und abscheulichsten Menschen! Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen! Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes! Fördert die Jungen gegen die Alten! Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstungen, die Versorgung und die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter! Seid großzügig mit Angeboten und Geschenken, um Nachrichten und Komplizen zu kaufen! Bringt überall geheime Kundschafter unter! Spart überhaupt weder mit Geld noch mit Versprechungen, denn es bringt hohe Zinsen ein.“ Wenn wir diese Formulierungen der Besonderheiten ihrer Zeit entkleiden, enthalten diese „Regeln“ des Chinesen alle Richtlinien und Leitsätze, die auch heute noch — und ganz besonders in der kommunistischen Spionage — Gültigkeit haben. Deshalb sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland ganz besonders die Augen offen halten, um unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie vor der Spionage aus dem Osten zu schützen.

Quellen:

- Anklage gegen „Hacker“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Frankfurt/Main, 17. August 1989
- Der Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzbericht 1988, Bonn, 1. Juli 1989
- Der Bundesminister der Justiz, neueste Zahlen der Spionage-Ermittlungsverfahren belegen anhaltende Bedrohung durch östliche Nachrichtendienste, Bonn, 1. August 1989
- Paul Carell, Verbrannte Erde — Schlacht zwischen Wolga und Weichsel, Berlin — Frankfurt/M., Wien, 1966
- FDP-Bundestagsfraktion, Hirsch: Keine Deutsche zweierlei Kategorien schaffen, Bonn, 14. Juli 1989
- Reinhard Gehlen, Der Dienst, Mainz-Wiesbaden, 1971
- Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie, Koblenz 1988
- Dr. Burkhard Hirsch, Forderungen nach Publizität nicht abwegig, „General Anzeiger“, Bonn, 15. August 1989
- Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 22, Mannheim-Wien-Zürich, 1978
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonner Almanach 1989/90, Bonn, April 1989
- Werner Stiller, Im Zentrum der Spionage, Mainz 1986
- Weitere Spionagefälle in den USA, „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, Fernausgabe Nr. 180, 8. August 1989

Akademie Oberst Helmut Korn

Ein großer Erfolg

Helmut Fettweis

In der Zeit vom 30.10. bis 3.11.89 wurde in Fulda die zweite Akademie Oberst Helmut Korn durchgeführt.

Das Gründungsseminar im Jahr 1987 war von einer solchen Ausstrahlungskraft, daß die Teilnehmerzahl in diesem Jahr auf 67 Offiziere und Unteroffiziere in verantwortlicher Position hochschnellte.

Dank der guten Vorbereitung durch Oberst a.D. Georg Heymen, den Ehrenvorsitzenden der GKS, und die wendige Leitung des Bonifatiushauses unter Dr. Antonius Gescher wurde das Problem der Zahl leicht gelöst.

Die starke Teilnahme — insbesondere der jüngeren Soldaten in verantwortlicher Stellung — zeigt jedoch auch, daß ein Bedarf besteht, sich mit dem Thema „Christliches Menschenbild — Einfluß auf die Menschenführung in der Bundeswehr“ auseinanderzusetzen.

So waren dann auch die Diskussionen von einer erfreulichen Sachlichkeit und Tiefe.

Zu Beginn der Tagung überraschte das Bonifatiushaus mit einer Einladung zu einem Vortrag „Polen heute — eine Chance für Europa?“ mit Prof. Wladyslaw Bartoszewski. Diese Einladung wurde vollzählig angenommen, auch wenn dadurch das eigene Programm, die Vorstellung der Teilnehmer, ins Hintertreffen geriet. Was aber Prof. Bartoszewski zu sagen hatte, war unter der gegenwärtigen Situation im Osten von so gravierender Bedeutung, daß man einen solchen Fachmann nicht auslassen konnte. Immerhin wurde mehr als deutlich, wie sehr sich Polen dem Westen in Kultur, Sitte und Glauben verhaftet fühlt. Daher ist für dieses Land nunmehr eine Leidenszeit zu Ende, und es erwartet die Aufnahme in die Gemeinschaft der europäischen Nationen.

Vorangegangen war ein Empfang durch den Vertreter des Oberbürgermeisters, der die Verbundenheit Fuldas mit den Menschen betonte, die es auf sich genommen haben, die Freiheit der Bundesrepublik zu verteidigen.

Die Gesprächsrunden an diesem Tag der Ereignisse dauerten lange.

Der Dienstag stand dann ganz unter Vorträgen von Prof. em. Dr. Franz Böckle. Auftrag hofft Material zu diesen Themen zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen zu können.

Auch hieran schlossen sich Diskussionen, die auch beim abendlichen Entspannungsteil noch anhielten.

Der Dienstag — Allerheiligen — bot eine Anzahl von Einzelthemen. Doch zunächst war beeindruckend der Gottesdienst zu Ehren aller Heiligen, auch derer, deren heiligmäßigen Lebenswandel nur Gott allein kennt.

Jeder Tag begann, auf Wunsch aus Teilnehmerkreisen, mit einem Gottesdienst. Militärdekan Prälat Hubert Bittorf WB IV, Militärdekan Reinhold Kircher (Kassel), Militärdekan

Msgr. Walter Theis (KMBA) und unser Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann sowie der geistliche Rektor des Hauses Domkapitular Dr. Werner Kathrein ließen es sich nicht nehmen, Eucharistie mit den Soldaten zu feiern.

Man konnte erkennen, daß hier die Mitte des Glaubens zu finden ist, der sich in der Auseinandersetzung mit den Problemen der Welt bewähren muß.

An diesem Tag stand dann der morgendliche Vortrag von Dr. Kathrein im Vordergrund. In einem geschliffenen Vortrag anhand von einigen kurzen Aufzeichnungen entwarf der Redner ein lebendiges Bild des Apostels der Deutschen, des hl. Bonifatius. „Der heilige Bonifatius und die christliche Grundlegung Europas“ lautete das Thema.

Dr. Kathrein zeigte anhand vieler Fakten, daß dieser große Missionar (um 672–754) weit mehr ein Apostel Europas war als nur einer für Deutschland.

Aus seiner Heimat, der angelsächsischen Kirche mit einem ausgeprägten Eigenprofil und einer engen Bindung an Rom, brachte er antikes Geisteserbe und christlichen Glauben in seine Festlandmission ein.

Bemerkenswert bleibt dabei, daß er in vorausschauender Weise in ständigem Kontakt mit Rom und den weltlichen Potentaten, den Franken, geistige Grundlagen und politische Komponenten zusammenfügte, die später zum Bau des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation führten.

Das Mittelalter als eine große Zeit der aktiven und lebendigen geistigen Auseinandersetzungen zwischen Christentum und der Welt der Germanen wurde verdeutlicht.

Der an Strukturen in seiner Heimat gewöhnte Bonifatius übertrug diese Ordnungen auch auf seine Missionsbezirke. Er versuchte seinen Gebieten geordnete bischöfliche Strukturen zu geben und daneben — als geistig-kulturelle Zentren — Klöster zu gründen.

Am Beispiel der Abtei Fulda (744) zeigte Dr. Kathrein, in welcher sorgfältiger Weise der Heilige vorging. Der Gründerabt Fuldas, der heilige Sturmarius (715–799), wurde nach Monte Cassino gesandt, um das Benediktinertum an den Quellen zu studieren. Da er auch selbst durch seine Reisen nach Rom die Verbindung mit der Zentrale der Kirche hielt, ergab sich ein systematischer Gleichklang zwischen Glaube, Missionsinhalt und Organisation der Kirche.

Das Wesentliche aber an Bonifatius ist, daß er auch als Organisator und Reformator im Frankenreich tätig war. So machte er die Kirche durch Mission, Reform und Organisation zu einer Kraft, die im 8. Jahrhundert in der Lage war, einen konstruktiven Beitrag von europäischer Bedeutung zu leisten.

Ein faszinierendes Bild unserer Kirche.

Der anschließende Gang zum Bonifatiusgrab wurde von allen Teilnehmern als eine willkommene Anreicherung des Vortrages angenommen.

Der nachmittägliche Vortrag von Prof. Dr. Wolfgang Roß, Universität der Bw, Neuburg, wurde in der Diskussion zu einer für die Teilnehmer sich erschließenden Form.

Er wird in einem der nächsten Hefte wegen seiner besonderen Bedeutung in gestraffter Form abgedruckt.

Der abendliche Vortrag von Fregattenkapitän Dr. Heinrich Walle, MFGA Freiburg, stand unter dem Thema „Militärische Tradition — ein Weg der Wertevermittlung“. Dr. Walle, in der GKS kein Unbekannter, legte in einer humorvollen Darstellung Wege und Irrwege soldatischer Traditionen dar. Sie werden auch darüber zu einem späteren Zeitpunkt mehr lesen können.

Am Donnerstag, dem Fest Allerseelen, beeindruckte der Gottesdienst durch die Bitte, aller unserer Verstorbenen zu gedenken. In der heutigen mobilen Gesellschaft geht der Gang zu den Gräbern und das fürbittende Gebet an Ort und Stelle etwas unter. Und — leider — nicht immer findet man den Weg zum Ortspfarrer, um für die, die uns den Weg vorangegangen sind, den wir alle einmal gehen müssen, zu beten. Das Gebet für die Verstorbenen hat schon eine alte Tradition bei den Juden in der Zeit vor Christi. Seine Wirkkraft ist oftmals bekannt worden.

So war es ein inneres Anliegen, an diesem Tag unserer Vorfahren, unserer Verwandten, aber auch der vielen Kameraden und Freunde zu gedenken, die dort weilen, wo sie der himmlische Vater hinggerufen hat.

Der „Morgen-Vortrag“ — er wird im nächsten Heft veröffentlicht — stand unter dem Thema: „Heute in den Streitkräften führen“. Brigadegeneral Ekkehard Richter, Beauftragter für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur der Bundeswehr, führte in einer mit praktischen Beispielen ergänzten Schau die theoretischen Gedanken und das praktische Handeln zusammen.

Die anschließenden Diskussionen schienen kaum enden zu wollen. Ein bleibendes Ereignis.

Die Fahrt zur innerdeutschen Grenze brachte dann für etliche Teilnehmer bedrückende Erkenntnisse.

Eines wurde jedoch deutlich, wir stehen zur Verteidigung von *Recht und Freiheit*.

Die sich überstürzenden Ereignisse dieser Tage machen das besonders deutlich.

Der Abend — es ist nicht möglich, alle Ehrengäste aufzuführen, und es waren an die 100 Teilnehmer, Soldaten aus der näheren Umgebung — stand ganz im Zeichen der Rede von Frau Agnes Hürland-Büning, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

Die Rede ist auf Seite 39 ff. abgedruckt.

Für ihre mutigen Worte ehrte der Vorsitzende der GKS, OTL i.G. Paul Schulz, Frau Staatssekretär Hürland, in Anspielung auf den Ehrentitel, den Generalleutnant Dieter Clausß aus der Truppe mitgebracht hatte (Mutter der Kompanie), mit dem Begriff „Mutter Courage“. Der spontane, begeisterte Beifall galt dem mutigen Wort und der freundlichen Ehrung.

Vorangegangen war diesem Vortrag ein ungewöhnlicher Akt: Aus der Hand des Militärgeneralvikars erhielt Regierungsoberamtsrat Rolf Bartscher das Päpstliche Ehrenkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice“.

Kapitän z.S. a.D. Norbert M. Schütz hielt die Laudatio. Denn Herr Bartscher — seit 1961 Mitglied des KOK und dann der GKS — erhielt diese Auszeichnung nicht für seine verantwortungsvolle Arbeit im KMBA, sondern für seinen persönlichen Einsatz und seine großen Verdienste in der Laienorganisation im Bereich des Katholischen Militärbischofs.

Schütz führte u. a. aus:

„Am 17. Mai 1989 hat Papst Johannes Paul II. die Urkunde ausfertigen lassen“, die die Verleihung des Päpstlichen Ehrenkreuzes „Pro Ecclesia et Pontifice“ an Rolf Bartscher“ bestätigt.

„Rolf Bartscher hat sich — als Angehöriger des sogenannten weißen Jahrganges und damit als Nicht-Soldat — bereits zu Gründerzeiten des damaligen ‚Königsteiner Offizierkreises‘ diesem im März 1961 zur aktiven Mitarbeit angeschlossen. Er förderte durch Ideen, Vorschläge und persönliches Dazutun das Werden und Wirken der GKS als Nachfolgeorganisation des ‚Königsteiner Offizierkreises‘, wobei es ihm vor allem bei der GKS darauf ankam, die Öffnung für alle Dienstgrade und deren Angehörige, für Soldaten der Reserve und Soldaten außer Dienst sowie für zivile Angehörige der Bundeswehr sicherzustellen. Diese von Bartscher mitkonzipierte und konsequent durchgetragene Struktur der GKS hat aus ihr das werden lassen, was sie heute ebenso als Laienorganisation innerhalb der Militärseelsorge darstellt wie nach außen hin kirchenpolitisch bewirken kann. Dafür und für sein langjähriges Wirken in den verschiedensten Gremien der GKS ebenso auf Bundes- wie auf Ortsebene sind wir Soldaten dem Zivilisten Bartscher Dank und Anerkennung schuldig. So ist es nur recht und billig, daß die ihm zustehende Laudatio aus der Feder eines Soldaten stammt.“

In seiner Ansprache wies dann Schütz noch auf die besondere Berufung und Sendung des Laien in unserer Kirche hin.

Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann nahm sodann die Ehrung durch Überreichen des Ordens und der Urkunde vor.

Auch er dankte Rolf Bartscher für seine stets aktive Arbeit in der Kirche.

Für die oft entsagungsvolle Zurückstellung eigener Wünsche, wenn der „katholische Dienst“ es erforderte, wurde auch Frau Bartscher herzlich gedankt. Ein prachtvoller Blumenstrauß war das äußere Zeichen.

Erfreulich war, daß auch die Kinder der Familie Bartscher teils mit ihren Ehefrauen anwesend sein konnten.

Es ist ein sinnvoller Brauch, daß Staat und Kirche Menschen, die sich um die Mitmenschen verdient gemacht haben, nicht durch materielle Dinge, sondern durch ideelle Ehrungen — wie z.B. Orden — auszeichnen. Wenn auch vielleicht nicht alle Verdienste er-

faßt werden können, wie z. B. die Hilfe der Ehefrauen oder die Zuarbeit von Kollegen und Kameraden, diese Ehrung gilt auch in gewisser Weise für die Familie und die Gemeinschaft.

Herzliche Gratulation daher auch an dieser Stelle.

Im Rückblick kann man feststellen, daß diese Akademietagung wahrhaft eine gute Veranstaltung gewesen ist und dem Namensträger Oberst Helmut Korn Ehre gemacht hat.

Auch seiner — und seiner Familie — wurde in diesen Tagen gedacht.

Wort des Tages:

*„Wenn ihr keine Uniform anhättet,
könnte ich euch für Pfarrer halten.“*

(aus Freunde in grüner Uniform von Rolf Tophoven
in Rheinischer Merkur/Christ und Welt Nr. 44 v. 3.11.89)

Bürger der DDR bei der Begrüßung an der Grenze

Gesellschaft

Kleines Ökologie-Seminar III

Geistige Zwischenbilanz: Besinnung auf Urgrund, Schöpfung und Ordnung

Johannes Cofalka

Täuschen wir uns nicht. Was uns in der Natur entgegentritt, ist nichts Zufälliges. Dahinter steht die Schöpfung als Tat und fortwährendes Wirken Gottes in einer vorgegebenen Ordnung, die im Glauben angenommen und verantwortet werden will.

Mehr: Der Glaubende überantwortet sich selbst in diese Schöpfungsordnung hinein, weil Schöpfung nur Teil eines Ganzen ist, das auch die Menschwerdung Gottes, Kreuz und Auferstehung umschließt, in das der Mensch sich in Freiheit hineinstellen kann oder nicht, weil Gott nie das Vorletzte, sondern immer das Ganze will. Die vorgegebenen Ordnungen werden zur Glaubensexistenz: Die ganze Schöpfung wartet auf ihre Verwirklichung (Rö 8,19; 8,22). Das Materielle natürlicher Gegebenheiten und die Gnade wirken hier zusammen, weil Gnade die Natur vollenden will. Wer die Schöpfung mit ihren vorgegebenen Ordnungen, die nicht ohne katastrophale Wirkungen außer Kraft gesetzt werden können, übergeht, muß mit Konsequenzen rechnen.

Ökologische Kreisläufe entwickeln Wechselwirkungen, die eine eigene Dynamik entfalten. Die Störung dieser Kreisläufe: Wasser, Luft, Boden, Meere, Flüsse, Seen usw. schlägt auf den Menschen selbst zurück, weil er unlöslich mit diesen Kreisläufen verbunden, auf sie angewiesen ist. Jedes Tankerunglück, z.B. mit dem Freiwerden schädlicher Stoffe, zerstört diese Kreisläufe, vernichtet sie ganz oder partiell.

In dem Maße, wie die Selbstherrlichkeit des Menschen ohne Gott fortschreitet, bricht menschliches Dasein im weitesten Sinne aus Ordnungen heraus, die doch nur um seinen willen geordnete Gesetzmäßigkeiten sind.

Das Beharren auf vorletzten Zielen führt eine säkularisierte Gesellschaft weg vom Lebensinn. Sie setzt sich damit selbst in falschen Ordnungen gefangen. Ja, es gibt auch falsche Ordnungen, die in den nur materiellen, ideologischen Vorstellungen ihren Ursprung haben, wo der mit Vernunft und Verantwortung ausgestattete Mensch das Hören und Sehen und Denken verlernt hat. Ein auf nur vordergründige Ziele ausgerichtetes Denken verrät sich durch die Sprache, die dann auch nicht mehr das Ganze der Welt und des Lebens denkend und sprachlich weitergibt, sondern nur selbstgewählte, banale Wunscherfüllungen auch gegen den Menschen durchzusetzen bereit ist. Das Ganze der Welt und das Einzelne im Ganzen will die Offenbarung als liebende Ordnung sichtbar machen und in ihm Frieden schenken.

Paulus weist unmißverständlich darauf hin: „Gott aber ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern ein Gott des Friedens“ (1. Kor. 14,33).

Ökologie ist mehr als nur das Wissen um Abläufe, Kreisläufe und Lebenszusammenhänge.

Es gehört heute schon Mut dazu, die Vorgegebenheiten der in der Schöpfung waltenden Ordnung anzusprechen und ihrer betend innerlich bewußt zu werden. „Schöpfung“ aus sich selbst, ohne die klugen und tausendfältigen Zusammenhänge, wäre ein Chaos, in dem nur der blinde Zufall ohne sinnvolle Lenkung walten würde, der keine Ordnung schafft.

Der Soldat der Bundeswehr ist Friedensbeauftragter durch Beruf und Auftrag. Weil Frieden mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg, wird der einzelne Soldat auch darüber nachdenken müssen, wie er neben der Gefechtsausbildung einem geordneten Frieden dienen kann, in dem die Sicherheit der Bundesrepublik der wichtigste Teil seines Auftrages ist. Er, der zum Sehen und Beobachten Ausgebildete, wird auch den Wert des Friedens als ethische Lebensgrundlage im Ganzen des Lebens und seiner Zusammenhänge begreifen wollen. „Tun und Lassen, Begehren und Meiden, Pflicht, Verzicht, Mitleid und Verantwortung, in alledem Haltung bewahren, das ist die Grundlage einer inneren Ordnung“: So jedenfalls sieht es Epiktet in seinem Handbüchlein der Moral, und weiter: „Ein Wunder ist die Natur und voller Liebe zur Kreatur“. Klares Denken, einsichtiges Wollen, vernünftiges Tun und überzeugtes Glauben, diese Begriffe bilden im Christlichen eine Einheit, aus der sich das Ganze zu einem vollendeten Lebensziel zusammenfügt.

Aus dieser Sicht liegt der Sinn soldatischer Existenz in der oben angedeuteten Ordnung. Diese Ordnung hat Gott zum Prinzip seiner selbst gemacht (1. Kor 14,33; Joh 14,27). Die Annahme dieser Ordnung setzt voraus, daß wir sie mit den Ordnungsvorstellungen Gottes erfüllen, die in Jesus Christus Gestalt angenommen haben. Die heutige Zeit erlaubt uns nicht, um die Dinge herumzureden, sondern verlangt den Freimut, der die Männer und Frauen der frühchristlichen Ortskirchen auszeichnete (Apostelgeschichte).

Da ökologische Bedingungen und Gegebenheiten keine Randgebiete unseres Lebens sind, sondern weil wir von den ökologischen Ordnungen abhängig sind, sind auch vor allem diejenigen gerufen, sich um diese Ordnungen Gedanken zu machen haben, denen der Dienst am Frieden in seinem umfassenden Verständnis aufgetragen ist: Denn nicht die Grenzsteine zwischen Frieden und Krieg sind der geistige Ort des Soldaten, der ganze Lebensraum, der geschützt werden soll, ist heute voller Gefahren, zerstört zu werden.

Der Soldat, der in seinem Dienst und darüber hinaus gelernt hat, daß die Welt heil bleiben und bewahrt werden soll, hat überall Gelegenheit, die friedenschaffende Kraft freundlicher Zuwendung zu üben.

Will uns die noble Haltung, mit der Jesus den römischen Offizieren des Evangeliums begegnet, nicht ermutigen, zu sehen, wie jene sahen! Frieden, das zeigen auch diese Begegnungen, ist keine leere Theorie, sondern existenzieller Umgang mit der Welt und ihren Menschen nach der Maßgabe, die Gott als vorgegebene Ordnung gesetzt hat — im Ganzen der Schöpfung.

Frieden ist ein umfassender Begriff, der in der Ordnung Gottes auch die Realitäten Schöpfung, Umwelt, Staat, Nation, Volk und Vaterland beinhaltet. In diesem Sinn sind Soldaten Diener eines Rechtsstaates, wie ihn Paulus (Rö 13) und Augustinus (Gottesstaat XIX,21)

gleichermaßen meinen, und sie sind dieser Ordnung verpflichtet wie jeder Staatsbürger ohne Ausnahme. Auch der Soldat ist eingebunden in die geheimnisvolle Beziehung von Mensch, Schöpfung und Frieden und keine gesellschaftliche Kraft oder Institution kann oder darf ihn willkürlich und anmaßend aus dem rechtsstaatlichen Auftrag herauslösen, weil er ein Teil des Ganzen unserer freiheitlichen Lebensordnung ist.

Wegzehrung — ums tägliche Brot

Religion, Aberglauben und Wissenschaft rund um das Brot

Anne Bahrs

Als es den Menschen nach wahrscheinlich jahrtausendlangem Bemühen gelungen war, aus den mannigfachen ihnen mundenden Grassamen die Sorte zu züchten, deren Ähren nicht der Wind leerfächelte, sondern sie die Körner ernten, lagern und aussäen konnten, war das Feld der Wissenschaft bereits bestellt. Beobachten, registrieren, die Erfahrungen weitergeben an die junge Generation kraft der Intelligenz ihrer Eigenart ist das Gesetz des Überlebens jeder Kreatur.

Den Menschen ward die Erkenntnis, daß eine große Schöpferkraft das Werden und Wachsen geschehen lasse im Jahresreigen, machte sie staunend ehrfürchtig, furchtsam vor den elementaren Gewalten und dankbar, wenn eine drohende Gefahr vorüber war. Dem Unbenennbaren gaben sie Götternamen, brachten Bitt- und Dankopfer und wußten auch wohl, daß ein Bauer sehr fleißig sein und stets ein wachsames Auge für das Wetter und die Umwelt haben mußte. Sie bauten den Pflug und brachten nur das beste Saatgut in die Erde. Ihren Toten gaben sie Waffen, Speisen und Schmuck mit auf die große Reise ohne Wiederkehr.

Mit dem Christentum kam die Hostie in unser Land. Mönche und Nonnen buken in Klöstern runde, flache Brote auf Waffeleisen aus ungesäuertem Weizen- oder Roggenteig und verzierten sie mit christlichen Symbolen. Den Bekehrten erzählten sie vom letzten Abendmahl Jesu. Die Priester segneten Brot und Wein, wie der Herr es für seine Jünger getan hatte, wandelten sie und reichten den Gläubigen Jesu Fleisch und Blut nach der Botschaft der Apostel und schufen eine große Christengemeinschaft. Die Hostie, das heilige Brot, wurde in kostbaren Schreinen verwahrt und von Geistlichen bewacht.

Naive, vielleicht auch besonders raffinierte Leute fanden im Mittelalter immer wieder die Möglichkeit, geweihte Brote zu entwenden. In aller Heimlichkeit mischten Bauern sie unters Kälberfutter, daß die Tiere gut gediehen. Sie legten die Oblaten wohl auch in die Immenkörbe, damit der Honig besonders süß ausfiele. Gewiß durfte ihre Untat nicht bekannt werden, und hätten sie sie auch aus reinster Tierliebe gegangen. Für Hostienfrevl kannte die Kirche keine Gnade!

Aber so gut das Abendmahlsbrot auch im Tabernakel oder als Diebesgut verwahrt wurde, es kam vor, daß sich rote Flecken auf dem Gebäck zeigten. Man glaubte, der Leib des

Herrn blute und ging darum besonders andachtsvoll zum Gottesdienst. Geschockt und empört aber suchten die Leute dann Schuldige in ihrer Nachbarschaft, die durch ihre Missetaten dem Heiland neues Leid zufügten. Nach Hexen und Zauberern wurde gefahndet. Bauern, Bürger, Priester und Fürsten brachten unschuldige Menschen auf den Scheiterhaufen. Sie maßten ihnen Kräfte zu, die sie sich nicht erklären konnten. In ganz Europa verbreitete sich die Hexenverfolgung wie eine fürchterliche Epidemie.

Im Jahre 1848 konnte der Naturgeschichtsprofessor Christian Gottfried Ehrenberg (1795–1876) nachweisen, daß ein Heer von Bakterien, die er seinen Studenten in 1000facher Vergrößerung sichtbar machte, die Rotfärbung auf Brot und Kartoffeln, auf Maisbrei und Fleisch verursachte. Er nannte seine Entdeckung „*Monas prodigiosa*“, die „wundertätige Monade“, gab damit die wissenschaftliche Erklärung auch für die „blutende Hostie“, und bewies sein Exempel mit drei Weißbrotten, die er geimpft hatte.

Über 100 Jahre später wurde Frau Irma Schuster, die im alten Steinofen des Hamburger Freilichtmuseums Kiekeberg das Brotbacken nach alten Rezepten demonstriert, von der Universität beauftragt, einen Sauerteig zu testen, den man als Grabbeigabe gefunden hatte. Noch nach 1000 Jahren säuerte dieser Teig und konnte die gewünschte Gärung bewirken.

Die Wissenschaft ist dem Brauchtum und den alten Rezepten nachgegangen. Die Wegzehrung der heidnischen Germanen verrät uns heute auch die hiesigen Getreidesorten. Die Standorte der Weltnahrungsmittel und ihre Ertragsmengen können ermittelt und berechnet werden. Wir wissen um die Symbiose verschiedener Organismen, um die Notwendigkeit von Licht und Wärme für alles Gedeihen. Wir können erkennen, erklären, beweisen, theoretisch den Hunger von unserer Erde treiben ... und in der Realität 1200 verschiedene Brot- und Brötchensorten in der Bundesrepublik kaufen.

Und doch gibt es in unserm Land des hohen Wissenstandards und des materiellen Überflusses viele darbende Seelen, die nach dem kräftigenden Brot der Nächstenliebe hungern. Ob jemand da ist, der es ihnen so wundertätig überzeugend bereithalten kann, wie Jesus es den 5000 Hungernden in der Wüste reichte, daß es Wegzehrung sei und Hilfe den Verzweifelnden?

Landwirtschaft

Beispiel Österreich

Lob der Kleinstruktur

Die Bauern Österreichs für die Bevölkerung unverzichtbar

Zur europäischen Integration bereit

Wolfgang Altendorf

Wie hoch Österreich seine Bauern einschätzt, erbrachte eine Umfrage: 96 % der Bevölkerung halten eine eigenständige österreichische Landwirtschaft für sehr wichtig. Nicht weniger aufschlußreich sind dabei ebenso die zutage tretenden Befürchtungen:

Bei einem Zusammenbruch der österreichischen Landwirtschaft befürchten 75 % der Bevölkerung eine starke Verteuerung der Lebensmittel, 62 % eine unsichere Versorgung mit Lebensmitteln und 75 % eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Zukunft der Bauern

Der österreichische Vizekanzler, Kanzleramtsminister und Bundesobmann der ÖVP Dipl.-Ing. Josef Riegler (bis vor kurzem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft — ein Ressort, dem auch heute noch seine ganze Aufmerksamkeit gilt), erläutert in seinem „Manifest für eine ökosoziale Agrarpolitik in Österreich“ die Zukunftsausrichtung der österreichischen Landwirtschaft, die — analog — für die Landwirtschaft in Europa Bedeutung hat. Wie sehr Riegler von seiner Abstammung her der Landwirtschaft verbunden ist, erhellt ein Bekenntnis, das dieser Schrift vorangestellt ist: „Ich bin als ein Bergbauernbub herangewachsen. Ich habe von Kindheit an das Leben und Arbeiten der Bauern im Extremgebiet kennengelernt. Es ist verständlich, daß diese persönliche Wurzel meine Vorstellung von der Agrarpolitik sehr prägt.“ Und in der Einleitung heißt es: „Der bäuerliche Familienbetrieb ist und bleibt das Leitbild der österreichischen Agrarpolitik. Ein neues unternehmerisches Denken der Land- und Forstwirtschaft, ein neuer und erweiterter Begriff der Land- und Forstwirtschaft sind Ziele dieser (österreichischen) Agrarpolitik.“ Die Schrift erschöpft sich nicht in Agrarromantik, vielmehr zeigt sie klar und deutlich die „weltweiten Widersprüche“ auf, die sich aus der umfassenden Agrarkrise in der ganzen Welt ergeben.

Grundstofflieferungen für die Energieversorgung

So weist sie auf die Gefahren hin, die die gegenwärtige Agrarsituation in der Welt weiter verschärft, aber auch auf Wege, die aus dieser Krise herausführen: „Die staatlichen Rahmenbedingungen müssen der Land- und Forstwirtschaft die Chance geben, diese (neue) Aufgabe zu erfüllen und ein angemessenes Einkommen zu erzielen. Dazu gehören vor allem die Grundstofflieferungen für die Energieversorgung und die Herstellung industrieller Produkte, die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft als Lebens-, Freizeit- und Erholungsraum sowie ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz.“ Und weiter heißt es in diesem Manifest: „Der ländliche Raum ist nicht nur Wirtschaftsfläche, sondern auch ein Refugium zur geistigen Besinnung und seelischen Stärkung der Menschen der Industriegesellschaften. Ländliche Regionen sind somit ein notwendiger Ausgleichsraum für die Stadt.“

Drei Zielrichtungen

Riegler sieht den Weg zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik für Österreich „in einer ökosozialen Landwirtschaft, die ihre gesamtgesellschaftlichen Ziele durch eine ökonomisch leistungsfähige, ökologisch verantwortungsvolle und sozialorientierte bäuerliche Landwirtschaft erreicht“. So umfaßt das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik drei Zielrichtungen, die als gleichrangig und gleichwertig anerkannt und verfolgt werden:

- Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Weiterentwicklung einer leistungsfähigen land- und forstwirtschaftlichen Produktion, einer qualitativ hochstehenden Bearbeitung und einer effizienten Vermarktung, insbesondere auch im Hinblick auf eine Teilnahme am europäischen Wirtschaftsraum.
- Die ökologische Orientierung: Schutz des Waldes, des Bodens und des Wassers vor den Umweltbelastungen aus Industrie, Verkehr und Siedlungen, ebenso aber Korrektur der land- und forstwirtschaftlichen Produktionstechnik, wo sie ökologisch bedenklich ist.
- Die soziale Ausgewogenheit: Durch geeignete agrarpolitische Rahmenbedingungen sowie die direkte Hilfe und Förderung für benachteiligte Betriebe und Regionen sollen die kleinen bäuerlichen Betriebe vor dem Verdrängungswettbewerb geschützt werden.

Zusammen mit Wissenschaft und Forschung

Diese Zielorientierungen verbessern die bäuerlichen Einkommen, entlasten die öffentlichen Haushalte, erhöhen die Wertschöpfung in den verarbeitenden Betrieben und sichern vor allem auch die Arbeitsplätze. Die Schrift zeigt auch die Vorbedingungen auf, die notwendig sind, um die gesteckten Ziele zu erreichen: eine Basis für gemeinsame Problemlösungen mit den Parlamentsparteien, der Bundesregierung und den Sozialpartnern in Österreich, den bäuerlichen Einrichtungen, den Genossenschaften und den Absatzorganisationen, mit der Verarbeitungs- und Ernährungsindustrie, dem Handel und nicht zuletzt auch mit der Wissenschaft und der Forschung.

„Der Kopf als Kapital“

Auf diesen Nenner bringt der Minister die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Forschung vor Ort mit den Bauern. Er verweist darauf, daß gerade Österreich über ausgezeichnete Fachleute und herausragende Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft verfügt. Dennoch erfordert die Überwindung der derzeitigen Agrarkrise „eine starke Mobilisierung der geistigen Kräfte“. So hat Österreich die Forschungsmittel aufgestockt und „die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen intensiviert“. Eine neu eingerichtete Beraterservicestelle vermittelt den Beratungskräften rasch Informationen aus erster Hand.

Es fehlt die Harmonisierung der Umweltschutzbedingungen in Europa

Ein zunehmendes Gewicht wird auf die Umweltschutzpolitik gelegt. Man hat erkannt, daß es hier um die wirtschaftliche Existenz von Land- und Forstwirtschaft geht. Fehlentwicklungen im Bereich der Industrie, der Energiewirtschaft, des Verkehrswesens und des privaten Konsums, müssen notwendig korrigiert, der Schritt von der Reparatur von Umweltschäden zum vorbeugenden Umweltschutz (der noch aussteht) getan werden. Minister Riegler verweist in diesem Zusammenhang auf eine Reihe beispielgebender Initiativen

Österreichs, wie Tierbestandsobergrenzen, Bodenschutzkonzept, Verbot von Hormonen in der Tierfütterung, Dünger- und Pflanzenschutzmittelgesetz u. a. Beklagt wird das Fehlen der Harmonisierung einschlägiger Umweltschutzbestimmungen zumindest innerhalb der westlichen Industriestaaten. Dadurch können „Österreichs Bauern und Österreichs Wirtschaft bei offenen Grenzen nur begrenzt strengere und zu höheren Kosten führende Sonderregelungen verkraften“.

Erwerbskombination und landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe

Als besonders vordringlich liegen dem Ministerium die Möglichkeit der Erwerbskombination und der Erhalt der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe am Herzen. Dazu erscheinen ihm folgende Maßnahmen unerlässlich:

- Die Sicherung einer ausreichenden Anzahl außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze (auch Teilzeitarbeitsplätze) in zumutbarer Entfernung vom Wohnort (für Nebenerwerbsbauern).
- Verbesserung der sozialen Absicherung der Nebenerwerbsbauern für den Fall der Arbeitslosigkeit.
- Weitere Verbesserung der kombinierten Ausbildungsmöglichkeit für die Landwirtschaft und einen außerlandwirtschaftlichen Hauptberuf.
- Intensivierung der Information und Beratung der Nebenerwerbslandwirte bezüglich arbeitssparender Betriebsorganisation und Vermeidung von Fehlinvestitionen.
- Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und der Partnerschaft zwischen Voll- und Nebenerwerbslandwirten.
- Ausbau der Maschinenringe, der Betriebs- und Haushaltshilfe sowie sonstiger Formen der zwischen- und überbetrieblichen Zusammenarbeit (Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften usw.); die Betriebs- und Haushaltshilfen sollten mehr als bisher zu einer innerlandwirtschaftlichen Nebenerwerbsmöglichkeit weiterentwickelt werden.
- Entwicklung und Ausbau neuer Formen der Einkommenskombination: Das gestiegene Qualitäts- und Umweltbewußtsein der Verbraucher sowie die zunehmenden Bedürfnisse der Freizeitgesellschaft bieten bäuerlichen Familien die Chance, ihre Produkte direkt zu vermarkten und neue Dienstleistungen für die Freizeitgestaltung bis hin zur kunsthandwerklichen Tätigkeit anzubieten. Der Beratung und der Innovation bietet sich ein vielfältiges Aufgabengebiet.

Integration in die EG

Österreich strebt die volle Teilnahme am Binnenmarkt der EG an. Eine Voraussetzung für die EG-Mitgliedschaft Österreichs allerdings ist, daß „der künftige Kurs der EG-Agrarpolitik überschaubar ist und damit den (eingeschlagenen) Weg der ökosozialen Agrarpolitik auch weiterhin ermöglicht“. Die Maßnahmen, wie Österreich sie zur Erhaltung der

bäuerlichen Bewirtschaftung und Besiedlung in den Berg-, Grenzland- und strukturschwachen Gebieten getroffen hat, müssen erhalten bleiben, eventuell sogar ausgebaut werden. Ebenso muß „die unverzichtbare Autonomie eines neutralen Kleinstaates im Sinne der umfassenden Landesverteidigung (gesicherte eigenständige Nahrungsmittelversorgung) gewährleistet“ bleiben. Das Beispiel Österreich — mit seinem Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb und mit seinen agrarpolitischen Maßnahmen zur Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft in allen Teilen des Landes — kann in den wichtigsten Strukturen durchaus als Modell zur Lösung ähnlicher Probleme in der Landwirtschaft Europas genutzt werden.

Ereignis der Ewigkeit

Dein Kommen ist Gegenwart.
Mein Warten verfliegt
Stunde um Stunde
zum Zeitstück der Ewigkeit.

Verborgen ist
schon von Anfang an da,
was enthüllt sein wird
in Glückseligkeit.

Zeit zerrinnt
vor dem Licht deines Nahens,
doch der Augenblick
ist schon jetzt
Ereignis der Ewigkeit.

Johannes Cofalka

Die Sozialenzykliken seit Papst Johannes XXIII. im Spiegelbild der neuen Gesellschaftsordnung

Siegfried Granrath

Vorwort

Die Epoche, in der wir leben, hat nicht ihresgleichen. Wer sie mit überliefertem Maßstab mißt, muß einsehen, daß es für viele Erscheinungen der jüngsten Jahrzehnte keine Vergleichsmöglichkeiten gibt. Der moderne Mensch vermag heute so rasch und wuchtig zu handeln wie keiner seiner Vorfahren. Das Lebenstempo wird atemberaubend, die Zukunft läuft der Gegenwart davon.

Mitten in dieser Entwicklung stehen die mahnenden Worte der Päpste und Zukunftsforscher, sie warnen, sie drohen, und alle haben den einen gemeinsamen Wunsch: Daß der Friede auf der Welt bewahrt bleibe.

Die Sozialenzykliken der Päpste waren und sind zukunftsweisend, selbst die „alten Sozialenzykliken“ besitzen eine solche Aktualität, daß sie noch heute als die Richtungsweiser für die Zukunft und Wahrheit bezeichnet werden können.

Mit dem Verlust der sozialen Verantwortung schwand die Jahrzehnte wirksam gewesene Kernsubstanz abendländischer Kultur. Das Verlangen nach „Allwissenheit“ ging keineswegs zurück, sondern wurde für den Menschen gewissermaßen zum Religionsersatz. Angst vor kommenden Auseinandersetzungen, im schroffen Wechsel mit gesteigerter Lebensgier und materiellem Gewinnstreben, kennzeichnet deshalb die seelisch-geistige Grundhaltung in der neuen Gesellschaftsordnung.

I. Die Wissenschaft vom Sozialen

1. Wortsinn

Der Schriftsteller Seneca sprach aus, daß „beneficium dare socialis res est“ — es sozial sei, eine Wohltat zu tun. Diese Deutung hat das Wort berühmt gemacht. Das Wort „sozial“ hat eine lange Geschichte, seit seinem Auftauchen im europäischen Sprachgebrauch bei den Römern hat es sich in viele Sprachen eingebürgert. Gemeint ist, daß eine soziale Haltung Ausdruck ethischer Verpflichtung ist. Der Mensch ist aufgerufen, sozial zu sein; er fühlt sich deshalb gedrängt, den Armen, Getretenen, unrecht Behandelten, den Unglücklichen zu helfen, vom Eigenen zu geben, sein Brot mit dem Hungernden zu teilen. Hierin befinden sich bereits Elemente der Soziallehre, deren Grundlage in der Hilfe am Menschen zu finden ist.

2. Eine junge Wissenschaft

Die Soziologie oder Gesellschaftswissenschaft wird oft eine junge Wissenschaft genannt. Diese Beurteilung ist nur zum Teil richtig, denn in welcher Weise die Menschen gesellschaftlich zusammenleben, welches die günstigsten und dauerhaftesten Formen einer ge-

sellschaftlichen Ordnung sind und ähnliche Fragen, die wir heute als soziologische Fragen bezeichnen würden, haben die Gelehrten beschäftigt, seit es so etwas wie Wissenschaft überhaupt gibt. Bereits in den Schriften Platos und Aristoteles über den Staat und die Politik finden wir diese Fragen behandelt. Die moderne Soziologie verfügt heute über eine Vielzahl an Erkenntnissen und trotzdem ist diese Wissenschaft noch nicht erschöpft.

Die Arbeitsweise der Soziologen spannt sich über das Experiment bis zu empirischen Erhebungen; und erst Zahlen und Methoden lassen präzise Berechnungen und Prognosen zu.

3. *Soziologie und Politik*

Die Soziologie geht zum Teil von den äußeren, ökonomischen und politischen Lebensbereichen aus, deren Einfluß auf die Form der Gesellschaftsordnung sich aus dem Wandel im Lauf der Geschichte ablesen läßt. Der Siegeszug von Wissenschaft und Technik hatte die Säkularisierung, also die Ablösung von Glauben und Religion zur Folge. In jeder Gesellschaft gibt es mehrere Schichten, deren Angehörige unterschiedliche Erfahrungen machen und andere Entwicklungsmöglichkeiten haben. Die Soziologie untersucht aber auch, wie sich Gruppen bilden und was sich in ihnen abspielt. Diese Gruppen stehen stets in einem Spannungsverhältnis zwischen den Bedürfnissen ihrer Mitglieder nach Freiheit zur Selbstverwirklichung und nach Schutz und Geborgenheit.

Diesem Bedürfnis nach Schutz und Geborgenheit wird in einem Staatsgefüge wie der Bundesrepublik dadurch Rechnung getragen, daß sich „die Bundesrepublik Deutschland als einen demokratischen und sozialen Bundesstaat“ (GG Art. 20) bezeichnet und die „Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ (GG Art. 6, Abs. 1) stellt. Hieraus läßt sich auch erklären, daß die Sozialpolitik die Gesamtheit der staatlichen Leistung zur sozialen Absicherung der Bürger ist.

4. *Die Sozialisationsinstanzen*

Im Laufe seines Lebens wird der Mensch von verschiedenen Einflüssen geprägt, die man Sozialisationsinstanzen oder Sozialisationsagenturen nennt. Die wichtigsten Stationen sind die Familie, die Schulen, die Gruppe der Gleichaltrigen, die Medien und der Beruf.

a) Die Familie

Sie hat ihren Gemeinschaftscharakter in der modernen Gesellschaft nur teilweise behaupten können und mußte sich unter deren Einfluß in vielen Dingen wandeln. Gleichzeitig hat sich die Familie von einer patriarchalisch orientierten Gemeinschaft zu einer partnerschaftlichen Lebensgemeinschaft verändert. Wie das soziale Zusammenleben in der Weise einer Familie von einzelnen beeinflußt und geformt wird, so wird andererseits auch das Leben des einzelnen vom Gemeinschaftsgefüge her bestimmt, in dem er lebt.

b) Die Schule

Durch die Neuordnung der Schulsysteme und dem Wandel der Lehrmethoden ist die pädagogische Arbeit stark in den Hintergrund gerückt. Ein Wandel vom erzieherischen

zum leistungsbezogenen Charakter hat sich vollzogen. Es wird keine erzieherische Basisarbeit geleistet — hierzu lassen die Termin- und Stoffpläne auch keinen Freiraum zu. Die erzieherische Grundlage muß also vom Elternhaus, dem Kindergarten und den Religionsgemeinschaften übermittelt werden.

c) Die Gruppe der Gleichaltrigen

Das Konsumverhalten der Kinder und Jugendlichen prägt das Erscheinungsbild der Gleichaltrigen. Der Wirtschaftsanteil dieser Gruppe hat sich dermaßen erhöht, daß die Industrie und Wirtschaft für die Wunschbefriedigung der Jugend spezielle Bereiche schuf. Der durch alle Epochen hindurchgehende Generationskonflikt scheint trotz der Liberalisierung der Erziehungsmethoden immer noch nicht überwindbar.

d) Die Medien

Massenmedien sind eigentlich kein Kommunikationsmittel, denn ihre Wirkung ist im wesentlichen eine Einbahnstraße. Ihre Voraussetzung ist die Technik — der Film, der Hörfunk, das Fernsehen, die Massenherstellung von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Schallplatten usw. Es geht weniger darum, bei der ganzen Gesellschaft in allen Schichten und Gruppen den gleichen Informationsstand herzustellen, als darum, bei allen die gleiche Stimmung zu schaffen.

e) Der Beruf

Starre Berufsauffassungen haben zweifellos viele Menschen eingeengt und auch zu einer Kastenbildung beigetragen. Die berufliche Mobilität, die durch die moderne Entwicklung mehr und mehr gefordert wird, eröffnet zwar die Entfaltung verschiedener Tätigkeiten in einem Lebenslauf, aber sie schwächt auch die Bindung, durch die ein Beruf als Lebensaufgabe Halt bietet. Diese berufliche Situation verhindert die Integration in eine „Heimat“ und vernachlässigt das Zusammengehörigkeitsgefühl von Landes- und Bevölkerungsgruppen.

5. *Ungleichheit zwischen Menschen und Völkern*

Papst Johannes Paul II. stellt in seiner Enzyklika *DIVES IN MISERICORDIA* fest, daß der Zustand der Ungleichheit zwischen Menschen und Völkern nicht nur andauert, sondern zunimmt (11). Dieses soziale Phänomen war und ist schon immer Gegenstand der Soziologie gewesen. „Soziale Ungleichheit und Schichtungen lassen sich bis in die Anfänge menschlichen Zusammenlebens zurückverfolgen. In allen uns bekannten Kulturen bestanden Vorstellungen über die sozialen Lebenslagen im Sinne eines ‚oben-unten‘ sowie über deren Aufgaben und Rechte.“⁽¹⁾

Unsere gegenwärtige Situation ist durch zwei Tendenzen charakterisiert: Die eine ist eine Spannung zwischen Ungleich und Gleich. Die zweite ist die Spannung zwischen globaler Einheit und lokaler Eigenständigkeit. Beide Tendenzen hängen miteinander zusammen. Erst unter dem Gedanken der Gleichheit können Institutionen wie nationale und überna-

tionale Parlamente gebildet werden. Fast scheint es, als ob die Menschen sich mit den Sozialwissenschaften ein gedankliches und methodisches Instrumentarium geschaffen haben, das durch den Nachweis von Gründen für mancherlei Mißstände in der Welt zur Verwirklichung dieser Einheit beitragen könnte. Eine schwierige gesellschaftliche Aufgabe, die vielleicht noch einmal so lange dauert, wie unsere bisherige Menschheitsgeschichte.²⁾

II. Grundlagen der Katholischen Soziallehre

1. Einführung

Im nachfolgenden Beispiel sollen einige Merkmale aufgezeigt werden, die die Unterschiede zwischen der Soziologie und der Katholischen Soziallehre verdeutlichen werden.

Orientierungspunkt und Fundament der Soziallehre ist das christliche Menschenbild (Wahrheit über den Menschen), wie es Offenbarung und christliche Anthropologie lehren. Die wahre Befreiung des Menschen, die Würde und Rechte des Menschen sind in diesem Meinungsbild grundgelegt.³⁾

Soziologie	— Katholische Soziallehre
Wertneutral	— Wertbezug wie Normen, Ethik, Moral
Theoretische Modelle	— Wertbezogene Verhaltensregeln und Forderungen
Suche nach Gründen	— Unterstützung in leiblich/seelischer Hinsicht
Allgemeine Verhaltensregeln	— Moraltheilige Konsequenzen
Gesellschaftsbezogen	— Gemeinschaftsbezogen
(Kollektiv)	(Individuell)
Global	— Schöpfung

2. Gesellschaftsordnung und die Stellung der Kirche

In der neuen Gesellschaftsordnung ist die Kirche keine weltfremde Gemeinschaft, sie besteht aus Menschen, die in ihr und mit ihr leben, sie ist ein Stück dieser Gesellschaft. Beide sollen sich als Partner verstehen, sich ergänzen und miteinander eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung begründen und bewahren. Das bedeutet nicht, daß die Kirche ihre Anschauungen durch staatliche Gesetze zur Norm für die Gesellschaft machen sollte, aber auch nicht, daß die Gesellschaft ihre Normen als Machtmittel gegenüber der Kirche durchsetzt.

Daher ist es notwendig, daß ein fruchtbarer Dialog geführt wird, der zu beiderseitigem Einvernehmen führt und dazu beiträgt, Divergenzen zu vermeiden. Dabei darf jedoch nicht erwartet werden, daß die Kirche zu allen Fragen eine Patentlösung anbieten kann. Ihre Chance besteht darin, neue Entwicklungen zu beobachten und aus der Sicht des Christen Stellung zu beziehen. Dabei kann sie jedoch nicht agieren, sie kann reagieren und regulierend, aus dem Wort Gottes, eine Antwort finden.

Als typisches Zeichen für die Schwierigkeiten, mit denen die Entwicklung der Gesellschaft im 20. Jahrhundert verbunden ist, muß die rasche Anerkennung der Soziologie als

praktisch anwendbare Wissenschaft gelten. Politik und Wissenschaft sind an den Erkenntnissen einer Forschung interessiert, die sich mit den im Verlauf der einzelnen Phasen der Industrialisierung im zwischenmenschlichen Bereich aufgetretenen Spannungen beschäftigt. Dabei versuchen Politik und Wissenschaft soziale Spannungen abzubauen und die Integration zu fördern. In dieser neuen Gesellschaftsordnung kommt der Wissenschaft eine eigenständige Rolle zu. Die Katholische Soziallehre weist ihr als Sachziel zu, „daß sie die Schaffung jener materiellen Voraussetzungen sichert, die dem einzelnen und den Sozialgebilden die menschenwürdige Entfaltung ermöglicht“. ⁴⁾

3. *Politischer Auftrag der Kirche und die soziale Verantwortung*

Wollte man das grundsätzliche Verhältnis von Kirche und Staat darstellen, so könnte man die katholische Staatsauffassung wie folgt umreißen: „Gott hat die Sorge für die Menschen zwei Gewalten zugeteilt, der kirchlichen und der staatlichen. Beide sind geteilt und stehen gleichberechtigt nebeneinander. Staat und Kirche sind die beiden einzigen Gemeinschaften, denen das Prädikat ‚Societas perfecta — vollkommene Gesellschaft‘ zukommt. Die Kirche denkt nicht an eine Herrschaft im Staat oder gar über den Staat. Sie verlangt nur Berücksichtigung ihrer Grundsätze in Fragen, die kirchliche oder religiös-sittliche Bereiche betreffen oder berühren.“ ⁵⁾

Die sittlichen Pflichten gegenüber dem Staat ergeben sich daraus, daß jedermann politisch mitverantwortlich dafür ist, daß die menschliche Gesellschaft als Ganzes in Frieden und Freiheit lebt. Unsere sittlichen Pflichten der sozialen Solidarität beziehen sich darauf, daß im privaten wie im öffentlichen Bereich jedermann durch die Weise, wie er sein eigenes Leben führt, auf das Leben anderer einwirkt und dafür moralisch verantwortlich ist. Das berührt auch die Zukunft des Sozialstaates in unserem Land. Denn gerade für die sozialstaatliche Sicherung und Förderung gilt, daß sie im Grunde von Bürgern für Bürger erbracht wird. Der Sozialstaat hat daher keine Zukunft, wenn wir uns nur an den auf ihn bezogenen gesetzlichen Rechten und Pflichten orientieren und nicht auch an den sittlichen Pflichten der sozialen Solidarität. Diese Pflichten umfassen auch die Verantwortung für die nachwachsenden Generationen. ⁶⁾

III. *Die Sozialenzykliken seit Papst Johannes XXIII.*

1. *Überblick*

Nicht alle päpstlichen Rundschreiben haben einen ausgesprochen sozialpolitischen Charakter. Obwohl viele Enzykliken soziale Aspekte beinhalten, sind nur wenige — auf die Gesamtzahl bezogen — als „echte oder klassische Sozialenzykliken“ in die Geschichte eingegangen.

Mitunter wird den Sozialenzykliken ein Stellenwert eingeräumt, der ihnen nicht gerecht wird. Das theologische Problem liegt darin, ihre Aussagekraft zu verdeutlichen und ebenso ihre Position als Äußerung der Kirche, des ordentlichen Lehramts oder als Äußerung des Papstes darzustellen. Als erstes Rundschreiben, welches die Bezeichnung „Sozial-

enzyklika“ erhielt, wird RERUM NOVARUM (15. 5. 1891) von Papst Leo XIII. benannt. In ihr fand die Katholische Soziallehre ihr Fundament und auf ihr bauen sich die nachfolgenden Sozialenzykliken auf,

Daraus ergibt sich, daß sie dem Wandel der Dinge folgen und auf die ständig neu auftauchenden Fragen laufend neue Antworten geben müssen.⁷⁾

2. *Elemente der Sozialenzykliken*

Sozialpolitische Enzykliken wirken sich nicht in der Art aus, als daß man sie mit Sozialreformen vergleichen kann. Das Nachdenken über Sozialstrukturen begann bei den Päpsten relativ spät. Die erste Sozialenzyklika war eine Reaktion auf die Umwandlung der Gesellschaftsformen. Bereits 1865 beschäftigte sich der Gesellenvater Adolph Kolping mit der sozialen Frage und forderte hierzu auch die Hilfe und Unterstützung der staatlichen Gesetzgebung: „Derartige Fragen“ — so sagte er — „werden nicht in Gnade und Barmherzigkeit, sondern in Gerechtigkeit gelöst. Das soziale Leben in allen seinen Verzweigungen ruht auf dem richtigen Recht und soll in den entsprechenden Gesetzen seinen wahren Schutz und seine Wehr finden.“⁸⁾

Die soziale Frage beinhaltet demzufolge: die Gerechtigkeit und den Schutz des sozialen Lebens. Diese Elemente werden in den Sozialenzykliken immer wieder aufgearbeitet und neu bewertet. Auch in der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sind diese Elemente enthalten, wenn es z. B. im Grundgesetz Artikel 1 Abs. (2) heißt: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der *Gerechtigkeit* in der Welt.“ Bis hin zur letzten Sozialenzyklika von Papst Johannes Paul II. werden die Menschenrechte, die nicht nur ein Personalrecht darstellen, zu einem Recht der Völker und Nationen erweitert. Die christliche Hoffnung schließlich erreicht die Vorstellung, daß die soziale Gerechtigkeit im Frieden enden wird.

Als ein weiteres Element kann die Sicherheit angeführt werden, denn „Sicherheit erhält erst ihren Wert durch die Segnung der Selbstbestimmung und Freiheit, der Menschenwürde und sozialen Solidarität. Wer Sicherheit will, muß wollen, daß die hohen Güter der Menschheit nicht nur gesichert, sondern auch nachdrücklich gefordert werden.“⁹⁾

3. *Darstellung der Sozialenzykliken unter Berücksichtigung der Gesellschaftssituation*

(1) *Mater et magistra*

Die Amtsperiode von Johannes XXIII. lief parallel mit dem Wandel der Agrar- und Bauernstaaten zu Industrienationen. Die Blütezeit des Wohlstandes begann ihren Zenit zu erreichen, gleichzeitig wuchsen die sozialen und politischen Probleme, an deren Beseitigung gearbeitet wurde. Die „Wilden 60er Jahre“ hatten begonnen: Der neue Präsident der USA John F. Kennedy trat 1961 sein Amt an, die Berliner Mauer wurde errichtet und in Kuba scheiterte die Schweinebucht-Invasion. Noch gehen — laut einer Allensbach-Umfrage —

80 Prozent aller Christen in Deutschland zum Gottesdienst, wenn auch nicht regelmäßig. Jetzt blickt die Welt nach Rom, dort proklamiert das Zweite Vatikanische Konzil den mündigen Christen. In diese Zeit hinein, am 15.5.1961, veröffentlicht Papst Johannes XXIII. die Enzyklika MATER ET MAGISTRA. Das Datum weist bereits auf die Mutter aller Sozialenzykliken hin, RERUM NOVARUM, die genau 70 Jahre früher herausgegeben wurde. Sie dient auch 1961 als Ausgangspunkt.

Seit dem Jahr 1952 wurde über die betriebliche Mitbestimmung verhandelt und das Betriebsverfassungsgesetz trat 1952 in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Ende der fünfziger Jahre wurde diese Diskussion wieder lebhafter, die Gründe hierzu waren u. a. die Verlagerung von Unternehmensschwerpunkten aus der Montanunion heraus, welche die paritätische Mitbestimmung zurückzudrängen begann. In dieser Situation erschien das unverkennbar mitbestimmungsfreundliche Rundschreiben. Johannes XXIII. erklärte, „daß die Arbeit mit Recht aktive Teilnahme am Leben des sie beschäftigenden Unternehmens fordere“ (91) und daß die „Verantwortung, die heute in verschiedenen Wirtschaftsunternehmen den Arbeitern übertragen werden soll, durchaus der menschlichen Natur“ entspreche (93). Den Hintergrund dieser Aussage bildet die bevorzugte Stellung, die der Papst der Arbeit zuerkannte: „In der menschlichen Natur selbst ist das Bedürfnis angelegt, daß, wer produktive Arbeit tut, auch in der Lage sei, den Gang der Dinge mitzubestimmen“ (82). Denn die Arbeit ist unmittelbar Ausfluß der menschlichen Natur und deshalb wertvoller als Reichtum an äußeren Gütern, dem seiner Natur nach nur der Wert eines Mittels zukommt (107).¹⁰⁾ MATER ET MAGISTRA, erklärt Prof. Oswald von Nell-Breuning, kniet sich in die soziale Wirklichkeit hinein. Damit kommt das Arbeitsleben stärker in den Blick. War Pius XII. gegenüber Einheitsgewerkschaften und gegenüber wirtschaftlicher Mitbestimmung noch ziemlich bedenklich und zurückhaltend, so ist Johannes XXIII. ganz unbekümmert aufgeschlossen und zuversichtlich. So hat seine Enzyklika dann auch in der Welt geradezu begeisterte Aufnahme gefunden; sie hat der Kirche und ihrer Soziallehre Sympathien gewonnen wie keine andere zuvor.¹¹⁾

Aber nicht nur in den neuen Industriestaaten waren sozialpolitische Veränderungen zu bewältigen; schon hatte sich das Nord-Süd-Gefälle bemerkbar gemacht. In seinem Rundschreiben wies der Papst bereits jetzt schon darauf hin, die Entwicklungshilfe als eine Aufgabe der Menschlichkeit zu verstehen: „Das vielleicht größte Problem unserer Zeit ist das der Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und den in wirtschaftlicher Entwicklung begriffenen Staaten. . . . Jene Pflicht besteht um so mehr, als bei der immer wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der Völker es nicht möglich ist, daß unter ihnen dauerhafter Friede herrsche, wenn das Mißverhältnis ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu schneidend ist.“¹²⁾

(2) *Populorum progressio*

Das Jahr 1967 wurde wie folgt charakterisiert: Zwar medizinisch noch umstritten, hat der Ovulationshemmer seinen Siegeszug begonnen, damit wurde die Familienplanung manifestiert. Gegen Masern gab es eine Schutzimpfung, Medikamente gegen Angst, Ag-

gression und Traurigkeit wurden entwickelt. Die künstliche Niere erhält Tausende am Leben. Es gab inzwischen künstliche Herzklappen, Blutgefäße und Gelenke und der spektakulärste Vorgang im Bereich der Medizin war die erste Herztransplantation am 3.12.1967. Kurz gesagt, die 60er Jahre können in die Glanzjahre der Medizin eingereiht werden; doch dabei gab es eine weltweite Entwicklung, die die wenigsten beachtet hatten:

Die Dritte Welt rückte in die Weltwirtschaftsordnung, die Entwicklungshilfe wurde zur größten wirtschaftlichen Anstrengung der Industrieländer. Daß dabei auch politische und ideologische Vormachtskämpfe ausgetragen wurden, gereichte den Entwicklungsländern nicht immer zum Vorteil. So war es dann auch eine folgerichtige Erscheinung, daß die katholische Kirche die Entwicklung in der Dritten Welt aufmerksam verfolgte. Die katholische Kirche hatte bereits große Anstrengungen in der Missionierung unternommen und so fühlte sie sich nun verpflichtet, ihre Sozialarbeit als notwendige Ergänzung der Entwicklungshilfe zu forcieren.¹³⁾

In der Enzyklika „Über den Fortschritt der Völker“ ist im Gegensatz zu früheren Sozialenzykliken verhältnismäßig wenig über das Selbstverständnis gesagt, das die Kirche von ihrer Rolle in bezug auf die Ordnung der sozialen Verhältnisse sah. Für die Gesamtkirche wird die Pflicht „sich in den Dienst der Menschen zu stellen“ (1), betont. Für die kirchliche Hierarchie wird als Aufgabe die Lehre und authentische Interpretation der sittlichen Ordnung hingestellt, die von den Laien zu verwirklichen sind, aber „in freier Initiative und ohne erst Weisungen und Direktiven abzuwarten“ (81) und ohne daß eine Vermengung des geistlichen und weltlichen Bereichs befürchtet werden muß (13). Das ist verhältnismäßig wenig. Trotzdem ergeben sich aus dem Stil und einigen Hinweisen der Enzyklika nicht unbeachtliche Akzente.¹⁴⁾

Die Tatsache, daß sich unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffene Entwicklungsmaßnahmen sehr schnell festzulaufen pflegen, hat heute zu einer größeren Bereitschaft geführt, die gesellschaftlichen und moralischen Momente besser in Rechnung zu stellen, die für das Gedeihen des menschlichen Zusammenlebens von Bedeutung sind. Darüber hinaus wird die christliche Gesellschaftslehre seit MATER ET MAGISTRA nicht müde, darauf hinzuweisen, daß auch die beste Koordinierung und Synchronisierung der Maßnahmen in den verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen nur Sinn hat, wenn sie die Hierarchie der Wertordnung anerkennt und wenn sie sieht, daß auch Wissenschaft, Technik und Wirtschaft nur Hilfsmittel sind.¹⁵⁾

(3) 80 Jahre *Rerum novarum*

Papst Paul VI. nahm den Jahrestag dieser bedeutenden Enzyklika zum Anlaß, den apostolischen Brief OCTOGESIMA ADVENIENS (14.5.1971) zu verfassen, der an den Vorsitzenden der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ und den Vatikanischen Laienrat gerichtet war. Ein Dokument, das nach Inhalt, Form und Aussagekraft einer Enzyklika gleichgestellt werden kann.¹⁶⁾ Ein der Zeit entsprechender Fortschritt in den päpstlichen Verlautbarungen ist allein schon daran zu erkennen, daß z.B. in RERUM NOVARUM

nur von der Lage der Arbeiter die Rede ist, QUADRAGESIMO ANNO dagegen schon für die Schaffung einer sozialen Ordnung plädiert und MATER ET MAGISTRA die vielfältigen Sozialprobleme auf internationaler Ebene in den Mittelpunkt stellt. Noch konkretere Probleme wie z.B. der Urbanisierung, Stellung der Frau, Diskriminierung, Recht auf Auswanderung, Beschaffung von Arbeitsplätzen u. a. spricht Paul VI. in dem erwähnten Brief an.¹⁷⁾

(4) *Laborem exercens*

Es war die Absicht des Papstes Johannes Paul II. diese Enzyklika wiederum mit einem Jahrestag von RERUM NOVARUM zu verbinden, es wäre der Neunzigste gewesen — aber das Attentat auf den Papst erschütterte die Welt. Die achtziger Jahre waren durch die industrielle Verlagerung von Großbetrieben in die Dritte Welt gekennzeichnet. Waren doch die Herstellungskosten in Lateinamerika, Asien oder Afrika wesentlich kostengünstiger als in den teuren westlichen Industrieländern. Die Arbeitslosigkeit schnellte weltweit herauf, ca. 35 Mill. Menschen waren in der westlichen Welt offiziell arbeitslos. Der Vormarsch der Automatisierung und der Roboter, der bereits in den 50er Jahren angekündigt wurde, aber dann auf sich warten ließ, setzt nun in voller Wucht ein. Gerade Produkte wie z.B. die Mikrochips tragen entschieden zum Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen in den Industrieländern bei.

Die Enzyklika LABOREM EXERCENS (14.9.1981) ist nicht nur der 90. Wiederkehr der Veröffentlichung von RERUM NOVARUM gewidmet. Sie erscheint auch, weil die soziale Frage gerade in unseren Jahren neue Dimensionen gewonnen hat. Der Papst meint, wir stünden „am Vorabend neuer Entwicklungen in den Bereichen der Technologie, der Wirtschaft und der Politik, die nach dem Urteil vieler Fachleute auf die Welt der Arbeit und der Produktion ebenso starke Auswirkungen haben werden wie die industrielle Revolution des vorigen Jahrhunderts“ (1). Im einzelnen werden genannt: Ausweitung der Automatisierung, wachsende Energie- und Rohstoffkosten, die Begrenztheit der Natur und deren untragbare Verschmutzung, zunehmendes Gewicht der Dritten Welt. Diese Faktoren zusammen erzeugen einen Problemdruck, der „eine Neuordnung und Revision der heutigen Weltwirtschaftsstrukturen und der Verteilung der Arbeit notwendig macht“. ¹⁸⁾

(5) *Sollicitudo rei socialis*

Das Jahr 1987 — es war ein ereignisreiches Jahr, das der Menschheit den fünfmilliardsten Erdenbürger und den ersten echten Abrüstungsvertrag, aber auch eine Zuspitzung in der Krisenregion Nahost gebracht hat. Sorgen bereiteten weiterhin die ungewisse wirtschaftliche Situation nach dem Börsenkrach und die Gefährdung von Arbeitsplätzen bei Kohle und Stahl. In der internationalen Politik ist das Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow ein Ereignis von historischer Bedeutung. Stichworte wie Glasnost und Perestrojka, die aus der Sowjetunion stammen, werden auch außerhalb des Landes mit großen Hoffnungen verfolgt.

Die neue Sozialenzyklika (30. 12. 1987) Papst Johannes Paul II., *SOLLICITUDO REI SOCIALIS*, zwanzig Jahre nach *POPULORUM PROGRESSIO* veröffentlicht*, fand in der kirchlichen wie außerkirchlichen Öffentlichkeit weitgehend ein positives Echo. Insbesondere widersprach kaum jemand der Hauptthese: „Eine Entwicklung, die nicht die kulturelle, transzendente und religiöse Dimension der Menschen und der Gesellschaft umfaßt“ (46,2), kann und wird das Ziel der „wirtschaftlichen Entwicklung nicht erreichen“. Anders gesprochen: Die unverzichtbare Leistung von Wissenschaft, Technik, Ökonomie und Politik werden die Menschheit nur dann „dem Ziel einer wahren Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft“ (1,1) näherbringen, wenn sie „von einer sittlichen Grundeinstellung gelenkt“ (28,1) werden.¹⁹⁾

Die Enzyklika ist sich jedoch offensichtlich dessen bewußt, daß es hinsichtlich dieser ihrer Soziallehre sowohl innerkirchlich wie außerkirchlich Mißverständnisse und Fehlinterpretationen gibt, und sie geht an vielen Stellen darauf ein. Man spürt ferner das Bemühen des Papstes, keinerlei kirchliche Kompetenzüberschreitungen zu begehen, aber doch die ganze Fülle dessen, was sich sozialphilosophisch und sozialtheologisch zu den sittlichen Aspekten der aufgeworfenen Fragen sagen läßt, auszuschöpfen. Er ist sich dabei dessen bewußt, daß weder die Kirche noch die Christen noch die Gläubigen allein die Probleme lösen können. Er fühlt sich gewissermaßen als Repräsentant des „religiösen Gewissens der Menschen und Völker“ (39,5) und er bezieht in seinen sittlichen Appell ausdrücklich auch diejenigen ein, die sich nicht zu einem „religiösen Glauben“ bekennen können, und wünscht ihnen die Überzeugung, „daß die Hindernisse, die einer vollen Entwicklung entgegenstehen, nicht nur wirtschaftlicher Natur sind, sondern von Grundhaltungen (*altioribus rationibus*) abhängen, die sich für den Menschen als absolute Werte darstellen (38,2)“.²⁰⁾

IV. *Resonanz in der neuen Gesellschaftsordnung*

Das Erkennen der Umweltverschmutzung brachte den Umweltschutz, die Gefahr der atomaren Selbstzerstörung brachte die Friedensbewegung, die Erkenntnis der Umweltvernichtung führte zur Rückbesinnung auf die Natur und Schöpfung. Die Industrialisierungsfolgen warfen die Frage nach dem Wert der Arbeit auf, die gentechnischen Versuche ließen die moralischen Wertbegriffe über Ehe und Sexualität neu erwachen. Kurz gesagt — die Menschheit konzentriert sich wieder auf die wichtigen Lebensbereiche.

1. *Schöpfung und Kultur*

Der Mensch ist immer in die Spannung zwischen Bewahrung und Bauen, Pflegen und Konstruieren, Zugehörigkeit zur Erde und Kampf mit der Natur eingefügt. Dies findet seine Grenzen dort, wo er mit den vorhandenen Kräften und Schönheiten der Natur Raubbau treibt und diese für sich und seine Generation rücksichtslos verbraucht.²¹⁾

*) Die Enzyklika trägt das Datum 30. 12. 87, obwohl sie erst am 20. 2. 88 veröffentlicht werden konnte, um so noch vom Datum her ihrem Untertitel gerecht zu werden: „Zwanzig Jahre nach der Enzyklika *POPULORUM PROGRESSIO*“.

Eine neue Sorte von Naturrecht wird damit vertretbar. Es erreicht den äußeren Gegensatz zur technischen Einstellung, geht aber auch über den Gedanken der Fürsorge und der begründeten Verantwortung hinaus, indem Naturschutz und Umweltschutz wesentlich immer noch auf den Menschen und dessen Interesse bezogen bleiben.²²⁾ Im Spannungsfeld von Fortschritt und Kultur wird der Bogen überspannt, so daß die menschliche Kultur zu Grunde geht, Normen und Werte verlieren ihren gesellschaftlichen Stellenwert und die Moral beginnt zu verkümmern.

Trotz der vorhandenen phylogenetischen Anpassung an das Vorhandensein einer menschlichen Kultur kann die weitere Anpassung des Menschen mit der wachsenden Geschwindigkeit der Veränderung der Zivilisation und der sozialen Umwelt nicht Schritt halten; diese Diskrepanz wird von Jahr zu Jahr größer.²³⁾ In Erkenntnis dieses Sachstandes ist es zweckmäßig und dringend notwendig, daß die Päpste mit ihren Rundschreiben diesen Mangel aufgreifen und somit einen Leitfaden für gottgewolltes Leben und besonders für das Zusammenleben auf dem uns zur Verfügung gestellten Erdenreich geben.

2. Arbeitswelt und soziale Frage

Gewerkschaften und Arbeitgeber beklagen zunehmend den Zerfall der Arbeitsmoral und führen an, daß der Arbeitnehmer nicht mehr motiviert ist, den Sinn der Arbeit zu erkennen.

In vielen Aktionen und Organisationsformen artikulieren die Menschen, daß ihre in die Technikenentwicklung gesetzten Hoffnungen, die auch früher nicht ungebrochen waren, heute vollends ins Gegenteil umschlagen. Die negativen sozialen und ökologischen Folgen erscheinen ihnen als Rattenschwanz der Technik. Zukunftsangst als Massenphänomen: Je weniger auch noch die Zukunft ohne Technik vorstellbar ist, um so bedeutender wird die Frage nach ihrer möglichen Beherrschbarkeit im Sinne wirklicher humaner Perspektiven.²⁴⁾ Wenn also eine Resignation eintritt und wenn wesentliche Gruppen dieser Gesellschaft in ihren materiellen Möglichkeiten und, was meist damit verbunden ist, in ihrem sozialen Rang, in ihrer Selbst- und Fremdwertung so beeinträchtigt sind oder sich fühlen, daß sie zur sozialen und der sie tragenden politischen Ordnung einer solchen Gesellschaft nicht mehr ja zu sagen vermögen, dann ist es in der Tat notwendig, die soziale Frage neu zu überdenken und Ansätze zum Umdenken anzubieten. Die Enzyklika LABOREM EXERCENS bietet hier Denkanstöße, und „alles was die Enzyklika über die menschliche Arbeit und ihre soziale Ordnung sagt, kann von allen Menschen ‚guten Willens‘ akzeptiert werden, setzt also nicht unbedingt die ausdrückliche Annahme des christlichen Glaubens voraus.“²⁵⁾

3. Ehe und Sexualität

Ehe und Familie sind nicht nur eine Angelegenheit der beiden Partner, denn mit der Ehe begeben sie sich unter den besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die Ehe berührt damit auch die Belange der Mitmenschen und dieses nicht nur durch die soziale Gleichstellung von Mann und Frau, sondern auch durch das Naturrecht Nachkommen zu zeugen. Dieses

Recht ist jedoch nicht zwingend einklagbar und macht die „medizinische Befruchtung“ daher nicht zu einem Grundrecht auf Kinder.

Weil das Sexualverhalten eines Menschen die Rechte und Belange der Mitmenschen berührt oder sogar in sie eingreift (was nicht nur für die Zeugung zutrifft), bedarf es der Ordnung dieses Bereiches zwischenmenschlicher Beziehungen durch soziale Übereinkünfte. Alle uns bekannten Völker und Kulturen haben in ihrer Geschichte Gesetze, Gebote und Vorschriften für das Sexualverhalten entwickelt, um sowohl die Rechte des einzelnen zu schützen als auch die Erfüllung der sozialen Funktion der Sexualität zu gewährleisten.²⁶⁾

Die Sexualität ist eine schöpferische Macht. Sie ist fruchtbar und lebensspendend. Gerade deshalb muß die Geschlechtskraft verantwortlich gebraucht werden. Wo erotische Beziehungen aus dem Gesamtgefüge menschlicher Zuneigung herausgelöst und auf sexuellen Lustgewinn reduziert werden, brechen Brutalität und Unterdrückung, Ausbeutung und Verachtung auf (...) Ein wirklich reifer Mensch sucht mehr als Befriedigung oder Amüsement für sich allein. Er entscheidet sich für einen Partner, um mit ihm sein Leben zu teilen. Und erst in diesem gesamt menschlichen Austausch kommt die Sexualität zu ihrer vollen Entfaltung und Schönheit.²⁷⁾ Diese moralischen Ansprüche an Ehe, Familie und Sexualität erfordern einen gewissenhaften Umgang mit diesen Dingen, sie sind sowohl Eigenliebe als auch Nächstenliebe und verlangen eine soziale Verantwortung.

V. Eine Bewertung

Kehren wir noch einmal an den Ausgangspunkt zurück. Die Rundschreiben der Päpste an die Bischöfe des Erdkreises enthalten nur ausnahmsweise Lehrentscheidungen, vielfach wiederholen und betonen sie, was bereits zum katholischen Lehr- und Glaubensgut gehört.

Sie gehen aber auch darüber hinaus, denn die Menschenrechte waren seit Papst Johannes XXIII. und seinen Nachfolgern ein Maßstab, an dem alle politischen Systeme und Programme gemessen wurden. Das Thema Menschenrechte zieht sich wie ein Leitfaden durch die Enzykliken, die Reden und anderen Verlautbarungen der Päpste.

Die letzten zwei Jahrzehnte waren von technischen Revolutionen und einem unwiderstehlichen Fortschritt geprägt, es wurde versucht, alles machbar zu machen, was möglich erschien. Dabei geriet der Mensch stark in den Hintergrund, die Technik prägte den Fortschritt und stellte den Stellenwert des Menschen in Frage. Aus diesem Grund werden wir durch kompetente Wissenschaftler und Philosophen darauf hingewiesen, daß die Menschheit noch nie so stark gefährdet sei, wie zur Zeit. Gegenwärtig tun die meisten von uns nichts. Wir verdrängen, wir halten still, wir schweigen. In der Hoffnung, daß es doch nicht zum Äußersten kommt, gehen wir unserem Privatleben nach. Wir nehmen die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis. Doch eines Tages werden wir uns zu verantworten haben.

Die Sozialenzykliken haben zu diesen und vielen anderen Fragen Stellung bezogen und obwohl sie eine Reaktion auf den Wandel in der Gesellschaft sind, waren sie auch Richtungshinweise für die Zukunft. Sie zeigen, aus der Sicht der Katholischen Soziallehre, die Wahrheit über den Menschen.

Quellenverzeichnis

- 1) Bernhard Keller, in: Politik im Aufriß, Hrsg. Ludwig Helbig, Verlag M. Deisterweg, Frankfurt a.M. 1987, Seite 10/11
- 2) Alexander Deichsel, Soziologie — Eine Einführung, Lexikothek Verlag, Gütersloh, 1983, Seite 281
- 3) Theodor Herr, Johannes Paul II. und die Menschenrechte — Neue Wege der Kath. Soziallehre?, in: Kirche u. Gesellschaft, Heft Nr. 90, Verlag J.P. Bachem, Köln 1982, Seite 13
- 4) Josef Kardinal Höffner, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik — Richtlinien der Kath. Soziallehre, Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischöfe, Bonn, 25.2.1982, Seite 8/9
- 5) Rudolf Fischer-Wolpert, Wissen Sie Bescheid? — Lexikon religiöser u. weltanschaulicher Fragen, Verlag F. Pustet, Regensburg 1982, Seite 29
- 6) Das Gemeinwohl und unsere Pflichten gegenüber dem Staat und unseren Mitmenschen; Eine Erklärung der Kommission 1 „Politik, Verfassung, Recht“ des ZdK, Hrsg. Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Bonn, 25.2.1982, Seite 8/9
- 7) Rom Seminare — Begegnung mit der Kirche im Wandel der Zeit — Buch II, Neue und neueste Zeit, J.P. Bachem Verlag, Köln, 1988, Seite 433
- 8) Heinrich Festing, Adolf Kolping und sein Werk, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1881, Seite 88
- 9) Walter Loch, Wenn Soldaten Frieden sagen, Hrsg. GKS, Echter Verlag, Würzburg 1980, Seite 265
- 10) Franz Josef Stegmann, Von der Sozialreform zur Gesellschaftspolitik — Wege der katholischen sozialen Bewegung — in: Kirche u. Gesellschaft, Heft Nr. 100, Verlag J.P. Bachem, Köln 1983, Seite 14
- 11) Prof. Oswald von Nell-Breuning, in: Rom Seminare, a.a.O., Seite 434
- 12) Ferdinand Oertel, Geburt einer neuen Welt, Verlag Fredebeul & Koenen, Essen 1962, Seite 14/15
- 13) ebd., Seite 182
- 14) Heinrich Kraus SJ, Kommentar und Einführung zu: Über den Fortschritt der Völker, die Entwicklungszyklika Papst Paul VI. POPULORUM PROGRESSIO, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau, 1967, Seite 129/130
- 15) ebd., Seite 128
- 16) Carl Andresen/Georg Danzler, Wörterbuch der Kirchengeschichte, Deutscher Taschenbuch Verlag (dtv), München, Mai 1982, Seite 559
- 17) ebd., Seite 559.
- 18) Lothar Roos, LABOREM EXERCENS — Sinn und Sozialgestalt der menschlichen Arbeit —, in: Kirche u. Gesellschaft, Heft Nr. 86, Verlag J.P. Bachem, Köln 1982, Seite 4
- 19) Lothar Roos, Freiheit und Solidarität — Zur Ordnungsethik in SOLLICITUDO REI SOCIALIS, in: Kirche u. Gesellschaft, Heft Nr. 149, Verlag J.P. Bachem, Köln 1988, Seite 3
- 20) ebd., Seite 14/15
- 21) „Mehr Weltverantwortung in der christlichen Gemeinde“, Arbeitspapier der Kommission 8 „Pastorale Grundfragen“ des ZdK, Bonn, 1.10.1981, Seite 12
- 22) Wolfgang Kluxen, „Moralische Aspekte der Energie- u. Umweltfrage“, in: Handbuch der christlichen Ethik, Bd. 3, Herder, Freiburg-Basel-Wien 1982, Seite 48
- 23) Konrad Lorenz, Abbau des Menschlichen, R. Pieper, München 1986, Seite 146
- 24) Georg Rückriem/Alfred Messmann, „Zum Leiden an der Technik verurteilt?“, in: Technik-Kultur-Gesellschaft, Verlag für Ausbildung und Studium, Berlin 1985, Seite 100
- 25) Lothar Roos, LABOREM EXERCENS, a.a.O., Seite 15
- 26) Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Offizielle Gesamtausgabe — Ergänzungsband — Herder, Freiburg im Breisgau 1977, Seite 165—167
- 27) Ferdinand Krenzer, Morgen wird man wieder glauben, Lahn-Verlag, Limburg 1986, Seite 283

AMI — Toledo

Bericht des Auditors des AMI bei der Bischofssynode 1987, bei der Konferenz des AMI 1989 in Toledo am 1. Oktober 1989 — „Das Nachsynodale Apostolische Schreiben von Papst Johannes Paul II. „Die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt““

Willy Trost

Schon Jahre vor Beginn der Bischofssynode 1987 über die „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ haben auf der Grundlage der Lineamenta von 1984 Bischofskonferenzen, katholische Organisationen und Räte der Laien Wünsche, Anregungen und Sorgen nach Rom geleitet. Auch aus dem Bereich der Mitgliedsverbände des AMI wurden Stellungnahmen erarbeitet und an das Synodensekretariat gesandt. Darunter waren Beiträge zum soldatischen Dienst von der GKS Deutschland und des geistlichen Beirates des AMI, sowie zum Gesamtbereich der Lineamenta von der Zentralen Versammlung der katholischen Laien Deutschlands und zu ethischen Fragen aus Spanien und Portugal. Im April und Mai 1987 folgten drei Treffen in Italien, bei denen Vertreter von Laienorganisationen aus vielen Bereichen und auch des AMI noch einmal ihre Stellungnahmen zur Bischofssynode 1987 diskutierten und zusammenfaßten. Ich will heute versuchen, auf einige Sorgen und Befürchtungen der Laien und ihre Wünsche und Anregungen an die Synode einzugehen und das Ergebnis der Synode im Hinblick auf diese Wünsche und Stellungnahmen darzustellen.

Wesentliche Sorgen und Befürchtungen, die im Zusammenhang mit der Synode geäußert wurden, waren:

- Ein Rückfall auf Strukturen und Ordnungen der Zeit vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurde befürchtet — auch von uns.
- Aus den Lineamenta wurde herausgelesen und gefolgert, daß Kirche und geistliches Amt als völlig identisch gesehen würden — wo stünden dann die Laien in der Kirche?
- Es schien auch, daß eine verstärkte Zentralisierung angestrebt würde, anstelle des geäußerten Wunsches, eine Vielfalt von Meinungen und Auffassungen im Rahmen der Kirche zuzulassen.
- In der Dritten Welt wurde befürchtet, daß lokale Eigenständigkeiten beschnitten und eingeengt würden. Man wünschte aber, der legitime Freiraum für teilkirchliche Entwicklungen und Regelungen sollte unverändert bleiben.
- Es wurde auch vermutet, daß die Mitarbeit der Laien nicht wirklich gewünscht würde. Deshalb wurde davor gewarnt, eine Revision der bestehenden Aufgaben der Rätestrukturen vorzunehmen.
- Angeregt und gewünscht wurde aber vor allem, daß der Standort der Laien und ihre Funktionen und Aufgaben neu und positiv beschrieben werden sollten. Auch eine Beschreibung der Dienste und Ämter in der Kirche und ihrer wechselseitigen Beziehun-

gen wurde erbeten. Die Stellung der Frau sollte neu definiert und auch in der Kirche den modernen gesellschaftlichen Entwicklungen angepaßt werden.

Lassen Sie mich versuchen, das Synodenergebnis mit diesen Erwartungen und Befürchtungen zu vergleichen — besonders natürlich aus der Sicht katholischer Laien, die Soldaten sind. Grundlage für meine Wertung ist weitgehend das Nachsynodale Apostolische Schreiben Papst Johannes Pauls II. „Christifideles Laici“ vom 30. Dezember 1988.

Schon im Instrumentum Laboris vom 25.3.1987, der ersten Themenzusammenstellung für die Synode, wurde immer wieder auf das Zweite Vatikanische Konzil hingewiesen. Im Nachsynodalen Apostolischen Schreiben, dem Abschlußdokument der VI. Ordentlichen Bischofssynode, wird ständig auf das Zweite Vatikanum verwiesen. So heißt es wörtlich: „Die Väter gingen den Spuren des Konzils nach . . .“ Der Papst schreibt dazu: „Die Synode hat ihre Arbeit immer wieder auf den Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils aufgebaut, dessen Lehre über die Laien aus einem Abstand von 20 Jahren eine erstaunliche Aktualität hat.“ Der gesamte Verlauf der Synode wie auch das Abschlußschreiben zeigen, daß die Festlegungen des Konzils Grundlage der gesamten Synodenarbeit wurden.

Fast alle Eingaben wünschten eine Beschreibung der Laien in der Kirche in einer neuen, positiven Form. Im deutschsprachigen Raum, wie in vielen Kulturkreisen, ist allein der Begriff „Laie“ eine Abwertung, weil im Sprachgebrauch der Laie ein „Nichtfachmann“ ist.

Die Identität der Laien wurde bei der Synode nun von ihrer Würde her definiert. Ihnen wird die volle Zugehörigkeit zur Kirche und ihre uneingeschränkte Teilnahme an deren Geheimnis neben dem spezifischen Charakter ihrer Berufung zugesprochen. Als Laien werden verstanden „alle Christgläubigen, mit Ausnahme der Glieder des Weihstandes und des in der Kirche anerkannten Ordensstandes“. Der Papst erläutert im Abschlußdokument:

„Die Christgläubigen müssen ein immer tieferes Bewußtsein gewinnen, daß sie nicht nur zur Kirche gehören, sondern die Kirche sind.“ Es wird ausgeführt „als Kinder Gottes im Sohn neu geboren, sind die Getauften untrennbar Glieder Christi und Glieder des Leibes der Kirche, wie das Konzil von Florenz lehrt.“ Die Laien sind in dem gesamten Dokument positiv und nicht abgrenzend zu den Priestern beschrieben. Ihre Identität und ihre Würde ergeben sich aus dem Geheimnis der Kirche. Die Gleichheit aller Getauften in Christus und die Gleichheit aller Glieder des Volkes Gottes verlangt aber auch die Übernahme zusätzlicher Verantwortung für die Aufgabe der Kirche in dieser Welt. Wird dies auch in den Mitgliedsverbänden des AMI so gesehen? Ich denke ja — sonst gäbe es das AMI nicht.

Wie oft haben auch wir eine Beschreibung der Ämter und Dienste in der Kirche gewünscht, vor allem im Hinblick auf die Dienste, die von den Christgläubigen übernommen werden können. Noch gibt es eine solche Auflistung nicht, aber das Thema wurde behandelt. Die verschiedenen Dienste und Aufgaben geben nach Auffassung der Synode den Mitgliedern der Kirche nicht ein Mehr an Würde, sondern eine besondere und kom-

plementäre Befähigung zum Dienst. Die Amtsträger empfangen durch das Sakrament der Weihe die Autorität und Vollmacht, der Kirche zu dienen und sie durch ihr Handeln im Heiligen Geist, durch das Evangelium und die Sakramente zu einen. „Dabei sollen sich Bischöfe und Priester grundsätzlich und immer bewußt sein, daß ihr Amt auf den Dienst am gesamten Volk Gottes ausgerichtet ist. In gleicher Weise müssen die Laien erkennen, daß die Priester für ihr Leben und ihre Teilhabe an der Sendung der Kirche unverzichtbar sind.“

Die Dienste, Aufgaben und Funktionen der Laien in der Kirche und in der Welt dienen dem gleichen Ziel. Sie haben ihre sakramentale Grundlage in Taufe und Firmung, aber auch in der Ehe. Wie im neuen Kirchengesetz, so steht es auch im Schlußdokument:

„Wo ein Bedarf der Kirche es nahe legt, weil für diese Dienste Beauftragte nicht zur Verfügung stehen, können auch Laien. . . nach Maßgabe der Rechtsvorschriften bestimmte Aufgaben erfüllen, nämlich den Dienst am Wort, die Leitung liturgischer Gebete, die Spendung der Taufe und die Austeilung der Heiligen Kommunion.“ Durch die Übernahme solcher Aufgaben werden Laien natürlich nicht zu Priestern. Nicht eine Aufgabe begründet ein kirchliches Amt, sondern nur das Sakrament der Weihe. Insoweit unterstehen die Laien auch hinsichtlich der Erfüllung ihrer konkreten Aufgaben der kirchlichen Autorität. Die breite und bedeutende Übernahme vieler Dienste, Aufgaben und Funktionen der Christgläubigen in der Kirche hat die volle Anerkennung der Synode gefunden. Der apostolische Beitrag von Männern und Frauen, die als Stellvertreter in Situationen akuter oder dauernder Not einspringen, ist vielfach gewürdigt worden. Um den Anregungen der vielen Laien zu folgen, hat der Papst auf Wunsch der Synode eine besondere Kommission eingerichtet, die die verschiedenen theologischen, liturgischen, juristischen und pastoralen Probleme beraten soll, die sich aus der aktuellen und stets wachsenden Zahl von Diensten, Aufgaben und Funktionen für die Laien ergeben. Auf das Ergebnis müssen wir noch warten — hoffentlich nicht zu lange. Für manche Länder in Westeuropa und Nordamerika gibt es das Problem der Mädchen als Meßdienerinnen. Auch für die Prüfung dieser Frage, ob durch das päpstliche Schreiben „*ministeria quaedam*“ Mädchen grundsätzlich vom Altardienst als Meßdienerinnen ausgeschlossen sein müssen, wurde eine eigene Kommission berufen.

Fragen zur Stellung der Frau in der heutigen Zeit und damit auch in der Kirche wurden in vielfacher Form der Synode vorgetragen, ausgehend von dem berechtigten Kampf um die Anerkennung der gleichen Rechte und Würde von Männer und Frauen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß es notwendig ist, die Gaben und Verantwortung der Frauen stärker anzuerkennen und zu fördern als bisher. Gewünscht wird von allen Synodenteilnehmern vor allem eine verstärkte Mitwirkung der Frau in der Kirche.

Sehr lang und ausführlich wird allen in der Kirche Tätigen erläutert, daß Frauen nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau der Kirche und zur Entwicklung der Gesellschaft leisten, sondern daß auch ihre Personenwürde, die der des Mannes gleich ist, geachtet werden muß. Die Synode wendet sich zusammen mit der Kirche in Entschiedenheit ge-

gen jede Form der Diskriminierung und des Mißbrauchs der Frauen. Es besteht für die Synode und die Kirche kein Zweifel daran, daß die Frau — wie der Mann — auf Grund von Taufe und Firmung Anteil hat am Amt Christi, zum fundamentalen Apostolat der Kirche, zur Evangelisierung befähigt und verpflichtet ist. Die Frauen werden aufgerufen, dazu ihre eigenen Gaben einzubringen. Die Frau könne zwar nicht Priester sein, habe aber sonst in der Kirche völlig gleiche Aufgaben, Möglichkeiten und Pflichten wie die Männer. Daher wird auch ausdrücklich festgehalten: „Die Frauen, denen bei der Weitergabe des Glaubens und bei allen Arten von Diensten im Leben der Kirche eine bedeutende Aufgabe zukommt, müsse bei der Vorbereitung von Pastoraldokumenten und von missionarischen Initiativen herangezogen werden. Sie sollen in Familie, Beruf und in der bürgerlichen Gemeinschaft als Mitarbeiterinnen an der Sendung der Kirche anerkannt werden.“ Die Frauen haben neben gleicher Würde und gleichen Rechten aber auch eine nur ihnen zugeordnete Aufgabe, die der Ehefrau und Mutter. Ist es nicht vor allem die Mutter, die wesentlich den Glauben weitergibt und dafür unverzichtbar ist? Nur die Frauen können dem Eheleben und der Mutterschaft die volle Würde verleihen.

Zu Beginn seines Schreibens sagt der Papst, daß der tiefste Sinn der Synode darin liege, daß die „Laien den Ruf Christi vernehmen, in seinem Weinberg zu arbeiten in dieser herausragenden und dramatischen Stunde der Geschichte“. Alle Glieder der Kirche haben ihre besondere Berufung und Sendung in dieser Welt und der Kirche zu erfüllen. Jeder Laie muß sich immer bewußt sein, daß er ein Teil der Kirche ist und daß ihm damit eine unersetzliche und nicht übertragbare Aufgabe anvertraut wurde.

In unserem militärischen Bereich bedeutet das neben dem persönlichen Bekenntnis, zum Beispiel in der gelebten, christlich bestimmten Kameradschaft, die aktive Arbeit für den Aufbau und den Ausbau der Kirche unter Soldaten. Dabei muß im Vordergrund stehen das soziale Umfeld der Familien, die Weitergabe des Glaubens an die kommende Generation, an die im Glauben Ungefestigten und an die der Kirche Fernstehenden. Die Notwendigkeit des persönlichen Apostolates muß in ihrer vollen Bedeutung erkannt und angenommen werden — das gilt auch für uns als Soldaten. Wie stellen wir uns diesen Aufgaben und Forderungen?

In dem Synodendokument sagt der Papst, daß die Laien einen unverzichtbaren Auftrag in der Mitwirkung und in der Übernahme von Mitverantwortung auf allen Ebenen der Kirche haben. Sie sollen dabei ihre Mitarbeit nicht nur in ihrer Pfarrei oder ihrem Bistum wahrnehmen, sondern sie auch auf den zwischenpfarrlichen, interdiözesanen, nationalen und internationalen Bereich ausdehnen.

Das AMI und einige seiner Mitgliedsverbände haben hier vorbildlich gearbeitet. In einigen Ländern wirken Soldaten und ihre Angehörigen auf allen genannten Ebenen in den Laiengremien mit. Eine Vielzahl von Stellungnahmen und Eingaben wurden zu kirchlichen Erklärungen in den Diözesen, den Bischofskonferenzen, zu Diözesansynoden und auch der Bischofssynode 1987 erstellt. Standesrepräsentanten haben wir in alle Organisationen delegiert, wo es uns ermöglicht wurde, seit 1988 auch in die OIC und zur Bischofssynode 1987.

Vor allem für das Allgemeinwohl ist Laien eine besondere Mitverantwortung und Mitwirkung auferlegt. „Alle und jeder einzelne haben aus dieser Mitverantwortung her die Pflicht und das Recht, sich politisch zu betätigen und im Dienst an den Menschen sich für das Wohl des Staates einzusetzen und Ämter und Aufgaben zu übernehmen.“ Wenn man sieht, in welcher Weise sich Sozialisten und Ökologen heute politisch engagieren, dann muß man wohl fragen, ob wir Katholiken dieser Forderung nach politischem Engagement in der Welt von heute ähnlich engagiert entsprechen. Ich habe da wirklich Zweifel.

Vor Beginn der Synode war es der Wunsch der Vollversammlung des AMI, daß auch der Dienst des Soldaten in der Kirche gewürdigt werde. Es ging darum, den Zusammenhang zwischen Frieden, Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit, wo immer möglich, sichtbar zu machen, um dadurch pauschalen Verurteilungen des soldatischen Dienstes zu begegnen.

Durchgehend im gesamten Synodendokument wird dieser Zusammenhang dargestellt. Aufgezeigt werden die verhängnisvollen Gegensätze zwischen den einzelnen Menschen, Gruppen, Nationen und Bündnissen, die sich in Gewalt, Terrorismus und Kriegen äußern. Dennoch wächst das Streben nach dem „Frieden in Gerechtigkeit“. Der Papst sagt, daß ganze Völker leben, leiden und arbeiten für Frieden und Gerechtigkeit. Immer wieder weist er auf den Zusammenhang zwischen Frieden und Gerechtigkeit hin. Ferner gelte es, die unverletzliche Würde eines jeden Menschen neu zu entdecken und entdecken zu lassen. Der Papst schreibt dazu, „daß die personale Würde das kostbarste Gut ist, das der Mensch besitzt. Sie gilt es zu schützen und zu verteidigen oder wieder herzustellen, denn sie ist das Fundament der Gleichheit aller Menschen und auch das Fundament der Teilnahme und der Solidarität der Menschen untereinander.“ Ausdrücklich ruft der Papst auf zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte und der Ehrfurcht vor ihnen. Soldaten, die ihren Verteidigungsauftrag erfüllen, sind damit aktiv in der Verteidigung der Menschenrechte, des Rechtes auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde.

Wir alle werden aufgerufen, Zeugnis zu geben für die Werte des Evangeliums, die auch mit der politischen Tätigkeit verbunden sind: „Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität, Treue und selbstlose Hingabe an das Wohl aller.“ Die Laien sollen „durch die Bekehrung des Herzens, wie durch ein Engagement zugunsten der Wahrheit, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Liebe, die unverzichtbare Fundamente des Friedens sind, Frieden stiften“. Das AMI, wir alle sollten diese Aussagen der Synode dankbar aufnehmen und sie auch in unserer Arbeit verwenden.

Das bedeutet jederzeit, in allen uns zugänglichen Bereichen, die Verteidigung, Förderung von Freiheit und Gerechtigkeit für den einzelnen, die sozialen Gruppen, unsere Glaubensgemeinschaften und die Länder und Völker. Das verlangt Solidarität mit unseren Kameraden, den Familien, den Benachteiligten in unseren Ländern und den Staaten, deren Angehörige unsere Freiheiten und Lebensumstände noch nicht erreicht haben.

Das bedeutet Treue und selbstlose Hingabe an unseren Dienst; unsere Sendung in Kirche und Welt mit dem Ziel der Förderung des Ganzen zum Wohl aller.

Gerade wir als AMI müßten hieraus einen Aufgabenkatalog entwickeln, der uns allen eine Hilfe ist und der dem Soldaten in seinem Selbstverständnis als Diener des Friedens und der Gerechtigkeit in der heutigen Zeit Rechnung trägt.

Die Erhaltung der gewachsenen Strukturen der Laienarbeit war einer der wesentlichen Wünsche der Laien. Alle Befürchtungen und Sorgen dazu waren gegenstandslos, wie der Verlauf der Synode und das Synodendokument ausweisen. Die Förderung und Einrichtung von Diözesan- und Pfarrpastoralräten, die Aufforderung zur Mitarbeit in allen kirchlichen Bereichen und der Verweis auf das Kirchenrecht, in dem die Teilnahme der Laien an den Diözesansynoden und den Partikularkonzilien vorgeschrieben ist, beweisen dies. Die Laien werden in dem bisher Erreichten bestärkt und aufgefordert, dabei noch enger mit ihren Priestern und Bischöfen zum Heil der Menschen zusammenzuarbeiten. Das freie Vereinigungsrecht der Laien wird uneingeschränkt anerkannt. Es wird darauf verwiesen, daß „diese Freiheit ein wirkliches und eigentliches Recht ist, das sich nicht von einer Art Zugeständnis der Autorität ableitet“. Wie es schon das Konzil gefordert hat, schreibt das neue Kirchenrecht den Gläubigen das uneingeschränkte Recht zu, „für Zwecke der Caritas oder der Frömmigkeit oder zur Förderung der christlichen Berufung Vereinigungen frei zu gründen und zu leiten und Versammlungen abzuhalten, um diese Zwecke gemeinsam zu verfolgen“. Für die Zusammenschlüsse der Laien wurden Kriterien der Kirchlichkeit erarbeitet, die auch für Gemeinschaften von Soldaten und das AMI zu beachten sind.

Dies sind vor allem:

- „das Primat der Berufung eines jeden Christen zur Heiligkeit. . .“ Dies bedeutet, daß alle Vereinigungen dazu berufen sind, Werkzeug zur Heiligung in der Kirche zu sein.
- „die Verantwortung für das Bekenntnis des christlichen Glaubens“ zu übernehmen in der Form, daß jede Vereinigung ein Ort der Verkündigung und der Weitergabe des Glaubens auch an die kommenden Generationen sowie der Glaubenserziehung ist.
- „das Zeugnis einer tiefen und überzeugten Gemeinschaft.“ Dies erfordert die uneingeschränkte Anerkennung der Gemeinschaft der Kirche und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen ihren Gliedern.
- „die Übereinstimmung mit der apostolischen Zielsetzung der Kirche, an der sie teilhaben“, also die Anerkennung und Förderung der Mission und der Evangelisierung.
- „die Verpflichtung zu einer engagierten Präsenz in der menschlichen Gesellschaft, die sich im Lichte der Soziallehre der Kirche in den Dienst des Menschen und seiner vollen Würde stellt.“ Es gilt also, Solidarität zu beweisen, um gerechtere gesellschaftliche Lebensbedingungen zu schaffen.

Erfüllen wir in unseren Verbänden diese Kriterien? Wenn ja, wie und in welcher Form erfüllen wir die sich daraus ergebenden Aufgaben?

Zu den Aufgaben, die nun allen Vereinigungen zugesprochen werden, gehört auch die der Erziehung und Ausbildung der Laien. Für das AMI sollte dies bedeuten, in verstärktem

Maße auf die Notwendigkeit und die Form der Erziehung und Bildung in unseren Vereinigungen hinarbeiten. Ich meine, das AMI könnte hier Möglichkeiten aufzeigen und auch Bildungsunterlagen sammeln und verteilen. Bei Seminaren für Multiplikatoren in den Mitgliedsländern könnten über das AMI Interessierte eingeladen werden, um daraus Informationen und Anregungen für ihren Bereich zu gewinnen.

Das Selbstbewußtsein der Laien ist durch ihre Mitarbeit und das Tragen von Mitverantwortung in der Kirche gewachsen. Daher war es nur natürlich, daß von vielen Gremien eine Beteiligung der Laien am Beratungsprozeß über die Stellung der Laien durch repräsentative Vertreter gewünscht wurde. Wie wir alle wissen, wurde diese Teilnahme der Laien in unerwartetem Maße möglich. Durch den Papst wurden 60 Laien, Männer und Frauen, berufen, die nicht nur als Beobachter teilnahmen, sondern in der Synode mitsprachen und Mitverantwortung trugen. Dieser Beitrag ist bei der Abschlußhomilie öffentlich gewürdigt worden: „Wir danken nicht nur dafür, daß wir uns während der Synode an der Teilnahme der Laien erfreuen konnten, sondern mehr noch dafür, daß der Verlauf der Diskussionen uns die Möglichkeiten gegeben hat, die Stimme der Gäste, der Vertreter der Laien aus der ganzen Welt und aus den verschiedensten Ländern zu hören und ihre Erfahrungen, ihre Ratschläge und Vorschläge, die aus ihrer Liebe für die gemeinsame Sendung entspringen, in uns aufzunehmen.“

Wir sollten als Soldaten dankbar zur Kenntnis nehmen, daß erstmals in der Kirchengeschichte auch ein Soldat an einer Bischofssynode teilnahm.

Ist uns das bewußt geworden? Ich bin überzeugt, daß die Mitarbeit der Laien nicht nur in allen Gremien der Kirche, sondern auch bei so wichtigen Ereignissen wie den Bischofssynoden in der Zukunft in geeigneter Form sichergestellt werden wird. Papst und Bischöfe haben den Wert der Beratung durch die Laien erkannt und geschätzt und werden ihn sicherlich für die Zukunft nicht missen wollen. Darauf müssen sich auch die soldatischen Gemeinschaften einrichten und geeignete Vertreter benennen und entsenden können.

Wenn der Versuch gemacht wurde, das Abschlußdokument einer ersten Wertung zu unterziehen, so möchte ich zugleich daran erinnern, daß das Ergebnis der Synode einmal anders gesehen wurde. Erst das Nachsynodale Apostolische Schreiben Papst Johannes Pauls II. über die Bischofssynode 1987 hat zu einer sachlichen Diskussion geführt. Das Ergebnis der Synode ist so reichhaltig, daß noch viele und lange Auswertungen, Besprechungen und dann Umsetzungen notwendig sind, um den Reichtum des Schreibens auszuschöpfen — und dies gilt auch für uns.

Im Schreiben des Papstes wird gesagt: „Dieses Nachsynodale Apostolische Schreiben möchte den Wert und den Reichtum der gesamten Synodenarbeit ins Licht stellen, angefangen von den Lineamenta bis hin zum Instrumentum Laboris, von der einleitenden Relatio bis zu den Beiträgen der einzelnen Bischöfe und Laien und der zusammenfassenden Relatio nach der Diskussion im Plenum, von den Diskussionen und Berichten der ‚circuli minoris‘ bis hin zu den ‚propositiones‘ und der Schlußbotschaft. Darum ist dieses Dokument nicht neben der Synode zu sehen, sondern es ist vielmehr ihr getreuer und kohären-

ter Ausdruck.“ Damit wird auch unsere Arbeit, die der Laien vor und bei der Synode, gewürdigt.

Für uns als Soldaten ergeben sich noch einige beachtenswerte Gesichtspunkte und Aufgaben. So rufen der Papst und die Synode dazu auf, evangelisierend tätig zu werden in allen Bereichen der Politik, des Sozialen und der Wirtschaft, vor allem aber auch in den uns direkt angehenden Bereichen wie in der Familie, der Kinder- und Jugenderziehung und der Berufsarbeit, also in unserem soldatischen Bereich. Wie können wir diese Aufgabe erfüllen?

Im Abschlußdokument werden auch die Christgläubigen angesprochen, die von der ordentlichen Seelsorge nicht erfaßt werden. Dazu zählt der Bereich der Soldaten, in deren besondere Lebenssituation das Wort und die Gnade des Evangeliums hineingetragen werden müssen. Dabei gilt es eine lebendige Synthese zwischen dem Evangelium und den täglichen Pflichten des Lebens zu schaffen. Wie schwierig das in unserem militärischen Umfeld für uns und auch für unsere Familien ist, wissen wir. Aber die Aufgabe bleibt bestehen, und wir müssen uns ihr stellen. Nachdrücklich ruft die Synode die Kirche dazu auf, in einer Welt, in der die Entfernungen immer kleiner werden, darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden und Gruppierungen untereinander Verbindung suchen. Dies gilt natürlich auch und gerade für den Bereich des AMI. Ich möchte allen die Diskussionen der vergangenen Jahre ins Gedächtnis zurückrufen, in denen über die Möglichkeit gesprochen wurde, daß jeder Mitgliedsverband sich einem Land zuwendet, um es beim Aufbau eines katholischen Soldatenverbandes zu unterstützen. Was ist daraus geworden? Wollen wir uns dieser Aufgabe stellen?

Auch im Bereich der Wissenschaft und der modernen Kommunikationsmittel sollen wir tätig werden in „einer umfassenden Verteidigung der Freiheit, der Ehrfurcht vor der personalen Würde und der Festigung der wahren Kultur der Völker durch die entschiedene und mutige Ablehnung jeder Form von Monopolisierung und Manipulierung“. Wo stehen wir auf gegen Sendungen und Publikationen, die schamlos die Würde des Menschen verletzen und jungen Menschen ein falsches Lebensbild vermitteln? Können wir nicht aktiv tätig werden gegen die Zerstörung der Menschenwürde durch Pornographie und gegen zunehmende Gewaltdarstellungen in den Medien?

Ich denke, das AMI muß sich in den nächsten Jahren bewußt den Herausforderungen stellen und mit frischem Mut und Tatkraft die nächste Dekade angehen. Vorrangig ist, daß wir die kirchlichen Kriterien unserer Arbeit beachten, die Würde des Menschen — der Frau ebenso wie des Mannes — in Kirche und Gesellschaft fördern, unsere Verbindung zu den Bischöfen und zum Heiligen Vater festigen und in voller Anerkennung unserer Verpflichtungen unsere Mitverantwortung für diese unsere Kirche übernehmen und unsere Mitwirkung in den Räten des Laienapostolates sicherstellen oder verbessern.

AMI-KONFERENZ 1989

Abschlußkommunique

Rolf Urrisk

Die diesjährige Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) fand in der Zeit vom 30. September bis 3. Oktober unter Vorsitz seines Präsidenten Divisionär Karl Majcen (Österreich) und unter Teilnahme von Delegierten aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Spanien, Portugal, Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika in Toledo (Spanien) statt.

Die Konferenz stand unter dem Motto: „Die Herausforderung der 90er Jahre an den christlichen Soldaten“.

Die Welt erlebt im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhundert und an der Schwelle zum 3. Jahrtausend nach Christus eine tiefgreifende Veränderung auf allen Gebieten. An die Christen wird dies eine beachtliche Herausforderung stellen, wollen sie der Aufforderung des Hl. Vaters, mit dem dieser sein nachsynodales apostolisches Schreiben „Die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ einleitet, gerecht werden.

Unter anderem heißt es hier: „Die Laien müssen in dieser herausfordernden und dramatischen Stunde der Geschichte den Ruf Christi vernehmen, in seinem Weinberg zu arbeiten.“

Durch den geistlichen Assistenten des AMI Prof. Dr. Martinez (Spanien), den spanischen Delegierten General Puente und den Leiter der deutschen Delegation Oberstleutnant Bringmann wurden hierzu grundsätzliche Stellungnahmen ausgearbeitet und vorgetragen.

Sie umfaßten eine Darstellung der gegenwärtigen Lage, der Berufung des Soldaten allgemein, der Möglichkeiten der Weitergabe der christlichen Botschaft speziell in den Streitkräften sowie einen Ausblick in die Zukunft. Aufgezeigt wurden aber auch die Schwierigkeiten, denen christliche Soldaten bei der Erfüllung ihres pastoralen Auftrages ausgesetzt sind.

In würdiger Form schloß sich an diese Ausführungen die Predigt des Militärbischofs von Spanien, S.E. Erzbischof Jose Manuel Estepa-Laurenz, an, der vor allem auf die zunehmende Gefährdung der Beziehung zwischen Kultur und Religion hinwies und die Delegierten aufrief, Hüter dieser Beziehung zu sein.

Ergänzend dazu berichtete Oberstleutnant Trost (Deutschland), der vom Hl. Vater zu einem der 60 Auditoren bei der a. o. Synode über „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ bestellt wurde, über das Ergebnis dieser Synode. Dabei wurde vor allem die Vielfalt der Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Laien ihrer Berufung gerecht werden können.

Für den Soldaten bedeutet dies, neben seinem persönlichen Bekenntnis — zum Beispiel in der gelebten, christlich bestimmten Kameradschaft — die aktive Arbeit für den Aufbau und Ausbau der Kirche unter den Soldaten.

Obstl. Trost ließ aber auch nicht die umfangreichen Vorarbeiten unerwähnt, die vom AMI als Organisation, aber auch von dessen Mitgliedern als Teile der Ortskirchen geleistet wurden.

Als besonders symbolhaft darf das Treffen mit der Konferenz der amerikanischen Militärbischofskonferenz (CELAM) gesehen werden, das am 2. Oktober in Madrid stattfand.

Gerade die Soldaten in den Streitkräften der lateinamerikanischen Länder erwarten sich eine Hilfestellung bei ihrer pastoralen Tätigkeit und Handreichungen für den Aufbau von Laienorganisationen in den Streitkräften. Das intensive Gespräch mit den Militärbischöfen und die Annahme einer Einladung an CELAM, 1990 einen Vertreter zur AMI-Konferenz nach Wien zu entsenden, geben große Hoffnung auf eine gedeihliche, brüderliche Zusammenarbeit zwischen christlichen Soldaten verschiedener Kontinente, aber unter voller Respektierung der kulturellen und politischen Eigenheiten der einzelnen Länder.

Ein breiter Raum wurde bei der Konferenz der Aufbereitung des Leitthemas in Arbeitsgruppen und dem Austausch von Erfahrungen gegeben. Gerade dieser Austausch soll Impulse für die weitere nationale Arbeit geben.

Die diesjährige Konferenz ist aber auch in Zusammenhang mit der kommenden Konferenz, die 1990 in Wien stattfinden wird, zu sehen.

Diese Konferenz, bei der u. a. des 25jährigen Bestehens des AMI und der 5jährigen Zugehörigkeit zur Konferenz internationaler katholischer Organisationen (OK) gedacht werden darf, wird unter dem Motto „Gehet und bringt den Frieden — Verwirklichung des Friedensgebotes im täglichen Leben des Soldaten“ stehen.

Aufbauend auf den grundsätzlichen Überlegungen dieser Konferenz in Toledo, sollen in Wien konkrete Anregungen für das Wirken des Soldaten in der Kaserne, in der Freizeit, in der Familie und in der Ortskirche erarbeitet werden, damit er auch im Alltag als Diener des Friedens wirken kann. Die Delegierten wollen sich dabei aber auch mit dem Problembereich „christlicher Soldat und Pazifismus“ und der „Rolle der Frau als Soldat und als Frau eines Soldaten“ auseinandersetzen.

Als weltlicher Höhepunkt und in Dankbarkeit gegenüber dem Gastgeberland dürfen der Empfang bei S. M. dem König von Spanien, Juan Carlos, als dem letzten apostolischen Regenten und dem Vizestaatssekretär im Verteidigungsministerium mit Freude erwähnt werden.

Die bei beiden Besuchen zum Ausdruck gekommene Wertschätzung für die Arbeit der Militärseelsorge und des Laienapostolates in den Streitkräften nehmen die Delegierten als weitere Bekräftigung für die Arbeit in ihren Streitkräften mit nach Hause.

Aus der nahen und fernen Welt

Sowjetsche Soldaten-Gewerkschaft

Joachim Georg Görlich

Seit Kürze gibt es in der UdSSR einen „Verband aktiver und ehemaliger Berufssoldaten“ mit der Bezeichnung „Tartscha“ (Der Schild). Er ist sozusagen die erste Soldatengewerkschaft innerhalb der Streitkräfte des Warschauer Paktes. Sie umfaßt inzwischen mehr als 500 aktive Mitglieder, die ständig von sich reden machen. Der höchste Dienstgrad eines Mitgliedes ist der eines Divisionskommandeurs. Hauptgründer ist der Oberstleutnant Witalij Urasschtew, den man bald vorzeitig in den Ruhestand geschickt hat. Gründungsmitglied ist der greise 83jährige Generalleutnant a. D. Matrij Schaposchnikow, der sich bereits 1962 weigerte, den Schießbefehl auf demonstrierende Arbeiter in Nowotscherkask zu geben. Ein weiteres führendes Mitglied von „Tartscha“ ist Generalmajor Kim Segolowew, der wegen eines kritischen Artikels in der Moskauer Illustrierten „Ogoniok“ umgehend seinen Dozentenposten an der bekannten Frunse-Militärakademie verlor, ebenso vorzeitig pensioniert und aus der KPdSU gefeuert wurde.

Unterstützt wird die Gewerkschaft von der „Interregionalen Deputiertengruppe“ des Obersten Sowjets, mit den Reformkräften Prof. Dr. Andrej Sacharow, Boris Jelzin und Jurij Afanasjew an der Spitze.

Kritik an den Zuständen innerhalb der Armee seitens dieser Gewerkschaft war u. a. auch in den Moskauer „Nowosti“ (Nachrichten) nachzulesen und im kritischen Moskauer TV-Magazin „Sglad“ (Betrachtung) zu hören.

Kritisiert werden die miserablen Lebensbedingungen in der Armee. So müssen sich mancherorts sogar Offiziere der ansonsten privilegierten Luftwaffe mit ihren Familien in Wellblechbaracken herumdrücken. Bereitschaftsdiensttuende Luftwaffenoffiziere müssen sich öfter zu zweit ein Bett teilen. Der Durchschnittsmonatssold eines Offiziers beträgt zwischen 200 und 300 Rubel. Das ist nach Meinung von „Tartscha“ wenig, so daß alle Offiziersfrauen mitarbeiten müssen. Dies nicht selten in untergeordneten Positionen als Küchen- und Putzhilfen. Was bei den Truppen im Ausland sogar auf Akademikerinnen zu trifft.

Die Abfindungen beim Verlassen der Armee sind viel zu gering, Umschulungen für einen Zivilberuf gibt es nicht. Und dieses Thema wird gegenwärtig immer aktueller, meint „Tartscha“, da ja eine enorme Truppenreduzierung von ca. 500 000 Soldaten begonnen hat und die Grenztruppen gar um 90 Prozent reduziert werden sollen.

Große Sorge bereiten „Tartscha“ die Afghanistan-Veteranen. Einerseits sind sie meist unterversorgt, andererseits verstärken sie zunehmend die Kader krimineller Banden.

Es fehlt jedoch keineswegs ein politisches Credo: „Tartscha“ fordert die Entideologisierung und die Entpolitisierung der Armee. Die Soldaten sollen ungehindert ihren religiö-

sen Anschauungen huldigen können (in Polen sieht man neuerdings schon sowjetische Berufssoldaten und ihre Familien beim Gottesdienst in den orthodoxen Kirchen, vor allen Dingen in Schlesien). Schließlich heißt es im Grundsatzprogramm von „Tartscha“: Die Armee dürfe nie wieder, weder im In- noch im Ausland, gegen das Volk eingesetzt werden. . .

Die Armeeführung wehrt sich dagegen, der Gewerkschaft ihr Plazet zu geben.

In Polen verfügen oppositionelle Offiziere bereits über ein eigenes Organ (Reduta). Jedoch konnten sie bisher noch nicht eine eigene Interessengruppe gründen und diese registrieren lassen.

Folter und Verbrechen im Namen der Freiheit

Das doppelte Gesicht des Sam Nujoma

Karl Breyer

Die Unabhängigkeitsbestrebungen Afrikas haben im Laufe der letzten vierzig Jahre vielen zweitrangigen Persönlichkeiten die Chance gegeben, im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit zu erscheinen. Namen wie Francisco Macias Nguema in Äquatorial-Guinea, Master-Sergeant Samuel Kanaan Doe in Liberia, Fliegerleutnant Jerry Rawlings in Ghana, Sergeant Jean Bedel Bokassa aus Zentralafrika und der Boxmeister im Schwergewicht Idi Amin Dada gehören schon fast zur vergessenen Geschichte Afrikas, obwohl ihre Untaten weniger als ein Menschenleben zurückliegen. Achselzuckend hat die zivilisierte Welt die Morde, die Massaker, die Hinrichtungen politischer Gegner und sogar den Kannibalismus eines Feldmarschalls und eines selbsternannten Kaisers akzeptiert, übersehen, vertuscht. Fast beschönigend hat man von den Geburtswehen und Kinderkrankheiten des Kontinents gesprochen und ist zur Tagesordnung übergegangen.

In den selbstgegrabenen Erdlöchern der SWAPO-Gefangenen in Angola ist nun eine Generation schwarzer Intellektueller herangereift, die sich gegen die Tyrannei der Ungebildeten und Analphabeten zur Wehr setzt. Die grausamen Folterungen und Mißhandlungen, die von der Führungsspitze der Guerilla-Organisation angeordnet und teilweise sogar persönlich durchgeführt wurden, haben plötzlich den Widerstandswillen der unschuldigen Opfer geweckt und bewirkt, daß Dummheit, Ignoranz und instinktloses Verhalten entlarvt wurden. Die SWAPO-Führung steht jetzt mit heruntergerissener Maske vor der Weltöffentlichkeit.

Über Jahre hinweg war es den Vereinten Nationen und vielen liberalen Politikern der westlichen Welt möglich, dem Alleinvertretungsanspruch der SWAPO das notwendige Rückgrat zu geben und die Organisation und ihren Führer Sam Nujoma vor jeder Kritik zu schützen. Herabsetzende Bemerkungen wurden von vorneherein als die schmutzige Arbeit südafrikanischer Agenten abgetan. Als bei einem Besuch des Europa-Parlaments in Straßburg zwei Mütter verschollener SWAPO-Leute um Auskunft über den Verbleib ih-

rer Kinder baten, schlug Sam Nujoma der einen Frau ins Gesicht und drohte beiden unmißverständlich mit der Abrechnung in einem befreiten Namibia. Der Zwischenfall wurde weitgehend heruntergespielt und schließlich sogar als „erfunden“ abgetan. Der Kirchenrat Namibias — dem die anglikanische, die lutheranische und die katholische Kirche angehören —, als „religiöser Arm der SWAPO“ bezeichnet, benutzte jedes Mittel der Propaganda, um das „Image der Befreiungsorganisation“ für die Außenwelt ungetrübt zu erhalten.

Es ist dem unermüdlichen Wirken des „Elternkomitees“ in Windhuk und vor allem dem 35jährigen Phil Ya Nangoloh zu verdanken, daß nunmehr die Verbrechen der SWAPO angeprangert und der Öffentlichkeit dargelegt werden konnten. Sam Nujoma selbst muß zum ersten Mal in seinem Leben Verantwortung ablegen. Erschütternd sind die Aussagen zahlreicher SWAPO-Gefangener, die dem Elternkomitee vorliegen und die auch bei dem Menschenrechtsforum in Bonn im August zur Sprache kamen. Unschwer lassen die Erklärungen der Opfer erkennen, daß es sich durchweg um eine äußerst gebildete Oberschicht innerhalb der Guerilla-Organisation handelt, die von den weniger Gebildeten beseitigt werden sollte.

Aus einigen Fällen geht das deutlich hervor. So war der 54jährige Japhet Isaack am UN-Institut für Namibia in Lusaka ausgebildet worden. Er war als stellvertretender Beobachter der SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York vorgesehen, ehe er verhaftet wurde. Isaack legte ein falsches Geständnis ab, indem er erklärte, südafrikanischer Spion zu sein. Von 1986 bis Juli 1989 wurde er in verschiedenen Erdlöchern festgehalten. Riundja Ali Kaakunga, 39 Jahre alt, war acht Jahre Mitglied des Politbüros. Dann beschuldigte man ihn ebenfalls, ein südafrikanischer Spion zu sein. Er verbrachte zwei Jahre in Einzelhaft in einem Erdloch. Sary Eises studierte nach ihrer Flucht aus Namibia drei Jahre lang Journalismus in Bukarest und war dann Rundfunksprecherin beim Radiosender der SWAPO. 1986 wurde sie verhaftet und gezwungen, ein Geständnis abzulegen. Nachdem sie wiederholt gefoltert worden war, unterschrieb sie schließlich, um ihr Leben zu retten.

Weit weniger glücklich war der 35jährige Kally Shafoolik der in Sambia unermüdlich die schweren Menschenrechtsverletzungen der Organisation in den Lagern und Gefängnissen anklagte, zwei Jahre festgehalten und immer wieder mit dem Tode bedroht wurde. Er erhielt schließlich ein Visum für Kanada, wurde jedoch am 14. Mai 1988 von einem Todeskommando der SWAPO am Eingang des Makeni-Flüchtlingslagers bei Lusaka niedergeschossen. Die vier an der Mordaktion beteiligten Funktionäre sind namentlich bekannt. Die brutalen Aktionen der SWAPO hatten — wie Phil Ya Nangoloh es in einem Gespräch deutlich formulierte — nur ein Motiv: Die Erhaltung der Stammeshegemonie und die Verhinderung der Beherrschung der ungebildeten und weniger intelligenten Kader durch die Intellektuellen. „Wer als Nama, Damara oder Herero sich der Organisation anschloß, wurde meist schon allein deswegen von den Ovambos als Spion bezeichnet, eingesperrt und gefoltert, bis er ein Geständnis unterschrieb,“ sagt der Aktivist Nangoloh. „Sam Nujoma ist ein Mann,“ so meint der ehemalige Gefangene, „der von seinem primitiven Stammesdenken beeinflusst wird und außerdem jeden Menschen mit einer gewissen

Ausbildung haßt. Er ist ein vorprogrammierter Mensch, ohne jede intellektuelle Disziplin, unkultiviert und nur mangelhaft ausgebildet. Als zukünftiger Präsident eines neuen Namibia dürfte er eine Katastrophe sein.“ Britische Zeitungskorrespondenten im südlichen Afrika vergleichen inzwischen die SWAPO mit dem mörderischen Pol-Pot-Regime in Kambodscha. Andreas Graf Razumovsky, der frühere Südafrika-Korrespondent der FAZ, behauptete bereits 1980, daß Sam Nujoma auch von anderen afrikanischen Politikern so eingestuft wird, auch innerhalb der SWAPO. Ein einheimischer schwarzer Politiker warnte damals den FAZ-Journalisten: „Natürlich kann die SWAPO immer noch und jederzeit jene alleinige Macht über das Ovamboland ergreifen, die sie anstrebt. Dann nämlich, wenn dieses Land dem totalen Terror überlassen wird, wenn hier eine kambodschanische Situation eintritt. . . Wenn es innerhalb der SWAPO Wahlen gäbe, wäre er längst von der Bildfläche verschwunden. . .“

Sam Nujoma gehört mit zur alten Garde der Überlebenden der Neuzeit des Kontinents. Er hat die ersten Unabhängigkeitsbemühungen eines Kwame Nkrumah in Ghana, eines Yomo Kenyatta in Kenia, des bei einem Putsch ermordeten Sir Abubakar Tafawa Balewa in Nigeria und den Tod Patrice Lumumbas noch als geschichtliches Ereignis des modernen Afrikas erlebt. Am 12. Mai 1929 wurde er in Ongandjera im Ovamboland geboren. Er besuchte eine finnische Missionsschule und später die St. Barnabas-Schule in Windhuk. Danach betätigte er sich als Eisenbahnarbeiter, wo er zum ersten Mal mit der Politik konfrontiert wurde. Zusammen mit dem jetzigen Generalsekretär Herman Toivo Ya Toivo und seinem erbitterten Gegner Andreas Shipanga, den er 1976 in Lusaka verhaften und später nach Tansania bringen ließ, gründete Nujoma die Ovamboland People's Organisation, die später mit Hilfe des Professors Dr. Mburumba Kerina, dessen wirklicher Name Eric William Getzen ist, und der kein abgeschlossenes Hochschulstudium hat, in South West African People's Organisation umgetauft wurde. Die Umbenennung erfolgte, um den starken Stammeseinfluß der Ovambos zu tarnen. Kerina wurde ihr erster Führer, später jedoch ausgeschlossen und aus Bechuanaland (heute Botswana) ausgewiesen. Kerina hat in manchen Kreisen den Ruf eines Hochstaplers.

Den SWAPO-Kadern gelang es, unter Führung Nujomas, mit einer intensiven Propagandamaschine der Welt einen Krieg vorzugaukeln, der in Wirklichkeit nicht existierte. Unter der Schlagzeile „Ein historischer Tag“ berichtete das Organ „Namibia Today“ in seiner ersten Ausgabe, daß die SWAPO am 26. August 1966 den bewaffneten Kampf begonnen habe und nunmehr „den stärksten, rassistischen, faschistischen Staat auf dem afrikanischen Kontinent zum ersten Mal in der modernen Geschichte mit dem Gewehr herausfordert. 15 feindliche Soldaten starben in dieser ersten Begegnung.“ Dann wurde über Jahre hinweg behauptet, die Krieger Nujomas kämpften von Stützpunkten („Befreites Territorium“) in Namibia aus. Das war gelogen, aber vorab, die Vereinten Nationen und der Weltkirchenrat ließen sich gerne zum Narren halten. Die Bilanz, die man 23 Jahre später ziehen kann, ist die, daß die SWAPO die „am wenigsten erfolgreiche Befreiungsbewegung der Welt“ ist. Sie hat nicht einen einzigen Quadratmeter namibischen Bodens besetzen können. Bei den Friedensgesprächen zwischen Südafrika, Kuba und Angola wurde über

den Kopf der SWAPO hinweg und ohne deren Teilnahme verhandelt. Sam Nujoma selbst kehrte nach 33 Jahren aus dem Exil zurück. Mehr als zwanzigtausend Menschen starben in der blutigen Auseinandersetzung mit der südafrikanischen Armee. Die Kämpfe spielten sich ausschließlich auf dem Hoheitsgebiet Angolas ab.

Die Einzelheiten der Berichte der Gefangenen Sam Nujomas sind so unvorstellbar, daß man sie kaum glauben kann. Aber es ist sicher, daß der SWAPO-Führer persönlich informiert war. Einer seiner besten Freunde, Solomon Auala, einer der Kommandeure der PLAN-Armee (PLAN=People's Liberation Army for Namibia), der von den Häftlingen als der Henker von Lubango bezeichnet wird, hat ihm entsprechend Bericht erstattet. Die Erdhöhlen, die die Größe eines mittleren Zimmers hatten, mußten von den Gefangenen selbst gegraben werden. Die Einstiegsöffnungen wurden mit Wellblech und Gestrüpp zugedeckt, so daß sie selbst aus nächster Nähe nicht zu erkennen waren. Als Delegationen des Roten Kreuzes und der lutherischen Kirche die Lager besichtigten, zeigte man ihnen die leerstehenden Gefängnisse. Sie konnten ahnungslos berichten, daß die SWAPO keine politischen Gefangenen hat.

In den Erdlöchern wurden bis zu 36 Personen festgehalten, die jeweils nur ein Hemd und eine Unterhose besaßen, die niemals gewaschen oder gewechselt wurden. Blechkanister dienten als Toiletten, die jeden Morgen geleert werden mußten. Einmal in drei Monaten gab es Gelegenheit, sich zu waschen. Ansonsten gab es Wasser nur als Getränk. Das Essen bestand aus Reis oder Maismehl, ohne Gewürze. Es gab regelmäßig Prügel, vor allem dann, wenn die Wachen betrunken waren. Frauen und Mädchen wurden willkürlich vergewaltigt. Kinder wurden in den Erdhöhlen ohne jede ärztliche Betreuung geboren. Ab einem gewissen Alter wurden die Kinder — vor allem wenn sie die Folge einer Vergewaltigung waren — weggeholt. In manchen Fällen wurde mit spitzen Gegenständen, die in das Geschlechtsteil der Frau eingeführt wurden, eine Fehlgeburt forciert. Auch Männern steckte man spitze Stöcke in den After. Manche Häftlinge lebten und überlebten sechs und acht Jahre in diesen Höhlen.

Der frühere SPIEGEL-Korrespondent in Nairobi, Erich Wiedemann, und ich trafen Sam Nujoma auf der Konferenz der Organisation für afrikanische Einheit in Khartum. Wiedemann fragte am Schluß eines ausführlichen Interviews: „Machtübernahme durch die SWAPO?“ Nujoma antwortete: „Ja, natürlich. Wir haben gekämpft. Uns steht die Macht zu. Und wir werden die Macht mit niemandem teilen.“ Frage: „Dann ist also das Abkommen von Luanda für Sie nichtig?“ Nujoma: „Das ist Ihre Interpretation.“ Frage: „Wollen Sie Wahlen oder nicht?“ Nujoma: „Sie interpretieren schon wieder.“ SPIEGEL: „Dann sagen Sie Ihre Interpretation.“ Nujoma: „Wir werden mit der Waffe in der Hand bis zum endgültigen Sieg weiterkämpfen.“

Die SWAPO-Führer haben in den letzten Monaten widersprüchliche Aussagen gemacht, was sie zu tun gedenken, wenn sie an die Macht kommen werden. Einerseits sagen sie, daß es bei einer freien Marktwirtschaft bleibt, daß man die Weißen nicht vertreiben will und daß nun die Zeit der Versöhnung gekommen sei (auch mit den ehemaligen Häftlingen).

Die anderen aber drohen unmißverständlich mit der Verstaatlichung, mit der Enteignung und mit der Zulassung von Stützpunkten des African National Congress. Und immer wieder behaupten sie, ihre Aktionen, die sie Befreiungskampf nennen, seien vergleichbar, wenn nicht sogar identisch mit dem Widerstand gegen die Nazis in den von Hitler besetzten Ländern. Den Unterschied, nicht nur in der Zielsetzung, sondern auch in der Methode zu beweisen, fällt nicht schwer. Die Résistance hat nie und nirgendwo unschuldige Frauen und Kinder ermordet ganz und gar im Gegensatz zu den Nazis. Als am 4. Juni 1942 tschechoslowakische Guerillas auf offener Straße in Prag Hitlers Statthalter Reinhard Heydrich erschossen, äscherten die Nazis das Dorf Lidice ein, mordeten Männer, Frauen und Kinder. Das Blutbad von Oradour bietet ein ähnliches Beispiel. Wer die authentischen Terroristen waren, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Die Résistance hat im Gegensatz zur These Sam Nujomas und seiner Freunde den Terrorismus bekämpft, sie hat aber nie und nirgendwo Farmen und Kindergärten überfallen, unschuldige Menschen in Erdlöchern unter menschenunwürdigen Umständen verkommen lassen und Zivilisten ermordet.

Einer der Bewunderer Sam Nujomas, der südafrikanische Journalist Allister Sparks, schildert den SWAPO-Führer jetzt in der englischen Zeitung „The Observer“ folgendermaßen: „Er ist nur armselig ausgebildet und seine Gedanken sind nicht klar formuliert. Er spricht ruckweise, mit einer erhöhten Stimme und tendiert dazu, lange Passagen klischeeartiger Rhetorik abzuspuhlen, in denen sich wenige originelle Gedanken oder abgemessene Nuancen und so gut wie keine Analyse der Situation befindet. . . Er strahlt wenig Wärme oder irgendwelche Gefühle aus. . .“ Sparks zitiert dann einen westlichen Beobachter, der zu der Schlußfolgerung gekommen war: „Nujoma denkt nicht strukturell und nicht begrifflich. Er verliert sich in Einzelheiten, die sehr oft auch noch falsch sind.“ Der ARD-Reporter Cornelius Bormann beurteilte Nujoma so: „Seine Intelligenz ist nicht so eigenwillig, aber man muß jetzt schon mit ihm rechnen, damit später nicht das Erstaunen groß ist.“

In der sozialistischen Zeitung „Vorwärts“ schrieb Christian Graf von Krockow einmal: „Terroristen jeden Vorzeichens sind entlassene Paradieseskinder, welche die Idylle erobern wollen, die sie als eine konservative Lebenslüge vordergründig ebenso durchschaut, wie eben damit — im Selbsthass, in der Rebellion gegen ihre Herkunft — tief verinnerlicht haben.“ Und der französische Schriftsteller Albert Camus sagte: „Es gibt zwei Typen von Terroristen, der eine tötet einmal und zahlt dafür mit seinem eigenen Leben, der andere rechtfertigt tausend Morde und läßt sich dafür ehren und feiern.“ Es ist mehr als fraglich, ob die Bürger Namibias Sam Nujoma als ein Paradieseskind sehen. Genauso fraglich ist heute, ob der Führer der SWAPO jemals die in seinem Namen begangenen Morde rechtfertigen kann und in Windhuk als Präsident eines neuen afrikanischen Staates gefeiert werden wird.

Die Herbstkonferenz 1989 der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS)

Michael Haubl

Im Bildungshaus Schloß Johnsdorf — in der Nähe von FEHRING — fand vom 6. bis zum 9. November die diesjährige Herbstkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten statt, an der etwa 50 Delegierte — Angehörige der AKS und ihre Militärseelsorger — teilnahmen. Als Gäste waren der Ehrenbundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberst i. G. Georg HEYMEN, und aus MÜNCHEN Oberstleutnant Dipl.-Ing. HAFENEDER zur Konferenz gekommen.

Die AKS-Herbstkonferenz war im Bereich Organisation durch die Wahl des Präsidiums und inhaltlich durch die erste Beschäftigung mit dem Jahresthema für 1990 „Gehet und bringt den Frieden — Verwirklichung des Friedensgebotes im täglichen Leben des Soldaten“ bestimmt.

Erstmals vertrat Militärdekan Karl GINDL in seiner neuen Funktion als Militärgeneralvikar den Herrn Militärbischof Dr. Alfred KOSTELECKY auf einer AKS-Konferenz und legte seine Überlegungen für die gemeinsame Arbeit der Militärseelsorge und der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten dar. Ein Schwergewicht des Militärordinariates wird in der Vorbereitung der seelsorglichen Betreuung der Soldaten des Milizheeres liegen — wie dies der Herr Militärbischof auch durch die Ernennung des Armeepfarrers, Militärdekan Monsignore Rudolf SCHÜTZ, zum Bischofsvikar für das Milizwesen, deutlich gemacht hat. Der Herr Militärgeneralvikar wies in seiner Darstellung auf seine Erfahrungen als Seelsorger im UN-Einsatz hin — ein längerdauernder Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze würde für die eingesetzten Soldaten eine sehr ähnliche Situation schaffen.

Da die Amtszeit der Mitglieder des Präsidiums dem Statut gemäß zu Ende gegangen ist, waren im Rahmen dieser Konferenz der Präsident, der erste und der zweite Vizepräsident durch den Hauptausschuß neu zu wählen. Daß im Ergebnis dieser Wahl keine personellen Veränderungen stattgefunden haben, darf als Bestätigung der bisher vertretenen Linie angesehen werden.

Das Präsidium wird sich — nach Bestätigung durch den Herrn Militärbischof — wie folgt zusammensetzen:

Präsident:

Divisionär Karl MAJCEN,
Militärkommandant von WIEN

Erster Vizepräsident:

Brigadier Mag. Dr. Franz ECKSTEIN,
Leiter der Personalabteilung B im BMLV

Zweiter Vizepräsident:

Vizeleutnant Erich HANSMANN,
Militärkommando VORARLBERG

Geistlicher Assistent:
Militärdekan Msgr. Rudolf SCHÜTZ,
Bischofsvikar und Ordinariatskanzler, Armeepfarre
Generalsekretär:
Oberst dG Rolf URRISK,
Ausbildungsabteilung 2 im Armeekommando

„Gehet und bringet den Frieden — Verwirklichung des Friedensgebotes im täglichen Leben des Soldaten“ lautete der Titel des Impulsreferates von Oberst dIntD Dr. Kurt LANDL. Dieser Vortrag war die erste Beschäftigung mit dem Jahresthema für 1990. In Arbeitsgruppen wurden verschiedene Zugänge zur Verwirklichung dieses Auftrages im täglichen Leben diskutiert.

Die Beschäftigung mit diesem Thema ist Teil der Vorbereitung der Konferenz des Apostolat Militaire International im Herbst 1990 in WIEN. Inhaltlich fügt es sich aber auch in die Überlegungen, wie der angekündigte Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe umzusetzen ist.

Oberst Herbert PUNZ vermittelte in einem Referat einen Überblick über die österreichische Beteiligung am „Friedenskonzil in BASEL“ und über den aktuellen Stand der Vorbereitung des internationalen Treffens in SEOUL im Jahr 1990, an dem — soweit derzeit bekannt — sich der Vatikan nicht mehr offiziell beteiligen wird.

Allein das Zustandekommen des Treffens der europäischen Kirchen in BASEL ist zweifelsohne als ein wichtiger Schritt in den ökumenischen Bestrebungen zu werten. Der Gedanke von Carl Friedrich von WEIZSÄCKER, daß die Kirchen in den Fragen der Sicherung des Friedens und der Erhaltung der Umwelt gemeinsam ihre Autorität einsetzen sollten, ist in der Realisierung des Treffens in BASEL leider nicht voll verwirklicht worden.

Letztlich müssen aus der uns übertragenen Verantwortung als Soldaten aber auch Bedenken gegen so manche — wenn auch gutgemeinte — Schlußfolgerungen und Lösungsvorschläge geltend gemacht werden. Dies insbesondere dann, wenn sie aus offensichtlich unrichtigen Analysen und Beurteilungen entstanden sind.

Damit soll aber nichts gegen Vision und prophetische Rede gesagt werden.

Die Nähe des historischen Schlachtfeldes bei ST. GOTTHARD-MOGERSDORF von 1664 bot Gelegenheit, dieses Ereignis im Rahmen eines militärhistorischen Vortrages zu würdigen. Der stellvertretende G3 des Korpskommandos I, Oberstleutnant dG PERNITSCH, stellte in wirklich hervorragender Weise die Vorgeschichte, den Verlauf der Schlacht und ihre Bedeutung dar.

Die Teilnehmer konnten die Bewegungen des kaiserlichen Koalitionsheeres unter MONTECUCCI und des türkischen Heeres unmittelbar im Gelände nachvollziehen, auch wenn heute einiges gegenüber dem Zeitpunkt der Schlacht wohl anders ist.

Die zeitgenössische Schilderung der entscheidenden „Lagebesprechung“ verdichtete das Bild dieser Schlacht.

Ein Rückblick auf die AKS-Herbstkonferenz des Jahres 1989 schließt notwendig das Gedenken an zwei Menschen ein, die der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten von Anfang an verbunden waren und vielen ihrer Mitglieder besonders nahestanden: Es waren dies unser im August verstorbener Militärgeneralvikar Prälat Josef LEBAN und Oberst Erwin HEBAUS, von dem sich die Teilnehmer der AKS-Herbstkonferenz am Donnerstag, dem 9. November, am Stadt-Friedhof von EISENSTADT verabschieden mußten.

Zwischen Chaos und Reform

Karl Breyer

Südafrikas Wahlkampf — der dritte in dieser Dekade — gehört der Vergangenheit an. Bei diesem Schlagabtausch um ein „neues Südafrika“ errang die regierende Nationale Partei erneut die Mehrheit gegenüber der jungen Demokratischen und der Konservativen Partei. Trotzdem wurde deutlich, daß der „Eisberg der Macht“, wie Kritiker die Nationale Partei, den monolithischen Block des Burentums, beschrieben haben, sich weiterhin gespalten hat. Nachdem die Nationale Partei seit 41 Jahren ununterbrochen regiert, zeigen sich jetzt Ermüdungserscheinungen. Von einer weißen Einheit kann keine Rede mehr sein. Statt dessen bietet heute die politische Landschaft Südafrikas ein Kaleidoskop irreführender Auffassungen, Stimmungen, Meinungen und politischer Ansichten, die von den radikalen Linken bis zu den Rechtsextremisten reichen.

Der seit Jahrzehnten geführte Feldzug zur Beseitigung der zur Sünde erklärten Apartheid, der vereinfacht und von vielen Medien ununterbrochen der öffentlichen Meinung eingeheimmert wurde, hat die Buren unsicher gemacht und läßt die heutigen Reformpläne merkwürdig hohl klingen. Das bisherige Programm wurde bis zum Torso verstümmelt. Geblieben ist ein Fünfjahresplan, der ohne Verzicht auf die Rassentrennung eine Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ankündigt. Unterhalb des Kabinetts sollen die Vertretungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre „eigenen Angelegenheiten“ regeln. In den kommenden fünf Jahren will die Nationale Partei für die endgültige Abschaffung der Rassendiskriminierung bei öffentlichen Einrichtungen wie Parks, Schwimmbädern und Stränden sorgen. Der Schulunterricht soll dagegen auch in Zukunft getrennt bleiben.

Das Programm kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, schwarze Politiker zu finden, die bereit sind, auf dieser Basis mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die wichtigsten Führer der städtischen Schwarzen scheinen jedoch nicht an einer „Kollaboration“ interessiert zu sein. Sie lehnen entweder die Ideen ab oder fürchten die rächende Hand der ANC-Mordkommandos, die nicht an einen Ausgleich denken, sondern eine bedingungslose Machtübergabe an die „schwarze Volksmehrheit des südafrikanischen Einheitssta-

tes“ fordern. Kenner der Lage wissen, daß diese Forderung nur durch eine blutige Revolution verwirklicht werden kann. Die Versuche des ANC, durch Aufstände und Terroranschläge das „Land in Flammen aufgehen“ zu lassen, scheiterten. Tausende Schwarze und sechs Weiße mußten die Befehle des ANC, der von seinem Exil in Lusaka aus operiert, mit dem Leben bezahlen. Mit der Gründung der demokratischen Massenbewegung (Mass Democratic Movement), die durch zivilen Ungehorsam, durch Streiks und Massendemonstrationen die Weltöffentlichkeit weiterhin gegen die weiße Regierung mobilisieren will, hat sich der Kampf erneut auf die Straße verlagert.

Nach seinem Amtsantritt sorgte der neue Staatspräsident Frederik Wilhelm de Klerk zunächst für einige verwirrende Überraschungen. Die Tatsache, daß er die Massendemonstrationen trotz der bestehenden Gesetze und entgegen den Auffassungen der Sicherheitsstreitkräfte genehmigte, brachte ihm jedenfalls im Ausland die erste Anerkennung, im Inland aber keineswegs den erhofften Erfolg bei den Radikalen. Auch die Freilassung von acht namhaften Sicherheitsgefangenen, die sich sofort fast ausnahmslos zur Fortsetzung des „bewaffneten Kampfes“ und zu den Zielen eines revolutionären sozialistischen Marxismus bekannten, war kein Durchbruch. Selbst Gespräche mit den Befreiungstheologen Erzbischof Desmond Tutu, Pfarrer Dr. Allan Boesak und dem Generalsekretär des Kirchenrats Frank Chikane machten wenig Eindruck. Der African National Congress und die Kommunistische Partei, die seit den fünfziger Jahren verboten sind, zeigen deutlich und unmißverständlich ihre Fahnen. Innerhalb der Polizei und der Sicherheitsstreitkräfte wächst die Unruhe. Viele Weiße sind mehr denn je verunsichert. Auch in der neugegründeten Demokratischen Partei zeigen sich bereits die ersten Erosionserscheinungen. Es ist unklar, ob diese Politik des Lavierens zum Erfolg führt.

Die am 8. April dieses Jahres gegründete „Democratic Party“, die ihre Anhänger vor allem unter den Liberalen der ehemaligen Progressiven findet, wird von einem merkwürdigen Dreigespann geführt. Die neuausgebrochenen Querelen und Zankereien um die Führungsspitze, die aus dem äußerst aggressiven ehemaligen Botschafter Südafrikas in London Dennis Worall, dem fast harmlosen Progressiven Zach de Beer und dem ehemaligen Parlamentarier der Nationalen Wynand Malan besteht, hat bisher die Wähler enttäuscht. Der Kampf innerhalb der Partei spielt sich zwischen Buren und Engländern ab und erinnert etwas an den Burenkrieg, der am 12. Oktober vor genau 90 Jahren begann. Die DP rangiert in der Gunst der Industrie- und Finanzkreise an erster Stelle. Sie stellten ihr als Startkapital zwei Millionen Rand zur Verfügung. Zach de Beer ist einer der Direktoren des Multi-Nationalen Unternehmens Anglo American. Von der Couleure her unterschiedliche Politiker wie Frederik van Zyl Slabbert, der als Vorsitzender der Progressiven vor einigen Jahren unerwartet Amt und Partei im Stich ließ, und Willem de Klerk, ehemaliger Chefredakteur einer Sonntagszeitung und Brudes des jetzigen Präsidenten, sind die Berater. Praktisch die gesamte englischsprachige Presse steht hinter dieser Partei, die einen Einheitsstaat mit dem Wahlrecht für alle (one man, one vote) will und dabei eine schwarze Mehrheitsregierung in Kauf nimmt. Individualrecht und die freie Entfaltung der Persön-

lichkeit sollen durch Schutzgarantien und einer „Bill of Human Rights“ gesichert werden. Manche Beobachter bezeichnen die Auffassungen der DP als Politmärchen.

Entscheidungen in Südafrika werden in Zukunft sicher von den schwarzen radikalen Organisationen, z. B. den Gewerkschaften und der Guerillabewegung ANC, aber auch vom Pan Africanist Congress und der Azapo (der schwarzen Bewußtseinsbewegung eines Steve Biko nahestehend), die den Bürgerkrieg im Land auslösen wollten, beeinflusst. Sie haben inzwischen durch das gewaltige Aufgebot der demonstrierenden Massen eine neue Form gefunden, das Land unregierbar zu machen. Auch Nelson Mandela soll — dem Vernehmen nach — die Kampagne aus seiner luxuriösen Gefängnis-Villa heraus unterstützen.

Innerhalb des im Exil amtierenden African National Congress werden jedoch die Stimmen immer lauter, Verhandlungen mit der jetzigen Regierung herbeizuführen. In Lusaka haben die politischen Köpfe der Organisation ein Dokument zusammengestellt, das Richtlinien für Gespräche mit Pretoria beinhaltet und auch in Südafrika sorgfältig studiert wird. Das Verhandlungspapier macht deutlich, daß die „bewaffnete Befreiung“ unter Umständen noch Jahrzehnte dauern wird. Auch hat man inzwischen in Exilkreisen des ANC begriffen, daß die sowjetische Unterstützung zu Ende geht, da Moskau nicht mehr an den Regionalkonflikten dieser Welt interessiert ist. Selbst die verbotene Kommunistische Partei erwägt die Möglichkeit von Verhandlungslösungen und ist zu Kompromissen bereit. Die Zeit der Ché Guevaras ist auch im südlichen Afrika vorbei.

Die Konservative Partei ist heute mit 39 Sitzen im Parlament die „amtliche Opposition“. Dr. Andries Treurnicht legt den Schwerpunkt auf die Frage, ob die Wähler sich für ein getrenntes „Homeland“ der weißen Bevölkerung oder ein unsicheres Minderheiten-Statut im bestehenden Vielvölkerstaat entscheiden wollen. Professor Carel Boshoff hat in einer seiner Reden das Schreckgespenst der „schwarzen Gefahr“ deutlich an die Wand gemalt: „Wenn die heutige Verfassung zu ihrem logischen Schluß geführt wird, muß die 300jährige Geschichte des Afrikaanervolkes enden. Das Volk der weißen Afrikaaner wird seine Macht, sein Land und schließlich seine Identität einbüßen.“ Der Alptraum eines schwarzen Massakers an den weißen Unterdrückern beschäftigt viele Angehörige des Burenvolkes, die mit 17 % eine kleine Minderheit der gesamten Bevölkerung bilden. Das politische Credo bleibt also die unrealistische Forderung nach einem weißen Volksstaat. Die Konservativen wollen trotzdem nach wie vor die getrennte Entwicklung und vor allem die Teilung des Landes. Es gibt mehrere Pläne, die inzwischen von Dr. Hendrik Verwoerd und Professor Carel Boshoff vorgelegt wurden. Durchführbar sind sie nur unter enormen finanziellen Belastungen auf Jahre hinaus. Die bestehenden Heimatländer der schwarzen Bevölkerung sollen zu lebensfähigen Nationalstaaten ausgebaut werden. Zum Teil wurden die Ideen in den eigenen Reihen abgelehnt, weil sie zu utopisch sind, um überhaupt diskutiert zu werden. Dr. Treurnicht ist jedoch nicht bereit, den Traum eines weißen Südafrikas aufzugeben. Die Tatsache, daß die Herstigte Nasionale Party (HNP) und die Burenstaatspartei des Politikers Robert van Tonder keine Chancen haben und die Afrikaaner Weerstandsbewegung des Eugene Terre'Blanche durch eine Liebesaffäre ihres Führers praktisch zerstört wurde, kann nur als Fügung des Schicksals bezeichnet werden.

Der schwarze Journalist Joe Qwelane aus Soweto kommentierte die Wahlen in seiner Kolumne im „Sunday Star“. Er zitierte einen Leser, der schrieb: „Die Alternative des Wählers... liegt zwischen dem Standard der weißen ersten Welt und der Übervölkerung, der Armut, dem Chaos, der Gewalt, der Vergewaltigung... den Überfällen, den Plünderungen der schwarzen dritten Welt...“ Joe Qwelane, der aus seiner anti-weißen Haltung keinen Hehl macht, mußte dem unbekannten Leser — wenn auch mit vielen Wenn und Aber — recht geben...

AKS—Österreich

*Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten berichtet:
General a.D. Ulrich de Maiziere — Vortrag in Wien*

Michael Haubl

Auf Einladung der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft hielt der ehemalige Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General a.D. Ulrich de Maiziere, am 10. Oktober 1989 im Festsaal des Hotels Bristol einen Vortrag über „Wehrdienst mit gutem Gewissen — zur politischen und ethischen Legitimation der Verteidigung“.

Der Präsident der Österreichisch-Deutschen Gesellschaft, Mitglied des Bundesrates Univ.-Prof. Dr. Herbert Schambeck, konnte im Auditorium den Militärbischof von Österreich, Dr. Alfred Kostecky, den Herrn Generaltruppeninspektor, General Othmar Tauschitz, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Dietrich Graf von Brühl, den Kommandanten der Landesverteidigungsakademie, General Karl Schaffer, den Kommandanten der Theresianischen Militärakademie, Divisionär Adolf Felber, und Divisionär Karl Majcen, Militärkommandant von Wien und Präsident der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten, sowie den Verteidigungsattaché der Bundesrepublik Deutschland, Oberst i. G. Harald van Nes, begrüßen.

Einleitend würdigte Univ.-Prof. Dr. Schambeck Leben und Wirken von General de Maiziere, seinen Werdegang als Offizier und Schriftsteller und skizzierte den ideellen Hintergrund des Vortragsthemas.

General de Maiziere stellte zu Beginn seines Vortrages die in Veränderung befindliche Situation in Ost und West dar, die im Westen als ein stark vermindertes Bedrohungsempfinden manifest wird. Wenn heute im europäischen Raum Krieg nicht mehr als zulässiges Mittel zur Erreichung politischer Ziele gesehen wird, sollte daneben die Notwendigkeit des Schutzes der staatlichen Gemeinschaft anerkannt werden.

Auch der demokratisch verfaßte Staat verlangt von den Trägern der Wehrpflicht de facto große Opfer. Der Wert dieses Opfers müßte aber von Politikern wie Bürgern auch wirkliche Anerkennung finden! Insofern sind Behauptungen wie „Soldaten sind potentielle Mörder“ nicht nur rechtlich, sondern auch ethisch nicht zu rechtfertigen. General de Maiziere ging in seinem Vortrag auch der Frage nach, ob ein Christ Soldat sein könne. Er tat

dies vom Standpunkt des evangelischen Christen aus und verwies auf die Interpretation des 5. Gebotes durch Martin Luther. Nach ihm schließt das Verbot „Du sollst nicht töten (morden)“ das Gebot ein, dem anderen in Not und Gefahr beizustehen und ihn zu schützen.

So muß auch das Ziel einer ethisch gerechtfertigten Verteidigung die Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit sein — die Mittel hierzu müssen notwendig und angemessen sein. Schließlich ist vor diesem Zusammenhang die Frage nach dem Wert des Gewissens, nach dem Gehorsam und dem Recht auf Widerstand zu stellen. Denn tatsächlich erfolgt ja zum Schutz des Friedens, der Unversehrtheit und Freiheit des einzelnen Gewaltanwendung gegen unseren Nächsten.

Unsere Rechtsordnung sieht daher für den einzelnen, der aus Gewissensgründen den Wehrdienst nicht leisten kann, die Ausnahmeregelung der Leistung eines Ersatzdienstes vor. Die Verpflichtung zum Gehorsam bei der Befolgung von Befehlen hört schon *ex lege* dort auf, wo der Befehl gegen das Strafrecht oder die Achtung der Menschenwürde verstößt.

Heute wird des öfteren, und manchmal sehr leichtfertig, der Begriff „Widerstand“ gebraucht — auch schon dort, wo es sich lediglich um das legitime Recht einer abweichenden oder gegenteiligen Meinung handelt. Ein gerechtfertigter „Widerstand“ in einer rechtsstaatlich verfaßten staatlichen Gemeinschaft ist in der Praxis aber kaum vorstellbar.

Widerstand impliziert begrifflich bereits die Anwendung von Gewalt — diese wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn demokratisch gewählte Organe die Rechtsordnung und die Verfassung nicht mehr einhalten.

Die heute zugänglichen Darstellungen der schweren Gewissenskonflikte der Männer des 20. Juli 1944 bezeugen, welch schwere Pflicht und Bürde für sie ihr Widerstand war.

General de Maiziere schloß seine Ausführungen mit acht Thesen über die ethische und politische Legitimation der Verteidigung.

Südafrikas letzte weiße Wahlen

Frederik de Klerk muß jetzt Farbe bekennen

Karl Breyer

Eine aus der Antarktis kommende Hochdruckfront mit eisigen Temperaturen bis minus fünfzehn Grad beeinflusste am 6. September die letzten weißen Wahlen des Vielvölkerstaates Südafrika. Ähnliches bitterkaltes Vorfrühlingswetter herrschte am gleichen Tag vor genau fünfzig Jahren. Dennoch erinnerten sich jetzt nur wenige ältere weiße Wähler daran, daß das Parlament der Südafrikanischen Union mit einer Mehrheit von nur dreizehn Stimmen dem Dritten Reich Adolf Hitlers damals den Krieg erklärte. Drei Tage vorher hatten England und Frankreich Berlin mitgeteilt, daß sie sich an die Verträge mit Po-

len gebunden fühlen. Es war der Anfang des Zweiten Weltkrieges. Für Südafrika hatte die Entscheidung, die auf Betreiben des Burengenerals Jan Smuts zustande kam, weittragende Bedeutung. 300 000 Mann wurden mobilisiert. 9 000 Soldaten fielen bei der Eroberung Äthiopiens, den Kämpfen in Nordafrika und an den Invasionsfronten in Italien und Frankreich. Am Ende des Krieges war aus der Agrarwirtschaft der Buren ein moderner Industriestaat geworden. Die Zahl der beschäftigten schwarzen Industriearbeiter stieg um 74%. Ihr Einkommen vergrößerte sich um fast 52%. Der Nationalismus der radikalen weißen Afrikaner formierte sich und sollte bereits 1948 mit dem Wegbereiter der Apartheid, Daniel François Malan, die Macht übernehmen. Schwarze Nationalisten stellten ihre ersten Forderungen und gründeten 1912 in Bloemfontein den African National Congress, der sich seit den sechziger Jahren zur marxistischen Guerillabewegung entwickelte. Der Weg in die Konfrontation war vorgezeichnet.

Von 1910 (der Gründung der Union von Südafrika) bis zum 6. September 1989 wurden zwanzigmal allgemeine Wahlen und verschiedene Referenden durchgeführt. Wiederholt hat man davon gesprochen, daß jetzt die weißen Wähler zum letzten Mal zur Wahlurne schreiten würden. Spätestens seit der vom Erziehungsminister Frederik Wilhelm de Klerk und Außenminister Pik Botha angezettelten Palastrevolution, die zum Sturz des schmolgenden, herrischen und manchmal sogar arroganten Staatspräsidenten Pieter Wilhelm Botha führte, ist deutlich geworden, daß Südafrika ohne schwarze Machtbeteiligung nicht mehr existieren kann. Der zurückgetretene Präsident hatte schon den realistischen Ausspruch geprägt, daß sein Land sich von der Apartheid trennen oder untergehen muß. De Klerk, dessen Bruder Wilhelm als Chefredakteur der größten britischen Sonntagszeitung resignierte und seitdem als Ideologe der liberalen Demokratischen Partei gilt, wird als neuer Staatspräsident den gemäßigten schwarzen Nationalisten seinen Willen zur Versöhnung und zur Zusammenarbeit zeigen müssen. Aber während sein älterer Bruder die Worte „Verkramp“ und „Verlig“ kreierte, um konservative und fortschrittlichen Buren zu beschreiben, und fest im liberalen Lager steht, sagen Kritiker ihm nach, daß er die konservativen Auffassungen des Vaters teilt, der Senator und Erziehungsminister in der Regierung des Dr. Hendrik Frensch Verwoerd war. Man behauptet, daß ihm der philosophische und intellektuelle Hintergrund und ein ausgeprägter Reformeifer fehlen, um Südafrika aus der Isolation herauszuführen und innenpolitisch eine sinnvolle schwarz-weiße Zusammenarbeit und Herrschaftsteilung vorzubereiten.

Inzwischen sind die Würfel gefallen. Die dominierende nationale Partei wird das Steuer nicht aus der Hand geben, auch wenn das Wahlergebnis kaum die Niederlage vertuschen kann und eigentlich nachdenklich stimmen muß: Die Regierungspartei des designierten Staatspräsidenten eroberte 93 Sitze im weißen Parlament in Kapstadt (gegenüber den bisherigen 123). Sie mußte 12 Mandate an die neue Demokratische Partei, die jetzt insgesamt 33 Sitze innehat, und 17 an die Konservative Partei abgeben, die mit 39 Vertretern in den Volksrat einzieht. Die Ewiggestrigen haben damit nicht nur eine starke Position in der Provinz Transvaal, sondern gewannen zusätzlich die Hälfte des Oranjerestaats und die ersten Mandate in der Kapprovinz. Die „Hinterwälder“ Südafrikas — wie man die Partei

des ehemaligen Theologen Dr. Andries Treurnicht bezeichnen kann — bleiben weiterhin die offizielle Opposition. Es gelang ihnen aber auch, den einzigen Bundesgenossen, die faschistische „Herstigte Nasionale Party“ endgültig von der politischen Bühne zu verdrängen. Die „Verkrampften“ des Jaap Marais konnten keinen einzigen Wahlkreis gewinnen. Die Delegierten und Repräsentanten (es handelt sich hier um die offizielle Bezeichnung) der Inder und Mischlinge, die für die beiden nicht-weißen Kammern gewählt wurden, aber nur zweitrangige Bedeutung für die Regierungspolitik haben, konnten sich zwar behaupten oder ihre Positionen sogar verbessern, wurden jedoch nur von einem Bruchteil der Bevölkerung gewählt. Die Teilnahme lag zwischen 20 und 24 Prozent. In einem Wahlkreis in Kapstadt gingen nur 0,4 Prozent der Mischlinge zur Wahlurne.

Die Angst vor gewaltsamen Aktionen der außerparlamentarischen Opposition, die sich unter dem Namen MDM (Mass Democratic Movement) vereinigt hat, hielt viele Wähler davon ab, ihre Stimme abzugeben. In Kapstadt gab es mindestens 12 Tote. Erzbischof Desmond Tutu und Pfarrer Allan Boesak behaupten, daß am Wahltag 25 Menschen erschossen wurden. Seitdem streiten sich der Polizeiminister Adriaan Vlok und der Nobelpreisträger in Verlautbarungen und Kommuniqués über die unterschiedlichen Zahlen. Niemand spricht von den Opfern selbst. Die alternative Zeitung „Weekly Mail“ beschrieb den Wahltag in Schlagzeilen folgendermaßen: „Die Endergebnisse: Nationalisten 93, Konservative 39, Demokraten 33, Verwundete 100, Tote 23.“ Als skurrile Kuriosität sei noch vermeldet, daß der Führer der indischen „National Peoples Party“ Amichand Rajbansi, der als korrupter Politiker von Präsident Botha gefeuert wurde, die doppelte Anzahl Stimmen erhielt und daß die „Labour-Party“ der Mischlinge jetzt nicht wieder nur durch den Pfarrer Allan Hendrickse, sondern gleich durch zwei weitere Familienmitglieder (Sohn und Schwiegersohn) in der Repräsentantenkammer vertreten wird.

Es steht außer Zweifel, daß ein großer Teil der englischsprechenden Wähler sich enttäuscht von den Nationalisten abwandte und sich zur Reformpolitik der neugegründeten Demokratischen Partei bekannte. Dr. Denis Worrall, Zach de Beer und Wynand Malan, das Dreigespann an der Spitze, erhielten überraschende Mehrheiten. Auch die namhaften Kandidaten der Nationalen Partei — wie etwa Außenminister Pik Botha und Finanzminister Barend du Plessis — werden mit einer überzeugenden Anzahl Stimmen wieder in das Parlament einziehen. Es scheint, daß de Klerk auf die Unterstützung der „jungen Türken“ sowohl innerhalb seiner eigenen Partei wie auch derjenigen im Lager der DP spekuliert, wenn er behauptet, daß siebzig Prozent aller Wähler sich für Reformen ausgesprochen haben. Jetzt schon steht fest, daß er in vielfacher Hinsicht mit der Sympathie der Liberalen rechnen kann.

Bei Analysen des Wahlergebnisses sollte man bedenken, daß eine schweigende Mehrheit der Bevölkerung nicht beteiligt war. Vor den Augen der Fernsehkameras der Welt demonstrierten Extremisten wie Erzbischof Desmond Tutu, Pfarrer Allan Boesak, die Gewerkschaftsführer Cyril Ramaphosa, Jay Naidoo sowie die UDF-Führer Murphy Morobe und Azar Cachalia den wachsenden Einfluß der „Demokratischen Massenbewegung“ (MDM),

die eng mit dem Exil-ANC in Lusaka zusammenarbeitet. „Die Außenpolitik des Landes“, schrieb ein Kommentator, „wird von Sit-ins, Swim-ins, Märschen und Demonstrationen in Technicolor bestimmt“. Dennoch werden die Nationalisten nun einen vagen Fünfjahresplan des designierten Staatspräsidenten de Klerk in Reformpolitik umsetzen müssen. Entweder wird es ihm gelingen, aus dem Südafrika der Völker und Stämme eine Nation zu formen, oder er wird ein Gebiet hinterlassen, das weiterhin in sich zerstritten bleibt und möglicherweise von weiteren blutigen Unruhen und Stammesfehden heimgesucht wird. Ausgangsbasis sind wirkliche Gespräche und Verhandlungen sowohl mit den gemäßigten und verhandlungswilligen Elementen des African National Congress in Lusaka als auch mit den außerparlamentarischen Organisationen im Lande selbst. Dazu gehört nun auch die erwartete Freilassung Nelson Mandelas. Eine fast unlösbare Aufgabe, vor allem wenn man in Betracht zieht, daß nicht nur die nationalistische Politik, sondern auch die Wirtschaft in Scherben liegt und reformiert werden muß. Als Frederik de Klerk sich wenige Tage vor den Wahlen mit Sambias Präsident Kaunda traf, überraschte er viele Interpreten durch seine Gelassenheit und seinen Pragmatismus. Bereits vorher hatte er sich gegenüber seinem Vorgänger durchgesetzt, als dieser ihm den Dialog mit Kaunda untersagen wollte. Es scheint, daß damit ein neues Kapitel in der Geschichte Südafrikas aufgeschlagen wurde. Ex-Staatspräsident Botha wird kaum noch erwähnt. Vor den Fernsehkameras hatte er sich einen geradezu peinlichen Abgang verschafft. Am Wahltag zeigte ihn die Television noch einmal als fast vergessenen Bürger auf dem Weg zur Wahlurne. Sic transit gloria mundi.

Geburt

Zwei Hände warten dir entgegen,
kleines Leben.

Schmerz der Welt. Glückseligkeit!
Der Schrei!

Das Leben, das Leben!

Johannes Cofalka

Medien

Kommission 5 des ZdK

Kurzbericht über die Sitzung der Kommission 5 des ZdK und das Kolloquium „Katholische Presse“ der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz am 10. und 11. 10. 89

Willy Trost

1. Aufgrund eines Auftrages des GA/ZdK wurden Vorlagen zum Thema „Kirche und Öffentlichkeit“ durch Arbeitsgruppen erstellt. Der noch sehr ausführliche Gesamtentwurf wurde diskutiert. Er wird in der nächsten Sitzung weiter behandelt. Die Gliederung ist derzeit:

- 1) Biblische Begründung
Kirchliche und säkulare Öffentlichkeit
Offenheit als grundlegende Chance für die Kirche
Mediale Öffentlichkeit
- 2) Öffentlichkeit in der Kirche — Kirche in der Öffentlichkeit
- 3) Kirche und Printmedien
Kirche und elektronische Medien

2. Es folgte ein Vortrag des StV Intendanten des Bayrischen Rundfunks, Prof. Albert Scharf, zum Thema: „Perspektiven europäischer Medienpolitik“.

Im Mittelpunkt stand die neue EG-Richtlinie zum grenzüberschreitenden Rundfunk, die nach fünf Jahren Diskussion in Kraft gesetzt wurde. Die jetzt geäußerte Kritik kommt zu spät. Einer Klage der Bundesländer wegen der Verletzung ihrer Rechte vor dem BFG wird wenig Erfolg vorausgesagt.

Auch der Europarat wird eine Konvention mit ähnlichen Festlegungen wie die EG erlassen. Strittig ist auch hier die Quotenregelung für Fremdproduktion und die Festlegung der Werbezeiten.

In jedem Falle müssen die Mediengesetze neu gefaßt und der Rundfunk-Staatsvertrag geändert werden.

Der gesamteuropäische Medienmarkt erfordert auch eine entsprechende kirchliche Institution, die Ansprechpartner z.B. für den deutsch-französischen Kulturkanal sein könnte.

3. Bei Kolloquium waren neben den Mitgliedern der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und der Kommission 5 „Publizistik“ des ZdK Bischöfe (9) oder Generalvikare von 19 Diözesen anwesend. Nach einer gründlichen Bestandsaufnahme zur Lage der katholischen Presse folgte der Versuch, deren ständigen Beziehungsverlust zu analysieren. Eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Gestaltung der katholischen Presse wurden zusammengetragen. Sie müssen weiter besprochen und harmonisiert werden.

4. Einzelheiten zu den Vorträgen und Diskussionen enthalten die Protokolle, die abgefragt oder eingesehen werden können. Nachstehend folgen einige kurze zusammengefaßte Aussagen:

- Die katholische Presse ist Teil des allgemeinen Medienmarktes, der hart umkämpft ist. Die Gruppe der 25–50jährigen mit ihren täglich 6,3 Stunden Freizeit sollte die Zielgruppe der Bemühungen der katholischen Presse sein. Derzeit sind die Leser vor allem ältere Menschen.
- Die säkulare Presse nimmt ihren Leser, wie er ist, die katholische „macht sich“ ihren Rezipienten. Ziel sollte es sein, möglichst viele gelesene Publikationen zu haben, nicht viele Abonnenten.
- Die heutige Bistumspresse ist aus einer Anordnung der „Reichsregierung“ entstanden und wäre heute ohne die Kirchensteuern nicht möglich. Sie ist dennoch in dieser von den Medien geprägten Wirklichkeit unverzichtbar.
- Der Privatrundfunk scheint zum Konkurrenten der Bistumspresse zu werden. Deshalb sollte die katholische Kirche hier verstärkt tätig werden und einwirken. Eine evangelische Landeskirche hat z.B. sieben Public-Relations/PR-Redakteure eingestellt, die die Medien — nicht die Kirchenredaktionen — betreuen und zu ihnen Verbindung halten.

Die derzeit bestehenden unterschiedlichen Auffassungen der Bistümer werden sich nicht schnell ausräumen lassen. Der sich abzeichnende weitere Rückgang der Auflagenzahlen wird aber zumindest zu einer stärkeren Kooperation führen.

Der Medienkampf gegen die Kirchen

Lothar Groppe SJ

Seit Jahr und Tag ist in verschiedenen Medien eine zunehmende Stimmungsmache, ja Hetze gegen die Kirchen festzustellen. Im Juni 1988 bezeichnete der bayerische Innenminister Dr. Edmund Stoiber die unübersehbare „neue Gehässigkeit gegen die Kirchen“ als „Alarmsignal“.¹⁾ Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Wilhelm Schätzler, kam in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur zu einem ähnlichen Ergebnis.²⁾ Wenn insbesondere die katholische Kirche im Fadenkreuz der Angriffe steht, so wohl deshalb, weil sie im wesentlichen fester gefügt ist als die evangelische. Zudem sind in Papsttum, Hierarchie und ihrem im allgemeinen noch geschlossenen Lehrgebäude die Angriffsziele deutlicher auszumachen. Man denke nur an die Enzyklika „Humanae vitae“, im Volksmund besser als „Pillenenzyklika“ bekannt. Freilich sind die evangelischen Kirchen „im Hinblick auf die zu verteidigenden Werte ebenfalls unmittelbar betroffen“, wie der Leiter des Evangelischen Presseverbandes, Kirchenrat Paul Rieger, nachdrücklich betont.³⁾

In beiden christlichen Großkirchen werden die für ein menschenwürdiges Zusammenleben unverzichtbaren Werte wie Ehe, Familie und Schutz des ungeborenen Lebens immer wieder attackiert. Daneben gibt es massive Angriffe gegen den menschgewordenen Gottessohn, die ein Mindestmaß von Anstand und Respekt vor den religiösen Überzeugungen der Gläubigen vermissen lassen. Angehörige nichtchristlicher Religionen begegnen oft dem christlichen Glauben mit einer Ehrfurcht, die vielen Medienleuten unbekannt ist. So protestierte beispielsweise der Islamische Weltkongress in seinem Zentralorgan „The Muslim World“ gegen Herstellung und Verbreitung des seinerzeit in Dänemark geplanten Films „Das Liebesleben des Jesus Christus“: *„Dieser Film ist eine einzige Herabwürdigung des erhabenen Charakters des Jesus von Nazareth.“* (Die Welt, 17.9.1973) Man denke auch daran, daß der Film „Die letzte Versuchung Christi“ in mehreren nichtchristlichen Ländern verboten wurde, während er bei uns im Zeichen der Freiheit der Kunst gezeigt wird. Als sich in Biberach Gläubige vor dem Kinoeingang zum Sühnegebet einfanden — es gab keinerlei Gewaltakte noch Behinderungen — schimpfte eine Münchner Fernsehjournalistin bei ihren Kollegen über die Beter: *„So fängt's an — und bei den Hexenverbrennungen endet es. Ich bin entsetzt.“*⁴⁾ Vor Jahr und Tag strahlte die ARD ein Spottgedicht auf das „besoffene Christkind“ aus. In der Sendung „Pink“ durfte Udo Lindenberg das Kind von Bethlehem ungestraft als „Sensationsfratz“ verhöhnen. Wer die „Karikaturen“ der Berliner „taz“ vom 24.12.88 zum Weihnachtsfest gesehen hat, kann über den geradezu satanischen Haß gegen den Erlöser des Menschengeschlechts nur zutiefst erschrecken.

Ist es eigentlich noch keinem der „Künstler“ bewußt geworden, daß ihre „Witze“ und „Gags“ den Sudelblättern des Dritten Reichs „Schwarzes Korps“ und „Stürmer“ zum Verwechseln ähnlich sehen, ja, sie nicht selten an Niedertracht noch übertreffen? Damals ging es gegen die „Dunkelmänner“, heute handelt es sich vielfach um einen Aufstand gegen Gott mit erhobener Faust. Wenn auf dem Berliner „Gag-Festival“ von 1965 der Papst als Esel im Stall von Bethlehem zu sehen war, Kleriker als Fledermäuse oder Vampire mit Krallen, Prälaten, die gierig ein Kruzifix fressen und geil nach nackten Nonnen schauen, während der Gekreuzigte augenzwinkernd zuschaut, so erinnert dies an die Hetzblätter der Nationalsozialisten. Aber ein gekreuzigtes Schwein auf Golgatha — das war meines Wissens nicht einmal damals zu sehen.

Von verschiedener Seite wurde gegen die Verantwortlichen Strafantrag gestellt — vergebens. Das Berliner „Petrusblatt“ berichtete in seiner Ausgabe vom 24.7.87 vom Freispruch der „taz“, da nach Ansicht des Gerichts der Tatbestand einer Religionsbeschimpfung nicht verwirklicht sei. Der Artikel in der „taz“ vom 18.4.87 befaßte sich unter dem Titel „Gourmands und Gourmets. — Gut abgegangen am Kreuz ist er allgegenwärtig. Zum Osterfest einige Tips, was etwas kultiviertere Küchen daraus machen würden“ mit der Geschichte des Kannibalismus. Dem Beitrag waren die Einsetzungsworte Jesu beim letzten Abendmahl vorangestellt. Die Staatsanwältin hatte erklärt, die Freiheit der Kunst sei nicht grenzenlos, sondern werde durch die Grundrechte der Religionsfreiheit und der Menschenwürde eingeschränkt. Hier handele es sich nicht mehr um eine Satire, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen werde in den Schmutz gezogen. Dagegen meinte

das Gericht, der inkriminierte Artikel sei nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören. Ist dies eigentlich erst der Fall, wenn gegen die „Satiriker“ Morddrohungen à la Khomeini ausgestoßen werden?

Auf dem Hintergrund der Berliner Gerichtsentscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 24.5.88 von Interesse. In ihm heißt es, weder die Beschlagnahme obszöner Gemälde noch die Verurteilung des Künstlers bzw. Ausstellers wegen unzüchtiger Veröffentlichungen verstoße gegen die Freiheit der künstlerischen Äußerung (Art. 10 Menschenrechtskommission).⁵⁾ Dieses Urteil macht Mut, nicht jede Verunglimpfung des christlichen Glaubens oder der Kirchen widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gegen die Schmutzfinken in den Medien und der Presse entschlossen zur Wehr zu setzen. Prälat Schätzler weist in seinem Interview zu Recht darauf hin, daß die Ausübung der Freiheit auch der Kontrolle bedarf, *„damit nicht unter dem Deckmantel der Freiheit der Presse und der Freiheit der Kunst Andersdenkende tyrannisiert werden.“*⁶⁾

Eine Welle der Kirchenfeindschaft

Mit an erster Stelle im Kampf gegen die verhaßte(n) Kirche(n) steht der „Spiegel“. In seiner Nr. 51/1987 heißt es im Kommentar:

„Die Abtreibung, ein Stellvertreter-Krieg“:

„... wenn die christliche Kirche, korrupt wie alles Menschenwerk, die Menschen zu deren Unglück manipuliert; wenn die römische Kirche Politik zum Schaden der Menschheit treibt. ... wie sollte ein von ähnlichen Ignoranten gewählter Papst, dem die Disziplinierung seines weltweiten Instituts immer noch das Wichtigste war, über die moralischen und psychischen Probleme einer Kindesabtreibung autoritative Aussagen machen? ... Die christliche Kirche, man vergißt es immer wieder, hat durch all die Jahrhunderte wenig Respekt vor dem bereits geborenen Leben gezeigt. Sie hat selbst in einer Weise gemordet und morden lassen, die dem Verbrechen das 20. Jahrhunderts immerhin nabekommt.“

Vielleicht waren es Passagen dieser Art, welche die Moderatorin Lea Rosh in den von ihr geleiteten und kräftig manipulierten Talkshows vom 20.1. und 10.2. *„Freitagnacht — Kirche à dieu — Die Lust der Christen und der Frust der Kirchen“* zu ihren ebenfalls gehässigen, die geschichtliche Wahrheit vergewaltigenden Ausfällen gegen die katholische Kirche animierten. So „ganz nebenbei“ ließ sie einfließen, die katholische Kirche solle das Wort Menschenrechte nicht in den Mund nehmen. Neben ihrer Mitschuld am Massenmord an den Juden, wußte sie zu vermelden, habe die Kirche allein eine Million Frauen als Hexen verbrannt. Da im Lauf dieses Jahres sich verschiedene Gedenktage häufen (neben dem 100. Geburtstag Hitlers, 200 Jahre Französische Revolution, 75. Jahrestag des Beginns von Weltkrieg I und 50. von Weltkrieg II), dürften längst widerlegte Geschichtslügen fröhliche Urstände feiern. So ist es vielleicht hilfreich, auf diese speziellen Vorwürfe etwas näher einzugehen.

Als Antwort auf Hochhuths Pamphlet „Der Stellvertreter“, dem leider auch das linkslastige evangelische „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ applaudierte, schrieb der jüdische

Theologe und Historiker Pinchas E. Lapide das Buch „Rom und die Juden“. Es ist keineswegs eine Liebeserklärung an die katholische Kirche, sondern macht auch unnachlässig auf die dunkeln Seiten der Beziehungen von Kirche und Juden im Laufe der Geschichte aufmerksam. Aber Lapide hat den Willen zur Objektivität und kommt nach langjähriger Forschungsarbeit zu folgendem Urteil:

„Die katholische Kirche ermöglichte unter dem Pontifikat von Pius XII. die Rettung von mindestens 700 000, wahrscheinlich aber sogar von 800 000 Juden vor dem gewissen Tod von den Händen des Nationalsozialismus. . . Diese Zahlen übersteigen bei weitem die der von allen anderen Kirchen, religiösen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zusammengekommen.

Überdies stehen sie in auffallendem Kontrast zu dem unverzeihlichen Zögern und heuchlerischen Lippendienst von Organisationen außerhalb von Hitlers Einfluß, die zweifellos über weit größere Möglichkeiten verfügten, Juden zu retten, solange dazu noch Zeit war: das Internationale Rote Kreuz und die westlichen Demokratien.“⁷⁾

Immer wieder nahm Lapide aus Fairneß und Dankbarkeit gegenüber Pius XII. zu den lange nach seinem Tod gegen ihn erhobenen Vorwürfen Stellung. So heißt es an anderer Stelle bei ihm:

„Er (Pius) hat aber während des Krieges nie so völlig (noch in so erschreckender Weise) geschwiegen wie heute viele von denen, die es besser gewußt haben müßten, deren Leben er retten half, deren Verwandte er aus Europa herausschmuggelte, deren Überleben er durch hundert geheime und kluge Täuschungsmanöver möglich machte. Hat Pius sich in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch den Juden, ausgesprochen? Bedurften die Zehn Gebote und die Bergpredigt einer Wiederbestätigung durch den Papst? Hätten diese Neuheiden, die das Göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört?

Und hätte Pius, bei jeglicher militärischen Macht, Hitler trotzen – und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? . . . Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht.“⁸⁾

Man erinnere sich der unzähligen Appelle der Päpste zum Schutz des ungeborenen Lebens. Trotz all ihrer beschwörenden Mahnungen wurden allein nach dem Zweiten Weltkrieg mehr Kinder im Mutterleib gemordet als alle Opfer des Weltkriegs, einschließlich der Massenmorde an Geisteskranken, Juden, Zigeunern usw. zusammengekommen. Hierbei werden Papst und Kirche vor allem von denjenigen heftig angegriffen (vgl. „Spiegel“ s.o.), die ihnen vorwerfen, sich während der Zeit des Dritten Reichs nicht genügend für die Verfolgten eingesetzt zu haben.

Wer den Willen zur ehrlichen Information hat, kann über entsprechende Informationsmöglichkeiten verfügen. So veröffentlichte allein die Kommission für Zeitgeschichte unter Vorsitz des Bonner Historikers Konrad Repgen von den bisher erschienenen umfangreichen 42 Quellenbänden 32 und von den 49 Bänden Forschungen 19 über die Zeit des

Nationalsozialismus und sein Verhältnis zur katholischen Kirche. Freilich wurde hiervon von Presse- und Medienleuten kaum Notiz genommen, weil die Ergebnisse nicht in das Bild vom „Versagen der Kirche“ gepaßt hätten.

Nach dem Grundsatz: Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt immer hängen, setzen viele Journalisten und Medienleute ihre Hetzkampagne gegen die verhaßte Kirche fort und belieben die Geschichte durch ihre ideologisch gefärbte Brille zu betrachten. Was ihre vorgefaßte Meinung nicht bestätigt, wird totgeschwiegen, unerwünschte Leserbriefe werden nicht abgedruckt usw. Ich selber erfuhr am eigenen Leib, wie unerwünschte Stellungnahmen unterdrückt werden. Am 20. Juli 1984 sprach ich zum 40. Jahrestag des Attentats gegen Hitler vor der Bundeswehr in Hannover. Beim Mittagessen im Offiziersheim erfuhr ich, daß diese Ansprache teilweise simultan im Rundfunk übertragen wurde. Der Offizier, der neben dem Aufnahmewagen stand, erzählte mir, der Aufnahmeleiter habe die Anweisung gegeben, die „katholischen Stellen“ wegzulassen. Eine solche „katholische Stelle“ war meine rhetorische Frage: *„Wenn wir uns daran erinnern, daß zahllose Menschen für ein besseres Deutschland starben, daß Graf Stauffenberg für ein ‚heiliges Deutschland‘ in den Tod ging, hatten sie dann ein Land vor Augen, das bereit ist, Robben zu schützen und menschliches Leben auszulöschen?“*

Und immer wieder: Die Hexen

Was ist mit der einen Million Frauen, welche „die Kirche“ als Hexen verbrennen ließ? Der „Spiegel“ gab in seiner Ausgabe vom 22. 10. 84 ihre Zahl vorsichtshalber mit 6 Millionen an. Hans Küng brachte es in seinem Artikel in der „Zeit“ „Die alte Inquisition ist tot, es lebe die neue“ vom 4. 10. 85 gar auf stolze neun Millionen. Man fühlt sich unwillkürlich an ein Wort des mutigen Kämpfers gegen den Hexenwahn, den Jesuiten Friedrich von Spee, in seiner berühmten *Cautio Criminalis* erinnert: „Da ist es denn kein Wunder, wenn das immer mehr um sich greifende Gerede uns in wenigen Jahren Hexen in so reichlicher Zahl schafft.“ Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ließ von 1935–44 durch die Forschungsstelle H (= Hexen) sämtliches Material über Hexen und deren Verfolgung wie Prozesse sammeln und auswerten. 154 Archive und Bibliotheken wurden durchgekämmt, vermutlich, um es bei der nach dem „Endsieg“ geplanten „Endlösung“ der Kirchen als Belastungsmaterial zur Verfügung zu haben. Man kam auf 30 000 Karteikarten mit konkreten Angaben zur Person usw. Für Deutschland liegt die ermittelte Zahl deutlich unter 100 000. Für ganz Europa kamen die Forscher auf eine Zahl, die eher bei 500 000 als bei einer Million liegt. Sie ist gewiß erschreckend genug, aber warum die Bilanz des Grauens noch maßlos übertreiben?⁹⁾ Übrigens befanden sich unter den beklagenswerten Opfern keineswegs nur Frauen. Neben Männern und Knaben wurden nicht wenige Priester als „Hexen“ verbrannt. Vom 15. Jahrhundert an wurden die Hexenprozesse vorwiegend vor weltlichen Gerichten geführt, weil die geistlichen Oberen immer weniger gegen angebliche Hexen und Zauberer vorgingen.¹⁰⁾ Wenn der Feldzug gegen die Hexen durch die Hexenbulle Papst Innozenz VIII. erst so richtig wieder in Gang kam, war es dennoch nicht die Aufklärung, sondern die *Cautio Criminalis* Friedrichs von Spee, die schließlich zur Be-

endigung des grausigen Spuks führte. Der Philosoph Leibniz nennt dieses Werk „das männlichste Buch, das je der Feder eines Kämpfers für Wahrheit und Recht gegen Lüge und Unrecht entfloßen ist“.¹¹⁾ Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß Katholiken und Reformatoren ebenso dem Hexenwahn verfallen waren wie Naturwissenschaftler und Juristen. So vertrat der große Astronom, Mathematiker und Naturforscher Johannes Kepler die Ansicht, die Hexerei lasse sich nicht leugnen. Der Schöpfer der deutschen Strafrechtswissenschaft, Benedict Carpzov, ebenso Protestant wie Kepler, „soll über 10000 Todesurteile von vermeintlichen Hexen als weltlicher Richter unterschrieben haben“.¹²⁾

Übrigens sollte sich gerade unsere Zeit nicht hochmütig über die Untaten vergangener Jahrhunderte erhitzen. Alljährlich werden zwischen 250000–300000 ungeborene Menschen unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau im Mutterleib bestialisch ermordet, und „Die Welt“ stellte am 12.9.84 fest, daß jeder vierte Deutsche an Hexen und Satanspriester glaubt.

Wenn man die ständige Hetze gegen die Kirchen einmal vorurteilsfrei betrachtet, ergibt sich wie von selbst die Frage, wie so etwas in unserer Zeit, die sich so gern auf Toleranz beruft, möglich ist. Gewiß vermögen wir keine Beweise vorzulegen, aber es gibt doch deutliche Hinweise. Zahlreiche Medienleute sind nicht nur nicht christlich, sondern suchen christliche Stellungnahmen zu verhindern. Sie lassen häufig nur solche Vertreter christlicher Kirchen zu Wort kommen, deren Animosität gegen die „Amtskirche“ bekannt ist. Anders ist es auch wohl nicht zu erklären, wieso ausgerechnet die ehemalige Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann immer wieder Gelegenheit zu ihren Ausfällen gegen Kirche und Christentum erhält. Frau Professor Noelle-Neumann veröffentlichte folgende aufschlußreiche Zahlen: Mehr als 40% der deutschen Fernsehjournalisten gehören keiner Konfession an, und 80% aller ARD- und Fernsehredakteure haben mit der Kirche nichts im Sinn. (DT 15.11.85) Schließlich bezeichnen sich nach eigenen Angaben 32% der deutschen Zeitungsjournalisten als links, weitere 37% als links von der Mitte, während sich für die Position der Mitte und rechts von der Mitte — aber nicht rechts — 31% entscheiden. (Die Welt, 7.4.84) Vor einigen Monaten erklärte der Münchner Kardinal Wetter: „Wer heute die Kirche angreift, kann der Zustimmung weiter Kreise sicher sein. Wer die Kübel der Häre und des Spottes ausschüttet, hat heutzutage die Lacher auf seiner Seite.“ (DT 25.2.89)

Die „mutigen“ Journalisten und Medienleute, die sich nicht scheuen, im Bewußtsein ihrer Machtposition die verhaßte(n) Kirche(n) immer wieder zu verunglimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, sollten sich an den Zauberlehrling erinnern, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wurde. Das ständige Schüren von Emotionen könnte eines Tages in unkontrollierbaren Haß münden und auch ihre Urheber verschlingen. Die Zeit der braunen Diktatur lehrt uns, daß es von der Hetze zur Diskriminierung und schließlich zur Verfolgung oft nur ein kurzer Weg ist. Es gilt das Wort Ovids zu bedenken:

Principiis obsta, sero medicina paratur: Sträube dich gleich im Beginn, zu spät wird bereitet der Heiltrank. (Remedia amoris, 91. Vers)

- 1) Kirche und Leben, Bistumszeitung München, 19.6.88.
- 2) Kirchenzeitung für die Diözese Augsburg, 7.2.88.
- 3) Stoiber, a.a.O.
- 4) pur-magazin, 19.11.88, S. 5.
- 5) Neue Juristische Wochenschrift 1989, Heft 6, 8.2.89, S. 379ff.
- 6) Schätzler, a.a.O.
- 7) Pinchas E. Lapide, Rom und die Juden, Freiburg 1967, S. 188.
- 8) Auftrag, Dezember 1970, S. 20ff.
- 9) Anton Arens in Christ in der Gegenwart, 24.11.85.
- 10) Anton Arens, Friedrich von Spee im Licht der Wissenschaften, Trier 1984, S. 26.
- 11) Hans Conrad Zander, Gottes unbequeme Freunde, Hamburg 1982, S. 52.
- 12) Schuchert/Schütte, Die Kirche in Geschichte und Gegenwart, Kempen 1970, S. 447.
(aus Criticón 112, März/April 89)

Kurzbericht über den 15. Weltkongreß der UCIP (Union Catholic International Press/Katholische Weltunion der Presse)

Willy Trost

Vom 17. bis 22. Oktober 1989 fand der XV. Weltkongreß der UCIP in Ruhpolding statt. Es war der 2. Kongreß in Deutschland. 430 Teilnehmer und dazu 140 junge Journalisten aus 78 Ländern der Welt — auch des Ostblocks — hörten Vorträge und diskutierten in Themen-, Regional- und Spracharbeitsgruppen über das Gesamtthema dieser Begegnung: „Kreativität und Verantwortung, neue Pressetechnologie“.

Zur Eröffnung wurden Briefe und Botschaften des Papstes und von Kardinal Casaroli verlesen, in denen die Notwendigkeit der Präsenz von Katholiken in den Medien unterstrichen wird. In einer Grußbotschaft des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz spricht Bischof Lehmann vom Spannungsverhältnis der Loyalität der katholischen Journalisten zur Kirche. Er betont, daß Journalisten nicht der verlängerte Arm des Amtes sind. Auch in den Medien dürfe nicht alles gemacht werden, was möglich ist. Dabei müsse aber nicht selten erfahren werden, wie gerade verantwortungsloser Journalismus wirtschaftlichen und öffentlichen Erfolg habe. Bischof Lehmann ruft die katholischen Journalisten auf, den Mut zu haben, alternativ zu handeln und auch eventuell gegen die sogenannte herrschende Meinung ihres Berufsstandes zu stehen.

Bundesminister Klein wies auf die dramatische Revitalisierung des christlichen Glaubens hin, ausgelöst durch den tiefgreifenden Einfluß des in die kommunistischen Staaten hineinwirkenden Informationsangebotes. Er erwartet, daß Journalistinnen und Journalisten aus christlicher Überzeugung ihren Beruf ernst nehmen, sich der in dieser Zeit besonders wichtigen Aufgabe der Information und Nachrichtenverbreitung zu stellen.

Nach Grußworten des bayerischen Staatsministers Dick, der Vorsitzenden der GKP Dr. Streier, des Vorsitzenden der AKP Dr. Mees und einer Botschaft des Bundeskanzlers folgte eine Ansprache des Präsidenten der Päpstlichen Kommission für soziale Kommunikation. Wegen des außerordentlichen Einflusses von Rundfunk und Fernsehen sieht er die Mitarbeit von Katholiken in den Medien als unerlässlich an. Erzbischof Foley ist über-

zeugt, daß die Druckmedien die elektronischen Medien als Schlagzeilenverbreiter durch Zusatz- und Hintergrundinformationen ergänzen können. Überall in den Medien müßten Katholiken vertreten sein, denn Journalisten seien die Augen, „durch die die Welt sich sieht“. Nach der Überzeugung Erzbischofs Foleys werden Journalisten gebraucht, die nicht nur dem Namen nach Katholiken sind. Ihr Glaube sollte ihnen Verpflichtung zu bestmöglicher Professionalisierung sein. Die katholische Presse solle sowohl die Einheit als auch die Universalität der katholischen Kirche stärken. Er führte aus, die Stärkung der Universalität meine nicht nur die Evangelisierung und Erläuterung der Frohen Botschaft, sondern auch die Entwicklung von Verständnis und Respekt für die legitimen Verschiedenheiten, die in der Kirche Christi bestehen. Erzbischof Foley schloß mit einem Aufruf zur Einbringung katholischer Präsenz in die Medien, die noch keine haben, und der Verteidigung und Stärkung der vorhandenen katholischen journalistischen Präsenz.

Bei seiner Predigt in der Eucharistiefeier rief der Erzbischof von München und Freising die Journalisten auf, sich dem Journalismus ohne Moral, ohne Verantwortung vor Gott entgegenzustellen. Es gelte für die Medien die Forderung von „*Communio et progressio*“, „das Zusammenleben der Menschen... fördern“... „daß die Menschen einen tieferen Sinn für Gemeinschaft entwickeln“. Kardinal Wetter forderte von den Journalisten, die Chance zu nützen, die öffentliche Meinung und damit die geistige Umwelt mitzugestalten. Es gelte das Bild der Ehe und Familie in unserer Gesellschaft in der schöpfungsgemäßen Ordnung und Schönheit zu vermitteln, die Würde der Frau vor Verhöhnung und Mißachtung zu bewahren und die eheliche Treue vor weiterer Abwertung zu bewahren.

Der bayerische Kultusminister Zehetmair wies beim Staatsempfang der Landesregierung auf die außerordentliche Informationsfülle in seinem Land hin. Neben 80 Zeitungen, die täglich erscheinen, senden in Bayern 113 Radiosender über 53 lokale Frequenzen. Daneben werden 22 lokale und 12 nationale Fernsehprogramme angeboten. Dies zeige deutlich die große Verantwortung der Journalisten für die Auswahl und Gestaltung von Nachrichten, Informationen und Unterhaltung. Wegen dieser besonderen Verantwortung für Information und Meinungsbildung sei es unverzichtbar, daß höchste professionelle und ethische Standards in allen Bereichen der Medien gelten, fordert der Staatsminister. Diese seien auch zu ermöglichen durch eine gute Aus- und Weiterbildung der Journalisten und eine Erziehung der jungen Mediennutzer in den Schulen zum verantwortlichen Gebrauch des Informations- und Unterhaltungsangebotes. Minister Zehetmair erwartet, daß gerade die katholischen Medienverantwortlichen und Journalisten ihren Teil dazu beitragen, daß die Welt nicht Feind der Wirklichkeit werde. Sie müßten sich ständig ihrer großen Verantwortung bewußt sein und als Mittler und Verbreiter der Welt erläutern, daß der Glaube aufbauend, befreiend und wirklich für die Welt unverzichtbar sei.

Das Thema des Kongresses wurde in vier Sprachgruppen mit jeweils fünf Untergruppen in Podiumsgesprächen und Plenumsdiskussionen behandelt. Die Ergebnisse werden in aller Ausführlichkeit in der Presse dargestellt und können im Protokoll nachgelesen werden. Es sollen daher nur einige wenige Aspekte und Stellungnahmen wiedergegeben werden.

- Während Erzbischof Foley darauf verwies, daß die katholischen Medien nicht der verlängerte Arm des Amtes sind, verlangte Weihbischof Kampe, daß die kirchlichen Ämter die Presse umfassender und zeitgerechter informieren.
- Übereinstimmende Auffassung war, daß die katholische Presse in allen fachlichen Aspekten der säkularen vergleichbar sein muß.
- Der Einsatz moderner, wertneutraler Technologie bringt neue vorteilhafte Möglichkeiten: geringere Herstellungskosten, verbesserte Aktualität, farbige und variabelere Gestaltung der Zeitungen und Zeitschriften.
- Die Printmedien werden immer mehr zur Ergänzung der elektronischen Medien. Sie liefern die Hintergrund- und Zusatzinformationen zu den Schlagzeilen und Stichwortinformationen von Funk und Fernsehen.
- Durch den Einsatz von moderner Technologie wird das Informationsangebot größer. Damit werden noch höhere Anforderungen an das Verantwortungsbewußtsein und die Pflicht zur Wahrhaftigkeit an alle in den Medien Tätigen gestellt.
- Journalisten müssen aus- und weitergebildet werden, sich stärker um besseren und treffenderen Ausdruck bemühen und um die Korrektheit ihrer Sprache kümmern. Sie müssen sich auch im Unterhaltungsangebot von christlichen Grundvorstellungen bei ihrer Arbeit leiten lassen.
- Wo immer es möglich ist, sollen auch die Rezipienten zum verantwortlichen Gebrauch des noch immer zunehmenden Informations- und Unterhaltungsangebotes aufgefordert und auch angeleitet werden. Vor allem Kinder und Jugendliche sind ohne Anleitung und Schulung dem Informations- und Unterhaltungsangebot hilflos ausgesetzt. Sie bedürfen dringend der Schulung zum kritischen Umgang mit den Medien.

Trotz gelegentlicher Unzulänglichkeiten war der Weltkongreß ein Erfolg für die katholische Presse. Vor allem die großartige Organisation und die örtlichen Gegebenheiten sowie das Rahmenprogramm waren sehr gut geeignet, eine offene, aufgeschlossene Arbeit zu ermöglichen. Nicht zuletzt die jungen Journalisten, als Gäste der UCIP, waren ein Gewinn für die Diskussionen. Sie scheuten sich nicht, klar Stellung zu beziehen und auch neue Gesichtspunkte in die Überlegungen einzubringen. Eine volle Auswertung der Ergebnisse dieser Tage ist erst möglich, wenn das Protokoll aller Beiträge vorliegt.

XV. Weltkongreß der katholischen Presse

Helmut Fettweis

Der Weltkongreß der katholischen Presse, die in der Union Catholique Internationale de la Presse (UCIP) zusammengeschlossen ist, fand diesjährig erstmals in einem kleinen Dorf — in Ruhpolding — statt. Nach 14 Weltkongressen in den großen Städten der Welt (Brüssel, Rom, Wien, Paris usw.) eine Herausforderung an die Organisatoren und auch an den ausgewählten Ort. Eine weitere Herausforderung war dann, daß diesmal 130 junge Journalisten aus allen Teilen der Welt, vorwiegend aber aus nichteuropäischen Gebieten, anwesend waren. Die UCIP hatte durch eine großzügige Förderung diese Einladung möglich gemacht.

Die Delegierten setzten sich zusammen aus Vertretern

Afrikas	27
Nord- u. Südamerika	50
Süd- und Ostasien	60
Vorderer Orient	5
Osteuropa	44
Westeuropa	214

Die Gliederung der UCIP

Regionen

Katholische Union der Presse in Lateinamerika (UCLAP)

Katholische Union der Presse in Afrika (UCAP)

Katholische Union der Presse in Südasien (SACPA)

Katholische Union der Presse in Südostasien (SEACPA)

Katholische Union der Presse in Ostasien (EACPA)

Katholische Union der Presse in Europa

Föderationen

Internationale Föderation Katholischer Journalisten

Internationale Föderation der Tageszeitungen

Internationale Föderation der Zeitschriften

Internationale Föderation Katholischer Nachrichten-Agenturen (FIAC)

Internationale Vereinigung der Professoren und Forscher in den Wissenschaften und Techniken der Informationen (ACIESTI)

Internationale Föderation der Verbände der Kirchenpresse (FIAPE)

Neu gegründet wurde mit der Billigung aller Vertreter die Einrichtung der Region Europa. Hier sind nun Ost und West fast vollständig zusammengeschlossen. Ein bemerkenswertes Ereignis.

Als GKS sind wir über Auftrag Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kath. Presse (AKP), und diese ist Mitglied der UCIP.

Was soll so ein Kongreß?

Es gibt Veranstaltungen, da sind die Mitglieder unter sich, freuen sich des Lebens und lassen es sich gut sein. Da spielen Probleme eine kleine Rolle.

Hier jedoch war es anders. Dieser Kongreß zeigte sehr deutlich die Probleme der kirchlichen Medien in der ganzen Welt. Diese Brisanz bekam man jedoch nicht immer im Kongreßsaal, aber in den Gesprächen am Rande mit. Diese Gespräche am Rande haben eine Hürde, die Sprache. So sollte eigentlich jeder Teilnehmer neben seiner Muttersprache noch wenigstens eine der großen oder viel angewandten Sprachen sprechen. Die Simultanübersetzung in deutsch, französisch, englisch und spanisch war zwar hervorragend, aber zum persönlichen Gespräch mußte man eben noch mehr mitbringen. (Ab und an ergab sich sogar die Möglichkeit, mit Latein Kontakte zu knüpfen!)

Dieser Kongreß hatte sich zum Thema gestellt: „Kreativität und Verantwortung angesichts neuer Presstechnologien“.

In den Vorträgen und Diskussionen wurde zweierlei erkennbar:

- Wir sind noch nicht am Ende der technischen Entwicklung und haben die vorhandene Technik auch noch nicht voll im Griff.
- Die technische Ausrüstung ist in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich. Hier ein sinnvolles Maß zu finden wird eine Aufgabe sein.

Zieht man aus allen diesen Einzelbeispielen die Summe, dann wird deutlich, daß eigentlich noch mehr als bisher die Kreativität des Journalisten gefragt ist. Ohne seine kreative Kraft kann er aus der vorhandenen Technik nicht das Beste machen. Ihm obliegt es, Zeiten, die ihm die Hochtechnik durch schnelle Arbeit zur Verfügung stellt, durch sinnvolle Vertiefung der Recherche zu nutzen. Und jener, der auf eine Hochtechnik noch verzichten muß, weil er z.B. noch über keine sichere Stromversorgung verfügt, muß sich auf Quellen, die sicheren Ursprungs sind, abstützen und ein Mehr an Zeit seiner Technik widmen. Die Verantwortung für das Wort, das der Journalist weitergibt, ist jedoch unteilbar. So bedarf der Journalist einer tiefen Einbeziehung in die Ethik, wenn er für das auch innerlich einstehen will, was er in Wort oder Schrift verbreitet.

Zu wenig behandelt wurde noch der Ausblick in die zukünftigen „Nicht-Print-Medien“. Auch hier auf dem weiten Gebiet von Funk und Fernsehen werden viele Aufgaben von den Journalisten gemeistert werden müssen.

Aufgabe der Medien

Warum braucht man katholische Medien? Viele, wenn nicht die meisten, Delegierten kamen aus Ländern, in denen Freiheit und Wahrheit nicht immer zum Allgemeinbesitz ge-

hören. Der Einfluß von Interessengruppen der verschiedensten Art ist groß. Viele wollen einen verfügbaren Menschen. Die „Verfügenden“ können anderen Religionsgemeinschaften, aber auch staatlichen Organisationen oder quasi-staatlichen Organen (Parteien) angehören. Da kommt dann die katholische Information zu kurz. Die Menschen wissen also nicht, was ihnen geboten werden kann. Mit der mangelnden oder gar (bewußt) entstellten Information entsteht ein religions- (Katholiken-) feindliches Umfeld. Das sind dann die steinigten Äcker, in denen das frohe Wort der Botschaft Jesu Christi nicht auf fruchtbaren Boden fallen kann.

So stimmt es auf der einen Seite, daß die katholischen Medien nicht die Kanzeln ersetzen können, aber sie müssen durch ihre Arbeit einmal das gute Klima schaffen und zudem die Tore für das Wort von der Kanzel öffnen. Sie müssen auch durch ihre Verzahnung mit der Kirche einen speziellen Verkündigungsauftrag erfüllen. So wird man noch lange über diese Probleme nachdenken, um vor allem Mut zu Lösungen haben, auch wenn man noch nicht genau weiß, wie schnell die Technik eigene Regeln entwickelt. Allzuleicht ist sonst unser katholisches Anliegen — man sieht es am beschwerlichen Weg der Kirche zu den neuen Medien in Deutschland — an den Rand gedrängt, und die technischen Zentren werden von den Machern und Geschäftelhubern besetzt sein.

Das Offizielle

Man hatte die technische Aufgabe einem renommierten Reisebüro übertragen. Dennoch war der Anfang nicht ganz leicht. Aber Reibungspunkte gehören nun einmal zu einem so großen Unternehmen mit so vielen Unwägbarkeiten. Der Postverkehr mit Übersee ist auch über Pressekabel noch nicht so leicht zu meistern. So kamen einige Informationen reichlich spät.

Der Ort Ruhpolding hat sich selbst übertroffen. Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft zeichneten die Bevölkerung aus. Die Unterbringung war durchweg auf einem hohen Stand, die Preise waren erschwinglich, für nördlicher wohnende Bundesbürger sogar erfreulich niedrig.

Ein Busdienst versorgte die entfernter Wohnenden. Jedoch war die Linienführung nicht so eindeutig bekannt geworden. Andererseits — ein Vorteil eines kleinen Ortes — konnte man die meisten Wege zu Fuß absolvieren. Da ein wundervolles Herbstwetter die Tagung begleitete, war also hier noch ein Gewinn zu verzeichnen.

Die Empfänge hatten es in sich. In einem internationalen Gremium mit so unterschiedlichen Lebensgewohnheiten kann man auf einem Empfang keine hohen und hehren Gedanken — zudem in der Sprache der Minderheit — loswerden.

Die zarten Töne einer Harfe konnten bei einem Geräuschpegel von Reden, Lachen, Tellergeklapper das Ohr der Zuhörer selten erreichen. Schade für den entgangenen Kunstgenuß. Da war an einem Abend die martialische Blaskapelle von ganz anderem Zuschnitt. Hier jedoch taten manchem die Ohren weh.

Österreich hatte es da erheblich eleganter gelöst. In Schloß Kleßheim versammelte man sich im stilvollen Foyer und erhielt — in der zur Ruhe mahnenden Atmosphäre — in kurzen Ansprachen mit Übersetzungen das Wesentliche gesagt. Das anschließende Konzert, vorgetragen von den Salzburger Instrumentalsolisten, war ein Kunstgenuß. Die zarten Töne Mozarts, die lyrischen Klänge Regers und der mitreißende Schwung Dvoraks legten einen festlichen Zauber über die Anwesenden im lichtvollen Kuppelsaal. Herzlicher und stürmischer Beifall nötigte die Künstler zu einer kleinen Zugabe. Danke für diese Bereicherung.

Nach einer Pause brachte dann die Stadtführerin eine gute Übersicht über diese schöne Stadt. Allerdings sollte man als Interpret einer Stadt die Fakten darlegen und die Meinungsbildung dem Zuhörer überlassen. Über Taten vergangener Jahrhunderte zu urteilen ist nie ganz leicht.

Der Empfang auf der Hohenfeste war dann geprägt von österreichischem Charme und tiefer Herzlichkeit. Die Delegierten hatten Gelegenheit, weitere Kontakte zu suchen und zu finden. Der Rahmen, ob in Begrüßung, Musik oder Organisation, trat so diskret zurück, daß sich alle Teilnehmer wohlfühlten und jenes Flair internationaler Verbundenheit verspürten, das im Katholischen begründet ist. Dank unseren österreichischen Freunden.

Der Ablauf

Der erste Tag (16. 10.) brachte am Abend lange vorbereitende Diskussionen, auf welche Dinge der Schwerpunkt zu legen sei.

Der 17. Oktober brachte dann die Eröffnung im Kurhaus. Seit 8.00 Uhr spielten im Kurpark Mitglieder der Kurkapelle flotte, recht stimmungsvolle Weisen, die jedoch an diesem sonnigen, aber kalten Herbsttag keine große Zuhörerzahl fesselten.

Der Eröffnung durch den Präsidenten der UCIP Jean-Marie Brunot folgte der Reigen der Grußworte. Heraus ragten die humorige und doch tiefgründige Ansprache von Bundesminister Dr. Hans Klein und die mit englischer Kurzfassung angereicherte Begrüßung durch Dr. Günther Mees, den Vorsitzenden der AKP.

Auch der Erzbischof John P. Foley, Rom, Kommission für soziale Kommunikation, fand aufnahmebereite Zuhörer.

Die verlesenen Grußworte von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, Mainz, sowie die übrigen Ansprachen rankten sich um die Begriffe Freiheit, Vaterland, Europa mit einem lebendigen Christentum. Die zahlreichen Journalisten aus dem Ostblock (durch Frau Dr. Streier) wurden besonders herzlich begrüßt, ebenso die jungen Journalisten aus der ganzen Welt.

Nach der Pause führten die Einleitungsreferate in die Problematik der neuen Techniken ein. Das anschließende Podiumsgespräch ließ die einzelnen Probleme noch schärfer erkennen:

- Datenbanken, beherrschbar von wem, wofür?
- Kreativität oder Routine?
- Menschliche Beziehungen und Technik?
- Stellung von „Redaktionssekretären“ statt kreativer Mitarbeit
- Neue Technik und Ethik
- Einfluß der Verleger — Überbewertung des Chefredakteurs?
- Lernfähige und lernwillige Mitarbeiter — wenn nicht? Kündigung?

In der Nachmittagssitzung kamen die Regionen zu Wort. Alles aufzuführen würde diesen Rahmen sprengen.

Am Abend versammelten sich die Mitglieder zur Eucharistiefeier mit Kardinal Dr. Friedrich Wetter, München, in der Pfarrkirche St. Georg. Die Krönungsmesse von Wolfgang Amadeus Mozart wurde vom Kirchenchor Ruhpolding in einer erstaunlichen Qualität und Intensität dargeboten.

Über den anschließenden Empfang wurde bereits global berichtet. Der Mittwoch (18. 10.) brachte dann zwei hochinteressante Referate, einmal die Herausforderung der Technik an den Journalisten und an den Verleger. Heiko Klinge brachte besonders die in der Technik begründeten Spannungen zwischen Verleger und Redakteur zur Diskussion.

Die anschließende Diskussion in Sprachgruppen ließ dann die weiteren Spannungsmomente in den einzelnen Ländern erkennen. Dabei ergab sich, daß diese Spannungen nach weiteren Unterschieden betrachtet werden müssen. Durch diese Diskussionen, die zwar oft in eine bessere Art von Selbstdarstellung ausufern, wurde dennoch das Bewußtsein geweckt, daß diese Unterschiede überwunden werden müssen, wenn die kath. Presse ihrem gesteckten Ziel als weltumspannendes Informationsinstrument gerecht werden will.

Der Donnerstag brachte dann Berichte und Zusammenfassungen der Arbeitsgruppen. Sie waren durchweg sehr gut gestaltet und einprägsam. Wenn auch einige Mitglieder anmerkten, daß die Zusammenfassungen teils subjektiv gefärbt gewesen seien, so muß dem entgegengehalten werden, daß es immer schwer ist, das Resümee einer Diskussion frei von persönlichen Akzenten zu halten. Diese Darstellungen waren jedoch ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der kath. Presse in der Welt.

Von besonderer Bedeutung für die Veranstaltung war dann die nachmittägliche Wallfahrt nach Altötting. Da bei einer Teilnehmerschar aus aller Welt natürlich auch Empfindungs- und Bewußtseinsunterschiede festzustellen sind, hatte man zwei Dinge versäumt: Einmal hätte man auf diese besondere Art der Volksfrömmigkeit hinweisen sollen. Zum anderen muß bei einer Schar von rd. 400 Menschen verschiedener Sprache daran gedacht werden, Wallfahrtstexte in mehreren Sprachen, evtl. auch in Latein, zu erstellen. So war der Gang zum Gnadenbild ein wenig zu stumm für eine Wallfahrt.

Die katholische Gemeinsamkeit wurde erst in der Messe erfahrbar, immer dann, wenn

auch noch lateinische Gebetstexte gebetet oder gesungen wurden. Die Lichterprozession wurde zur würdevollen Feier, aber es fehlte der katholische Elan. Man sollte dabei auch berücksichtigen, daß die Texte mehr in verschiedenen Sprachen vorgesprochen werden.

Die anschließende Gastlichkeit wurde mit Freuden wahrgenommen, und hier kam es wieder zu echten Begegnungen.

Der Freitag (20. 10.) brachte die Generalversammlung der UCIP. Die Berichte des Generalsekretärs und des Schatzmeisters brachten positive, aber auch negative Momente klar zur Sprache. Die Abstimmungen erfolgten in großer Einmütigkeit. Eine Vorlage wurde abgelehnt, weil sie in der Kürze der Zeit nur in einer Sprache vorgelegt werden konnte.

Wichtigstes Ergebnis war, daß eine Region Europa gegründet und anerkannt wurde.

Die Gründung einer Region Nordamerika wurde als sinnvoll angesehen, und es wurde die baldige satzungsmäßige Verankerung empfohlen.

Mehr Mitglieder und Sponsoren sollen helfen, die finanziellen Schwachpunkte auszumergen.

Über die zahlreichen Ehrungen und Preisverleihungen soll hier nicht weiter berichtet werden.

Die Abendveranstaltung ist ebenfalls mit den anderen dieser Art in eine Reihe zu stellen. Man hätte hier eine etwas glücklichere Hand haben müssen.

Samstag, der 21. Oktober, brachte eine Veranstaltung besonderer Art. Die UCIP hatte über die Tagungsbeiträge einen Beitrag für die Aufforstung eines Windbruchgebietes zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmer waren gebeten worden, nun selbst einen Baum zu pflanzen. In vorbereitete Löcher wurden die jungen Bäumchen, Eschen, Tannen, Eiben usw. von den Damen und Herren gesetzt, fachmännisch angeleitet, angetreten und somit der Natur zur weiteren Entwicklung anvertraut. Leider nahmen nur etwa 300 Teilnehmer an dieser Veranstaltung teil. Einige pflanzten dafür 2 oder gar 3 Bäumchen. Der Weg durch den morgendlichen Wald war etwa 1 Stunde und brachte Gelegenheit zu guten Gesprächen, aber auch zum Bewundern der wundervollen Herbstfärbung des Waldes.

Endpunkt war eine deftige Brotzeit auf dem Gelände des HolzknechtMuseums. Eine gute Veranstaltung, die auch bei den ausländischen Kollegen sehr gute Resonanz fand. Man hätte sie mehr in die Mitte des Kongresses legen sollen, dann hätten die fleißigen Hände des Tagungsbüros Zeit gehabt, Entschliefungen vorher zu übersetzen und besonders zu vervielfältigen. Über den Nachmittag in Salzburg wurde schon berichtet.

Fazit

Ist eingangs die Frage nach dem „Warum?“ gestellt worden, so muß — trotz kleiner Pannen und Verbesserungswürdigkeiten — festgestellt werden, daß hier katholische Presse auf dem Wege zur Information der Menschen auf Weltebene deutlich gezeigt hat, daß sie ein Faktor im Medienwesen ist, den man schon heute nicht übersehen kann. Ebenfalls hat der

Kongreß gezeigt, daß auch im katholischen Bereich — trotz der Gemeinsamkeit des Glaubens — große Unterschiede bestehen. Was aber als Unterschied erkennbar wird, kann morgen vielleicht schon überwunden werden. Die Ansätze wurden gefunden — ein Verdienst dieses Kongresses. Ebenso aber wurde deutlich, daß ohne Kreativität aus dem Glauben der Technik nicht paroli geboten werden kann. Die Teilnehmer haben das erkannt und auch bereits Lösungsansätze aufgezeigt. So ist also dieser Kongreß für die Kirche und für die Medien ein Schritt vorwärts und ein Anstoß für weitere Schritte.

Besonders bemerkenswert

Von großem Wert waren die Begegnungen am Rande. Eine halbstündige Unterredung mit Priestern aus dem Libanon hat Informationen über den schrecklichen Krieg in diesem einst so wohlhabenden Land vermittelt, die bisher nicht bekannt waren. Die Christen stehen vor einer schrecklichen Zeit. Wir müssen helfen. Eine deutsche Schwester aus Namibia vermittelte tiefe Einblicke in die gespannte Situation in diesem Land, das bald seine Freiheit erhält.

Ein Gespräch mit einem Pater aus Ruanda machte nachdenklich.

Noch viele Begegnungen wären zu erwähnen. Sie alle brachten ein Stückchen mehr Information, sie bringen uns der Wahrheit näher. Auch das ist ein Erfolg des Kongresses, der vielleicht so am intensivsten weiterwirkt. Dank allen, die sich so viel Mühe gaben.

Aus GKS und PGR

Poing

Zwei berühmte Klöster in Österreich

Arthur Schopf

Als Anerkennung für ihr persönliches Engagement lud der Poinger Pfarrer Alfons Langwieder die Mitglieder der beiden kirchlichen Gremien, des Pfarrgemeinderates und der Kirchenverwaltung zu einer Ausflugs- und Besichtigungsreise zu den beiden markantesten österreichischen Klöstern in Melk an der Donau und Kremsmünster ein.

Das Benediktinerstift Melk – am Zusammenfluß der Melk und Pielach in die Donau gelegen – war über Jahrhunderte hinweg geistiges Zentrum des Katholizismus in Österreich. 976 hatte Kaiser Otto II. dem fränkischen Grafengeschlecht der Babenberger die damalige Ostmark übertragen. 1089 zogen Benediktinermönche in das Kloster ein, in dem sie bis heute wirken.

1700 wurde unter Abt Berthold Dietmayr der barocke Neubau des Stiftes errichtet. Der berühmte St. Pöltener Baumeister Jakob Prandtauer schuf hierbei eine „Symphonie der Farben und Formen“, schwärmen Kenner.

In der auch reich ausgestatteten Sommersakristei feierte Pfarrer Langwieder mit der Poinger Reisegruppe einen besinnlichen Gottesdienst.

Einer der Glanzpunkte des Klosters ist die berühmte Bibliothek mit rund 90000 Bänden, 1200 wertvollen Handschriften aus dem 15. Jahrh. und 850 Inkunabeln (Wiegendrucke). Sehenswert auch die repräsentativen Kaiserzimmer mit zahlreichen verschiedenen Exponaten.

Das Benediktinerstift Kremsmünster („Das Münster an der Krems“) geht zurück auf eine Gründung des Bayernherzogs Tassilo III. im Jahre 777. Man darf es getrost als ein bayerisches und österreichisches Nationaldenkmal ersten Ranges bezeichnen. Als besondere Seltenheit wird hier der Tassilokelch bewertet, ein Denkmal der Kirchengeschichte. Er wird heute noch benutzt. Sehenswert auch ein Rundgang durch Kirche, Schatzkammer und Kunstsammlung.

Durch die Klosterführung stark beeindruckt, sagte die Pfarrgemeinderatsvorsitzende Rosmarie Obermeier: „Der barocke Glanz dieses Klosters hat den trüben Regentag verschönt!“

Davos

Lothar Fischer

Grüezi miteinander! Schatzalp, Flüela-Paß, Jacobshorn, Engadin und Dürrboden waren zwei Wochen lang Schlagworte für 51 Männer, Frauen und Kinder aus Frankreich, Österreich, den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Das Apostolat Militaire Interna-

tional (AMI) hatte zur Familienfreizeit in die Schweiz nach Davos eingeladen, und 17 Ehepaare, mit mehr oder weniger kleinen oder großen Kindern zwischen zwei Monaten und 19 Jahren, begaben sich im August in die Neutralität. Zuständig für die Durchführung war in diesem Jahr die deutsche GKS, und Oberstabsbootsmann Günter Thye hatte, wie man so schön sagt, die Torte im Auge. Die Aufgabe bewältigte er mit viel Geschick, Einfühlungsvermögen und vor allem mit seiner Frau Wiltrud zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten.

Das fing ja schon mit der Unterkunft an, dem St. Josefs Haus, einem „Hotel“, in dem wir, wie auch andere Erholungssuchende, von Dominikanerinnen mit Hingabe umsorgt wurden. Besonders hervorzuheben ist jedoch die Organisation des Wetters. — Wohl nur mit außergewöhnlichen Beziehungen zum „Klima-Referat“ in höheren Regionen kann es möglich sein, das Wetter fast immer wie bestellt zur Verfügung zu haben. Unter solchen Rahmenbedingungen waren Erholung für alle, darunter der AMI-Präsident, der AMI-Generalsekretär und Militärdekan Walter Theis, vorprogrammiert. Das war allerdings auch einer der wenigen festen Programmpunkte neben einem Begrüßungsabend, an dem vor allem der deutsche Militärgeneralvikar grüßte, einer Informationsveranstaltung der gastgebenden Dominikanerinnen von Ilanz und dem Abschiedsabend.

Das übrige Programm war *Freizeit*, wobei sich familienübergreifend Gruppen, Familien oder Einzelpersonen zu Bergwanderungen, Schwimmbad- oder Konzertbesuchen, zu Ausflugsfahrten oder lustiger Tagesausklangsrunde ungezwungen zusammenfanden.

Die herrliche Schweizer Bergwelt mit sanften oder steilen Wanderwegen und halbzahmen Eichhörnchen, faszinierenden Paßstraßen und abenteuerlichen Eisenbahnstrecken der Rätischen Bahn bot wirklich für jeden etwas.

Das alles bleibt uns sicher lange in schöner Erinnerung — auch, weil nebenher oder damit verbunden schöne neue Bekanntschaften gemacht wurden. Besondere Plätze im Gedächtnis erhalten mit Sicherheit die Schwestern, vor allem die Oberin, Sr. Friedburga, dann die zum Spieß ernannte, für Küche, Keller und Technik zuständige Sr. Ansgaria und nicht zuletzt Sr. Albina, die mit Sorgfalt die Pforte hütete und gute Ratschläge in allen Lebenslagen bereithielt, z. B. das richtige Schuhwerk für Bergtouren betreffend.

Als dann nach zwei Wochen die schöne Zeit vorüber war und sich die Gesellschaft nach dem Frühstück in alle Winde, d. h. nach Wien und Flensburg, Tübingen, Mayen, Bamberg, Kiel und Osterholz-Scharmbeck, zu zerstreuen begann, kam so etwas wie Wehmut auf. Mit Versprechen, sich zu schreiben, Fotos auszutauschen oder vielleicht (auch ganz bestimmt) sich zu besuchen, wurde Abschied genommen. — Au revoir, Servus, see you later, tschüs!

Wehrbereich IV

Arbeits-/Wehrbereichskonferenz vom 6./7. 10. 89 in Hofheim/Taunus

Richard Riffel

Vom 6.10.—7.10.89 fand im Exerzitienhaus St. Josef in Hofheim/Ts. die diesjährige Herbstkonferenz der Laiengremien statt.

Die Arbeits-/Wehrbereichskonferenz IV wurde mit dem Gebet der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) begonnen. Danach begrüßte der Katholische Wehrbereichsdekan IV die anwesenden Delegierten aus den Seelsorgebezirken und den GKS-Kreisen. Prälat H. Bittorf sprach in seinen einführenden Worten u.a. Fragen der Tagespolitik (z.B. Flüchtlingsbewegungen aus der DDR), die personelle Situation der Militärseelsorge im Wehrbereich IV sowie die Vorbereitung für die PGR-Wahlen an.

Danach berichteten die Delegierten sehr ausführlich, sowohl zur Information des Kath. Wehrbereichsdekans als auch zur gegenseitigen Unterrichtung, über ihre Arbeit und Erfahrungen in den Seelsorgebezirken und GKS-Kreisen. Dabei wurde auch deutlich, daß es immer wieder Überschneidungen bei der Durchführung von Aktivitäten zwischen PGR und GKS gibt. In bezug auf die bevorstehenden PGR-Wahlen wurde erkennbar, daß es Seelsorgebezirke gibt, in denen eine Wahl durchführbar ist, es aber nach wie vor auch Seelsorgebezirke geben wird, in denen eine Wahl aus den verschiedensten Gründen nicht realisierbar ist und deshalb eine Berufung der PGR-Mitglieder durch den jeweiligen Standortpfarrer erfolgen wird.

Den Nachmittag beschloß ein Vortrag von MD Dr. Prassel zum Thema: „Glauben, was glauben wir eigentlich?“ Dabei handelte es sich um die Weiterführung eines Vortrages zum Thema „Glauben“, den MD Dr. Prassel bei der Frühjahrskonferenz gehalten hatte und ein Thema, das bereits damals sehr großes Interesse gefunden hatte.

Nach der Vesper trafen sich die Delegierten der GKS zu einer internen Gesprächsrunde. Der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich IV, Hptm Riffel, erläuterte dabei zunächst die Situation der GKS im WB IV, stellte die einzelnen Kreise gemäß Lagefeststellung 1989 und eingetretener Veränderungen vor und verwies dann darauf, daß er, seit 23.11.79 mit 4maliger Wiederwahl in dieser Funktion tätig, nach Ablauf der derzeitigen Wahlperiode im März 1990 nicht mehr zur Wahl zur Verfügung stehen werde. Er bat die Anwesenden, sich rechtzeitig Gedanken über die Wahl eines neuen Führungsteams der GKS zu machen, damit bei der Frühjahrskonferenz 1990 eine solche Wahl durchgeführt werden kann und eine Fortführung der GKS-Arbeit im WB gesichert ist.

Im weiteren Verlauf der WB-Konferenz IV wurde dann die Vorbereitung der 30. Woche der Begegnung vom 30.4.—4.5.90 in Bad Segeberg sowie der entsprechende Rundbrief Nr. 3/89 des Bundesvorsitzenden besprochen.

Dankesworte sprach der Vorsitzende der GKS im WB IV gegenüber Hptm Sauer aus, der vom März 1988 bis Juni 1989 Sprecher des Kreises Diez-Limburg war und infolge seiner

Versetzung nach Wetzlar dieses Amt aufgeben mußte. Kamerad Sauer erhielt als Zeichen des Dankes und zur Erinnerung das Zeichen der GKS, den Königsteiner Engel, überreicht.

Am Samstagvormittag referierte Dr. Linn von der Akademie der Bundeswehr für psychologische Verteidigung über das Thema:

„Christ und Soldat — Auf der Suche nach der verlorenen Identität. Aktuelle Perspektiven der Akzeptanzkrise“.

Die recht rege Aussprache zu diesem Vortrag zeigte, daß die Ausführungen von Dr. Linn nicht nur auf großes Interesse bei den Anwesenden gestoßen war, sondern daß damit auch ein wirklich aktuelles Problem unserer Sicherheitspolitik aufgegriffen worden war.

Im weiteren Verlauf der Arbeitskonferenz, bei der nochmals die Wahlen zu den PGR angesprochen wurden, führte der Moderator der AK, Olt Diedler, aus, daß bei der Frühjahrskonferenz 1990 Zeitraum für eine Nachlese der PGR-Wahlen eingeplant werden soll. Als Termine für die kommenden Arbeits-/Wehrbereichskonferenzen gab er bekannt:

1990 2.3./3.3. und 12.10./13.10.,

1991 8.3./9.3. und 18.10./19.10.

Die Termine für 1991 sind zunächst so vorgesehen; über ihre endgültige Festlegung wird im März 1990 entschieden werden.

Abschließend dankte der Kath. Wehrbereichsdekan IV, Prälat H. Bittorf, den Delegierten für ihre Anwesenheit und rege Mitarbeit. Mit einer kurzen Andacht und Erteilung des Segens endete die Arbeits-/Wehrbereichskonferenz IV.

Bonn

H. F.

Am 3.10.1989 feierte die Soldatengemeinde im Seelsorgebezirk des Kath. Standortpfarrers Bonn ihr Patronatsfest.

Die Märtyrer Cassius und Florentius sind die Patrone nicht nur des Münsters in Bonn, sondern auch der Soldatengemeinde.

Der Standortpfarrer Militärdekan Manfred von Schwartzberg hielt den festlichen Gottesdienst in Konzelebration mit dem Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann und dem Militärdekan Prälat Werner Köster.

Die musikalische Gestaltung der Feier lag in den Händen des Münster-Organisten Josef Lammerz (Orgel) und beim Kammerorchester Heeresmusikcorps 7, Düsseldorf, unter der Leitung von Oberstleutnant Dr. Bernhard Höfele.

Mit den Soldaten feierte eine große Zahl ziviler Gäste und Bürger. Die weihvolle Stimmung verstärkte die meisterlich gespielte Orgel und das gekonnte Spiel des Kammerorchesters.

Hervorragend waren die beiden Soli für Gitarre.

Im Anschluß an diese Messe fand ein Festakt im Kreuzgang und im Münstersaal statt.

Die Gäste begrüßte der Standortpfarrer. Im Anschluß daran hieß der Vorsitzende des Katholikenrates der Stadt Bonn, Oberst a. D. Helmut Fettweis, die Teilnehmer herzlich willkommen:

Hochwürdigste und Hochwürdige Herren,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kameraden und Freunde!

Als Vorsitzender des Katholikenrates Bonn heiße ich Sie herzlich willkommen.

Der Katholikenrat ist sozusagen das Dach für die Pfarrgemeinderäte der 52 Bonner Regional- und 2 Bonner Personalpfarreien. Außerdem sind in ihm alle katholischen Verbände — auch die GKS — vertreten.

Daraus, daß der Vorsitzende ein Soldat a. D. ist, sehen Sie, daß der Soldat eine Heimstatt in unserer Kirche hat.

Die Aufgabe des Katholikenrates — er ist nicht etwa eine vorgesetzte Instanz — ist, den Stadtdechant zu beraten und den Pfarreien und Verbänden zu helfen.

Also eine dienende, koordinierende Funktion.

Und natürlich sind alle Mitglieder — wie Sie ja auch — durch Taufe und Firmung beauftragt, wo auch immer, die gute Botschaft des Evangeliums weiterzusagen.

Und, liebe Freunde, wenn wir in die Schrift schauen, lesen (Mt 8,5—13) vom Hauptmann von Kafarnaum — einen solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden — oder (Mt 27,54) vom Hauptmann am Kreuz — wahrhaftig, das war Gottes Sohn! —, dann sind das Gedanken, die uns auch bewegen können. Denken wir in Lk 3,14 an die Begegnung des Johannes des Täufers mit den Soldaten, dann schlagen wir den Bogen zu den Soldaten der Thäbäischen Legion, die unsere Pfarrpatrone sind, auch sie waren Soldaten und bekannten sich zu Christus. Unter diesen Gesichtspunkten werden die Anfechtungen, denen wir im täglichen Leben ausgesetzt sind, tragbar.

Aber eines müssen wir bedenken. Das Bild des Soldaten hat sich gewandelt vom Krieger zum Verteidiger von Recht und Freiheit. Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir der Erhaltung des Friedens dienen und daß es eine hohe Anforderung ist, wenn wir der Aussage des II. Vatikanischen Konzils gerecht werden wollen, „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ zu sein. Dennoch, diese hohe Zielsetzung ist erreichbar, wenn wir mit den Stärkungen unserer Kirche in Wort und Sakrament unser Leben im Dienst und außer Dienst gestalten. Dazu, das sei mit Dank vermerkt, hilft uns die Militärseelsorge.

Ich wünsche Ihnen nun die Kraft des Glaubens an unseren Herrn und Erlöser Jesus Christus an jedem Tag und zu jeder Stunde.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, hielt den Festvortrag mit dem Thema: „Vom Menschenbild des Grundgesetzes zum Selbstverständnis des Soldaten“ (siehe S. 47 ff.).

Der Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann ließ es sich nicht nehmen, ebenfalls auf die Bedeutung des Ethischen für die Aufgabe des Soldaten hinzuweisen.

Auch diese Feier wurde umrahmt vom Kammerorchester des Heeresmusikkorps 7.

Die Teilnehmer waren angetan von der offenen Art der Selbstdarstellung der Soldaten, und es entwickelten sich beim anschließenden Empfang interessante und gute Diskussionen.

Regensburg

Wie unser Land christlich wurde — zum 1250jährigen Jubiläum der altbayrischen Bistümer

Roland Stemmler

Prof. Dr. Karl Hausberger, Ordinarius für Kirchengeschichte des Donauraumes, Regensburg, sprach bei dem Akademieabend für Unteroffiziere und Feldwebel zum Thema: Wie unser Land christlich wurde. Es fanden sich 300 Soldaten und deren Frauen dazu ein.

Heuer begehen die altbayrischen Bistümer die 1250. Wiederkehr ihrer Gründung: Im Jahr 739 hat der hl. Bonifatius im Auftrag des Papstes Gregor III. und im engen Zusammenwirken mit dem agilolfingischen Herzogshaus die Bistümer Freising, Passau, Regensburg und Salzburg kirchenamtlich errichtet und gegeneinander abgegrenzt. Damit erhielt das Kirchenwesen der altbayrischen Kernlande, über denen schon seit spätrömischer Zeit das Zeichen des Kreuzes leuchtete, eine feste Gestalt.

Prof. Hausberger stellte in seinem Vortrag zunächst die einzelnen Phasen der Missionierung und Christianisierung vor, und zwar im Zusammenhang mit der bajuwarischen Stammes- und der agilolfingischen Herrschaftsbildung. Sodann würdigte er das bonifatianische Organisationswerk und den ersten „Klosterfrühling“ im Lande der Bayern. Abschließend legte er nochmals den Vorgang der Christianisierung als Ganzes dar und gab eine Antwort darauf, mit welchen Methoden die Bekehrungsarbeit vor sich ging und wie intensiv sich das Volk den neuen Glauben angeeignet hat.

Prof. Hausberger stellte fest, daß der christliche Glaube „von oben“ auf das Volk kam; der Herzog ging voran.

Heidnisches Brauchtum wurde christlich „getauft“. Die Missionare haben dargestellt, daß der christliche Gott stärker als die alten heidnischen Götter sind (der hl. Bonifatius fällt die „Donau-eiche“, eine heidnische Kultstätte).

An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, bei der der Referent auch auf die Entwicklung des Zölibates einging, der sich im Laufe der Jahrhunderte erst zum Pflichtzölibat entwickelte.

Prof. Hausberger sprach in einer sehr lebendigen Art und konnte seine Zuhörer fesseln.

Das aktuelle Buch

Es ist eine redaktionell bedingte Einteilung, daß Auftrag zweimal im Jahr Buchbesprechungen veröffentlicht.

Zugleich ist es aber eine Absicht, diese Veröffentlichungen im Frühjahr und im Dezember vorzunehmen. Denn es hat sich gezeigt, daß bei der Besprechung im Frühjahr der Trend erkennbar und am Ende des Jahres eine gewisse Interessiertheit für die Winterlektüre feststellbar ist.

Neu an der diesjährigen Einteilung ist, daß die Werke nach Verlagen geordnet werden.

Gedanken zum Advent

Von Wolfgang Bader (Hrsg.), Gedanken und Gebete für 24 Tage, illustriert von Annemarie Baumgarten, ISBN 3-87996-245-6, Verlag Neue Stadt, Gleißnerstr. 87, 8000 München 83.

Leider ist die Adventszeit in die Hektik und den Geschäftsrummel der Weihnachtszeit hineingezogen worden.

Keine der Fehlentwicklung von falscher Romantik bis hin zur Überladung mit materiellen Gütern ist an dieser Zeit vorübergegangen.

So hat es der Herausgeber versucht, von der Klage über diese Mißstände abzurücken und sie anzunehmen als ein Zeichen, daß „Gott im Kommen ist“.

In zarten Illustrationen, mit meditativen Texten und mit Gebeten versucht der Verfasser für jeden Tag einen Gedanken aufzunehmen, um durch ihn den Lesern das Geheimnis des Kommens Christi näherzubringen.

Kurze Anmerkungen zum Entstehen gewisser Bräuche vervollständigen das ansprechende Büchlein. Die Gebetstexte sind zuweilen von großen Menschen übernommen, die darin ihren Beitrag zu dieser guten Zeit sehen. Ein Büchlein, das anregt, leicht zu lesen ist und Tiefgang vermittelt.

Eucharistie feiern

Von Luis Alonso Schökel, biblische Meditationen zum Verständnis der heiligen Messe, Verlag Neue Stadt, 152 Seiten, ISBN 3-87996-231-6.

Pater Dr. L. A. Schökel SJ ist Professor am Bibelinstitut in Rom. Er schreibt in seinem Vorwort, daß er die Eucharistie leben und seine Gedanken den Mitchristen mitteilen will.

In einfachen meditativen Texten versucht er dem Leser einen Dienst zu erweisen.

Aus dem alten Testament erarbeitet der Autor die inneren Gehalte heiliger Zeichen (z.B. Kreuzzeichen) auf und kommt dann auf den christlichen Sinn zu sprechen.

Sodann geht er den Ablauf der Messe durch und schließt mit einem kleinen Nachwort, in dem auf weitere Literatur hingewiesen wird.

Vor allem aber ist sein Wort: „Ich hoffe, daß diese Überlegungen dazu beitragen konnten, die Eucharistie besser zu verstehen und mehr zu schätzen“, beachtenswert.

In einer Zeit, da das Wissen um die Geschichte kaum noch vorhanden ist und das Wissen um religiöse Sinngehalte ständig abnimmt, ist es gut, wenn man einen solchen Leitfaden hat. Die geistige Verbindung zum Alten Testament, zu den Gotteserfahrungen der Juden geben Anlaß zum Nachdenken. Außerdem bemüht sich der Autor auch, Begriffe, die zwar gebraucht werden, sich aber vom wahren Inhalt gelöst haben — oder ihn verdunkeln —, in ihrer Bedeutung zu erklären. So erklärt er, daß die

volkstümliche Redensart: „Der Priester konsekriert Brot und Wein“ falsch verstanden werden kann. Kein Mensch — auch kein Priester — kann Wirkursache sein, daß Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi verwandelt werden. Hier verwandelt Gott, der Priester ist Diener, berufenes Glied unserer Kirche.

Ein gutes Buch, für manchen Zeitgenossen vielleicht nicht immer leicht zu lesen. Gibt man sich aber etwas Mühe, findet man Schätze und tut sich mit dem Verstehen leichter.

Ignatius von Loyola,

Von Candido de Dalmases SJ, Versuch einer Gesamtbibliographie des Gründers der Jesuiten, Verlag Neue Stadt, 280 Seiten, ISBN 3-87996-235-9

Der Autor, ehemaliger Leiter des Historischen Instituts der Gesellschaft Jesu in Rom und der „Monumenta Historica Societatis Jesu“, ist einer der besten Ignatiuskenner. Hier hat er versucht in knapper und prägnanter Form das zusammenzutragen, was man nach dem heutigen Stand der Forschung über diesen Ordensgründer weiß.

Das Werk gliedert sich nach 21 Kapiteln etwa analog den Hauptlebensabschnitten und Aufgaben. Es bietet auch eine Fülle sehr instruktiver Anmerkungen. Obwohl eine Fülle wissenschaftlicher Fakten geboten wird, liest sich das Buch (in der deutschen Übersetzung) recht gut.

Ebenso wird deutlich, in welcher Form Ignatius zu arbeiten pflegte und wie er mit seinen Mitarbeitern „umging“. Dieses Buch räumt auch mit gewissen alten Vorurteilen auf (z.B. übertriebene Strenge) und verweist darauf, daß der Heilige ein Mystiker in tiefer Gottverbundenheit gewesen ist. Aus seinem geistlichen Tagebuch, das nunmehr veröffentlicht werden konnte, werden die hohen Gebetsgaben deutlich.

Ebenso wird erkennbar, daß die Gründung des Ordens nicht in erster Linie gegen die Reformation gerichtet war, sondern, daß der Orden zunächst Missionsaufgaben und dann die Verteidigung des Glaubens übernommen hat.

Bereits zu Lebzeiten des Ordensgründers gab es in Deutschland zwei Ordensprovinzen, und in Köln wurde 1544 das erste Kolleg eröffnet.

So öffnet das Buch den Zugang zu sehr vielen Fakten, die in dieser Form noch nicht zugänglich waren.

Es ist eines jener Bücher, die man, wenn man sich eingelesen hat, nicht mehr aus der Hand legt. Allerdings sollte man sich die Mühe nehmen, ab und an in die Geschichte der Zeit zu schauen (und auch auf die Landkarte), dann werden die Zusammenhänge noch leichter erkennbar.

Dem Tag entfliehen, Wunder wagen

Von Hugo und Alva Steccati, Verlag Laterna magica, Joachim F. Richter, Stridbeckstr. 48, 8000 München 71, 72 Seiten, ISBN 3-87467-409-6.

Die bebilderten Bücher dieses Verlages sind schon öfter besprochen worden. Aber es ist immer wieder erstaunlich, wie mit anderen Augen das Bild der Welt — Bilder in der Welt — so eingefangen werden können, daß sie zu Meditationen anregen, daß sie durch ihre farbliche Pracht erfreuen und durch den sauberen Druck beeindrucken.

Ob Blumen, Wälder, tiefe Seen, geheimnisvolle Wasser, jedes Foto ist ein beeindruckendes Werk.

Die Texte dazu sind knapp, anstoßend, nachdenklich machend und auf die Tiefe hinweisend.

Hier muß jedoch auch eine gewisse (subjektive) Kritik angebracht werden: Der Druck der Texte ist

zu groß. Dadurch wird ein Teil der Feinheit des gegenüberliegenden Bildes gestört. Man sollte daher den Text lesen, ihn beim weiteren meditativen Betrachten jedoch verdecken.

Ein Buch der Schönheit mit dem Hauch der Vergänglichkeit und damit anregend zur Frage nach dem Sinn des Lebens, des Kosmos.

An Dich

Von Elisabeth Zöller, ge — Danken, ge — Bete, ge — Dichte für Frauen und alle, die ihnen nahe sind, Bernward Verlag, Domhof 24, 3200 Hildesheim, 128 Seiten, einige Illustrationen, ISBN 3-87065-475-9.

Ein kleines, ansprechendes Büchlein präsentiert Elisabeth Zöller im Bernward-Verlag. Es enthält Gedanken zum Ablauf eines menschlichen Lebens. Liebe, Freundschaft und Alleinsein gehören ebenso dazu wie Probleme im Alltag — Hausfrauen- und Berufsalltag.

Das Kind gehört natürlich in diesen Gedankenflug wie Tod, Trauer, Angst und Depression.

Überhöht werden diese Aussagen durch die Sehnsucht nach dem Ganz-Sein. Das Werk schließt mit dem Hohelied der Liebe nach 1 Korinther 13.

Neben der Autorin selbst sind Worte und Gedanken weiser Mitmenschen eingeflochten.

Das kleine Büchlein ist durch die zarte Aussprache über die Probleme eine Labsal. Man kann seine eignen Gedanken darin wiederfinden und auch Lösungsansätze verspüren. Das Werk vermittelt Muße und innere Heiterkeit — übrigens nicht nur Frauen als Leserinnen.

Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln

Hrsg. Detlef Albrecht, Ursula Buchner, Werner Kerkloh, Bernward Verlag, 79 Seiten, ISBN 3-87065-510-0.

Die Herausgeber haben es unternommen, einen informationsreichen Bild- und Textband mit exklusiven Fotos aus dem privaten Album des Kardinals zu erstellen.

In vielen Abbildungen und in Auszügen aus wichtigen Reden wird der neue Erzbischof von Köln als Bischof, Seelsorger und Mensch vorgestellt.

Kardinal Meisner hat inzwischen in seinem neuen Bistum die Gläubigen durch seine offene Art, durch sein direktes Zugehen und auch seinen Humor angesprochen. Nur im Hintergrund grollen einige; doch weniger dem Kardinal als dem damals abgelaufenen Verfahren — so wie es sich aus den Medien entnehmen ließ.

Dieses Büchlein ist nun eine Hilfe, auch die letzten Zweifler und auch die, die das menschliche Verfahren in unserer Kirche überbewerten, zu überzeugen, daß hier die Wahl auf einen Priester von großer Qualität gefallen ist.

Sein Lebensweg führte nicht an der Sonnenseite in den Beruf des Geistlichen. Mit Energie und Ausdauer hat er sich — auch in ständiger Selbstprüfung — zu seiner Berufung durchgerungen. Er hat seine Aufgaben auf vielen Ebenen mit Klugheit und Zuverlässigkeit erfüllt. Auch bei der Verwaltung des Bistums Berlin, jenes schwierigen und wichtigen Bistums zwischen Ost und West, hat er die Situation gemeistert und viel zur Verständigung beigetragen.

Dabei hat er sich jene natürliche Freude bewahrt, die von dem ausgeht, der die frohe Botschaft lebt.

Die Auszüge aus eigenen Beiträgen sind dafür ein schöner Beweis. Dem Büchlein sollte man weite Verbreitung empfehlen.

Das Geheimnis des Großwesirs

Von Hanne Turowski, Bernward Verlag, 117 Seiten, ISBN 3-87065-496-1.

Diese Geschichte ist aus dem Leben des alten Ägypten um 2000 Jahre vor Christus entnommen. Es ist ein Jugendbuch. Aber bei allem Zuschnitt auf jugendliche Leser ist sein Informationsgehalt doch so hoch, daß auch Erwachsene zugreifen sollten.

Wenn man sich darauf einläßt, das erste der 21 Kapitel zu lesen, läßt man nicht locker. Man erfährt dann, was man aus anderen Quellen längst kannte, daß es die biblische Geschichte von Josef und seinen Brüdern ist. Ein Anfang mit Erklärungen ist zugleich eine gute, sachliche Informationsquelle.

Katholische Soziallehre — Wirtschaft — Demokratie

Ein lateinamerikanisches-deutsches Dialogprogramm I, Hrsg. Peter Hünermann/Margit Eckholt, Verlag Grünewald-Kaiser, Postf. 3080, 6500 Mainz-Weisenau, 348 Seiten, ISBN 3-7867-1422-3.

Dr. P. Hünermann, Professor für Dogmatik in Tübingen, und M. Eckholt, Dipl. theol., als wissenschaftliche Mitarbeiterin stellen mit diesem Band das erste Ergebnis eines interdisziplinären lateinamerikanisch-deutschen Dialoges vor.

An der Arbeit selbst sind weiterhin Professoren verschiedener deutscher Universitäten beteiligt.

Dieses Buch entstand aus dem Durchdenken der Fragen, die sich aus einer gewissen Kontraststellung der Soziallehre und der Theologie der Befreiung ergaben.

Weiterhin ist der Wandlungsprozeß in Südamerika nicht mehr zu übersehen. Mit dem Vordringen der Demokratie ergeben sich andere Situationen, als sie unter den Diktaturen bestanden haben. Der Einsatz der Theologie der Befreiung im Kampf gegen die Diktaturen ist ein großes Verdienst. Aber wie sieht es heute aus?

Ebenso mußte aber auch erkannt werden, daß die katholische Soziallehre noch Defizite aufweist, insbesondere hinsichtlich der sozialwissenschaftlichen Analyse und der Theoriebildung.

Vier lateinamerikanische und eine deutsche Arbeitsgruppe nahmen daher den Dialog auf, stellten sich den aufgeworfenen Fragen und legen nun den ersten Band vor.

Die Hauptkapitel sind:

- Zur Theorie katholischer Soziallehre
- Kirche — Wirtschaft
- Kirche — Demokratie.

Man analysiert den Begriff Armut, entwickelt Strategien zur Armutsbekämpfung und bildet Schwerpunkte durch eine Integration von rechtswissenschaftlichen, ökonomischen, politologischen und soziologischen Fragen unter dem Leitbegriff der Demokratie.

Eine Bestandsaufnahme sozialwissenschaftlicher Theoriebildung sowie eine Analyse von Staat und Demokratie in Lateinamerika schließen den Band.

Dieses Buch erfordert Grundkenntnisse und Wissen um die Entwicklung wissenschaftlicher Methoden. Es ist nicht einfach zu lesen und erfordert zunächst einen hohen Zeitaufwand.

Findet man sich jedoch zu dieser Arbeit bereit, erschließen sich neue Erkenntnisse, die von besonderer Bedeutung sind, wenn man die politische Entwicklung auf diesem Kontinent sieht.

Sicherlich sollen auch Soldaten für solche Studien Zeit aufwenden. Diese Welt — und das erkennt man aus diesem Werk sehr deutlich — ist enger auf Gedeih und Verderb angewiesen, als es viele Zeitgenossen wahrhaben wollen.

Pierre Teilhard de Chardin

Von Thomas Broch, Wegbereiter des New Age?, Reihe: Unterscheidung christliche Orientierung im religiösen Pluralismus, Matthias-Grünwald-Verlag (in Gemeinschaft mit Quell Verlag, Stuttgart), 188 Seiten, ISBN 3-7867-1413-4

Teilhards Fortschrittsdenken und seine Auffassungen von der Freiheit des Menschen haben immer wieder zu Diskussionen angeregt und kritische Fragen aufgeworfen.

Seit Aufkommen der Bewegung New Age gehört Teilhard de Chardin zu den meistzitierten Autoren. Dadurch wird er oftmals als Prophet und Wegbereiter dieser „aufsteigenden Kultur“ in Anspruch genommen. Wenn sich auch tatsächlich viele gemeinsame Anliegen erkennen lassen, so muß doch gesehen werden — und dieses Buch zeigt das deutlich — daß Teilhard fest an den einen transzendenten und personalen Gott glaubt.

Aus diesem Glauben sieht er den Menschen in seiner Einmaligkeit und Unsterblichkeit. Für ihn kann nur Gott die Menschheit und den Kosmos erlösen. Eine Selbsterlösung kennt Teilhard nicht.

Hier werden die bedeutsamen Unterschiede vom Autor klar herausgearbeitet. Aber auch Kritik an der Denkweise Teilhards wird deutlich.

Wenn auch eine gewisse Vorbildung notwendig ist, so kann aber auch der „Normalverbraucher“ den Gedankengängen folgen.

Sehr informativ ist in der Hinführung der Verweis auf die 10 Grundaussagen des New Age und auf Leben und Werk Teilhards. Über den Teil II „Gemeinsame Visionen“ führt der Autor dann im Teil III zur „Unterscheidung der Geister“. Im Teil IV werden als Zusammenfassung noch einmal die unüberbrückbaren Gegensätze festgehalten. Sehr deutlich ist auch die Kritik an New Age. Gerade das Bauen auf die Selbsterlösungsfähigkeit des Menschen und vor allem der Absolutheitsanspruch dieser Denkart werden deutlich als Irrweg bezeichnet. Ein interessantes, informatives Buch.

Ratgeber für die Soldatenfrau — ohne diese Frauen wären die Männer nur die Hälfte wert!

Von Ingeborg Buchberger und Bernd Henkel, 436 Seiten, Wallhalla u. Praetoria Verlag Georg Zwickenpflug GmbH & Co. KG, Regensburg 1989.

Rund 495 000 Soldaten dienen heute in unserer Bundeswehr. Die meisten gehen zur Bundeswehr, um die allgemeine Wehrpflicht abzuleisten. Das bedeutet Grundwehrdienst — 15 Monate — und mehr oder weniger regelmäßige Wehrübungen. Andere werden für eine bestimmte Zeit — 2 bis 15 Jahre — Soldat, danach gehen sie in einen zivilen Beruf. Eine dritte Gruppe schließlich, die Berufssoldaten, hat sich das Soldatsein für das ganze Berufsleben ausgesucht. Diese Soldaten wären jedoch — wie der Untertitel dieses Buches aussagt — ohne ihre Frauen nur die Hälfte wert. Diese Veröffentlichung beschreibt den fiktiven Lebenslauf einer Frau an der Seite eines Soldaten über den Zeitraum von 34 Jahren. Den Autoren geht es dabei um konkrete Antworten auf die Fragen des Alltags, die der militärische Dienst für die Familien der Soldaten aufwirft. Denn kaum wie in einem anderen Bereich des zivilen Lebens müssen die Familien der Soldaten die Belastungen mittragen, die der Soldatenberuf mit sich bringt. Häufige Versetzungen, oft verbunden mit langen Trennungen und Umzügen, Schulwechsel der Kinder, Dienstreisen und lange Dienstzeiten sind z. B. solche Belastungen.

Dieser Ratgeber unternimmt erstmals den Versuch, der Soldatenfrau, aber auch der Mutter, der Verlobten oder der Freundin einen praktischen Leitfaden, Informationen und Hinweise an die Hand zu geben. Viel zu lange wurde bisher der Soldat weitgehend nur unter dienstlich-militärischen Gesichtspunkten betrachtet. Daß seine Familie, und dort die Frau als Mittelpunkt des Familienlebens, einer stärkeren Berücksichtigung bedarf, ist eine Erkenntnis, die erst in jüngster Zeit zunehmende Bedeutung erlangt hat. In diesem Zusammenhang sollte man auch an die Angriffe der Bevölkerung auf

die Tiefflüge und die Luftwaffenangehörigen denken, von denen die Familienangehörigen erheblich mitbetroffen sind. Hier ist aber ganz besonders die Politik gefordert.

Die Frauen können hier auf ein Buch zurückgreifen, das anhand von typischen Situationen Hinweise gibt, welche Ansprüche entstehen, wo und wann sie beantragt werden können oder müssen, wer mit Rat und Tat zur Seite steht und vieles mehr. Die Hilfestellungen beschränken sich nicht nur auf das, was der Dienstherr der Soldaten, der Bundesminister der Verteidigung, mit seinen vielen Dienststellen und Einheiten den Soldaten und ihren Familien zukommen läßt, sondern beziehen auch andere öffentliche Leistungsträger ein, die für alle Bundesbürger offenstehen. Im zweiten Teil des Buches werden in alphabetischer Reihenfolge bundeswehrspezifische Leistungen eingehend erläutert. Dieser Ratgeber gehört in die Hand jeder Soldatenfrau und hilft ihr, Probleme zu meistern und zu lösen.

B.

Pazifik — Weltwirtschaftszentrum von morgen

Von Carl-Wolfgang Sames und Wolfgang Wagner, 272 Seiten, Econ Verlag GmbH, Düsseldorf, Wien und New York 1988.

Während in Europa und hier speziell in der Bundesrepublik Deutschland die Wirtschaftspolitik immer provinziellere Formen annimmt, die 35-Stundenwoche und der arbeitsfreie Samstag mit dogmatischem Eifer erkämpft werden sollen und die Forderung nach immer mehr Einkommen für immer weniger Arbeit wie ein Banner von den Gewerkschaften hochgehalten wird, entsteht — an der europäischen Wirtschaftsentwicklung vorbei — im Pazifik das neue Weltwirtschaftszentrum von morgen. An den Rändern des Pazifik hat die neue Wirtschaftsära schon begonnen. Der Kern der Weltwirtschaft driftet von Europa hinüber zum Pazifik. Zu dieser Aussage gelangte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Bangemann am 10. Februar 1988 bei seinem Besuch in Jakarta. Kalifornien ebenso wie Japan auf der anderen Seite des gemeinsamen Ozeans stehen für Spitzenleistungen im Bereich High-Tech. Was hier von Tausenden von Forschern und Ingenieuren für die Luft- und Raumfahrt, Mikroelektronik, Telekommunikation, Gentechnologie, Werkstoffinnovation, Roboter- und Computertechnik der 5. Generation entwickelt wird, bestimmt das Bild der Weltwirtschaft bis weit in das nächste Jahrhundert hinein. Wer bedenkt, welche Stimmung — auch im politischen Raum — gegen die Errichtung eines kleineren gentechnischen Laboratoriums bei Aachen im Lande Nordrhein-Westfalen gemacht und erzeugt wird, der kann sich wahrscheinlich ausrechnen, wie unterentwickelt die Bundesrepublik Deutschland im kommenden Jahrhundert sein wird, wenn diese Psychose gegen neue Techniken anhalten wird.

Im pazifischen Raum liegen die wachstumstärksten Länder der heutigen Dritten Welt, allen voran Schwellenländer wie Korea, Taiwan, Hongkong und Singapur. Aber auch die Asean-Staaten, zu denen Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und seit 1984 das wohlhabende Brunei gehören, haben beträchtlich aufgeholt. Die Japaner sind in dieser Region bereits sehr stark vertreten. Das aber immer größer werdende Nachfragepotential birgt auch für europäische Unternehmen noch viele unentdeckte Chancen. Denn mit Ausnahme Chinas und der Sowjetunion praktizieren alle diese Staaten eine am Markt orientierte Wirtschaft, verfügen über ein breites anpassungsfähiges Arbeitskräftepotential und haben eine sehr hohe Technikakzeptanz, die uns in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland immer mehr abgeht. Hier sind nur einige Voraussetzungen des Erfolgs dieser Staaten aufgezeigt, die Carl-Wolfgang Sames und Wolfgang Wagner — ausgezeichnete Kenner der geographischen und ökonomischen Besonderheiten dieses neuen Weltwirtschaftszentrums — aufzeigen und analysieren. Ein interessantes Buch für alle, die an der zukünftigen geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Welt von morgen interessiert sind. Wir müssen alle darauf achten, daß Europa und ganz besonders die Bundesrepublik Deutschland hierbei mithalten können.

KWB.

Feigheit und Anpassung — Politik im Zwielicht

Von Hilmar von Campe, 368 Seiten, Universitas Verlag in F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München 1989.

Dieses Buch ist ein massiver Angriff auf die Heuchelei und Selbstherrlichkeit unserer Gesellschaft und ihrer Politiker. Der Zeitgeist der moralischen Neutralität verleitet uns, den bequemsten Weg zu suchen. Der Opportunismus im gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und auch theologischen Bereich — z.B. Befreiungstheologie — treibt uns zu unterschiedlichen Wertmaßstäben, wobei man etwa Diktaturen in opportunen Systemen unterstützt und in anderen verurteilt, oftmals nur, um sich als Politiker zu profilieren. Hierin liegt das grundlegende Übel, das an der Wurzel aller politischen und wirtschaftlichen Probleme anzutreffen ist. Anpassung an Unrecht im eigenen Leben führt in der Konsequenz zur Anpassung an totalitäre Gewaltsysteme. Die Konzepte der Anpassung haben ihren Ursprung im moralischen Bereich. Es gilt die geistigen Schranken zu durchbrechen, die uns beengen und uns vorspiegeln, daß das, was andere machen und sagen, das Richtige und das Beste sei. Aus eigener Anschauung und Erfahrung schildert der Autor seine Sicht der Dinge in den Ideologien dieses Jahrhunderts und zieht gegen Feigheit und Anpassung ins Gericht. Ein unbequemes Buch, weil es gegen die verbreiteten Schablonen zu Felde zieht. Gerade deshalb ein sehr interessant zu lesendes Buch.

KWB.

Das letzte Boot — Atlantik Farewell

Von Wolfgang Hirschfeld, 232 Seiten, Universitas Verlag in F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München 1989.

Die Männer von U 234 waren die letzten deutschen U-Bootfahrer, die sich bei der Kapitulation 1945 den alliierten Streitkräften ergaben. Unter ihnen befand sich Wolfgang Hirschfeld — der Autor dieses Buches — als Oberfunkmeister. Er berichtet über das Geheimnis von U 234, das mit geheimem Kriegsgerät und einer Menge Uran auf dem Wege nach Japan war, als es das Kriegsende ereilte. Später wurde sogar behauptet, erst das Uran von U 234 habe die USA in die Lage versetzt, die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki zu bauen.

Im Mittelpunkt dieser Schilderung aber steht das Schicksal, das die deutschen Gefangenen in den USA hatten. Die Berichte über die Schrecken der Gefangenschaft richteten sich gleich nach Kriegsende immer nur auf die Sowjetunion, auf Sibirien und die Lager im Ural. Dabei war — wie dieser Bericht zeigt — auch in den USA die Stimmung vom Haß der damaligen Sieger geprägt. Das Deutschenbild der Amerikaner war durch die Propaganda bestimmt, die „Nazi-Hunnen“ waren die Sklaven ihrer Bewacher und der Vernehmungsoffiziere. Berichtet wird auch über den „Menschenhandel“, der sich zwischen den Amerikanern und den Franzosen entwickelte und der Tausende deutscher Gefangene völkerrechtswidrig von den USA in die Kohlengruben Nordfrankreichs führte. Hirschfeld hatte Glück. Er fand Freunde — auch in den USA, und für ihn war der Krieg schon bald nach 1945 endgültig zu Ende. Seine Erinnerungen bringen aber ein düsteres Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte in Erinnerung, das durch die politische Entwicklung sehr schnell in Vergessenheit geriet, ja geradezu verdrängt wurde. Diese Zeit war kein Ruhmesblatt für die USA bei der Behandlung deutscher Kriegsgefangener. Ein Buch, das für jeden von Interesse ist, der sich für Zeitgeschichte und die deutsche Nachkriegsgeschichte interessiert.

KWB.

Jahrgang 1916 — die Fahne war mehr als der Tod

Von Friedrich Grupe, 366 Seiten, Universitas Verlag in F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München 1989.

Im Sommer 1939, kurz vor Kriegsausbruch, begann der Verfasser — Jahrgang 1916 — mit der Führung eines Tagebuches, um seine Erlebnisse für eine nachkommende Generation aufzuzeichnen. Als Soldat und engagierter Hitlerjugendführer wollte er damit ein Dokument schaffen, um Deutschlands „große“ und „historische“ Zeit festzuhalten. Wie hätte er — 1939 noch ganz im Banne des damaligen Regimes — ahnen können, daß sein Bericht mit dem Zeugnis der schrecklichsten und ungeheuerlichsten Katastrophe unseres Volkes enden würde? Ein halbes Jahrhundert später wurden die in Sütterlinschrift verfaßten Aufzeichnungen in leicht gekürzter Form, ohne daß der damalige Zeitgeist verfälscht wurde, abgeschrieben und durch Erkenntnisse und Folgerungen aus heutiger Sicht ergänzt. Voller Eindringlichkeit und Atmosphäre — so wie sie heute fast nicht mehr nachföhlbar ist — wurde daraus ein realistisches Bild der damaligen Zeit. Zugleich kann die Schilderung auch der jungen Generation eine Antwort auf die Frage an ihre Väter und Großväter geben: „Wie konntet ihr nur damals mitmachen?“

Da man aber zum Verständnis des Verhaltens in jenen Jahren weiter in die deutsche Geschichte zurückgehen muß, erinnern die ersten Kapitel dieses Buches mit kurzen Zeitbeschreibungen an die Hoffnungslosigkeit nach dem ersten Weltkrieg, an das Elend der sechs Millionen Arbeitslosen in Deutschland und an die Sehnsucht nach einem Retter aus der damaligen Misere eines ganzen Volkes. Als eine Mehrheit des Volkes in Adolf Hitler den „starken Mann“ sah, der diesen fast ausweglosen Zustand wahrscheinlich ändern konnte, begann mit teuflischer Demagogie die Unterwerfung — auch und ganz besonders der Jugend — unter diese unmenschliche Diktatur des Schreckens und der Gewalt. Die Jugend wurde verführt einem Regime zu dienen, das Massenmord und Terror zu verantworten hatte. Nur wer diese Zeit selbst miterlebt hat, kann die damalige Entwicklung sachlich und richtig beurteilen.

Mit diesem Buch setzt der Autor auch dem namenlosen Landser ein Denkmal — all den dulddenden und opferbereiten Kameraden, die ohne eigene Schuld durch das Inferno dieses sinnlosen Krieges gingen und oft auch heute noch Verunglimpfungen ausgesetzt sind — nachdem sie trotz aller furchtbaren Kriegserlebnisse mitgeholfen haben, unseren neuen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zu bauen und zu gestalten. Ein mehr als interessantes Buch für jeden, der sich für die Zeitgeschichte und hierbei speziell für die deutsche Geschichte der letzten fünfzig Jahre interessiert.

KWB.

Föhrer und Reichskanzler — Adolf Hitler 1933—1945

Von David Irving, 816 Seiten, Personenregister, F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München — Berlin 1989.

Nach seinem Untergang im Jahre 1945 ist Hitler auch heute noch immer wieder im Gespräch. Von der heutigen Geschichtsschreibung wird er als „Mann des Jahrhunderts“ apostrophiert, da er wie kein zweiter das Rad der Geschichte dieses Jahrhunderts bewegt und das Gesicht Europas durch „seinen Krieg“ auf verhängnisvollste Art verändert habe. Die Maßlosigkeit seiner Ziele, das Ausmaß seiner Taten und die Hemmungslosigkeit, mit der er seine Herrschaft auszudehnen trachtete, machten ihn zu einer der ungeheuerlichsten Gestalten der Geschichte. Und immer wieder wird die Frage gestellt: Wer war dieser Hitler? Was für ein Mensch war er?

Im Jahre 1938, fünf Jahre nach der „Machtergreifung“, bestimmte das amerikanische Nachrichtenmagazin „TIME“ Adolf Hitler zum „Mann des Jahrhunderts“. Die Wahl wird damit begründet, daß Hitler die Deutschen nach dem verlorenen 1. Weltkrieg mit neuem nationalen Pathos erfüllte und das

Deutsche Reich in den ersten 5 Jahren seiner Regierung zur Kontinentalmacht Europas gemacht habe. Knapp 4 Jahre später beherrschte dieser Hitler ein Gebiet von der Größe der USA mit 362,5 Millionen Einwohnern. 1945 sollten sich 43 Staaten mit Hitler-Deutschland im Kriegszustand befinden.

Mit diesem Buch, der Summe seiner Kenntnisse und Erkenntnisse seiner zeitgeschichtlichen Forschung zum Thema Hitler, will der bekannte britische Historiker David Irving ein neues und anderes Bild der politischen, strategischen und rassenpolitischen Vorstellungen Hitlers im Frieden wie im Krieg nachzeichnen. Hierbei wird der Versuch unternommen, Hitler „gleichsam von seinem Schreibtisch aus zu beschreiben, jede Begebenheit mit seinen Augen zu sehen und zu begreifen“ — eine Art der Darstellung, die vielfach Unverständliches an Hitler verständlich werden läßt. Unter Einarbeitung neuen Materials entwirft der Verfasser ein persönlich-politisches Porträt des Mannes, der, von der Logik des totalitären nationalsozialistischen Staates und der Überzeugung des eigenen Genies getrieben, alle Entscheidungen an sich zu reißen versuchte. Hier liegen die Quellen der ständigen Differenzen zwischen Generalstab und Hitler, deren Auswirkungen während des Krieges ganz besonders zutage treten. Ein sehr interessant geschriebenes Buch, das jeden interessieren dürfte, der sich mit der neueren deutschen Geschichte auseinandersetzen möchte.

K.W.B.

Korrektur einer Biographie — Adolf Hitler 1908—1920

Von A. Joachimsthaler, 333 Seiten, 65 Seiten Abbildungen, Langen Müller in der F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH, München 1989.

Die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 ist für viele Mitmenschen eine ganz unverständliche Entgeißlung, an der man nicht schuld ist und für die es auch — außer Hitler — kaum einen Verantwortlichen gab. Vorgefaßte Meinungen und Teilwissen statt Auseinandersetzungen lauten bei vielen Mitmenschen, die zum Teil der laufenden Berichte, Vorwürfe und Schilderungen der NS-Verbrechen überdrüssig sind, die Parole. Mit einer inzwischen gebildeten Meinung ist sicher leichter umzugehen als mit einer gezielten Auseinandersetzung der unheilvollen Vergangenheit der NS-Zeit und deren Personen. Die Person Hitlers müßte im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung über die Jahre 1933 bis 1945 stehen.

Auch nach 50 Jahren des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939.

In dieser auf neuem Material basierenden Dokumentation wird Hitlers Weg in die Politik über die Zeitspanne von 1908 bis 1920 nachgezeichnet. Anhand neuer Quellen kann der Autor viele Unkorrektheiten, ja Lügen des späteren „Führers“ über seinen Weg von Wien nach München, den 1. Weltkrieg, die Revolutionszeit und der Räteherrschaft in München — 1918/19 — nachweisen. Gleichzeitig räumt er mit diversen Fehlern und Ungereimtheiten in seiner Biographie auf. Viele Fakten und Daten werden dabei erstmals detailliert untersucht und korrigiert, u.a. seine Stellungsflucht aus Österreich, wie er 1914 zum bayerischen Heer kam, wie er sich als Soldat im 1. Weltkrieg verhielt oder was von den Vermutungen über Hitlers angeblichen Sohn Jean Loret zu halten ist. Angesprochen werden auch die Fälschungen von Aquarellen und Hitlerzeichnungen, von denen sich eine Unmenge im Umlauf befindet.

Erstmals wird nachgewiesen, daß Hitler bewußt in seinem Buch „Mein Kampf“ die Zeit von Februar bis Mai 1919, in der er in München war, verfälscht und verschwiegen hat. Hitlers Zeit und Verhalten als Wachmann im Gefangenenlager Traunstein und bei der Bahnhofswache in München Hbf werden ebenso dokumentiert nachgewiesen wie die Tatsache, daß er „Vertrauensmann“ des Demobilisations-Bataillons war, der seine Aufträge und Schulung von der „Aufklärungs- und Betreuungsstelle“ und „Propagandaabteilung“ der sozialdemokratischen Regierung aus SPD und USPD in München erhielt. Später sollte Hitler seine damaligen Auftraggeber als „Novemberverschreiber“ bezeichnen. Es ist unbestreitbar, daß Hitler in den ersten Revolutionsmonaten im Sinne der demokratisch-republikani-

schen Staatsregierung in Bayern „links“ eingestellt war. Unter der kommunistischen Räteherrschaft wurde Hitler sogar in den „Bataillonsrat“ — als Ersatzmann — gewählt, was er später — wie auch seine Tätigkeit als „Vertrauensmann“ — tunlichst verschwie. Nach der Befreiung Münchens, als das rechtsorientierte Übergangsheer die Macht in München übernahm, wurde Hitler in deren Sinne ausgebildet. Bis in alle Einzelheiten wird hier erstmals auch die Schulung Hitlers und die damalige Haltung des Übergangsheers und der Reichswehr an Hand von neuen Dokumenten bis zum Eintritt Hitlers in die damalige DAP aufgezeigt. Ein interessantes Buch für jeden, der sich mit dem Nationalismus und der jüngsten deutschen Geschichte seit 1933 ernsthaft befassen und auseinandersetzen möchte.

K.W.B.

Die deutsche Gebirgstruppe 1935—1945

Von Roland Kaltenecker, 571 Seiten, Universitas Verlag, in F.A. Herbig Verlagsbuchhaltung GmbH, München 1989.

Hervorgegangen aus den 1914/15 aufgestellten „Schneeschuhbataillonen“, gehörten die Gebirgstruppen im Zweiten Weltkrieg zu den Elitetruppen, die sich an nahezu allen Fronten bewährten und durch Tapferkeit und Opfermut in die Annalen eingingen. Die Soldaten mit dem Edelweiß kämpften in Polen und Rußland, in Norwegen, in Kreta und Nordafrika. Nach kriegshistorischen Unterlagen und nach Augenzeugenberichten schildert der Verfasser den Weg der Gebirgsjäger von den Anfängen bis zum Ende des Krieges. Die Ausbildung und die Standorte werden geschildert sowie die Gliederungen und, minutiös, die einzelnen Operationen, von Kriegsbeginn bis zum Ende.

Nach einem einführenden Kapitel über den Friedensvertrag von Versailles und seine Folgen, nach einem Abriss über die Gebirgstruppen der deutschen Reichswehr und die des österreichischen Bundesheeres der ersten Republik erfährt der Leser alle Details über die Aufstellung und Gliederung der Gebirgstruppen der deutschen Wehrmacht von 1935 bis 1945. So gab es bei Kriegsende nicht weniger als neun höhere Kommandostellen, über zehn Gebirgsdivisionen und weitere gebirgsverwandte Truppen — wie z.B. die Hochgebirgs- und Skijäger-Bataillone —, die von den Gebirgsverbänden der Waffen-SS und der damaligen Mittelmächte während des fast sechsjährigen Ringens zwischen 1939 und 1945 unterstützt wurden.

Dieses mit vielen instruktiven Fotos ergänzte Buch schließt eine Lücke in der Dokumentation über den Zweiten Weltkrieg. Es soll der geschichtlichen Wahrheit entsprechend objektiv aufzeigen, wo und wie die deutschen Gebirgstruppen gekämpft und was sie geleistet haben. Es ist ein hochinteressantes Kapitel deutscher Geschichte — historisch belegt durch eine gründliche und umfassende Auswertung von bisher unbekannten Fakten und Daten, die selbst Kennern neue Erkenntnisse und Zusammenhänge erschließen. Dieses Buch vermittelt aber auch jedem, der die Zeitgeschichte insgesamt verfolgt und in ihr lebt, ein lebendiges und zutreffendes Bild der damaligen Epoche.

K.W.B.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

Herausgegeben von Dieter Haack, Hans Günter Hoppe, Eduard Lintner und Wolfgang Seiffert, 281 Seiten, Personenverzeichnis, Verlag Wissenschaft und Politik Berend von Nottbeck, Köln 1989.

In diesem Buch sind 23 Beiträge von Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern veröffentlicht worden, die sich alle — aus verschiedener Sicht — mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes auseinandersetzen. Hierzu heißt es wörtlich in der Präambel unseres Grundgesetzes: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und die Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Jeder Politiker, der auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt wird, muß diesen Auftrag ernst nehmen und alles daran setzen, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu ermöglichen.

Es ist eine Tatsache, „daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte untergegangen ist“. Diese Tatsache wurde auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 31. Juli 1973 zur Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages deutlich gemacht. Die Väter des Grundgesetzes gingen bei ihren Formulierungen von der Rechtslage aus, die mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./8. Mai 1945 entstanden war. Die Alliierten hatten ihren in Jalta beschlossenen Plan der Zerstückelung Deutschlands fallengelassen. Die Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945 und das Abkommen von Potsdam vom 2. August 1945 entwarfen statt dessen das Zukunftsbild eines gewandelten, geläuterten Deutschland, das einen Friedensvertrag zu erwarten habe. Sie sprachen vom „deutschen Volk“, vom „Ganzen“, nicht von staatlicher Teilung. Der Kontrollrat bildete die Klammer der Sieger. Das Deutsche Reich oder „Deutschland“, wie es nun in der Sprache der Mächte hieß, war zusammengebrochen, aber nicht zerbrochen. Keine Seite war bis 1947, als die Kriegskoalition zerbrach, daran interessiert, aus den Besatzungszonen Staaten zu machen oder auf einem anderen Wege den Gesamtstaat für immer zu verhindern — von Frankreich abgesehen. Es ist daher sachlich völlig verfehlt und politisch sehr gefährlich, wenn da und dort von deutschen Politikern — in letzter Zeit immer mehr und deutlicher — erklärt wird, das Nachkriegs-Schicksal Deutschlands sei eine Folge der Hitler-Diktatur. Aus den Beschlüssen und dem Verhalten der Siegermächte zwischen 1945 und 1947 ist diese griffige These nicht abzuleiten. Das Deutsche Reich besteht — so das Abkommen von Potsdam — in den Grenzen von 1937 fort und seine Teilung in zwei Staaten ist auf Fehler der westlichen Kriegführung und letztlich und endlich auf den späteren Bruch der Kriegs-Koalition zurückzuführen, die den Krieg gewonnen hatte, aber den Frieden nicht finden konnte. Deutschland sollte zur Rechenschaft gezogen, bestraft, politisch auf Wasser und Brot gesetzt, aber es sollte als Staat nicht exekutiert werden. Diese Rechtslage hat sich bis heute nicht geändert.

Dieser hier vorliegende Sammelband zeigt aus heutiger Sicht die breite Spannweite politischer und gesellschaftlicher Vorstellungen und Ideen zum Auftrag des Grundgesetzes. Dabei dürfen die Elemente der europäischen Friedensordnung und der nationalen Einheit nicht gegeneinander ins Feld geführt werden. Es darf auch keine künstliche Rangordnung konstruiert werden. Wenn jetzt die europäische Komponente von aktueller Brisanz und herausragender Bedeutung ist, gilt es sie so zu gestalten, daß der Auftrag des Grundgesetzes, die nationale und staatliche Einheit zu wahren, dadurch gefördert wird. Was wir deshalb brauchen, ist eine Deutschland- und Europapolitik auf fester Grundlage, getragen von einem breiten überparteilichen Konsens.

KWB.

Recht, nicht Rache — Dichtung und Wahrheit im Leben Simon Wiesenthals

Von Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*, Erinnerungen, Ullstein Frankfurt/Berlin, 1988, 456 Seiten.

„Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Auf welchen Zeitgenossen trafe dieses Dichterwort mehr zu als auf den „Eichmann-Jäger“ Simon Wiesenthal. Ihm gegenüber gibt es wohl kaum Neutralität, und er dürfte mehr Feinde als Freunde haben. Dies besagt natürlich nichts bei einem Mann, der wie wenige, die kein politisches Mandat besitzen, die moderne Zeitgeschichte beeinflusst hat.

Wiesenthal hat die Schrecken von 12 Konzentrationslagern durchlitten und überlebte als einziger seiner Familie. So wäre es verständlich, wäre er haßerfüllt. Doch er will „Recht, nicht Rache“ und die Mörder ihrer gerechten Strafe zuführen — wenn es denn eine gerechte Strafe für Massenmörder geben kann. Daß ihm dies Alt- und Neonazis verdenken, ist begreiflich. Weniger verständlich ist es, daß selbst Menschen, die keine Antisemiten sind, die selbstgewählte Lebensaufgabe dieses Mannes nicht begreifen können. So wurde er oft verleumdet, ganz besonders von seinem Intimfeind Bruno Kreisky, dem langjährigen österreichischen Bundeskanzler, Jude gleich Wiesenthal.

Der Rezensent gesteht unumwunden, daß er große Sympathie hegt für einen Mann, der sich einer notwendigen Aufgabe unterzog, die andere aus Opportunismus, politischem Pragmatismus oder welchen Motiven auch immer unterlassen haben. Dennoch kann er sich nicht zu einer vorbehaltlosen Laudatio des Buchs verstehen. Wenn Wiesenthal dem Recht dienen will, was er in weiten Teilen zweifelsohne tut, muß er auch denen Gerechtigkeit widerfahren lassen, denen er voller Ressentiment gegenübersteht. Es bleibt unerfindlich, warum der Antisemitismus „sicher eine katholische Wurzel“ hat (S. 403). Wenn schon, dann eine christliche, wofür sich im Neuen Testament nicht wenige Hinweise finden. Und wenn Wiesenthal auf S. 86 schreibt, daß der Vatikan für die Verfolgten (gemeint sind die Juden) keine Hilfsmission errichtet habe, steht man dieser Behauptung fassungslos gegenüber. Wiesenthal weiß ganz genau, daß die Erzbischöfliche Hilfsstelle in Wien mehr als 4000 Juden betreut hat und 8 ihrer Mitarbeiterinnen von den Nazis ermordet wurden. Dem ehemaligen Leiter der Hilfsstelle, P. Ludger Born SJ, schrieb er am 10.7.75 zum 60jährigen Ordensjubiläum: „Ich weiß zu schätzen, was Sie in der Zeit ohne Gnade für meine Glaubensbrüder getan haben, und seien Sie versichert, wir werden Ihnen das niemals vergessen!“ Selbst Heinz Galinski, der unversöhnlich die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit wachhalten will, schrieb zum Tod der ehemaligen Leiterin des Berliner Bischöflichen Hilfswerks: „Die Jüdische Gemeinde schuldet Frau Dr. Sommer für ihr beispielhaftes Wirken zum Wohle der ehemals Verfolgten des NS-Regimes Dank, denen sie unter größter Selbstaufopferung Hilfe und Unterstützung gewährt hat.“ Weiß Wiesenthal wirklich nichts von den Tausenden Juden, die im Vatikan oder den Klöstern Roms Zuflucht fanden?

Der jüdische Theologe und Historiker Pinchas E. Lapide stellt nach fast dreijähriger Forschungstätigkeit fest, „daß die Zahl der Juden, die die katholische Kirche unter Pius XII. Führung gerettet hat, zwischen 700000 und 860000 Seelen liegt.“

Um der historischen Gerechtigkeit willen muß festgehalten werden, daß sich ungleich mehr Christen unter Lebensgefahr für die oft ungeliebten Juden eingesetzt haben als Juden für ihre Glaubensbrüder. Nicht wenige Juden, die weit vom Schuß – etwa in den USA – sicher waren wie in Abrahams Schoß, interessierte das Schicksal ihrer Glaubensgenossen weit weniger als irgendeine Festlichkeit oder der Verlust zweier Kühe in einem israelischen Kibbuz bei einem Überfall durch Araber (S. 284 ff.). Noch dazu gab es nicht wenige Juden, die in die Verbrechen der Nazis verstrickt waren, um ihre eigene Haut zu retten. Wenn man von den eigentlichen Mördern absieht, die aber nicht minder gegen die nichtjüdischen Gegner des Regimes wüteten, dürfte zutreffen, was der jüdische Überlebende von Theresienstadt H. G. Adler in seiner Monographie „Theresienstadt“ schreibt: „Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) der sie umgebenden Welt“. (S. 738)

Wenngleich man den Lebenserinnerungen Simon Wiesenthals nicht durchweg Objektivität bescheinigen kann, sind sie dennoch ein wertvolles Zeitdokument aus der dunkelsten Epoche unserer Geschichte, besonders für den historisch bewanderten Leser, der weiß, wo er Abstriche zu machen hat.

L.G.

„Riml“

Erzählung von Karl Hochmuth, 130 Seiten, Ganzleinen, Umschlagbild von Constanze Hochmuth-Simonetti, Morstadt-Verlag Kehl/Straßburg/Basel, Herbst 1988.

Ein Buch aus Karl Hochmuths frühem Schaffen (in kleiner Auflage 1959 erschienen) ist wieder auf dem Büchermarkt!

In 11 Kapiteln, chronologisch aneinandergereiht, erzählt der Autor aus des hasenschartigen Postamboten besten Mannesjahren. Riml ist kein Kriegsheld, und ihn trifft auch keine Schuld an dem grauenhaften Geschehen auf den verschiedenen Schauplätzen des 2. Weltkrieges. Er erleidet als gequälter Soldat den Krieg wie auch seine ihm anbefohlenen Pferde. In tiefer Abscheu vor dem teuflischen Handeln der Menschen flüchtet er in die Einsamkeit. Sein Trost: die Pferde. Nur bei den Tieren hört er das Echo seiner Seelenmelodie, das man Liebe nennt.

Dennoch spürt der Leser durch die Kraft der Sprache eines Dichters die weiche Haut der verführerischen Walachin, steigt ihm der beißende Terpentingeruch in die Nase, da sich russische Bauern und der deutsche Soldat Riml im Stall gemeinsam um die von Koliken gepeinigten Stute „Nathalia“ bemühen. Stunden später pfeifen Geschosse der Partisanen und aus deutschen Gewehren zerfetzend um das Gehöft, verweisen das Sorgen der Menschen um die ihnen anvertraute Kreatur ins Traumland der Sehnsucht nach endlichem Frieden.

Untheatralisch schildert der Autor sehr einprägsam Episoden aus einer Zeit, da die Humanität im Blut zu ersticken drohte, von der Trauer des Soldaten Riml, der sein Pferd Nurredin erschießen mußte, aber auch von der heilenden Kraft der Liebe, die Nathalia dem leidgeprüften Mann entgegenblies aus ihren warmen Nüstern und endlich den Einsamen aus seiner Verbitterung befreite.

Ein lesenswertes Buch auch für die Kinder und Enkel der Kriegsgeneration.

Anne Bahrs

„Erwarteter Morgen“

Erzählung aus dem alten Preußen, Erich Lipok. Illustriert, Umschlagzeichnung: Rupert Berndt-Waldkirchen, Paperback, 34 Seiten. Druck: Militärhistorischer Verlag Lünen-Remscheid, zu beziehen bei Dr. Erich Lipok, Waidhof 8391 Jandelsbrunn.

Der Landarzt Dr. Erich Lipok, bereits mehrfach mit Literaturpreisen ausgezeichnet, erzählt in Erinnerung an seine Königsberger Studienzeit, da er nach dem Semester auf dem Gut in Uderwangen nahe der litauischen Grenze zwei Söhne der Familie bei den Hausaufgaben in Sprachen, Geschichte und Literatur betreute, von seinen Gesprächen mit dem Hausherrn. Viele Erlebnisse und Anekdoten aus dem baltischen und ostpreußischen Ordensland erfuh er von ihm, die den der preußischen und deutschen Geschichte so tragisch-eng verbundenen schlesischen Dichter Erich Lipok nicht loslassen.

Wie dem Leben zurückgegeben, treten mit Genehmigung des Battenberg-Verlages/München drei Invaliden aus Adolf Menzels Bildband „die Uniformen des preußischen Heeres aus der Zeit Friedrich des Großen“ als Reproduktionen in Lipoks Erzählung ein. Der Leser begegnet ihnen in dem großen Berliner Invalidenhaus. Dort fristen sie ein karges Dasein und werden zur Arbeit herangezogen, soweit es ihre Behinderung zuläßt.

1806 erhalten sie den Auftrag, Geräte, Waffen, Fahnen, Standarten, Bestecke, Orden, kostbare Schätze aus friederizianischer Zeit zu registrieren und als Beute für den siegreichen Korsen zum Abtransport vorzubereiten.

Die Ausführung der Arbeit ist eine Kriminalgeschichte aus Vaterlandsliebe, ein kameradschaftlicher Diebstahl ohne bereicherndes Motiv für die Täter.

Das Kapitel „Krankheit und Tod“ erzählt von der Preisgabe des Verstecktes und Auffinden des „Silberadlers“ im Jahre 1813, gerettet und vor dem Einschmelzen in der Berliner Münze bewahrt durch die mutige Tat der drei Invaliden.

Der Preußenkönig gab den kriminell gewordenen Kameraden nach dem Tode ihrer Treue und mutiger Tat wegen durch nachträgliche Beförderung ihre Ehre zurück.

Der silberne Adler zierte seither den Schreibtisch der preußischen Könige und der letzten deutschen Kaiser. Dann war er in einer Vitrine im Berliner Zeughaus ausgestellt, und manch einer erfuh seine Geschichte. Im 2. Weltkrieg wurde der Silberadler evakuiert. Seither ist er verschwunden. Eine Beute der Eroberer? Vielleicht taucht er irgendwann, irgendwo aus einem geheimen Versteck wieder auf. Unmöglich ist ja nichts vor der Geschichte, die einen langen Atem hat, wie die Legende vom schlafenden Barbarossa uns immer noch hoffen läßt.

Anne Bahrs

Aufstieg und Fall der großen Mächte — ein aufregendes Buch

Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Verlag S. Fischer, ca. 960 Seiten, Frankfurt/M. 1989, ISBN 3-10-039307-4.

Paul Kennedys Buch gehört wohl zu den seltenen Büchern, die mit historischer Blickrichtung geschrieben aktuelle politische Brisanz erzeugen. Dies belegt der immense Erfolg, den dieses Buches seit 1988 in den USA hat. Kennedy beginnt mit einer Untersuchung des Verhältnisses von Militärstrategie und Wirtschaftsmacht in der Geschichte der Großmächte der letzten 500 Jahre. So hält er beispielsweise bei der Untersuchung der deutschen Niederlage im 2. Weltkrieg fest, daß zwar die deutsche Operationsführung und die Ausbildung von Führern und Truppe besser als die der Gegner war. Aber letztlich entschieden die besseren wirtschaftlichen Ressourcen der Alliierten über den Sieg. Wirtschaftsmacht bedingt früher oder später auch militärische Macht, so die einfache These Kennedys. Da die Wachstumsraten der USA, ebenso wie die der UdSSR, heute geringer als die anderer Wirtschaftsmächte sind, befinden sich beide in einem relativen Niedergang. Die kommenden Wirtschafts- und damit später auch Militärmächte werden im 21. Jahrhundert Japan und die VR China sein. Dies gilt dann, wenn in den USA nicht entscheidende innenpolitische Weichenstellungen vorgenommen werden. Die Bestätigung oder Ablehnung dieser Thesen ist wesentlicher Bestandteil der derzeitigen inneramerikanischen Diskussion über den Kurs in das nächste Jahrtausend. Ausführlich unternimmt Kennedy eine detaillierte Beurteilung der Lage der Europäischen Gemeinschaft. Dies macht die kritische Lektüre auch aus europäischem Interesse heraus lohnend.

Perspektiven, wie die Überwindung der deutschen Teilung durch ein Ende des Ost-West-Konfliktes oder eine politische Einigung Westeuropas fehlen. Ebenso unerörtert bleiben die problematische ökologische Lage im kommenden Jahrtausend oder Perspektiven einer vermehrten staatenübergreifenden Kooperation für eine Neuordnung der Weltpolitik. Somit ist Kennedy zur Kenntnis des aktuellen amerikanischen politischen Denkens und dessen Defizite Pflichtlektüre. Und trotz aller Kritik macht die einfache Sprache das Werk zu einem Lesevergnügen, nach dem man, so ein amerikanischer Kritiker, „die Tageszeitung mit anderen Augen liest“.

R. Weber

Vom Überleben zum Leben

Wege zur Identitäts- und Glaubensfindung, Karl Frielingsdorf,
Matthias-Grünewald-Verlag, 204 Seiten, ISBN 3-7867-1405-3.

Der Autor ist Professor für Pastoralpsychologie und Religionspädagogik in Frankfurt. Mit diesem Buch will er hilfreiche und weiterführende Impulse zur persönlichen Identitäts- und Glaubensfindung geben. Er kommt damit einem Bedürfnis entgegen, das viele Menschen heute haben. Die Widersprüche ihres Lebens und die tatsächlichen und vermeintlichen Bedrohungen von außerhalb lassen Ängste entstehen. So ist das Sinnen vieler Menschen allein aufs Überleben ausgerichtet.

Frielingsdorf versucht nun Möglichkeiten aufzuzeigen, die befähigen, sich neu zu orientieren und von einem physischen Überleben zu einem sinnvollen Dasein zu kommen.

Er geht aus von den Ursachen der aktuellen Bedrohung. Kommt dann über die Frage nach dem „Was heißt leben?“, der Vergangenheitsbewältigung zu der Bedeutung des eigenen Lebens.

Seine Darstellung der Entwicklung eines Urvertrauens, des Sich-Verlassen-Könnens und -Dürfens auf die Glaubwürdigkeit anderer (vor allem der Mutter) ist von besonderer Dichte. Später weist er noch darauf hin, daß „ein Kind, das von der Mutter enttäuscht wird, Gott nicht viel Besseres zuzutrauen vermag...“.

Zum Abschluß kommt er auf „Umdeutung der Welt im Glauben“ zu sprechen.

Ein Buch, das anregt und Impulse gibt.

Die Kunst der Geschlechterliebe

Plädoyer für einen androgynen Lebensstil, Bernhard Sill, Matthias-Grünwald-Verlag, 136 Seiten mit etlichen Abbildungen, ISBN 3-7867-1407

Bernhard Sill ist Akademischer Rat auf Zeit am Lehrstuhl für Moralthologie in Würzburg. Der Autor möchte mit diesem Buch helfen, „menschliche Geschlechtlichkeit so zu leben, daß sie gelingt...“ Dazu gehört auch Lebenswissen (androgyn bedeutet: Mannweiblich).

Im ersten Teil behandelt der Autor „das nach wie vor ungelöste Rätsel der Geschlechterfrage“. Dabei bemängelt er u. a., daß es oftmals nur zu flüchtigen sexuellen Kontakten, aber nicht zur Liebe kommt.

Im zweiten Teil versucht er dann, eine zeitgemäß-unzeitgemäße Antwort auf die Geschlechterfrage zu geben. Mythos, Religion und Kunst werden herangezogen.

Die Psychoanalyse C. G. Jungs hilft dann, als Modell ein androgynes Ideal zu entwickeln. Hier wird die Seele als das Gemeinsame, die Zärtlichkeit als das Verbindende und jeder Verzicht auf eine Herrschaft über den (die andere/n) angemahnt.

Das Büchlein ist ansprechend geschrieben und kann sicher vielen helfen. Doch ist zu befürchten, daß es gerade von jenen nicht gelesen wird, die es besonders nötig hätten. Aber alle jene, die auch temporäre Schwierigkeiten in ihrem geschlechtlichen Leben haben, können sich hier Ermutigung und Hilfe holen.

Türen nach innen

Wege aus der Angst in die Freiheit, eine Gebrauchsanweisung für das nicht-materielle Leben und Anleitung zur Meditation, Hrsg. Roman Bleichstein, Hans-Georg Lubkoll, Robert Pfützner, Verlag für Gemeindepädagogik Robert Pfützner GmbH, Sandstr. 3, 8000 München 2, 80 Seiten.

Die Autoren — Laien und Geistliche beider Konfessionen — gehen von einer Analyse der Lebenssituation am Ende des 20. Jahrhunderts aus. Der Angst, der Wissenschafts- und Technologiegläubigkeit sowie dem Abgleiten in den „Markt religiöser Möglichkeiten“ setzen sie eine klare Alternative entgegen: die befreiende Kraft Jesus Christus. Man schlägt 3 Stufen vor, vom Begreifen des Körpers, über die Öffnung nach innen, zur Meditation und damit zur Begegnung mit Christus.

Das Büchlein ist an sich gut aufgemacht und die Stufengliederung ist logisch. Jedoch besteht die Gefahr, daß das Profil eines gelebten Glaubens an Kontur verliert. Eine sinnvolle Verwendung muß gekonnt sein.

Theresien-Kalender 1990

Verlag der Schulbrüder, Postf. 210248, 7500 Karlsruhe 21, 96 Seiten, bebildert.

Auftrag hat seit Jahren auf diesen beachtlichen Kalender hingewiesen. Es ist erstaunlich, wie dieser Kalender in diesem Umfang Jahr für Jahr neue Informationen über die Heilige, aber auch über das Wirken des Ordens und sonstiger christlicher Stellen bringt. Nebenbei werden auch allgemein menschliche Empfehlungen und Anleitungen zu mitmenschlichem Verhalten gegeben.

Man braucht etwas Zeit zum Lesen, aber das ist ja auch wohl ein Zweck dieses Werkes. Man soll zur Ruhe kommen und erkennen, was der Mittelpunkt unseres Lebens sein kann. Es tut gut, hineinzuschauen.

Die katholische Mannesjugend Villmar

in der Abwehr des Nationalsozialismus. Dokumentierte Erinnerungen von Nikolaus Homm. Her-

ausgegeben von der katholischen Kirchengemeinde Villmar Hahn. Übersandt vom Verein für Geschichte und Heimatkunde e.V., Postfach 1146, 6370 Oberursel/Taunus.

Leider hat man es auf katholischer Seite nach dem Zusammenbruch vielfach versäumt, die Akten durchzusehen und zu dokumentieren, wo und wie durch katholische Christen Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet wurde.

Dadurch konnte bald der fatale Eindruck entstehen, daß nur Linke Widerstand geleistet hätten. Die vielfach übliche Besetzung des Begriffes Widerstand mit der Verübung von Gewalt ist bereits eine sehr einseitige Interpretation. Dabei ist es gerade dem geistigen Widerstand, dem Bewahren von ethischen und moralischen Tugenden zu danken, daß 1945 ein ungeahnter Aufbau möglich wurde. So ist es gut, daß hier aus den Unterlagen der Pfarrei von 1933 bis 1936 dokumentiert werden konnte, in welcher Weise die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geführt und wie Selbstbehauptung unter dem Druck des Dritten Reiches geübt werden konnte.

Solche „Bruchstücke“ sind wichtig, wenn man die Gesamthaltung der katholischen Kirche — und dazu zählen ja alle Gläubigen — beurteilen will. Interessant und lesenswert.

Christen in Osteuropa: „Perestrojka“ und Religion

Bericht über den 38. Internationalen Kongreß „Kirche in Not“, Band XXX IV/1988, Albertus-Magnus-Kolleg/Haus der Begegnung Pressestelle, Postf. 1229, Bischof-Kaller-Str. 3, 6240 Königstein/Taunus, Lahn-Verlag, Limburg, 178 Seiten.

Dieser Kongreß, zu dem mehr als 400 Teilnehmer aus 21 Nationen vom 1. bis 4. September 1988 nach Königstein kamen, machte deutlich, daß die Freiheit für die Kirchen trotz großer Ankündigungen noch nicht so angebrochen ist, wie es für eine freie religiöse Betätigung notwendig sein muß. Zudem ist die Situation in den einzelnen Ländern des Ostens höchst verschieden. Außerdem ist zu bedenken, daß das Bild des Katholizismus in der russischen Theologie sehr einseitig ist. Es wird gespeist aus orthodoxer Kontroverstheologie vergangener Zeiten und aus nichtkatholischen westlichen Darstellungen.

Dennoch besteht erstmals Grund zur Hoffnung. Eine empfehlenswerte und informative Lektüre für alle, die sich um eine friedliche Entwicklung im Osten sorgen.

Katholisch-Soziales-Institut der Erzdiözese Köln

Kardinal-Frings-Haus, Selhofer Str. 11, 5340 Bad Honnef.

Zwei Dokumentationen dieses weit über den Bereich der Erzdiözese Köln bekannte Institut liegen vor.

Einmal ist es der Bericht zum 40jährigen Institutsjubiläum (18. 10. 87) und zum anderen der Institutsbericht über das Jahr 1988.

Beide Bände geben ein sehr gutes Bild über die Arbeit, die in diesem Institut geleistet wird. Anhand zahlreicher Bilder zeigt das ersterwähnte Heft den Aufbau, während das zweite Heft die einzelnen Themenkreise verdeutlicht. Die Werkwochen für Soldaten — 6 — sind ebenso aufgeführt wie die vielen sozial bestimmten Veranstaltungen.

Ein guter Überblick über die Arbeit dieses Instituts wird durch beide Hefte vermittelt.

Katholisches Filmwerk

496 Seiten, Ludwigstr. 33, 6000 Frankfurt 11.

Diese Broschüre liefert ausführliche Informationen zu rund 2500 Spiel- und Dokumentarfilmen im 16 mm Format, deren Verleih das Filmwerk vermittelt.

Die Filmauswahl wird erleichtert durch ein Titel-, Schlagwort-, Genre- und Regisseurverzeichnis.

Die kritisch gehaltenen Kurzbesprechungen helfen bei der Auswahl. Diese Filme sind für den nicht gewerblichen Filmbereich bestimmt. Im Titelverzeichnis ist außerdem die Freigabe der FSK mit Altersangabe verzeichnet. Die Leihmieten sind einer Tabelle zu entnehmen.

Begegnung mit Menschen

Heinrich Engel, Verlag Wort und Werk, Steyler-Verlag, 4054 Nettetal 2, 100 Seiten, ISBN 3-8050-0161-4.

Ein kleines, fast unscheinbares Büchlein und doch enthält es viel von dem, was man Lebensweisheit nennt.

In 30 kurzen Episoden werden Begegnungen nacherzählt. Es sind alltägliche Begegnungen, aber oftmals haben sie es in sich. Und hier zeigt sich auch, wie man als getaufter Christ seinen Verkündigungsauftrag verwirklichen kann — man muß nur darauf kommen.

Die Abhandlungen sind flott geschrieben, die Dialoge lebensnah und mit einem guten Schuß Humor gewürzt.

Schuld und Verschuldung

— ein kirchlicher Dialog zwischen Nord und Süd, Schriftenreihe der gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, Heft 15.

Die internationale Verschuldungskrise geht uns alle an

Schriftenreihe wie vor, Heft 16.

Herausgeber beider Schriften sind die Geschäftsstellen der gemeinsamen Konferenz der Kirche und Entwicklung, Kaiserstr. 164, 5300 Bonn 1.

Ob der rasanten Entwicklung im Osten Europas sind manche Bürger geneigt zu vergessen, daß der Nord-Süd-Konflikt drohend vor uns steht. Es ist daher zu begrüßen, daß die Kirchen zum Dialog mahnen und immer wieder zum Dialog ansetzen.

Hier ist das Thema der Verschuldung der Entwicklungsländer angesprochen.

Es werden die Ursachen und Folgen beleuchtet und auch Ansätze zu einer Lösung vorgeschlagen. Dabei ergeben sich naturgemäß unterschiedliche Gesichtspunkte, wenn man das Problem vom betroffenen Land, von einer betroffenen Bank oder von einem gebenden Staat aus beleuchtet.

Wichtig ist, daß die Diskussion in Gang kommt, in Gang gehalten wird und dann auch in Taten einmündet.

Alfred Delp

was ist der Mensch, herausgegeben von Roman Bleistein, Verlag Josef Knecht, 6000 Frankfurt/Main, 96 Seiten, ISBN 3-7820-0541-4.

Alfred Delp SJ machte sich Gedanken um das Thema: Was ist der Mensch? Er nahm das Menschenbild seiner Zeit, beleuchtete das Selbstzeugnis der Menschen und stellte dagegen die Botschaft Christi vom Menschen.

Seine Antwort: Wer Mensch sein will, muß Christ werden. In diesem Büchlein werden dann die daraus resultierenden Fragen vertieft. Durch diese Auseinandersetzung mit den Fragen der Menschen kam Delp auch zum Kreisauer Kreis und wurde verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet.

Ein nachdenklich machendes Buch.

Zeitungen und Zeitschriften

Die Zahl der lesenswerten Zeitungen und Zeitschriften häuft sich auf dem Tisch der Redaktion. Daher sollen und können nur einige wenige kurz besprochen werden.

Mission aktuell

Illustrierte des internationalen katholischen Missionswerkes Aachen-München, erscheint sechsmal jährlich, Goethestr. 43, 5100 Aachen.

Eine Zeitschrift, die durch ihre hervorragenden Bilder ins Auge sticht und durch ihre sachlich fundierten Informationen aus den Missionsgebieten der ganzen Welt aus dem Rahmen fällt. Mit dem Bezugspreis der Zeitschrift ist ein Beitrag zur Lösung der Probleme in der Welt verbunden.

Weite Welt

eine Jugendzeitschrift der Steyler Missionare, Postfach 2460, 4054 Nettetal 2, erscheint monatlich und enthält auch hier einen Beitrag für die Missionsarbeit. Trotz der Grundeinstellung auf das Alter von Schülern und Schülerinnen enthält jedes Heft Informationen, die auch Erwachsene interessieren. Wußten Sie etwas über die Kathedralen im Urwald von Brasilien?

Licht

eine salesianische Zweimonatsschrift, Sales-Verlag, Postfach 1361, 8833 Eichstätt.

Diese Zeitschrift zeichnet aus, daß sie sehr informativ über das Ordensleben berichtet, aber auch die Verbindung mit der Welt nicht ausklammert. Eine Jugendseite bringt Beiträge „mit den Augen der Jugend“. Wie sieht so der Traum von einer Ehe bei Jungverheirateten aus? Man kann es lesen.

Mann in der Kirche

Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen, Neuenberger Str. 3—5, 6400 Fulda, zweimonatliches Erscheinen.

Man kann zunächst fragen, ob es sinnvoll ist, eine spezielle Zeitschrift für den Mann herauszugeben. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß es auch unter den Männern von heute Probleme spezieller Art gibt, auf die die Kirche eine Antwort geben soll. Es ist eben nicht einerlei, ob das Beispiel des Vaters beim sonntäglichen Gottesdienst gegeben wird oder nicht. Und manche Probleme im Spannungsfeld der Arbeit sind typisch für den Mann zu lösen.

Eine informative Schrift.

Komm mit

eine Zeitschrift für aktive Christen, Komm-mit Verlag, Postf. 7680, 4400 Münster, erscheint 10× im Jahr.

Diese Zeitschrift hat ihre Besonderheiten. Sie bringt eine große Zahl wichtiger Informationen in sehr knapper Fassung. So wurde über eine Sendung unter Fritz Pleitgen im ARD berichtet, daß dieser „Moderator“ den Vertretern des WP 23 Minuten Redezeit, den Nato-Vertretern jedoch nur 6 Minuten zubilligte. Über Afghanistan wurden Einzelheiten berichtet, die weitgehend unbekannt waren. Aber auch gegen Rechtsextreme wurde deutlich Stellung bezogen. Eine — auch für Jugendliche — informative Schrift.

Deutsch Studien

Vierteljahresheft der Ort-Akademie, Herderstr. 1–11, 2120 Lüneburg.

Chefredakteur Dr. Bernhard Schäfer.

Diese Zeitschrift berichtet seit vielen Jahren (27) über die Probleme, Wandlungen und Lösungen in der DDR. Sie vermittelt lebendige Geschichte über die Deutschen in dem anderen Teil unseres Vaterlandes. Die jährlich wechselnden Farben lassen eine gute Unterscheidung zu. Der Inhalt ist von recht hohem Niveau. Im Hinblick auf die Probleme der Zeit in der DDR eine Informationsquelle von hohem Rang.

Lebendiges Zeugnis

eine Schriftenreihe der Akademischen Bonifatius-Einigung, Kardinal-Jaeger-Str. 5, ISSN 0023-9941, 5948 Schmallenberg 33, viermal im Jahr ein Heft.

Schriftleiter Prof. Dr. Bernhard Neumann SAC.

Die Aufsätze dieser Hefte zeichnen sich durchweg durch ein hohes Niveau aus. Sie kreisen immer um Probleme des Glaubens. Die Redaktion versucht dabei nicht nur eine sorgfältige Betrachtung aufgetretener Fragen, sondern auch Verweise auf Lösungen zu geben. So ist z. B. die Darstellung über New Age, Neue Spiritualität, Neue Mystik und das Christentum (Heft 1, März 89) sehr informativ. Ebenso wie eine Abhandlung über den interreligiösen Dialog und die Inkulturation in Heft 3/89. Diese Hefte sind Begleiter von hohem Rang.

Kontinent

Ost-West-Forum, Herausgeber und Chefredakteur Cornelia Gerstenmaier, Burg-Verlag, Untere Au 41, 7123 Sachsenheim 3, ISSN 0176-4179.

Diese politische Zeitschrift befaßt sich unter der Rubrik „Zu Fragen der Zeit“ vorwiegend mit Fragen der Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion.

Es gelingt immer wieder, hochrangige Kenner der östlichen Gegebenheiten zu Beiträgen zu ermutigen. Daher ist dieses Heft eine Fundstelle für Interna, die sonst selten oder nur verstreut zu finden sind (z. B. Rohstoffgewinnung in der UdSSR und ihre ökologische Krise).

Eine Rubrik Belletristik läßt Autoren zu Wort kommen, die ein wenig von der Seele ihrer Völker schauen lassen.

Eine weitere Rubrik „Berichte, Zeugnisse, Dokumente“ beschließt das Heft meist mit Buchbesprechungen.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß der gesamte Blickwinkel der Betrachtungen meist einen christlichen Akzent hat.

Eine informative, nie langweilige Schrift.

Die politische Meinung

Zweimonatsheft zu Fragen der Zeit. Herausgeber: Bruno Hecht †, Chefredakteur: Peter Hopfen ISSN 0032-3446.

Diese Zeitschrift mit deutlich christlichem Akzent informiert über Hintergründe, Trends und geschichtsrelevante Entwicklungen. Auch hier gelingt es immer wieder, aussagekräftige Autoren zu finden, die der Zeitschrift ein sehr gutes Niveau geben, ohne für den normalen Leser unverständlich zu werden. Der wissenschaftliche Beirat besteht auch aus hochrangigen Professoren und Fachleuten. Die Aufmachung ist modern.

Ein sehr instruktiver Artikel „Beute der Diktatoren“ von Manfred Funke, der etliche bisher nicht allgemein bekannte Informationen zum Kriegsausbruch enthält, ist als Beispiel zu erwähnen. So steckt eigentlich jedes Heft voll von sachbezogenen Informationen.

Durch diese Artikel läßt sich auch die Suche nach Material für eigene Arbeiten erleichtern.

Eine wertvolle Schrift.

Verständigung mit Polen durch Reisen und Kontakte?

Norbert Ropers, Entwicklung und Frieden, wissenschaftliche Reihe, Band 49, Matthias-Grünwald-Verlag (in Gem. mit Chr. Kaiser Verlag, München), 248 Seiten, ISBN 3-7867-1423-1

Zuweilen kann man bei der rasanten Entwicklung im Ostblock den Eindruck haben, daß die Zeitungen und erst recht Bücher hinter der Entwicklung zurückbleiben.

Dennoch muß man erkennen, daß manche Bewegungen zwischen den Völkern einfacher verlaufen würden, wenn man sich — auf beiden Seiten — kundiger gemacht hätte.

Diese Studie von Norbert Ropers, Mitarbeiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt, geht der Frage nach, ob und in wie weit Reiseerfahrungen und persönliche Kontakte der Verständigung und der Versöhnung dienen können. Die Studie hat dazu Verlauf und Wirkung von Gruppenreisen aus der Bundesrepublik nach Polen mit Hilfe verschiedener sozialwissenschaftlicher Methoden untersucht.

Dabei wurde festgestellt — eine Tatsache, die leider auch bei Gruppenreisen in andere Ausländer zutage tritt —, daß viele Gruppen und ihre Mitglieder nicht ausreichend auf das fremde Land vorbereitet waren. So entstanden Mißverständnisse, die oft mehr als peinlich waren (vom falschen Geschenk über zuwenig Trinkgeld bis zu Einladungsfloskeln, die ernst genommen wurden).

Ebenfalls konnten die verschiedenen Erwartungen zu Mißverständnissen führen. Wer z. B. glaubt, in die alte Heimat zu fahren, dieses aber mit der Glorie eines Nostalgiegedenkens nach 40 Jahren tut, wird Schwierigkeiten haben.

Hinzu kommen natürlich alle Vorurteile, die aus der Geschichte überliefert wurden und zudem von der Einstellung zum Ost-West-Verhältnis überlagert werden.

Die Zusammenfassung und Schlußfolgerung ist dann auch besonders lesenswert.

Es steht fest, daß eine gute Vorbereitung unerlässlich ist. Ebenso muß eine Form gefunden werden, die mit der „Tradition“ von Besichtigungsreisen bricht und Zeit zu Begegnungen gibt. Ein Buch — nicht leicht zu lesen wegen der wissenschaftlichen Grundlagen —, das allen empfohlen werden kann, die an deutsch-polnischer Aussöhnung interessiert sind.

Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen

Entwicklung und Frieden, wissenschaftliche Reihe Band 47, Andrzej Micewski, Matthias-Grünwald-Verlag (in Gem. mit Chr. Kaiser Verlag, München), 240 Seiten, ISBN 3-7867-1364-3

Ein Buch, das durch die politische Entwicklung zunächst überholt scheint. Dem ist jedoch nicht so. Der demokratische Entwicklungsprozeß in Polen ist noch nicht beendet. Noch muß man jeden Tag beten, daß es dem Volk in Polen gelingt, die Ketten abzuwerfen. Die katholische Kirche spielt in diesem Prozeß der politischen Entwicklung eine bedeutende Rolle. Sie hat sich seit Kriegsende ständig dafür eingesetzt, daß neben der Religion auch die Menschenrechte und der Anspruch auf geistige und kulturelle Souveränität der Nation beachtet wurden.

Deutlich werden in dieser Abhandlung die vielen kleinen Schritte, mit denen die kirchliche Leitung den verkrusteten Strukturen das Ideal der Freiheit und das Recht auf Gerechtigkeit vorgehalten hat.

Der Autor beurteilt „Solidarność“ positiv, hält aber auch nicht mit Kritik an der Führung dieser Organisation zurück. Insbesondere sind manche Maßnahmen, die zu einer Behinderung der Wirtschaft und deren katastrophalen Zerfall führten, Anlaß zu ernster Mahnung. In diesen Situationen hat die Kirche — wie bisher unbekanntes Material belegt — mit Besonnenheit die Wiederzulassung der Gewerkschaft und die Notwendigkeit der Anwendung der Menschenrechte angemahnt.

Ein Buch, das hilft, das heutige Geschehen in Polen besser zu verstehen.

Der schmale Weg zu Gott,

meine Erfahrungen im realen Sozialismus der Sowjetunion, Alla Sariban (sprachlich bearbeitet von Eva-Maria Smolka), Matthias-Grünwald-Verlag, 184 Seiten, ISBN 3-7867-1440-1

Die Menschen in der Bundesrepublik und im Westen erkennen vielfach nicht mehr, wie wichtig der christliche Glaube bei der Gestaltung des menschlichen Lebens sein kann.

Die Autorin, Dr., Dipl.-Physikerin, die 1981 wegen ihres Engagements in einer christlichen Frauengruppe aus der UdSSR ausgebürgert wurde, zeigt auf dem Hintergrund der konkreten alltäglichen Lebensbedingungen die Situation im „realen Sozialismus“. Es ist keine Frage, diese Ideologie steht nicht nur in einer Staats- und Wirtschaftskrise, sondern läßt auch erkennen, daß ihre Philosophie kein Paradies schaffen kann. Der Sozialismus hat als Weltanschauung oder gar Religionsersatz total abgewirtschaftet.

Glasnost und Perestroika sind, wenn sie nicht zu einer ehrlichen Zuwendung zum Menschen führen, allenfalls kosmetische Korrekturen.

Frau Sariban zeigt nun an konkreten Lebensschicksalen, wie eine solche „geschlossene Gesellschaft“ „funktioniert“.

Die unvorstellbaren Wohnverhältnisse, die ständige Unfreiheit, führen zum Entfremden vom eigenen Selbst.

In dieser Schein-Wirklichkeit entsteht dann die Suche nach der Wahrheit. Selbstironie, Witz, Menschenverachtung und Nächstenliebe wechseln. Die Kunst kann helfen, zu Gott zu führen. In der tristen Welt des „realen Sozialismus“ mit seinen langweiligen grauen Häusern, der langweiligen Kleidung von schlechter Qualität, der einseitigen Ernährung, dem Mangel und der dauernden Bevormundung ist auf einmal die Erkenntnis von der Vielfalt, der Schönheit, ja Herrlichkeit der Natur ein Anlaß, über Gott nachzudenken. Von dort aus finden viele Menschen den Weg zum Gebet.

Man kann sich den Schilderungen dieses Weges zu Gott nicht entziehen. Die Autorin, die ja nun auch schon lange im Westen lebt, ist dabei auch durchaus kritisch zu westlichen Übertreibungen. Sie kann so die Lebensverhältnisse in den beiden „Welten“ vergleichen.

Ein Buch, das helfen kann, Entscheidungen zu fällen, Entscheidungen für Gott.

Wenn man sich eine Zeitlang mit Büchern beschäftigt hat, fällt es schwer, auf ein anderes Medium, die Kassette umzusteigen. So war die Besprechung der nachfolgenden Themen nicht leicht.

Die Situation des Menschen

Grünwald-Sprechkassetten, Romano Guardini, Matthias-Grünwald-Verlag, 2×40 Minuten, ISBN 3-7867-1449-5

Die Kassette besteht aus einer Aufnahme des Vortrages, den Romano Guardini 1953 im Rahmen einer Tagung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München gehalten hat. Die Begrü-

ßung spricht der Rektor der Technischen Hochschule. Guardini schildert die Auswirkungen der Technisierung auf das Dasein der Menschen. Er stellt dabei die Frage, können wir — und wie — die sich schnell verändernden Umweltbedingungen wirklich emotional verarbeiten und in unser Leben — *sinnvoll* — integrieren? Das Verhältnis der Menschen zur Natur, das Schwinden der religiösen Elemente sowie das Verblässen der Bilder durch die Geschwindigkeit des technischen Fortschrittes ist ein Teil seiner Situationsanalyse. Aber er zeigt auch, wie aus dieser Situation Auswege möglich sind.

Es ist immer wieder ein Genuß, Guardini zu hören. Hier allerdings ist die Tonqualität durch den Mitschnitt der Originalrede etwas beeinträchtigt.

Dennoch sind die Aussagen dieses begnadeten Philosophen, Theologen und Redners auch heute noch — oder besonders heute — von Gewicht.

Weil du nicht geflohen bist vor meiner Angst,

ein Ehepaar durchlebt die Depression des einen Partners, Ingrid-Weber-Gast, Grünewald Sprechkassette, Matthias-Grünewald-Verlag, Seite A 21.06., Seite B 15.24 Minuten, ISBN 3-7867-1451-7

Eine Ehefrau erfährt eines Tages eigenartige Veränderungen an sich. Sie leidet an Depressionen. Nach einer Darstellung der Vorgeschichte behandelt sie auch die Frage des Glaubens. Er ist nicht in direkter Weise hilfreich. Dennoch findet sie zuweilen Trost.

Ihr Mann schildert die Situation aus seiner Sicht. Er zählt alle Situationen der Zu- und Abneigungen auf, und auch der Gedanke an eine gemeinsame Flucht aus dem Leben. Dann wieder will man Gedanken verdrängen.

Als schließlich die neue Therapie Erfolg verspricht, finden beide Ehepartner Hoffnung, trostreiche Stunden im Glauben. Sie führen dann zu einer vertieften Partnerschaft und Vorfreude auf ein neues Kind.

Die hervorragende Qualität dieser Aufnahme und der klare gedankliche Aufbau machen diese Kassette zu einem bedenkenswerten Informationsträger.

(Alle Besprechungen ohne Namen oder Namenszeichen: H. F.)

Informationen aus Kirche und Welt

Anerkennung für einen Soldaten

„In Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen Besonderen Verdienste“ hat der Bundespräsident dem Oberstleutnant a.D. Willy Trost das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Aushändigung erfolgte in einer Feierstunde beim Luftflottenkommando in Köln-Wahn durch den Kommandierenden General der Luftflotte, Generalleutnant Schmitz, in Anwesenheit der Generale und von Offizieren des Luftflottenkommandos, Militärdekan W. Theis als Vertreter des Militärgeneralvikars und des Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Oberstleutnant i.G. P. Schulz. Oberstleutnant a.D. Trost wurde von seiner Ehefrau begleitet, der der besondere Dank des Generals galt für die Unterstützung der Arbeit des Ausgezeichneten.

Oberstlt. Trost nahm seit 1.5.1983 bis zu seinem Ausscheiden am 30.9.1989 die Aufgaben des Datenverarbeitungsorganisationsstaboffiziers für den Luftverteidigungsbereich des Luftflottenkommandos wahr. In dieser Funktion überprüfte und bewertete er hauptsächlich die Software von Kampfführungs- und Simulationsanlagen sowie von Datenübertragungsprogrammen eingeführter und zukünftiger Waffen-Führungssysteme.

Daneben vertrat er die Belange des Einsatzes auf diesem Gebiet in nationalen und internationalen Gremien.

Oberstlt. Trost ging seinen Aufgaben mit beispielhaftem Engagement nach. Seiner Initiative, seinen ins Detail gehenden Fachkenntnissen sowie seiner Beharrlichkeit ist es zu verdanken, daß die Einsatzseite der Luftwaffe im Bauzustandsmanagement der Software für das Waffensystem PATRIOT angemessen vertreten ist.

Darüber hinaus hat Oberstlt. Trost sich außergewöhnliche Verdienste um das allgemeine Wohl insbesondere in kirchlichen Angelegenheiten erworben. Als langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), des Vorstandes der Zentralen Versammlung der Soldaten beim katholi-

schen Militärbischof und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat er in aufopferungsvoller Arbeit die Integration der katholischen Soldaten in die katholische Kirche Deutschlands betrieben.

Oberst Trost war in der Geschichte der erste Soldat, der als Teilnehmer einer römischen Bischofssynode berufen wurde, als er 1987 die im Apostolat Militaire International (AMI) zusammengeschlossenen katholischen Soldaten bei der VII. Ordentlichen Generalversammlung der Bischofssynode über die Stellung der Laien in der Kirche und in der Welt als Berater vertrat. Am 10. Oktober 1981 wurde Oberstlt. Trost der Päpstliche Verdienstorden „Ritter des Silvesterordens verliehen“.

Herzliche Gratulation auch an dieser Stelle.

ZdK veröffentlicht Erklärung „Zur Stellung der Bundeswehr in der Gesellschaft“

Gegen jede persönliche Diffamierung von Angehörigen der Bundeswehr und gegen jede Forderung, diese müßten sich moralisch rechtfertigen, spricht sich eine Kommission des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in einer am Freitag, dem 27. Oktober 1989, veröffentlichten Erklärung aus. Solche Äußerungen seien menschlich unfair und politisch eine Verletzung mitbürgerlicher Solidarität, heißt es in dem Text, der von der Kommission „Politik, Verfassung, Recht“ vorgelegt wird.

Vor sich selbst, so unterstreicht die Erklärung, müsse jedermann sein Tun moralisch verantworten. Nach christlichem Glauben stehe überdies jeder mit seinem Gewissen vor Gott. Dies gelte auch für den soldatischen Dienst. Die Achtung vor der Menschenwürde verbiete aber, daß ein Bürger vom anderen moralische Rechenschaft über seine Entscheidungen verlange oder ihn gar zu öffentlichen Bekenntnissen nötige.

Die Erklärung betont weiter, daß solches Handeln von mangelndem Verständnis für die Mitverantwortung jedes Bürgers für die Entscheidungen des Staates zeuge. Jedermann habe zwar im freiheitlichen Staat das Recht, sich öffentlich

zu äußern, ob er die Notwendigkeit von Streitkräften bejahe oder verneine. Kritik aber habe sich, so wird nachdrücklich betont, an die Öffentlichkeit und an das Parlament zu richten, nicht an die Soldaten. Diese hätten einen Auftrag zur militärischen Verteidigung, der auf der Grundlage der Verfassung und der gesamten Rechtsordnung der Bundesrepublik beruhe, letztlich also auf dem Willen des Staatsvolkes.

Sinn der Bundeswehr: Kriegsverhütung und Friedenssicherung

Weiter geht die Erklärung der Zdk-Kommission auch auf die Tatsache ein, daß in letzter Zeit aufgrund der Abrüstungsbemühungen die Notwendigkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit häufig in Frage gestellt wird und die Belastungen, die die Verteidigungsbereitschaft mit sich bringt, als unnötig hingestellt werden.

In diesem Zusammenhang führt die Erklärung aus, es sei nicht nur zu hoffen, sondern realistischerweise zu erwarten, daß sich eine Weltordnung entwickle, in der die Staatengemeinschaft das bereits im Völkerrecht geltende Verbot des Angriffskrieges durchsetzen könne. Dies bedeute aber keineswegs, daß damit auch die Gewalt abgeschafft sei. Die Gewährleistung des Friedens bestehe vielmehr zu einem wesentlichen Teil darin, den Unfrieden in Schach zu halten, hebt die Erklärung hervor. Auch in Zukunft benötige man in der Staatengemeinschaft zu diesem Zweck militärische Macht. Die Erklärung weist ausdrücklich darauf hin, daß eine bewaffnete Macht, zur Sicherung des Friedens unterhalten, ihren Sinn nicht erst in der Verteidigung gegen einen Angriff finde, sondern darin, die Gefahr eines Angriffs abzuwenden. Wörtlich heißt es: „Niemand, der verantwortlich denkt, kann die Möglichkeit von Gewalt ausschließen und sich deshalb der Möglichkeit, Gewalt abzuwehren, begeben, nur weil zu irgendeinem Zeitpunkt eine akute Bedrohung nicht besteht.“ In diesem Sinne habe die Bundeswehr nach wie vor den Auftrag, „Friedensdienst mit der Waffe“ zu leisten, also der Verhütung des Krieges und der Sicherung des Friedens zu dienen.

Weltweite Solidarität der Friedenssicherung

In Bezug auf die weltweite Friedenssicherung weist der Kommissionstext darauf hin, daß

durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Atlantischen Bündnis und in den Vereinten Nationen die Bundeswehr ein Element der Solidarität mit allen Staaten ist, die weltweit zur kollektiven Sicherheit beitragen. Die Erklärung plädiert dafür, ernsthaft zu prüfen, ob sich die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer einer Beteiligung der Bundeswehr an der UN-Friedenstruppe entziehen kann.

Die Bundeswehr braucht Solidarität der Bürger

Die Erklärung erinnert daran, daß die Bundeswehr durch ihre Verteidigungsbereitschaft im Bündnis ihren Teil zu der Verpflichtung des Grundgesetzes beigetragen hat, dem Frieden in der Welt zu dienen. Sie ruft alle Bürger dazu auf, die Bundeswehr in diesem Dienst auch weiter zu unterstützen.

ZdK-Präsidentin fordert Solidarität mit den Soldaten der Bundeswehr

Nach dem unverständlichen und empörenden Urteil des Frankfurter Landgerichts sei es geboten, den Soldaten der Bundeswehr ein Zeichen der Solidarität und Anerkennung zu übermitteln und die Bürger zur Solidarität mit der Bundeswehr aufzurufen, führte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Rita Waschbüsch, vor dem Geschäftsführenden Ausschuß des ZdK am Freitag, dem 3. November 1989, aus.

Nach Auffassung der ZdK-Präsidentin haben die abstrusen Urteilsbegründungen der Frankfurter Richter und das gefährliche Maß an rechtlicher Blindheit, das aus ihnen spricht, zu Recht weithin Kritik gefunden. Die Richter hätten, so Frau Waschbüsch, mit ihrem Urteil der Bereitschaft, Soldaten vorsätzlich als potentielle Mörder zu disqualifizieren, Tür und Tor geöffnet. Sie hätten sich darüber hinaus aber auch als Richter selbst disqualifiziert. Beides ist nach Ansicht von Frau Waschbüsch für die Staatsordnung der Bundesrepublik gefährlich. Um der Demokratie willen sei es notwendig, dies deutlich zu sagen, hob sie hervor.

Legalisierung der ukrainischen katholischen Kirche gefordert

Petition an Michail Gorbatschow

München, 13. November 1989. — Freiheit für die Gläubigen in der Ukraine, Rehabilitierung und Wiederzulassung sowohl der ukrainischen katholischen als auch der ukrainischen orthodoxen Kirche fordern rund 8000 Unterzeichner einer Petition an den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Die Unterschriften wurden jetzt Jurij Chistoradnow, dem Vorsitzenden des Rates für religiöse Angelegenheiten in der UdSSR übersandt. Der ursprüngliche Plan, die Unterschriftenlisten dem sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik zu überreichen, mußte aufgegeben werden, da die sowjetische Botschaft die zunächst erteilte Erlaubnis zur Übergabe zurückzog.

Diese Unterschriftenaktion, an der sich auch mehrere Kirchenzeitungen beteiligten, war vom Internationalen Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe in der in 12 Ländern erscheinenden Zweimonatsschrift „Echo der Liebe“ gestartet worden. Es kam damit einer Bitte der ukrainischen Christen nach, die sich in Moskau im Hungerstreik befanden.

Umfangreiche Hilfsaktionen für Christen in der UdSSR vorbereitet

Kirche in Not/Ostpriesterhilfe eröffnet Filiale in Münster

Münster, 13. November 1989. — „Mit Hoffnung beobachtet das internationale Hilfswerk Kirche in Not/Ostpriesterhilfe die Entwicklungen in Osteuropa“. Dies betonte Hans Graf Huyn, der Vorsitzende der deutschen Sektion mit Sitz in München, bei der Eröffnung der ersten Filiale in Münster. „Glasnost“ und „Perestrojka“ hätten zwar noch keineswegs volle Religionsfreiheit gebracht, aber der Eiserne Vorhang sei durchlässig geworden. Die Veränderungen in der Sowjetunion seien für Kirche in Not/Ostpriesterhilfe eine neue große Herausforderung, sagte Huyn. Das Hilfswerk habe umfangreiche Hilfsaktionen vorbereitet. „So wurden z. B. über eine Million ‚Biblischer Texte für Kinder‘ unter dem Titel ‚Gott spricht zu seinen Kindern‘ in Druck gegeben. Sie erscheinen in

russischer, ukrainischer, lettischer, litauischer und deutscher Sprache. Bibeln, Katechismen, Gesang- und Gebetbücher werden in hohen Auflagen bereits verschickt.“

„Aufgabe der Filiale in Münster wird es sein, durch verschiedene Aktionen in Pfarrgemeinden und mit anderen Gruppen über die Lage der Christen in der Bedrängnis zu informieren und sowohl zum Gebet als auch zur Hilfe aufzurufen“, sagte Ingeborg Fackler, die Geschäftsführerin der deutschen Sektion in München. Die Filiale sei somit der „verlängerte Arm“ der deutschen Zentrale in München.

ZdK-Generalsekretär zur Öffnung der Grenzen durch die DDR

Nach Aufhebung der Reisebeschränkungen durch die DDR in der Nacht vom 9. auf den 10. November hat der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Friedrich Kronenberg, der Presse am 10. November folgende Erklärung abgegeben:

Mit großer Freude stellt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken fest, daß das SED-Regime unter dem anhaltenden Druck der großen Fluchtbewegung und des demokratischen Massenprotests in der DDR seine jahrzehntelange unzumutbare Praxis der Reise- und Freizügigkeitsbeschränkung weitgehend aufgeben mußte. Damit ist die Mauer zwischen den beiden Teilen Deutschlands faktisch gefallen. Wir hoffen, daß sie bald vollends der Vergangenheit angehören wird.

In dieser Situation dürfen die Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht nachlassen in der Solidarität mit unseren Landsleuten, die aus der DDR bei uns sind. Sie brauchen auch weiterhin unsere praktische Hilfe und persönliche Zuwendung. Wir gehören zusammen und wollen das auch im Alltag beweisen.

Was sich in den letzten Wochen in Deutschland ereignet hat, ist dramatisch. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken appelliert an die Bürger in der DDR, dort weiterhin mit aller Energie für die demokratische Reform, für Meinungsfreiheit, freie Wahlen und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu wirken. Der Aufbau einer freien Ordnung braucht freie

Menschen im Land. Wir wollen ihnen dabei helfen.

Denkmal nicht gerechtfertigt

„Der Deserteur schwächt die Kampfkraft seiner Gruppe“

Zum Thema „Deserteur-Denkmal“ die folgende Zuschrift: Dem deutschen Deserteur soll ein Denkmal auf dem Friedensplatz in Bonn gewidmet werden. Daß der Rat der Stadt Bonn den Antrag des sogenannten „Friedensplenums“ mehrheitlich und parteiübergreifend abgelehnt hat, wird anscheinend mißachtet. Die demokratische Entscheidung soll umgangen werden.

Die Widmung gilt dem deutschen Deserteur aller Zeiten — in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Solche undifferenzierte Maßlosigkeit und doktrinaire Zielsetzung machen mißtrauisch. Die Vermutung unterschwelliger Absichten liegt nahe. Unerlaubte Entfernung von der Truppe und Desertation sollen glorifiziert, soldatische Pflichterfüllung diffamiert werden.

Desertation wird in fast jedem Staat unter Strafe gestellt. Der Deserteur verläßt wissentlich und willentlich seine Truppe. Er läßt seine Kameraden im Stich. Er schwächt die Kampfkraft seiner Gruppe. Man kann davon ausgehen, daß seine Angaben dem Feind gegenüber, um sich ihm dienlich zu erweisen, weitergehend sind als einem Gefangenen erlaubt ist. Sie können seine Kameraden gefährden. Verrat ist nicht auszuschließen.

Dieser allgemeine Sachverhalt sagt noch nichts aus über die Gründe des einzelnen Deserteurs. Sie können aus Furcht vor Gefahr, aus Überlebensangst, aus persönlicher Verzweiflung oder aus blinder Gutgläubigkeit gegenüber vielversprechenden Parolen feindlicher Propaganda bestehen. Es ist im Einzelfall nicht auszuschließen, daß politische Überzeugungen oder Gewissenskonflikte eine Rolle spielen. Jedenfalls ist eine moralische Wertung ohne Berücksichtigung der persönlichen Motivation nicht möglich. Ebenso wäre es nicht begründbar, Desertation mit Widerstand gegen den Nationalsozialismus gleichzusetzen. Demnach ist eine allgemeine, glorifizierende Würdigung des Deserteurs weder unter politischen noch unter moralischen Aspekten

zu begründen. Ein Denkmal für den deutschen Deserteur wäre nicht gerechtfertigt. Das Verhalten des sogenannten Friedensplenums läßt deshalb den Schluß zu, daß verdeckte Ziele verfolgt werden.

Die Unterzeichneten begrüßen die Stellungnahme von Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels. Sie sind sich der Zustimmung der Mehrheit unserer Mitbürger sicher und fordern die Bevölkerung auf, den Rat der Stadt Bonn in seiner mehrheitlichen Haltung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang weisen sie auf die Aussage unseres Bundespräsidenten hin, daß heute Wehrdienst kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst ist.

Dr. Harald Heiber
Dr.-Ing. Rudolf Michel, Helmut Bieber
Lese- und Erholungs-Gesellschaft
(BR, 31. 8. 89)

Denkmal für Deserteure — für wen?

Was ist ein Denkmal? Der Brockhaus/1968 sagt: „Ein zur Erinnerung an bestimmte Personen oder Ereignisse errichtetes Werk.“ Desertation ist — auch unter den Umständen des 2. Weltkrieges — kein zusammenfassbares Ereignis, vielmehr findet sie Ausdruck in einer Vielzahl höchst unterschiedlicher Geschehnisse und Entscheidungen. Bestimmte Personen könnte dieses Mal auch nicht ansprechen: Denn desertiert sind im 2. Weltkrieg Menschen extrem verschiedenen Charakters, aus keinesfalls vergleichbaren Gründen. Soll es auch an militante NS-Amtswalter in Ostgebieten erinnern, die nach überlangen Durchhalteparolen vor Kriegsende desertierten, die verführte Bevölkerung in schlimmer Lage zurücklassend? Oder ein Offizier, der sich an fremdem Eigentum so vergangen hatte, daß er desertierte, um der Bestrafung zu entgehen? Selbst SS-Obere desertierten vor Kriegsende, um in verfolgungsfernen Winkeln der Welt unterzutauchen. Auch sie? Sicher, es gab Deserteure, wenn man für solche Fälle überhaupt diesen Begriff anwenden darf, die erlebte NS-Menschenverachtung und -vernichtung trieb, nicht mehr mitmachen zu können. In den Fällen, die ich kenne, desertierten solche Menschen meist nicht. Sie nahmen sich das Leben, suchten den Tod. Und sie würde dieses Denkmal nicht erfassen.

sen. Darf man also all diese Desertionen zusammenpacken, um ein Denkmal hinzukriegen? Oder soll auf der Kehrseite stehen, welchen Deserteuren es gilt bzw. nicht gilt? Ein Alpdruck.

Die unerläßliche, glaubwürdige Auseinandersetzung mit jener Zeit der Menschenverachtung und -vernichtung wird erschwert, leichter abstreifbar, wenn ein solches „Denkmal für Deserteure“ zeigt, daß die Kraft zur Unterscheidung verlorenging. Peinlich tritt die Frage auf, ob unter Initiatoren und Befürwortern nicht zu viele sind, die für sich und ihre Ziele Aufsehen erregen wollen, um all die anderen in die Zone des Vorwurfes zu verweisen, sie seien, weil sie anderer Meinung zum Vorhaben sind, pauschal Verdränger oder Neo-Nazis? Rechtsradikalen treibt man so Wähler zu. Widerspruch ist einkalkuliert, ja erwünscht, um sich selbst zum Widerständler von heute — natürlich ohne Gefährdung, das wäre ja noch schöner — aufzuschwingen.

Wer nach jener Herrschaft des Bösen Erinnerung wollte und will, muß sich zur Wehr setzen gegen Denkmäler, die auf ungenauem Denken oder der Absicht beruhen, sich als Denkmalsetzer als die einzig Einsichtigen abzuheben. Nicht ein solches Denkmal hilft, sondern nur, daß Denkwürdiges gedacht, gesagt und getan wird, um der Wiederholung von Krieg und Unmenschlichkeit jeden Ansatz zu nehmen. So nicht.

Helmut Jelden, Bonn 3
(GA, 31.8.89)

Proteste fehlen

Wo bleibt der Hohe Flüchtlingskommissar? Wo bleibt die Verurteilung der DDR durch die UNO? Wo bleibt die Abstimmung im Sicherheitsrat?

Wer die verzweifelten Gesichter der zweiten „Prager Welle“, der jetzt nachdrängenden Botschaftsflüchtlinge gesehen, wer die Schreie einer Mutter, deren Kinder schon über den Zaun waren, gehört und wer die teilweise rüde schlagenden Polizisten beobachtet hat, fragt sich, was ein sogenannter Staat noch seinen Bürgern antun muß, bis von ihm ein Minimum an Menschenwürde eingefordert wird (DT vom 5. Oktober).

Wo bleiben die vielen „Menschenrechtsgruppen“, die es im Lande gibt, die selbsternannten Richter über Südafrika und Chile? Kein Wort ist von ihnen zu hören. Keine helfende Hand von ihnen ist zu sehen.

Wo bleiben all die friedensbewegten Kirchengruppen, die jeden Kirchentag zum Tribunal gegen Unmenschlichkeit erklären? Nichts — auf der weiten Ebene der linken Agitation herrscht Funkstille.

Die Menschen, die, obwohl ein ordentliches Visum zur Hand, ohne Begründung aus den Zügen geholt und zurückgeschickt werden. Die Menschen, die in überfüllten Botschaften ausharren. Die Menschen, die verzweifelt versuchen, in diese Botschaften hineinzukommen. Sie sind doch wohl Grund genug für Protest- und Boykottaufrufe, Schweigemärsche, Menschenketten.

Wir haben unsere Eltern einst angeklagt, nichts gegen das Unrechtsregime auf deutschem Boden getan zu haben, nicht die Greueltaten gesehen zu haben. Damals herrschte Krieg und Pressezensur. Wir, die Kinder und Enkel, sind in Friedenszeiten mit Pressefreiheit um keinen Deut besser.

Wolfgang von Schlichtkrull-Guse,
6203 Hochheim
(DT 121 v. 10.10.1989)

Riß zwischen staatstragenden Institutionen

In der Ausgabe vom 21./22. Oktober berichtet der General-Anzeiger über das erneute „Mörderurteil“ des Frankfurter Landgerichts und erste Reaktionen hierauf. Der Riß zwischen zwei staatstragenden Institutionen, der Justiz und der Bundeswehr, ist leider größer geworden. Im Kommentar wird sogar Zweifel an der Objektivität der Justiz angekündigt.

Gewiß kann die erwartete öffentliche Reaktion kein Maßstab für den Inhalt einer richterlichen Entscheidung sein. Die richterliche Unabhängigkeit als unverzichtbare Grundlage des freiheitlichen Rechtsstaates, ist hierfür zu wertvoll. Und jede strafgerichtliche Anklage bedarf der Prüfung; die Möglichkeit zu einem Freispruch im Einzelfall muß daher eine Selbstverständlichkeit

keit sein. Dennoch ist der vorliegende Fall ein anderer: der angeklagte Arzt streitet seine Tat im Kern gar nicht ab, es geht nur um deren Bewertung. Obwohl im Arztberuf in besonderem Maße der Ethik und Moral unterworfen, unterscheidet er nicht zwischen aktivem Eintreten für den Erhalt eines menschenwürdigen Lebens in Frieden und einem aus verwerflichen Motiven heraus handelnden „Mörder“; dies gibt er dann auch noch öffentlich von sich. Hierin keine Beleidigung zu sehen, ist entweder selber eine Beleidigung oder bedarf ganz besonderer Umstände. Auf die detaillierte schriftliche Begründung des Gerichts darf man also gespannt sein. Das völlig unübliche Suchen der Fernsehöffentlichkeit im Gerichtssaal und das erste Berufungsurteil lassen Schlimmes befürchten.

Ein Gutes haben die entgleisende Tat eines Arztes und deren zweimalige Würdigung durch das Frankfurter Landgericht dennoch bewirkt: Politik und Öffentlichkeit haben sich einhellig und klar auf die Seite der Soldaten gestellt. So viel hatte die erstinstanzliche Verurteilung durch das Amtsgericht nicht bewirken können.

Alexander Poretschkin, Rheinbach
(GA 30.10.89)

St. Hedwigs-Haus

In der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus — gelegen inmitten des Teutoburger Waldes — findet auch in diesem Jahr wieder ein Weihnachtsseminar statt.

Es beginnt am Freitag, dem 22.12.1989 und endet am 5.1.1990.

Dieses Seminar beschäftigt sich mit bedeutenden Persönlichkeiten in Ost und West. Während dieser Zeit wird vor allem Senioren die Möglichkeit gegeben, das Weihnachts- und Sylvesterfest in der Gemeinschaft zu erleben.

Weitere Informationen und Anmeldungen an die Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus, Hermannstr. 86, 4811 Oerlinghausen, Tel. 05202/1092.

Meinungsfreiheit?

Die 29. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt hat, wie auch in Ihrem Blatt berichtet wur-

de, einen Arzt freigesprochen, der Soldaten als potentielle Mörder bezeichnet hatte. Als Mutter von drei Söhnen, die ihren Wehrdienst geleistet haben, aber auch als Politikerin protestiere ich schärfstens gegen dieses Urteil. Dieses Urteil beleidigt nicht nur die Soldaten der Bundeswehr, sondern auch ihre Eltern, ihre Frauen und ihre Kinder.

Der Bundesgerichtshof hat eindeutig festgestellt, daß das Grundrecht auf Meinungsfreiheit zwar scharfe und polemische Formulierungen, nicht aber Beleidigungen und Diffamierungen deckt. Ich bin daher sicher, daß das Urteil der 29. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt keinen Bestand haben wird. Schon in der Zwischenzeit aber sollten wir, deren Recht und deren Freiheit durch die Bundeswehr gesichert wird, unsere Verbundenheit mit unseren Soldaten ausdrücken.

Editha Limbach, Bonn
Mitglied des Deutschen Bundestages
(GA, 30.10.1989)

Papst: Bankrott der marxistischen Gesellschaften

Nachricht: Papst Johannes Paul II. hat sich in Spanien für ein vereintes Europa im christlichen Glauben ausgesprochen. In Oviedo hat der Papst vor etwa 100.000 Gläubigen den Bankrott der marxistischen Gesellschaften festgestellt.

Hintergrund: Im Zusammenhang mit seinem Urteil über das Scheitern der sozialistischen Systeme sagte der Hl. Vater: „Das Scheitern der Gesellschaften, die auf dem atheistischen Materialismus und einer kollektivistisch-bürokratischen Organisation begründet sind, steht der ganzen Welt vor Augen.“ Die marxistischen Systeme seien von dem „Bauherren des Turmbaus von Babel“ errichtet worden. Der Papst räumte ein, daß auch die „neokapitalistische Gesellschaft nicht geringe Probleme habe. Jede Gesellschaft ohne Gott richte sich letztlich auch gegen den Menschen. Kritisch setzte sich der Papst auch mit Problemen der Arbeitswelt und der Industriegesellschaft auseinander, „deren Erregenschaften die Menschen blind gemacht haben“. Die „Zweischneidigkeit“ des Fortschritts liege darin, daß „die immer größere Beherr-

schung der Dinge von einer Orientierungslosigkeit über den Sinn des Lebens begleitet wurde“.

(SPi, 9.9.1989)

Pornographie... und mehr Sex am Schweizer Fernsehen?

Die Diskussion um dieses aktuelle Problem möge uns Anlaß sein, um aufzuzeigen, wie gewisse Journalisten heute in den Medien versuchen, die Kirchen und ihre Bischöfe zu diffamieren.

An dem folgenden Beispiel ist zu ersehen, wie auch in der Schweiz manipuliert wird und Bischof Candolfi „fortschrittliche Ansichten bei der katholischen Kirche“ unterstellt wurden. Der Schweizerischen Rundspruch-Gesellschaft wird vorgeworfen, sie sei päpstlicher als der Papst; eine allzu enge Definition von Pornographie sei nicht mehr zeitgemäß.

Einer unserer Freunde schrieb S.Exc. vorwurfsvoll:

„Hat die Geschichte des alten und neuen Testaments uns nichts gelernt?“

„Haben die zehn Gebote Gottes wirklich alle Wirkung verloren?“

„Was sollen wir von unseren Seelenhirten noch glauben?“

„Was bedeutet das Leben unserer Heiligen, wenn wir es mit Füßen treten?“

„Daß Parlamentarier durch ihre Publicity unglaubwürdig werden, ist wohl bekannt. Wenn aber ein Bischof im gleichen Chor mitsingt, dann kann der Verstand ins Wanken kommen, denn der symbolhafte Stab weist doch auf die Hirtenaufgabe hin. Sollten wir es nicht besser machen...?“

„Alle Kulturvölker der Welt sind an der Unmoral zugrunde gegangen!!!“

Aber bitte, *lesen Sie die Antwort des Bischofs*, dann erkennen Sie selbst *seine berechnete Empörung* über die böse Unterstellung eines Journalisten in der Confederation Helvetica = CH.

„Die Ostschweiz“

Antwort

Es ist erstaunlich, daß es trotz vielfältiger schlechter Erfahrungen über Berichte in unseren Medien immer wieder dazu kommt, daß Aussagen so verstanden werden, als ob sie wörtlich und in der Form, wie der Journalist sie berichtet, gemacht worden wären. Es ist äußerst bedauerlich, daß dadurch immer wieder Unruhe gestiftet wird und bis an Verleumdung grenzende Reaktionen provoziert werden.

Zu den mir angedichteten Aussagen bezüglich der Pornographie und im besonderen der künftigen Ausstrahlung von Filmen dieser Art in unserem Fernsehen kann ich hier folgendes festhalten:

In der Tat wurde ich von einem Journalisten bezüglich der künftigen Ausstrahlung pornographischer Filme im Fernsehen befragt. Dabei habe ich darauf hingewiesen, daß die Schweizer Bischofskonferenz als solche zu diesem Thema noch nicht Stellung genommen hat, weil ja ein diesbezüglicher Beschluß der Verantwortlichen des Fernsehens noch nicht gefaßt wurde. Im Verlauf der letzten Jahre haben verschiedene Bischöfe gegen die Pornographie in allen ihren Formen klar und deutlich protestiert. Das jüngste Dokument des Päpstlichen Rates für die sozialen Kommunikationsmittel zu diesem Problem in den Medien ist ebenfalls unmißverständlich. Ich persönlich bin überzeugt, daß die Pornographie einen der schwerwiegendsten Aspekte der Bedrohung der Schöpfung und damit der „geistigen Umweltverschmutzung“ darstellt. Sollten aber solche Ausstrahlungen in unserem Fernsehen nicht vermieden werden können, so bleibt lediglich der Appell an die Mündigkeit und Einsicht, die Verantwortung und den Mut zum Zeugnis der Christen.

Das ist meine Antwort auf die mir vom Journalisten gestellten Fragen. Es ist mir unverständlich und ich bin darüber empört, daß man mir unterstellen kann, ich befürworte die Ausstrahlung von pornographischen Filmen in unserem Fernsehen.

Mit freundlichen Grüßen

Joseph Candolfi

Präsident der Schweizer Bischofskonferenz

(Die Ostschweiz, 7.8.1989)

Deutsches Kath. Blindenwerk

Dieser Ausspruch des hl. Franziskus könnte als Leitspruch für die Arbeit des Deutschen Katholischen Blindenwerkes stehen, das in nunmehr zwanzig Jahren Licht in die Herzen der Blinden zu bringen versuchte. Dieses, oft undurchdringliche Dunkel der Einsamkeit und Abgeschlossenheit kann durch unseren Glauben wie durch einen Sonnenstrahl erleuchtet werden. Dankbar sind wir dafür, daß unser Werk nicht nur in unserem Land, sondern auch in allen Kontinenten bekanntgeworden ist. Daß diese blinde Frau und andere heute eine sinnvolle Tätigkeit unter der sachkundigen Leitung von Ordensschwestern in Benin ausüben darf, ist Folge der Hilfe der großen Gemeinschaft der Freunde und Förderer unserer Arbeit.

Es klingt unglaublich, doch es ist so, daß beispielsweise im Tschad die Kirche gegen alle Kriegswirren und gegen alle Zerstörungen im Stillen mit unserer Hilfe den Blinden des Landes zur Seite steht. Keine großen und spektakulären Schritte sind es, was hier mit unserer Unterstützung, und vor allen Dingen mit unserer Beratung, getan wird. Wir finanzieren zunächst kleinere Bezirkszentren, in denen in N'Djaména, der Hauptstadt des Tschad, die Blinden Unterricht und Hilfe zur Bewältigung ihres Lebens finden. Dabei müssen wir gegen die verbreitete Ansicht ankämpfen, daß der Blinde ein nutzloses Mitglied des Stammes oder der Gesellschaft sei. Von N'Djaména aus wird die beispielhafte Arbeit für und mit den Blinden in das Land getragen.

Auch in Afrika wie in allen Ländern der Dritten Welt ist die Kirche unser Partner. Es finden sich immer besonders motivierte Priester, Ordensleute und Laien, die sich, manchmal entgegen der Tradition des Landes, den Blinden zuwenden.

Wir sind glücklich, jetzt in Chile so weit zu sein, daß der Bildung eines nationalen katholischen Blindenwerkes nichts mehr im Wege steht. Nach dem Vorbild der in Peru gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen werden auch in Chile aktiv Seelsorger und Laien an der Evangelisation der Blinden und ihrer Eingliederung in die Gesellschaft arbeiten. Wir geben, zusammen

mit einer belgischen Schwesterorganisation, die Starthilfen durch Geld- und Hilfsmittel.

In Argentinien haben wir das Glück, daß ein vor einigen Jahren erblindeter Tierarzt mit unserer Hilfe und der Unterstützung des Bischofs von La Pampa ein Ausbildungs- und Trainingsprogramm für Blinde in der Landwirtschaft durchführt. Es werden Führungskräfte herangebildet, die in Zukunft in der Lage sein werden, blinde Bauern auszubilden und in der Landwirtschaft ihrer Region einzusetzen. Der Wert dieses Programms in Argentinien kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Abgesehen von den wenigen Ballungszentren ist in diesem Staat, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern, die Landwirtschaft dominierend. Es ist daher nur sinnvoll, auch Blinden die Möglichkeit zu geben, auf diesem Sektor der Erwerbstätigkeit nachzugehen. Wir wollen die Umsiedlung der Blinden in die Städte verhindern, damit sie dort nicht zu Bettlern werden.

In der Hauptstadt von Costa Rica haben sich Blinde zu einem Verband zusammengeschlossen. Wir beraten sie und unterstützen sie bei dem Versuch, ihre Schicksalsgefährten aus dem Elend und der ständigen Abhängigkeit von Spenden herauszuholen. Eine Blindenbücherei, eine kleine Hörbücherei und kleine Blindenschriftdruckerei sollen den Blinden bei ihrer Rehabilitation behilflich sein. Wir dringen bei unseren Partnern in Costa Rica darauf, die Zusammenarbeit mit Blindeninstitutionen in anderen spanischsprechenden Ländern zu suchen. Jedoch können wir nicht verkennen, daß die Blinden dieses Landes auch ein Recht auf eine gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit haben.

Viele Menschen in unserem Lande gedachten im November des vergangenen Jahres der Ereignisse des Jahres 1938. Wer aber denkt an diejenigen, die fern von ihrem Geburtsland als Blinde leben müssen und nur schwer Vorleser finden, die ihnen die Möglichkeit geben, in der Sprache ihrer Jugend, Bücher und Zeitschriften zu hören.

Wir haben deshalb mit der Nationalen Blindenbücherei in Nathanya/Israel eine Zusammenarbeit begonnen, die diesem dringenden Bedürfnis von Blinden und hochgradig Sehbehinderten

Rechnung trägt. Ab Mitte dieses Jahres können Blinde und hochgradig Sehbehinderte in Israel deutschsprachige Hörbücher ausleihen, die ihnen unsere Deutsche Katholische Blindenbücherei in Bonn bereitgestellt hat. Die Zusammenarbeit verdanken wir einem blinden Benediktinermönch vom Sionsberg. Er ist ein eifriger Hörer unserer Deutschen Katholischen Blindenbücherei.

Wenn Sie uns bei diesen und vielen anderen Aktivitäten helfen wollen, bitten wir Sie um Ihre Spende auf unsere untenstehenden Konten. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihr Vertrauen und Ihre Hilfsbereitschaft.

Deutsches Katholisches Blindenwerk e.V.

Wirteltorplatz 12, 5160 Düren

Telefon 02421/17222

Bankverbindung: Pax-Bank, Aachen

Kontonummer 1000312149 (BLZ 39160191)

Sie können auch auf unser Postgirokonto Nr. 214996-508 (BLZ 370 10050) beim Postgiroamt Köln überweisen.

Kirche in Not

Sehr geehrter Herr Fettweis,

wie bei der AKP-Jahresversammlung in Essen in der Redakteurversammlung angekündigt, möchte ich Sie bitten, die ukrainische katholische Kirche bei ihrem Bemühen um Legalisierung in der UdSSR durch eine Unterschriftenaktion in Ihrer Zeitung „Auftrag“ zu unterstützen.

Diese Unterschriftenaktion wurde von Mitgliedern der ukrainischen katholischen Gemeinde

in München während eines zweiwöchigen Solidaritätshungerstreiks im Juli begonnen. Fortgeführt worden ist sie in Nr. 6 des „Echo der Liebe“, das zu Ihrer Information beigelegt ist. Entsprechend dem Verbreitungsgebiet des „Echo der Liebe“ läuft diese Unterschriftenaktion derzeit also in 14 Nationen.

Der Text der Petition ist als Anlage beigelegt. Die Koordination der Unterschriftenaktion in Deutschland hat die deutsche Sektion des Hilfswerks Kirche in Not/Ostpriesterhilfe übernommen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Lorenz

Referent für Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

(Unterschriftsblatt letzte Seite)

Petition

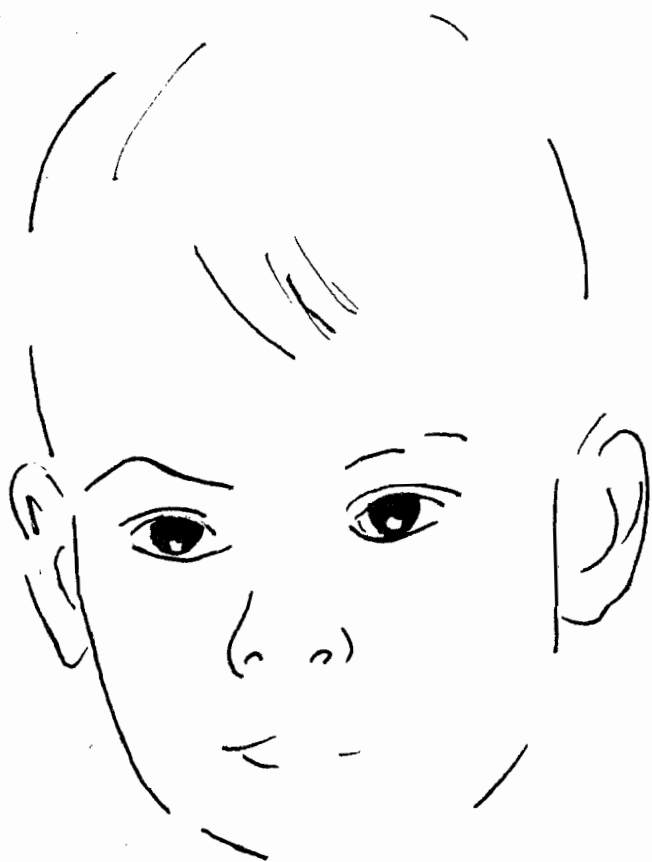
Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

am 21. Mai 1989 traten Bischöfe, Priester und Gäubige der ukrainischen katholischen Kirche in Moskau in einen Hungerstreik, der noch immer andauert. Sie wollen erreichen, daß die sowjetische Regierung die Zwangsliquidierung der ukrainischen katholischen Kirche im Jahr 1946 rückgängig macht. An dem Hungerstreik beteiligen sich auch ukrainische orthodoxe Gläubige, deren Kirche schon in den dreißiger Jahren zwangsweise der russisch-orthodoxen Kirche einverleibt wurde.

Der ukrainische Bischof Pavlo Vasylyk hat alle Christen im Westen aufgerufen, sich mit den ukrainischen Gläubigen zu solidarisieren:

1. Wir fordern die Einstellung der Verfolgung unserer Glaubensbrüder und -schwestern in der Ukraine.
2. Wir fordern die Rehabilitierung und Wiedenzulassung der ukrainischen katholischen Kirche in der Ukraine.
3. Wir fordern volle Religionsfreiheit für die ukrainische katholischen Kirche und die ukrainische autokephale orthodoxe Kirche.

Name	Ort	Unterschrift

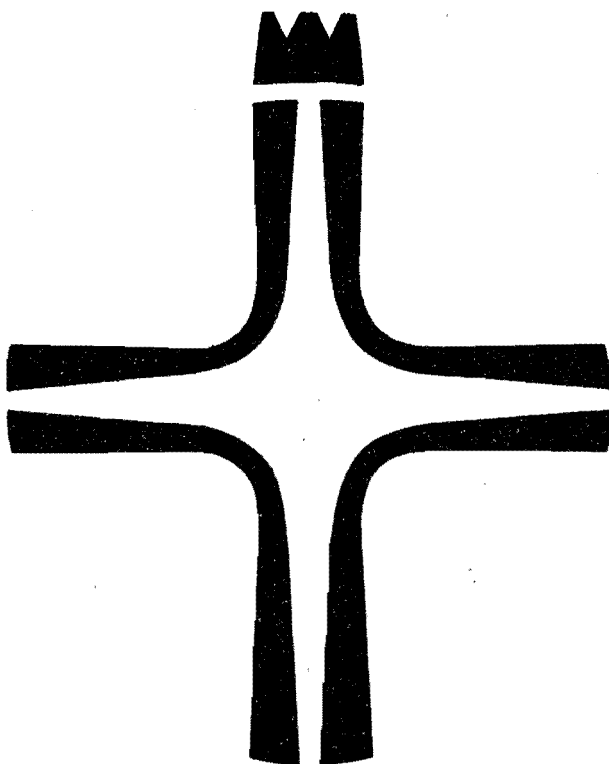


Das anmutige Antlitz
eines Kindes
schenkt uns die Ahnung
von der Schönheit Gottes

UNTER DEINE
BAROMHERZIGKEIT
FLÜCHTEN WIR,
GOTTESGEBÄRERIN,
VERSCHMÄHE NICHT
UNSERE BITTEN
IN DER NOT
SONDERN
BEFREIE UNS
VON
DER
GEFAHR,
DU ALLEIN KEINE,
DU GEBENEDEITE

2. Jahrhundert, Ägypten

— v



„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Klaus Brandt, Oberstleutnant, stellv. Chefred.

Wilhelm Lehmkämer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Gernot Belch, Major, z.b.V.

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.